DER SPIEGEL

14. JULI 1969 · NR. 29
23. JAHRGANG · DM 1,50
INCL. MEHRWERTSTEUER
C 6380 C

Aufbruch ins All

Afghanistan Afghani 40,— Belgien FB 23,— Dänemark dkr. 4,10 Großbritannien sh 4/0 Island ikr. 50,— Kanada $ —,75 Malta sh 3/6 Ostafrika sh. 5/50 Schweden (inkl. moms) skr. 2,60 Türkei T. £ 5,50
Ägypten Pi 33,— Bolivien $ bs 7,— Finnland Fmk 2,10 Guatemala Q —,50 Israel I. £ 2,20 Libanon Pi 155,— Mexiko MN 12,50 Österreich ö. S. 13,— Schweiz sfr. 2,— Uruguay Pesos 125,—
Äthiopien Ä. $ [illegible] Brasilien [illegible] Frankreich FF 2,40 Hongkong $ 3,— Italien Lire 300,— Libanon Luftp. Pi 225,— Niederlande hfl. 1,80 Paraguay G 70,— Spanien Ptas 35,— U.S.A. $ —,75
Argentinien Pesos 220,— Chile [illegible] China NC 1,— Irak fils 275 Japan Yen 180,— Liberia $ —,75 Nigeria sh 5/0 Peru Sol. 24,— Südafrika Rd. —,35 Venezuela Bol. 4,50
Australien A. $ 0,45 Columbien Pes. 9,50 Griechenland Dr. 17,— Iran Rials 50,— Jugoslawien Dinar 6,— Luxemburg lfr. 23,— Norwegen nkr. 3,50 Portugal Esc. 15,— Südwest-Afrika Rd. —,35
Printed in Western Germany

Henkell Trocken Rosée

»Der Sekt, der schon zum Auftakt Stimmung weckt«

Jede Flasche dieser Weltmarke ist einzelnumeriert.

Henkell Trocken Rosée

Einen neuen, großen Sekt genießen – die Welt mit neuen Augen sehen. Sehen, wie das Ferne greifbar wird, das Schöne schöner, das Unentdeckte sichtbar.

Henkell Trocken Rosée – die strahlende Welt der Freude... auch Glanz der festlichen Tafel.

HENKELL – EINE ÜBERLEGENE WAHL

HENKELL



HTR9/69

IN DIESEM HEFT

Kiesingers Preis-Lawine — Seite 21



Schiller, Kiesinger

Aus wahltaktischen Gründen unternimmt der Bundeskanzler nichts, um den Preissteigerungen und einem Abrutschen des Booms in eine Wirtschaftskrise vorzubeugen. Er verwarf sogar ein Gutachten des Bonner Sachverständigen-Rats. Darin wird die von Schiller empfohlene Aufwertung der Mark als „unvermeidlich" bezeichnet, „um den Preisauftrieb direkt zu bekämpfen".

Döpfner und Defregger — Seite 34

Weltweites Echo fand der SPIEGEL-Bericht über ein Massaker in Norditalien, an dem 1944 der damalige Hauptmann und heutige Weihbischof Defregger beteiligt war. Kardinal Döpfner stellte sich vor seinen Mitbischof: Es liege „kein schuldhafter Tatbestand" vor. Aber die katholische Wochenzeitung „Publik" forderte, Defregger solle „sein Amt vorläufig zur Verfügung stellen".

Kostbare Krumen — Seite 48

Mit einem Tontopf im Marschgepäck wird ein General der Bundeswehr per Lufthansa-Jet nach La Paz fliegen. Order: dem bolivianischen Staatspräsidenten Siles Salinas die Überreste des aus Kassel stammenden südamerikanischen Volkshelden Otto Philipp Braun (1798 bis 1869) zu überreichen. In der Urne freilich, die mit militärischem Zeremoniell auf dem Kasseler Friedhof verabschiedet wurde, befindet sich lediglich deutscher Mutterboden.



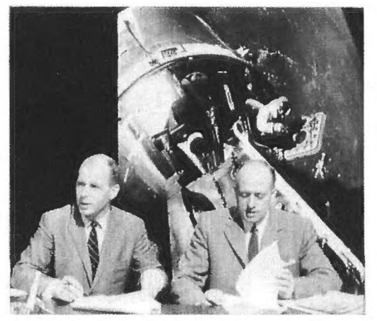
Militärisches Urnen-Zeremoniell in Kassel

Prag: Geheim-Operation „Lyautey" — Seite 74

Eine Verschwörung zum Sturz des Kommunismus verbindet Prager Reformpolitiker mit westlichen Agenten — das behauptet ČSSR-Innenminister Pelnář. Er nannte Details aus geheimnisvollen Dokumenten. Angeblich wurden Waffenlager für einen Aufstand entdeckt. Mit diesem Material bereitet Pelnář die totale Polizei-Kontrolle vor — und womöglich einen Schauprozeß.



Mondlandung im Studio — Seite 114



Mond-Reporter der ARD

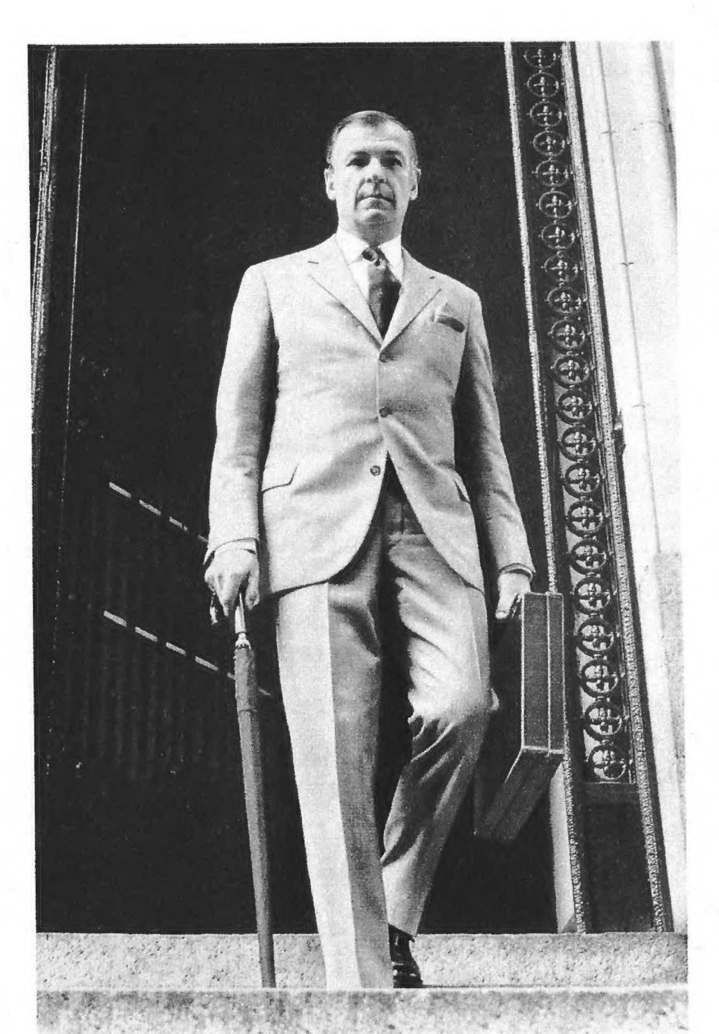
Mit großem Aufwand haben sich ARD und ZDF auf den Mondflug vorbereitet: Zu Bildern aus dem All zeigt das ZDF (21 Stunden Weltraumprogramm) den maßgetreuen Kommandostand des Raumschiffes und die originalgroße Mondlandefähre; die ARD (19 Stunden) läßt in einer nach Nasa-Plänen gebastelten Kabine die Mondlandung von zwei Laien in Raumfahrerkluft simulieren.

INHALT

	Seite
TITELGESCHICHTE	
Mondlande-Unternehmen Apollo 11	88
Interview mit Professor Wänke	105
SPIEGEL-GESPRÄCH	
Mit Frankreichs KP-Führer Duclos	78
AUGSTEIN — WAHLEN (VI)	
Fünfte Ohnmacht Presse	16
BONN	
Gefahren für die Konjunktur	21
Tele-Wahlkampf der CDU	22
Ost-Berlin etabliert sich in Nahost	23
Vertriebenenminister als Demagoge	24
Kontroverse der ÖTV mit Schröder	25
Interview mit Außenminister Luns	26
ARBEITNEHMER	
CDU-Sozialausschüsse als Wahlhelfer	28
Türkisches Hoechst-Zweigwerk bestreikt	28
WAHLKAMPF	
Peter Brügge wandert mit Rosenthal	30
FUNKTIONÄRE	
SPD-Krise wegen Bremer Bauland-Affäre	32
KRIEGSVERBRECHEN	
Bleibt Defregger?	34
PARTEIEN	
Richter rügen Berliner SPD	36
PROZESSE	
Zweifel im Fall Porst	38
GESELLSCHAFT	
Soziologen zum Straßenbahn-Streit	41
OSTHANDEL	
Russen-Erdgas für Bayern?	42
BUNDESLÄNDER	
Volksabstimmung über neue Grenzen	44
PROTESTANTEN	
Streit um den Kirchentag	46
AFFÄREN	
General fliegt Erde nach Bolivien	48
SERIE	
Über die deutschen Hochschulen	50
NAHER OSTEN	
Neue Kriegsgefahr	68
USA	
Führungskrise im Weißen Haus	70
ITALIEN	
Massenrebellion gegen den Staat	72
TSCHECHOSLOWAKEI	
Verschwörung „Lyautey"	74
KENIA	
Tote bei Mboyas Staatsbegräbnis	77
DÄNEMARK	
Mit dem Pfarrer in die Welt	82
SCHWEIZ	
Haß gegen Ausländer	82
SWASILAND	
Schwarze Mädchen für weiße Männer	83
SPORT	
Radstar Merckx ohne Konkurrenz	86
Nürnbergs Fußballmanager vor Gericht	86
AUSSTELLUNGEN	
„Eskalation" in Baden-Baden	108
MEDIZIN	
Erbkrankheit in Europas Hochadel	108
BÜCHER	
Beitz über Otto Heinemann	112
Besprechungen	122
FERNSEHEN	
Berichte von der Mondlandung	114
Vorausschau	116
AUTOMOBILE	
Geländewagen von VW	119
PRESSE	
Otto Köhler über SPD-„Ferienmagazin"	120
VERLAGE	
Econ kontra Heinrich Heine	124
MODE	
Werbung mit Farbigen	124
HAUSMITTEILUNG	5
BRIEFE	7
PANORAMA	18
PERSONALIEN	126
REGISTER	128
HOHLSPIEGEL	130
RÜCKSPIEGEL	130

„In mein New Yorker Hotelappartement wurde eingebrochen, während ich unter der Dusche stand. Ich verlor 250 Dollar, ungefähr 400 DM, mein Scheckbuch — und meine Fassung.

Jetzt nehme ich American Express Travelers Cheques."



Wenn Sie ins Ausland fahren, gibt es oft Probleme mit dem Geld.

Bargeld kann verlorengehen oder gestohlen werden. Um Bankschecks und Reise-Kreditbriefe einzulösen, müssen Sie erst mal eine zuständige Bank ausfindig machen. (Auch da gibt es oft noch langwierige Formalitäten, bevor Sie Ihr Geld haben.) Und Barschecks werden meist überhaupt nicht eingelöst.

Aber kein Problem mit American Express Travelers Cheques. Denn . . .

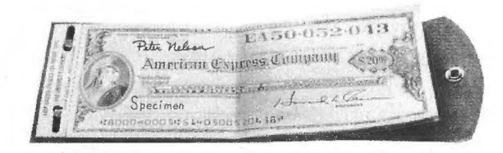
Sie sind das sicherste Geld für Ihre Reise. Wenn Ihre American Express Travelers Cheques verlorengehen oder gestohlen werden, können sie Ihnen sofort ersetzt werden. (Dafür sind die Filialen und Vertragsniederlassungen von American Express zuständig, die Sie überall auf der Welt finden.) Ihre Reise geht genauso weiter, wie Sie das geplant haben.

American Express Travelers Cheques sind die bekanntesten Reiseschecks. — Auf der ganzen Welt werden sie anerkannt. In Hotels, Restaurants, Geschäften, Nightclubs, Flughäfen, Bahnhöfen und Tankstellen können Sie damit bezahlen. In kleinen Orten genauso wie in Weltstädten.

American Express Travelers Cheques brauchen Sie nicht umzutauschen, wenn Sie von einem Land ins andere fahren.

Sie bekommen die Travelers Cheques bei Ihrer Bank oder im nächsten American Express-Büro. In Werten zu 10, 20, 50, 100 und 500 US-Dollar.

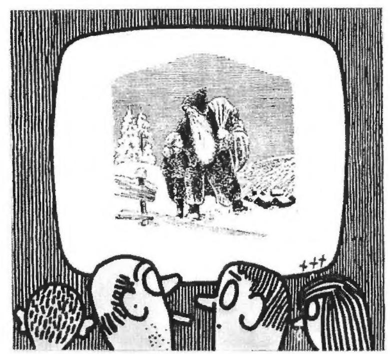
Wenn Sie also das nächste Mal verreisen — geschäftlich oder privat — nehmen Sie das sicherste und bequemste Geld mit. American Express Travelers Cheques.



Das einzige Geld, das ein Reisender braucht.

Datum: 14. Juli 1969 Betr.: TV-Vorschau

Theoretiker der Television haben als eine Nebenwirkung des Fernsehens, erwünscht oder nicht, den „Heiligenschein-Effekt" entdeckt und benannt: Werden Personen im Programm gezeigt oder zitiert, so bekommen sie beim Publikum „ein Gewicht, das sie sonst nicht erhielten"; Erwähnungen im Fernsehen „verleihen Prestige und vergrössern das Ansehen von Personen, indem sie deren Status rechtfertigen" (Franz W. Dröge). Von Erwähnungen im SPIEGEL lässt sich dergleichen nicht sagen, ganz gewiss nicht. Das gilt sicherlich auch für eine Rubrik, die eher als Hinweis, als Empfehlung, eher als positiv also gedacht ist. Seit dem Dezember 1968 veröffentlicht der SPIEGEL Charakteristiken von fünf bis sieben, bis neun Fernsehsendungen der jeweils begonnenen Woche. „Es handelt sich", wie damals geschrieben wurde, „um eine Art Vorausblick, Applaus (oder nicht) vor der Premiere, dessen bestes Instrument vielleicht die Selektion ist" — eine Auswahl also aus dem, was SPIEGEL-Mitarbeitern in Berlin und München, Hamburg, Stuttgart und Baden-Baden, in Frankfurt und Köln und anderswo bereits vor der Sendung gezeigt werden kann und was nach SPIEGEL-Meinung einen solchen Voraus-Hinweis wert wäre. Aber es ist wahr: Der Heiligenschein-Effekt bei diesen Erwähnungen fehlt. Mit eines anderen Worten, zitiert aus dem Brief des Fernsehspiel-Chefs Erich Proebster vom Sender Freies Berlin:



Die Tat, Zürich

„Von welcher Branche kommen eigentlich unsere Fernsehleute her?"

„Wenn ich recht informiert bin, wurde die Erlaubnis, wonach der SPIEGEL Fernsehsendungen vorbesichtigen kann, gegen die Zusicherung gegeben, dass vor der Ausstrahlung keine kritische Wertung veröffentlicht werde." Und: „Ich erlaube mir, Kopien dieses Briefes an meine ARD-Kollegen und an das ZDF zu senden." Kollege Proebster irrt. Eine solche Zusicherung hat der SPIEGEL niemals gegeben noch ist sie ihm je abverlangt worden. Zwar schrieb Clemens Münster schon im August 1968, die Ständige Konferenz der Programmdirektoren habe über des SPIEGELS Vorschlag „beraten und sich mit einem gewissen Zögern grundsätzlich bereit erklärt, der Presse, insbesondere auch dem SPIEGEL, interessierende Sendungen vorzuführen . . .". Das Wort gilt, zwölf Monate später, immer noch. Zwanzig Millionen Fernseh-Konsumenten sollen, soweit es am SPIEGEL liegt, im vorhinein informiert werden, was nach (überlegter, keinesfalls unfehlbarer) SPIEGEL-Meinung anzusehen lohnt. Ebenso deutlich ist: Heiligenscheine kann und will der SPIEGEL nicht aufsetzen. Wenn ARD und ZDF ihre Zustimmung, Produktionen vor der Sendung zu besichtigen, davon abhängig machen wollten, gelobt zu werden (es gibt eine grosse Zahl namhaft zu machender und namhafter Fernsehkollegen, die eher das Gegenteil vom SPIEGEL fordern) — wenn das der Handel wäre, wird gewiss nicht die genaue Berichterstattung, wohl aber die Fernseh-Vorausschau eingestellt.

BRIEFE

WELCH GLÜCK

(Nr. 27/1969, SPIEGEL-Gespräch mit Bundespräsident Dr. Heinemann)

Lieber Herr Bundespräsident, wenn Sie in meinem Alter wären, würde ich sagen: „You're a darling." So sage ich Ihnen, daß ich stolz bin, vielleicht zum erstenmal, Deutscher zu sein. Sie sind ein großer Mann. Ich hoffe auf Sie, wie alle auf Sie hoffen, die in Sorge sind um die sogenannte Bundesrepublik.

Karlsruhe ANSGAR ADAMINI

Habe soeben die Antrittsrede Dr. Heinemanns gehört. Für mich und sicher für viele andere Altersgenossen, die



Kölner Stadtanzeiger

Der Lotse geht an Bord

wir für Heuss-Reden damals noch zu „klein" waren, war dies die erste Präsidentenrede, die gehalten wurde, um etwas zu sagen; die erste, bei der nicht nur etwas gesagt wurde, um eine Rede zu halten. Ein ganz neues Präsidentengefühl.

Berlin BERNHARD GISEWSKI

Politik ist die Kunst des Möglichen. Wollen wir hoffen, daß unser Bundespräsident weiß, was möglich ist.

Essen EDWIN SINGER

Ihr Gespräch zu viert verlief, als ob die Wahl des Bundeskanzlers auf Präsentation von Fraktionen zu erfolgen habe. Heinemann meinte, es sei ihm höchstens gestattet, „mit den Fraktionsspitzen Gespräche zu führen", die drei SPIEGEL-Herren Augstein, Gaus, Schreiber bestätigten unisono, „nach herrschender Rechtsauffassung müsse der Bundespräsident ‚dem Mehrheitsvotum des Bundestages folgen'". Dabei setzt Grundgesetz-Artikel 63 Absatz 1 normierend fest: „Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestag ohne Aussprache gewählt." Dieser hat ihn — vernünftigerweise — zu ernennen, falls er die Mehrheit der Mitglieder des Bundestags für sich gewinnt (Absatz 2). Faktisch allerdings präsentierten bis Dezember 1966 CDU-geführte Mehrheitskoalitionen ihren Kanzlerkandidaten dem Bundespräsidenten, so daß dieser jenen zur Wahl vorschlug und ihn, nach errungener Mehrheit, zu ernennen hatte. Am 28. September 1969 aber mögen Gleichgewichtslagen entstehen zwischen SPD und CDU/CSU und damit auch zwischen SPD und FDP und CDU/CSU und FDP oder auch zwischen SPD und FDP und CDU/CSU und ganz neue entscheidungsträchtige Situationen durch die NPD. Hier wäre es verfassungskonform, wenn Bundespräsident Heinemann seinen Kandidaten dem Bundestag vorschlüge, auf das Risiko hin, daß er die (qualifizierte) Mehrheit nicht gleich erreicht.

München WOLFGANG SCHWARZ

Das war ein ungewöhnlich ergiebiges Interview. Auch das politische Gespräch kann eine publizistische Kunst sein. Von spontanen Gelegenheits-Interviews hat die Öffentlichkeit nicht viel, zumal wenn sie nach einigen Tagen korrigiert werden müssen. In diesem Gespräch entsprechen präzis gestellte treffende Fragen, die die Grenze des politischen Taktes zwar berühren, aber nicht überschreiten, abgewogenen treffenden Antworten. Die Möglichkeiten wurden ausgeschöpft, aber auch die Schranken erkannt. Hier hat der Bundespräsident in einfacher, politisch wie advokatorisch unverbildeter Sprache, ohne Pathos, frei von Phrasen und unverbrämt die Konzeption seiner Amtsführung skizziert, mit politisch realistischer Phantasie die Konturen seiner Wirkungsmöglichkeiten, abgetönt nach Situationen und Fällen, gezeigt. Vielleicht wird er im Laufe der Zeit die Konzeption revidieren wollen oder müssen. Man braucht sie auch nicht in allen Teilen zu billigen. Aber daß er jetzt schon eine Konzeption hat und den ersten Entwurf mit so viel „Unbefangenheit", mit nüchternem

Idealismus und dennoch konkret beschreibt, mag als ein guter Anfang erscheinen. Wie er sich ihrer bedienen wird, ist eine andere Frage, über die später einmal zu reden sein wird. Demokratisch im besten Sinn ist Heinemanns Sprache, weil allgemein verständlich. Demokratisch ist aber auch die freimütige Bekanntgabe seiner Konzeption kurz vor Amtsantritt. Man merkt, das Gespräch ist ihm dabei zu Hilfe gekommen, es vermochte seine Vorstellung vielleicht besser zu vermitteln als ein Aufsatz oder eine Rede. Er sucht nicht die Risiken, aber er scheut sie äußerstenfalls auch nicht — wohlbemerkt „äußerstenfalls". Man freue und ärgere sich nicht zu früh. Heinemann war Bundesjustizminister, als die Notstandsgesetze verabschiedet und in Kraft gesetzt wurden. Zwar kann ich selbst freimütig über die heutige Problematik des Treueeides sprechen und habe es auch getan, aber ich meine, daß der Bundespräsident diese Freiheit nicht mehr hat. Er soll die bestehende Verfassung schützen, und das verlangt strenge Zurückhaltung in Äußerungen, die als gezielte Anregungen zu bestimmten Verfassungsänderungen angesehen werden können. Diese Bemerkung mag voreilig erscheinen, aber ich kann mich zunächst nur auf die Andeutungen in diesem Gespräch stützen.


Eschenburg*

Tübingen
PROFESSOR DR. THEODOR ESCHENBURG

Der neue Bundespräsident hat sich aufgrund seiner ihm angeborenen Agilität und Dynamik mit Entschlußfreudigkeit auf mehrere bedeutsame Politika festgelegt.
Wir werden uns demzufolge auf allerhand gefaßt machen müssen.

Heiligenhaus (Nrdrh.-Westf.)
EDUARD FISCHER

Angesichts der Ehrung von Herrn Lübke durch Bundestag und Bundesrat schlage ich vor, Artikel 54 des Grundgesetzes um folgenden Absatz zu erweitern:
„Der Bundespräsident ist am Ende seiner Amtszeit ohne Ansehen seiner Person oder seiner Verdienste grundsätzlich und in jedem Fall dadurch zu ehren, daß ihm Bundestag und Bundesrat bescheinigen, er habe sich um das Vaterland verdient gemacht."

Wuppertal
JÜRGEN EIDAM

Glückliche Bundesrepublik! Sie hat nicht nur demnächst die „politischste" Bundestagswahl, sondern jetzt auch den „politischsten" Bundespräsiden-

* Ordinarius für wissenschaftliche Politik an der Universität Tübingen.

ten. Das nunmehr vollzogene „Stück Machtwechsel" läßt sich schon ganz gut an.

Viersen (Nrdrh.-Westf.) WILHELM THÖNISEN

Ich bin nun gespannt, ob Sie bei der bekannten Objektivität es wagen, auch einmal ein ganz vorsichtig kritisches Wort zu unserem ersten Mann im Staate zu sagen, denn wer ist ganz ohne Schwäche?

München A. KRAUTH

Mit Dr. Heinemann haben wir einen Bundespräsidenten bekommen, der selbstlose Überzeugung in politischen Stil zu übersetzen vermag; der durch Erfahrung nicht autoritär, sondern menschlich geworden ist, ein Mann, der jungen Leuten ein Leitbild geben kann.

Berlin RENATE BLOS

Man wird ja noch sehen, was man von einem Sozi erwarten darf. Es wird schon schiefgehen!

München MANFRED BISSER

Welch ein Mann. Welch ein Glück für Deutschland. Haltet es fest, bitte!!!

Basel (Schweiz) ARGRIT SCHWANK

ADLERJUNGE

(Nr. 26/1969, Schule der Nation)

Ich habe zwar höhere Schule und Universität besucht, jedoch nicht die Schule der Nation. Werde dies sofort nachholen. Neu war mir auch, daß um uns der Bürgerkrieg wütet. Ich werde mich an die Zivilschutzanweisungen halten und rechne mir mit der Aktentasche auf dem Kopf eine echte Überlebenschance aus.

Ober-Mörlen (Hessen) L. WEIMANN

Der Griff des Kanzlers zu nationalsozialistischer Terminologie — eine große Schule der Nation — offenbart deutlich den Rutsch unseres Staates in nationalistische Gefilde. Bei der letzten Bundestagswahl hätte wohl niemand solche Äußerungen gewagt. Sie wären übel honoriert worden.

Werlte (Nrdrh.-Westf.) HERMANN KÜSTER

Bei einer NPD-Versammlung in Koblenz am 2. Juli gab NPD-Boß von Thadden eine neue Variante zu dem Streit um die Äußerungen des Bundeskanzlers: „Bundeswehr, eine Schule der Nation." Von Thadden argumentierte: Seit Friedrich dem Großen gibt es die Schulpflicht, jedes Kind muß eine bestimmte Anzahl von Jahren in die Schule gehen, um Lesen und Schreiben zu lernen. Auch Starfighter fliegen und Panzer fahren muß man lernen — das lernt man in der Schule



— eben in der Schule der Nation. NPDistische Logik!

Koblenz HUBERTUS REGER
CHRISTOPH JOST

Nachdem der Antinazi und Nichtsoldat Dr. Adenauer uns mit einem seiner einsamen Entschlüsse die Bundeswehr beschert und damit verhindert hat, daß die Bundesrepublik ein neutraler Staat wird — wahrscheinlich auch die Wiedervereinigung — und nachdem Exnazi und Bundeskanzler Kiesinger die „Schule der Nation" aus der Klamottenkiste geholt hat — wahrscheinlich damit Brettlsängerinnen wieder mit Donnerwetter-Kerlen und — äh — tadellosen Markenperlen aufwarten können — umreißt der neue Bundespräsident Dr. Heinemann die wirkliche Aufgabe der Bundeswehr.

Nürnberg GEORG BURK

Ich bin am Ende! Ich kann mich nicht

Strauß, Kiesinger, Barzel

mehr aufregen! Strauß, Kiesinger und Barzel haben es geschafft!

Rüsselsheim (Hessen) DR. W. REMY

Seit Wiederbewaffnung und Notstandsgesetzgebung hat mir im Rahmen der bundesdeutschen Politik nichts mit so unglaublichem Erfolg auf die Palme verholfen wie die jüngsten Äußerungen des Herrn Kiesinger.

Essen HARRY HEIDE

Die Bundeswehr — eine Schule der Nation trifft wahrhaftig nicht zu. Aber eine Schule der Nation müßte für 20jährige Männer wie Frauen geschaffen werden. Damit der Staatsbürger vor seiner Volljährigkeit noch einmal die Pflichten und seine Rechte der Gemeinschaft gegenüber erkennt. Eine halbjährige Arbeitsdienstpflicht, mit militärischer Strenge, eine Truppe, welche für alle Arbeiten an der Gemeinschaft herangezogen werden kann. Vom Krankenhaus bis zum Straßenbau. Für jeden Gesunden beiderlei Geschlechtes muß die Arbeitsdienstpflicht gelten.

Bad Kreuznach (Rhld.-Pf.)
LEO WILWERTH

Als Soldat, der zur Zeit seine achtzehn Monate abrackert, kann ich nur sagen, daß die Bundeswehr nur eine Hilfsschule der Nation ist.

Brackwede (Nrdrh.-Westf.)
HANS-JOACHIM HEUEL

> Man hört den Ton und schweigt betreten:
> „Das ist ein Kerl!" rief Georg aus.
> Oh, liebe Bürger, laßt uns beten;
> der Adler brütet Junge aus.

Hanstedt (Nieders.) C.-P. LIECKFELD

LINKES BAND

(Nr. 27/1969, Marcuse)

Daß Marcuses Gedanken nicht den Beifall des pseudokommunistischen Establishments finden, ist verständlich; daß auch Cohn-Bendit Herbert Marcuse nicht oder mißversteht, ist ebenso tragisch wie das Schicksal von Rudi Dutschke, den man nach den letzten studentischen Ungereimtheiten, die fälschlicherweise als Protest ausgegeben werden, mehr und mehr vermißt.

Hückeswagen (Nrdrh.-Westf.)
ERNST DITTRICH

Ihrem Artikel „Obszöne Welt" entnehme ich, daß die Lüge, ich sei CIA-Agent oder sei es je gewesen, eifrig weiterverbreitet wird (nicht von Ihnen!). Wenn es wahr ist, daß diese Verleumdung von so merkwürdig verschiedenen Seiten gefördert wird wie von Gus Hall, dem Sekretär der Kommunistischen Partei der USA, von der extrem rechten John Birch Society in den Vereinigten Staaten, von der extrem linken PL (Progressive Labor, eine Gruppe, die den amerikanischen SDS scharf bekämpft), von einem mir (und offenbar allen anderen) unbekannten Herrn Matthias und schließlich von Cohn-Bendit, dann müssen sehr starke Interessen am Werke sein, die mich politisch mundtot machen wollen. Es geht um die Diskreditierung und Schwächung der Studentenbewegung, die zum großen Teil mit meinen Schriften identifiziert wird, eine Schwächung, an der das Establishment in der Tat sehr interessiert ist. Ist dies jetzt auch das Interesse Cohn-Bendits? Nach einigen seiner früheren Freunde und nach einigen italienischen Zeitungen war es nicht er, sondern ein Faschist, der mit Cohn-Bendits Gruppe auf derselben Seite des Balkons im Eliseo-Theater in Rom saß, der mich als CIA-Agenten angepöbelt hat, während mir Cohn-Bendit „nur" vorwarf, ein Agent der Bourgeoisie zu sein. Vielleicht bekennt er noch Farbe, damit man weiß, wo er heute hingehört ...

Diesen Lumpereien zum Trotz werde ich weiterhin schreiben und sagen, was ich für wahr halte, gleichgültig gegen

welche „vested interests" auf der Linken und auf der Rechten, die zur Stärkung des status quo beitragen. Aber ich werde, was ich zu sagen habe, so sagen, daß es gehört und diskutiert werden kann. Das war möglich während meines Aufenthaltes in Italien, in Turin, in Mailand, in Bari; es war möglich in den zahlreichen Massenversammlungen in den Vereinigten Staaten, wo ich gesprochen habe — es war nicht mehr möglich in Rom, wo man von vornherein die Diskussion durch Sprechchöre zu verhindern versucht hat (zur Berichtigung: Ich mußte nicht meine Vorlesung abbrechen, ich habe sie wie geplant beendet, nur die Debatte nach der Vorlesung wurde suspendiert.



Marcuse

Es war aus solchen Gründen, daß ich meine Zusage, zur Geburtstagsfeier meines Freundes Ernst Fischer nach Hamburg zu kommen, zurückgezogen habe. Ich war zu einer Geburtstagsfeier im kleinen Kreise eingeladen worden und zu einem Gespräch mit Ernst Fischer und Ernst Bloch. Ich nahm an, daß es sich dabei, dem Anlaß gemäß, um eine Diskussion des Werkes von Ernst Fischer handeln würde, das für mich einen entscheidenden Beitrag zur Weiterentwicklung der Marxschen Theorie darstellt. Erst zwei Tage vor der Veranstaltung wurde ich davon unterrichtet, daß das Gespräch ohne mein Wissen „umstrukturiert" worden war zu einer publizitären Massenveranstaltung mit dem Thema „Alte und Neue Linke", und mit Fernsehen, Presse etc. Für mich sind in einer solchen Situation keine der Bedingungen für eine wirkliche Diskussion gegeben, wohl aber alle Bedingungen für die Verhinderung der Diskussion. Das Schauspiel einer Selbstzerfleischung der Linken mag für den Feind auf der Rechten (und im Zentrum) ein Gaudium sein, für mich ist es unerträglich, besonders unerträglich in einer Zeit, in der die Linke mit globaler Repression bedroht ist.

Cabris (Frankreich) HERBERT MARCUSE

Sie haben in Ihrem Referat über meinen Herbert-Marcuse-Artikel geschrieben, daß meine Behauptungen über die einstige Tätigkeit Marcuses der Beweiskraft entbehren. Es war in diesem Falle nicht erforderlich, das gesamte Beweismaterial in gleicher Weise zu präsentieren, wie ich das in anderen Fällen bisher getan habe, da Marcuse bereits 1968 von zwei amerikanischen Zeitschriften als CIA-Agent und agent provocateur bezeichnet beziehungsweise charakterisiert worden war. Ein Mann, der einen Namen zu

verlieren hat, würde die beiden Zeitschriften wegen Beleidigung verklagt haben. Herbert Marcuse hat das bis heute nicht getan. Auch wurden meine Angaben zum Überfluß durch einen ehemaligen CIA-Agenten, also einen früheren Kollegen Marcuses, der heute in Philadelphia lebt und meinen Artikel gelesen hat, brieflich bestätigt.

Ascona (Schweiz)
PROFESSOR DR. L. L. MATTHIAS

Meine Großmutter sagte immer: man muß alt werden, um was Neues zu erleben. Sie hatte recht: das Leben wird immer abwechslungsreicher. Ich war schon ganz daran gewöhnt, und es hat mich schrecklich gelangweilt, meinen Mann als Agent des Kremls, Ho Tschi-minhs, Fidels, Maos und als Kinderverführer verpönt zu sehen. Endlich gibt's mal was anderes. Drum: Viel Spaß Herr Matthias, Herr Cohn-Bendit, die Redakteure von Progressive Labor, und etwaige andere, die sich daran beteiligen wollen, bei der so phantasievollen neuen Phase der Marcuse-Hetze, die aus ihm jetzt einen CIA-Agenten macht? Ich denke, das sollte sich bei der heutigen Konjunktur gut bezahlt machen.

La Jolla (Kalifornien)
INGE MARCUSE

Erinnern wir uns, daß russische Sozialisten vor 1914 ein Gericht bildeten, um den „Fall Asew" zu untersuchen und zu beurteilen. Asew war Mitglied der Partei der „Sozialrevolutionäre" und zugleich Agent der zaristischen Geheimpolizei „Ochrana". Ich mache den Vorschlag, es sei aus Personen allgemeinen Vertrauens ein Gericht zu bilden, das sowohl L. L. Matthias wie Herbert Marcuse und zu nominierende Zeugen einvernimmt. Meinerseits möchte ich vorschlagen: Bertrand Russell — London; Jean-Paul Sartre — Paris? Ernst Fischer — Wien; G. Lukács — Budapest; Litwinow — Moskau; Umberto Terracini — Rom; N. Derlinghuer — Rom; Anna Seghers — Deutschland; den Alterspräsidenten des Schweizer Nationalrates Carl Dellberg Visp und den Schriftsteller Max Frisch — Zürich; dazu Vertreter von Studentenorganisationen. Jetzt wurde gegen einen Sozialisten die denkbar schwerste Anklage erhoben. Notwendige Dialoge sind aber nur möglich, wenn eine solche Anklage gerichtlich untersucht wird.

Basel
EMIL ARNOLD

Wäre die Erinnerung an die Podiumsdiskussion in Berlin im Juni 1968 und an Ihren eigenen Bericht über sie noch wach gewesen, so hätten Sie bemerkt, daß das Band zwischen dem, den Sie Propheten nennen, und denen, die Sie als Jünger bezeichnen, sich schon im Juni 1968 gelockert hatte. Also nicht



erst im Juni 1969 verweigerten sich damit, wie Sie nun berichten, „zum erstenmal Teile der Neuen Linken einem Mann, der nicht nur ihre Theorien vorgedacht, sondern auch ihre Praxis unterstützt hatte“.

Berlin REIMAR KLEIN

RUHESTELLUNG

(Nr. 26/1969, Plastische Chirurgie)

Ihr sonst ausgezeichneter Ubersichtsartikel über „Plastische Chirurgie“ hat leider selber einen kleinen Schönheitsfehler, der einer Korrektur bedarf: Vorher/Nachher-Bilder lassen nur dann das wirkliche Ergebnis einer kosmetischen Operation erkennen, wenn sie unter genau gleichen Bedingungen geschossen werden. Das trifft aber für Ihre Gesichtsbilder in der ersten Spalte nicht zu. Die Frisur ist auf





Vorher — Nachher

Bild 1 a unordentlicher gehalten als auf Bild 1 b. Wesentlicher ist aber die „Lichtretusche“, die der Photograph vorgenommen hat. Bei Bild 1 a fällt das Licht seitlicher ein als bei Bild 1 b. Der Schlagschatten auf dem Fibrom der linken Oberlippe läßt die Lichtkorrektur deutlich erkennen. Er fehlt auf Bild 1 b. Eine derartig manipulierte Beleuchtung läßt natürlich alle Schatten und Runzeln stark hervortreten. Sie sind auf Bild 1 b einfach weggestrahlt worden — zum Teil scheint hier auch mit einer bewußten Unschärfe gearbeitet worden zu sein. Die Bilder erwecken den Eindruck, daß der kosmetische Chirurg auch sämtliche Runzeln um den Mund herum völlig beseitigen kann. Dies ist leider nicht der Fall. Solche „lichtretuschierten“ Aufnahmen — man findet sie sogar in medizinischen Zeitschriften — lassen im Patienten oft Wünsche entstehen, die kein Chirurg erfüllen kann.

Köln DR. MED. W. E. J. SCHNEIDRZIK
Facharzt für kosmetische Chirurgie

Es klingt arg nach Verniedlichung eines Problems, nach mangelnder Fachkenntnis des Autors, wenn er schreibt, daß zur Harmonisierung

eines Gesichtsprofils vorstehende Unterkiefer (Progenie) gebrochen und in Normalstellung zusammengefügt werden. Eine solche Operation sollte mehr unter dem Aspekt gesehen werden, eine einwandfreie Kaufunktion zu erzielen und somit Kiefergelenkbeschwerden et cetera vorzubeugen. Die Korrektur dieser Deformität verlangt sowohl vom behandelnden Chirurgen, als auch besonders vom Patienten eine große Geduld, da es beim künstlich gesetzten Bruch nur langsam zur Konsolidierung kommt. Darüber hinaus ergeben sich für den Patienten Unannehmlichkeiten wie über einen langen Zeitraum die Ernährung mittels Flüssig- beziehungsweise Breikost, da der Unterkiefer durch Verschienung in Ruhestellung gehalten werden muß.

Hildesheim HANS-ULRICH RAHE

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen.

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Verantwortlicher Redakteur für Bonn, Arbeitnehmer, Osthandel: Leo Brawand; für Tele-Wahlkampf, Windelen: Dr. Alexander von Hoffmann; für Bundeswehr: Hagen Graf Lambsdorff; für DDR-Anerkennung, Funktionäre, Parteien, Prozesse, Gesellschaft, Bundesländer, Affären: Hans Joachim Schöps; für Luns-Interview: Hellmut Hartmann; für Kriegsverbrechen, Protestanten: Jörgen Pötschke; für Serie: Klaus Franke; für Naher Osten: Siegfried Kogelfranz; für SPIEGEL-Gespräch, USA, Italien, Kenia, Dänemark, Schweiz, Swasiland: Heinz Lohfeldt; für Tschechoslowakei: Fritjof Meyer; für Sport: Walter Gloede; für Titelgeschichte, Medizin, Mode: Jürgen Petermann; für Ausstellungen, Fernsehen: Felix Schmidt; für Bücher, Verlage: Rolf Becker; für Automobile: Rudolf Glismann; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe: Heike von der Osten; für Panorama: Ariane Barth; für Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dietrich Strasser; für Bilder: Hans-Joachim Schmoll; für SPIEGEL-Verlag/Hausmitteilung: Walter Busse (sämtlich Hamburg 11, Brandstwiete 19/Ost-West-Straße). Nachrichtendienste: UPI, AFP, Newsweek, New York Times

Dokumentation: Jürgen Bergeder, Armin Dirks, Dr. Renate Dunkel, Elke Eichhorn, Dr. Herbert Enger, Wolfgang Fischer, Almuth Fölsing, Dr. Iris Hamel, German Hausknecht, Hartmut Heidler, Werner Heine, Hans-Joachim Heinze, Wolfgang Henkel, Jürgen Holm, Leonore Lohse, Elke Martin, Günther von Maydell, Rainer Mehl, Klaus Müller, Friedhelm von Notz, Uwe Paulsen, Dorothea Peters, Uwe Reisner, Karl-Otto du Roveray, Hedwig Sander, Karl-Heinz Schaper, Werner Siegert, Robert Spiering, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Alfred Wüste; Leitung: Heinz Klatte. Stellvertreter: Walther von Schultzendorff. Bildbeschaffung: Frank Böhm, Helmut Wolff, Ingrid Ziegler

Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 27a vom 1. Juli 1968 • Verantwortlich für Anzeigen: Alfred E. Wissmann, Hamburg 11, Brandstwiete 19/Ost-West-Straße • Druck: Druckhaus Ahrensburg, Ahrensburg bei Hamburg und Darmstadt

Verlagsgeschäftsstellen: 1 Berlin 30, Kurfürstenstraße 72/74, Tel. (0311) 1 38 51, Telex 183 867 • 4 Düsseldorf, Immermannstraße 15, Tel. (0211) 36 05 53, Telex 8 582 737 • 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Tel. (0611) 72 28 90, Telex 413 009 • 8 München 8, Maria-Theresia-Straße 11, Tel. (0811) 44 44 56, Telex 524 601 • 7 Stuttgart, Kriegsbergstraße 11, Tel. (0711) 29 58 65/66, Telex 722 673

Rudolf Augstein: Wahlen (VI)

FÜNFTE OHNMACHT PRESSE

Kürzlich stand in sechs Springer-Zeitungen ein Photo gedruckt, das den deutschen Presse-Kaiser mit dem britischen Oberpapst Lord Thomson, dem laut „Hamburger Abendblatt" „größten Zeitungsverleger der Welt", Seite an Seite stehend zeigte. Anklagend vermerkte das „Abendblatt", die Thomson-Organisation besitze „diesseits und jenseits des Atlantik ein sich ständig vergrößerndes Zeitungs- und Zeitschriften-Imperium", mit 104 Zeitungen, 150 Zeitschriften, 12 Fernsehsendern, 15 Rundfunkstationen etc. etc.

Wie konnte da ein begriffsstutziger deutscher Politiker noch auf der Idee verharren, Springer mit seinen lumpigen sieben Zeitungen und dem lächerlich geringen Zeitschriften-Marktanteil von 8,9 Prozent* sei eine Gefahr für die Meinungsvielfalt? Welcher Dümmling wollte Axel Springer den Weg ins Fernsehen weiterhin versperren, die Kontrolle über einen einzigen kleinen, ganz winzigen Kanal, da doch der, nun allerdings an Politik nicht interessierte, Kanadier und Fleet-Street-Lord gleich 27 Sender sein eigen nennt?

Gemach, Axel wird ja seinen Kanal irgendwann, wenn auch nicht vollbekommen, und den Politiker, der Springer Zügel anlegen wollte, scheint es plötzlich nie gegeben zu haben. Der zuständige Bundestagsausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik hält den Vorschlag der von der Bundesregierung eingesetzten, der nach dem Präsidenten des Bundeskartellamts benannten Günther-Kommission, die Marktanteile der einzelnen Verleger zu begrenzen (obere Grenze etwa bei Zeitungen 40 Prozent), „für nicht brauchbar". Es genügt ihm, der Konzentrationstendenz im Pressewesen „nicht völlig unkontrolliert freien Lauf zu lassen", so die „Stuttgarter Zeitung".

Die heftigsten Unruhen seit Kriegsende, deren Ziel und Gegenstand die Burgen des Springer-Imperiums waren, nehmen sich nur noch wie Bilder aus grauer Vorzeit aus, und waren Ostern doch nur ein Jahr her. Kein Politiker denkt daran, offensichtlich keiner, den Anteil der Zeitungen, die ein einzelnes Haus in der Bundesrepublik und West-Berlin herausbringen darf, auch nur auf 40 Prozent zu begrenzen, ja, man darf wohl annehmen, auch ein Gesetz, das dem einzelnen Verleger einen Marktanteil von 90 Prozent als oberste Grenze vorschriebe, hätte keine Chance. Denn, nicht wahr, hat ein Mann erst einmal 40 Prozent der Zeitungsauflagen in einem Land (Lord Thomson of Fleet hat 6,8 Prozent in Großbritannien, ein „unpolitischer" Lord Thomson, wie gesagt, ein kapitalistischer Geschäftsmann), so geht die Souveränität im Staat nicht mehr vom Volke aus.

* Um 9,3 Prozent Zeitschriften-Marktanteile hat er sich durch Verkauf der Zeitschriften „Jasmin", „Eltern", „Twen", „Kicker", „Bravo" und „Das neue Blatt" erleichtert.

Nein, unter den 436 Gesetzen, die der fünfte deutsche Bundestag verabschiedet hat, findet sich keines, das der Macht privateigentümlicher Verleger Schranken setzte, und lediglich die FDP hat in ihrer jüngst verabschiedeten Wahlplattform gefordert, die Marktanteile sollten begrenzt werden, aber wie und in welcher Höhe?

Springer hat Ballast abgeworfen, hat sechs „unpolitische" Zeitschriften (so ganz unpolitisch ist wohl kein Blatt mit großer Auflage) verkauft; der Apo ist er aus dem Gesichtsfeld geraten, weil sie die gesamte privat-kapitalistische Presse, bis hin zu „Konkret" und zum Berliner „Extradienst", wie in manischer Verzückung unter Feuer nehmen mußte.

Das war politisch nicht sehr klug, weil jeder Politiker, der Springers Pressemacht einschränken wollte, sei es auch nur regional in Berlin oder Hamburg — es gab ja solche Leute —, plötzlich als Verbündeter von gewerbsmäßigen Umstürzlern erschien. Aber es war auch wieder ganz nützlich, denn sowenig die Apo ihrem Ziel — Enteignung der Presseherren — näherkommen konnte, so gründlich hat sie das Selbstverständnis bei jenen Publikations-Menschen geschüttelt und gerüttelt, die überhaupt noch bereit waren, ihre eigene Rolle und ihre Interessen zu überdenken (den autoritär geführten und verkrusteten SPIEGEL nicht ausgenommen).

Dem Bundestag fiel es leicht, das Thema Presse-Konzentration abzuschieben, indem er die Gesamtheit aller Presseprobleme auf einem unverbindlichen Wunschzettel dem auf Abbruch gegeneinander arbeitenden Bundeskabinett, in Wahrheit also den kommenden Bundestagen überliefert hat. Die CSU verlangt ein Presse-Gesetz, das auch den Ehrenschutz des einzelnen „sichern" soll (welchen Namen hat wohl dieser „einzelne"?). Das Land Hessen will die Beteiligungs- und Auflagenverhältnisse durchsichtig machen — als ob das unser Problem wäre, da doch, wie der Kartell-Wächter Dr. Günther überzeugend dartut, die Presse auf dem Weg „zur Monopolisierung des Marktes" ist, samt allen daraus resultierenden Abhängigkeiten für Journalisten und Grossisten. Weder das Land Berlin noch das Land Hamburg, wo Springer nahezu allein herrscht, haben etwas unternommen.

Der Bundestag memoriert: Die Fusionen sollen kontrolliert, das Wettbewerbsrecht überprüft, ein Kuratorium für Zeitungstechnik und Zeitungswissenschaft sowie ein einheitliches Versorgungswerk für Journalisten geschaffen, und, ja, das Verhältnis zwischen Redakteur und Verlag soll gesetzlich geregelt werden (da darf man als Praktiker, der auf beiden Seiten des Brotes gebuttert hat, neugierig sein und wohl auch bleiben). Das FDP-Programm gar enthält den schwachsinnigen Satz: „Wirtschaftlicher Einfluß von Verlegern darf nicht in politische Macht umgemünzt werden." In was denn sonst, wenn Zeitungsmachen überhaupt einen Sinn haben soll? Um die Begrenzung wirtschaftlicher wie politischer Macht geht es, nicht darum, beides abzuschaffen.

Also, die „Lex Springer" ist vom Tisch, aber was sich in diesem Land Presse nennt, wird wohl noch eine Weile intensiver und vielleicht ständig zunehmender Diskussion ausgesetzt sein. Aufgehellt haben die Studenten, was Journalisten und Verleger, ihrer selbst nicht bewußt, praktizieren. Eben weil gesetzliche Regelungen nicht in Sicht und, solange nicht systemimmanent, auch immer problematisch sind, muß sich das gesamte parlamentarische System zurechnen lassen, was seine privateigentümlichen Publikationsinstitute so vorführen. Da werden ganze Redaktionen verkauft wie Mobiliar, manche bis zu viermal in drei Jahren, und niemand fragt die Redakteure. Nur, ist die Konzentration nicht, sogar laut Karl Schiller, das Gesetz der Stunde im vereinten Europa? Und was für Redaktionen sind denn hier verkauft worden? Werden Management und Arbeiter eines Elektrobetriebs gefragt, wenn die Fabrik veräußert oder fusioniert wird?

Sind etwa die Redaktionen von „Jasmin" oder „Quick" — und meinungsbildendere Redaktionen wurden bisher nicht verhökert — wichtiger und besser als Management und sonstige Belegschaft eines exportempfindlichen Unternehmens? Sollen Schönheits-Oasen für Pressepersonal geschaffen werden, damit die gesellschaftliche Wirklichkeit in einem rosigeren Licht erscheinen darf?

Verdächtig, wie rasch die Politiker für mehr Unabhängigkeit der Journalisten von den Verlegern deklamieren. Haben sie aus dem Zustand ihrer Parteiorganisationen noch nicht einmal gelernt, daß Unabhängigkeit nicht dekretiert werden kann, daß Abhängigkeit aus der Struktur der Interessen notwendig hervorgeht, wechselseitige Abhängigkeit überall da, wo ein gesellschaftlich zählenswertes Institut noch funktioniert? Es scheint, sie wissen genau, daß sie von den Verlegern nichts zu fürchten haben, und wollen deshalb den Journalisten mit einer hilflosen Geste schmeicheln.

Wahr, die privateigentümlichen Presseinstitute verleugnen nicht ihre kapitalistischen Ursprünge, und so stehen sie einer Sozialisierung der Produktionsmittel, einer Inbetriebnahme der Produktionsmittel seitens der Produzierenden, aus ihrer Natur heraus entgegen. Als Vehikel der Revolution eignen sie sich notabene nicht. Aber dieser Mangel zählt nur in den Augen dessen, der die Revolution will, und sollte nur dem wichtig sein, der ein gemeinsam-gleichberechtigtes Produzieren für möglich hält.

Mir scheint, der entscheidende Nachteil der privateigentümlichen Presse

liegt nicht darin, daß in ihr, um Paul Sethe zu zitieren, „nur zweihundert reiche Leute ihre Meinung verbreiten" können. Vielmehr, sie ist kein Korrektiv für die von der Demoskopie gelähmten Politiker, sei es, weil zu viele Redakteure in allgemeinen Vorurteilen oder denen ihrer Privilegiertheit befangen, sei es, weil zu viele Verleger auf Umsatz um jeden Preis versessen sind. „Wir halten Boulevard-Blätter nicht für Volkserzieher", schreibt der frühere Journalist Willy Brandt im Mai-Sonderheft seiner „Neuen Gesellschaft". Aber wer sollte wohl die Vorsitzenden der Parteien für Volkserzieher halten?

Das kapitalistische Pressesystem beruht auf dem unveräußerlichen Grundrecht jedes Kaufmannes, dumme Käufer aufzusuchen und noch dümmer zu machen. Alle Bande bürgerlicher Honoratioren-Scheu sind da längst gefallen. Setzt man die Umsätze gerade der kapitalkräftigsten Publikationshäuser (Springer, Gruner + Jahr, Bauer, Burda) in Beziehung zu der Information, die sie vermitteln — von der Befangenheit aller Information einmal abgesehen —, so sticht ein objektiv meßbares Mißverhältnis hervor; es nimmt ständig zu.

Daß Zeitungen und Zeitschriften insgesamt zur Stabilisierung des Systems beitragen, aus dem sie erwachsen sind, diese wahrlich nicht umwerfende Erkenntnis haben die Soziologie-Studenten herausgefunden. Aber ob neu oder nicht, das Spektrum der westdeutschen Publikationsmittel in Privathand spiegelt den jammervollen Zustand der allgemeinen politischen Verhältnisse getreulich wider.

Parlamentarier und Publikationsbosse wetteifern miteinander, den Wähler respektive Käufer überall sonst, nur nicht am Sitz seiner Vernunft aufzusuchen. Es geht um die Marktanteile, und da ist seit Adenauer und Springer, den Zwillings-Autoren dieses Staatswesens, jeder und jedes Mittel recht.

Die Freiheit, dumm zu bleiben, ist kostbar, die Freiheit, dumm zu machen, kostspielig. Sowenig die radikalen Linken uns Modelle der Selbsterziehung und Mündigkeit angeboten haben, so stichhaltig bleibt ihre absolute, ihre wie stets von allen in Fleisch und Blut wirksamen Bezugssystemen losgelöste Kritik.

Da hätte der repräsentativ gewählte Beschlußfassungs-Körper Bundestag denn gutgetan, ein wenig Interesse der Art zu zeigen, die etliche Zeitungen und Zeitschriften den Parteien immer noch kritisch zuwenden. Da hätte ein gesetzgeberischer Akt à la Günther, nicht sehr wirksam, aber doch immerhin überlegt und zu einem Zehntel couragiert gegenüber Springer, da hätte ein Gesetz zur Begrenzung der Marktanteile ein wenig Vertrauen wiederhergestellt. Statt dessen: Fehlanzeige.

Wähler zu haben ist offenbar süßer, als mündige Wähler zu bekommen. Aber dumm machen können die Apparate nicht, ohne selber dumm zu werden. Darum happy birthday. Nur so weiter.

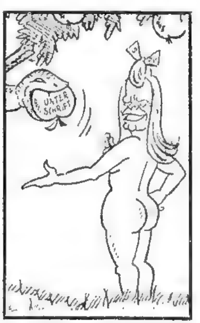
PANORAMA

HEISSER STUHL. Bonns CDU-Spitzen wollen Innenminister Ernst Benda nach der Wahl aus dem Kabinett schassen. Der Berliner Benda gilt für die Bonner Partei-Zentrale nicht mehr als ministrabel, weil er in Sachen NPD-Verbot ungeschickt taktierte und weder zu Kanzler Kiesinger noch zur Fraktion ein gutes Verhältnis hat. Nachdem CDU-Generalsekretär Bruno Heck seine Ambitionen auf das Verteidigungsministerium nach einem Gespräch mit Gerhard Schröder vor einigen Wochen fallenließ, drängt er mit Macht auf den Stuhl des Innenministers. Dazu Benda: „Der soll sich ruhig mal draufsetzen, das ist ein verdammt heißer Stuhl."

AFFRONT I. Dreimal brüskierte CDU-Vorsitzender Kurt Georg Kiesinger am vergangenen Dienstag seinen Parteifreund Gerhard Schröder. Auf dem Essener CDU-Wahlkongreß sagte Kiesinger seine „Meinung, daß wir wahrhaftig auf keine heile Welt hoffen können. Das müßten Mitglieder einer Union, die sich christlich-demokratisch nennt, ja eigentlich wissen." Was Unions-Mitglieder auch wissen müßten: Schröder schrieb 1963 das Politbuch „Wir brauchen eine heile Welt". Als Kiesinger die Leistungen von SPD-Ministern herunterzuspielen suchte, bezog er Schröder mit ein: „Als ob zum Beispiel Außenpolitik vom Außenminister, Wirtschaftspolitik vom Wirtschaftsminister, Verteidigungspolitik vom Verteidigungsminister und so weiter allein gemacht würden." Zum Schluß seiner Rede bedankte sich Kiesinger bei allen Helfern; namentlich erwähnte er die Herren am Vorstandstisch — selbst seinen mit Eklat zurückgetretenen Innenminister Paul Lücke, selbst seinen glücklosen Vorgänger Ludwig Erhard; er bezog sogar im Saal sitzende Kanzleramtsmitarbeiter in seine Laudatio ein — doch Gerhard Schröder nannte er als einzigen Tischherrn nicht.

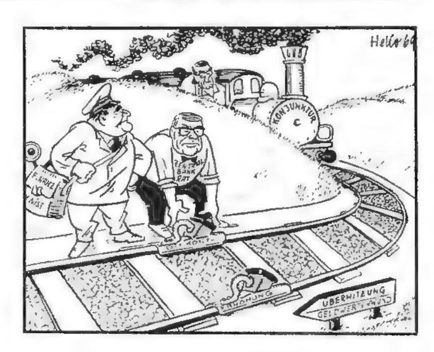
AFFRONT II. Kanzler Kiesinger hinderte vergangenen Mittwoch den FDP-Freund Gerhard Schröder daran, FDP-Chef Walter Scheel persönlich zum 50. Geburtstag zu gratulieren. Schröder hatte sich bereits vor Wochen als erster Christdemokrat zur Scheel-Gratulations-Cour in der Godesberger Redoute angesagt und geglaubt, die Riege der CDU-Glückwünscher anführen zu können, da Kiesinger ursprünglich nicht zu Scheel gehen wollte. Am Mittwoch verließ der Kanzler jedoch kurz vor 13.00 Uhr die Kabinettssitzung in seinem Schaumburg-Palais, nachdem er erfahren hatte, daß SPD-Chef Willy Brandt soeben aufgebrochen sei, um Scheel zu gratulieren. Der Kanzler bat Schröder als dienstältesten Bundesminister, der Runde vorzusitzen. Als Kiesinger in die Redoute kam, sah er dort außer Brandt die Mi-



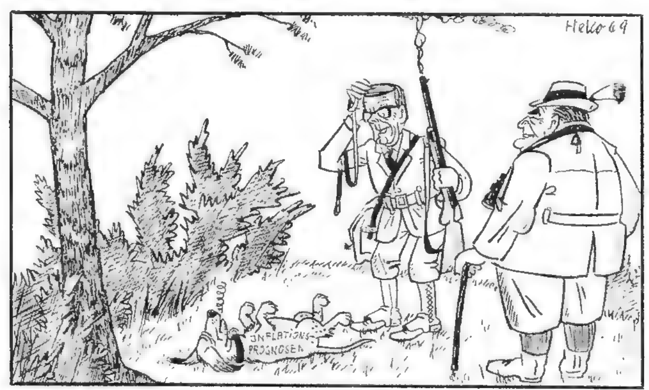


„Kein Papiertiger"

will Finanzminister Franz Josef Strauß sein – diesen papierenen Part überläßt er seinem „Bayernkurier" und dessen Karikaturisten Herbert Kolfhaus („Ich bin ein konservativer Liberaler"). Konservativ in der Zielrichtung schießt Kolfhaus regelmäßig die SPD an, liberal wertet er seinen Verleger auf – als Tortenbäcker der Nation und Förster im Wirtschafts-Wald, als Stationsvorsteher und Eselsfänger der Konjunktur. In allen Rollen erscheint Strauß stets stiernackig und breitschultrig, denn „ein deftig gezeichneter Franz Josef" – so findet Strauß-Referent Marcel Hepp – „ist in Bayern beliebt". Wirtschaftsminister Karl Schiller fällt dagegen in Kolfhaus-Karikaturen meist als Einfaltspinsel der Nation aus. Außenminister Willy Brandt gelang im „Bayernkurier" immerhin binnen eines Monats die Metamorphose von einer sauertöpfischen Alten, deren Sperrvertrags-„Bowle" niemand will, zur verführerischen Eva, die es auf eine Vertreibung aus dem Sperrvertrags-losen Paradies anlegt. Strauß – so hörte Kolfhaus – soll über seine Karikaturen zuweilen „herzlich lachen". Auch Schiller amüsierte sich einmal – über die Karikaturen mit dem Esel „Konjunktur": „Der Name dürfte ein Pseudonym gewesen sein. Denn wird hier nicht symbolisiert, wie jemand im Wahljahr 1969 auf Dummenfang ausgeht? Warum sollte in der ‚Prawda von München' nicht auch mal eine Wahrheit stehen."







„Ihr eigen's Suchhundrl war also der vermeintliche Fuchs, dem Sie auf der Spur waren?"



Kellnersprüche: „Im Vertrauen, Gnädigste, ohne unsere Hilfe brächte der Chefkonditor kaum 'nen Krapfen zustande!"

nister Horst Ehmke (SPD) und Hermann Höcherl (CSU). Höcherl erkundigte sich sogleich, wo denn Schröder bleibe; Antwort eines Kanzlerbegleiters: „Der muß präsidieren."

TV-TÜR. Für den Verleger Franz Burda, der 12,5 Prozent vom deutschen Illustrierten-Markt hält, öffnet sich möglicherweise eine Hintertür zum saarländischen Privat-TV. Burda möchte Verleger der „Saarbrücker Zeitung" (Schätzwert: 20 bis 25 Millionen Mark) werden, die als einzige deutsche Tageszeitung einem Bundesland — dem Saarland — gehört und seit Jahren zum Verkauf steht. Das Blatt ist an der Saar nicht nur „monopolartig verbreitet" („Zeit"), es wird auch so gut wie sicher an dem künftigen saarländischen Privat-Funk- und -Fernsehen beteiligt. Für einen Verkauf der Zeitung braucht die CDU-Regierung jedoch die Zustimmung des Landtags, der am Mittwoch in die Ferien geht. Abgeordnete der SPD-Opposition fürchten nun eine neue Blitzaktion wie vor zwei Jahren, als eine Gruppe von TV-Interessenten mit Hilfe von „Taschenspiel-Kunststücken" (Professor Theodor Eschenburg) binnen vier Stunden ein Gesetz über die Zulassung privater Rundfunk- und Fernsehsender durch den Landtag paukte. Und Franz Burda ist von allen Kauf-Interessenten der loyalste CDU-Freund.

LORD UND MANDARIN. Kreml-Chef Kossygin beschwerte sich bei Briten-Premier Wilson, daß westliche Länder, vor allem die Bundesrepublik, strategische Güter an Rotchina lieferten. Beim Treffen der sozialistischen Spitzenfunktionäre im schwedischen Harpsund informierte Wilson den deutschen Außenminister Brandt von den sowjetischen Embargo-Wünschen. Wilson: „Die schwarzen Listen der Amerikaner sind dagegen ein Kinderspiel." Bei dem Gespräch über die sowjetischen Anstände titulierte der Brite den Deutschen „Mandarin Brandt" — Mao Tse-tung hieß „Warlord", aber diese Bezeichnung — so Wilson — sei ausschließlich Kossygins Erfindung.

PARISER SCENE. De Gaulles Vertrauter Michel Debré ließ sich erst nach einem handfesten Krach aus dem Außen- ins Verteidigungsministerium abschieben. Als Frankreichs neuer Premier Chaban-Delmas während der Regierungsbildung persönlich im Quai d'Orsay erschien und Debré mitteilte, daß Maurice Schumann Außenminister werden solle, fielen erst harte, dann laute Worte. Schließlich brüllten sich die Politiker an und knallten mit Akten auf den Tisch.

ZITAT. „Lübke hat Bonn zusammen mit seiner famosen Frau erst gesellschaftsfähig gemacht" (das CSU-Blatt „Bayernkurier").

Was Autokonstrukteure im Kopf haben, bringt AEG-TELEFUNKEN zu Papier. Mit einem elektronischen Zeichentalent.

Mit einem Gipsmodell und einem Konstruktionsplan ist eine Autoidee noch lange nicht Wirklichkeit. Viele Konstruktionszeichnungen werden gebraucht.

Dafür hat AEG-TELEFUNKEN ein elektronisches Zeichengerät entwickelt, das schneller und genauer arbeitet als ein ganzes Team talentierter Konstruktionszeichner: den GEAGRAPH.



Die Abtastfunktion des GEAGRAPH wird im Monitor verfolgt.

Ein „Kollege", der auch aus dem Bereich Industrie-Elektronik von AEG-TELEFUNKEN stammt, hilft ihm: der GEAMETER. Er tastet die Linien der ersten Konstruktionszeichnung ab und löst sie in geometrische Punkte auf.

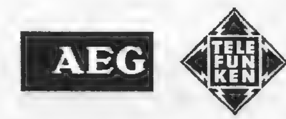
Die Punkte werden gespeichert. Die Zeichnung wird zum Lochstreifen, mit dem ein Rechenzentrum machen kann, was die Konstrukteure wollen.

Neue Lochstreifen entstehen. Einer für einen bestimmten Querschnitt. Ein anderer für die Zentralperspektive. Oder für einen anderen Maßstab. Oder . . . Oder . . .

Aus jedem Lochstreifen zeichnet dann der GEAGRAPH einen neuen Konstruktionsplan. Schnell und präzise. Die Konstrukteure können dabei zuschauen. Oder auch über einer neuen Autoidee brüten.

So ist dafür gesorgt, daß Ideen schneller Wirklichkeit werden. Auch auf anderen Gebieten: Im Vermessungswesen. Bei elektronischen Schaltungen. Im Schiffbau. Und . . . Und . . .

So entwickelt AEG-TELEFUNKEN für jedes Problem die Lösung. Denn AEG-TELEFUNKEN hat alles, was man dazu braucht: die Spezialisten, die Technik, die Erfahrung.



DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

BONN

KONJUNKTUR

Nicht zu bremsen

Eines Tages werden wir daran gemessen, was wir für die Zukunft getan haben.
Kurt Georg Kiesinger

Der Kanzler der Bundesrepublik und Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union muß damit rechnen, daß er noch dieses Jahr an seinem eigenen Wahl-Spruch gemessen und für untauglich befunden wird.

Unter großen Kinderaugen verspricht die CDU in ihrem jüngsten Inserat, sie kämpfe „für die Sicherheit des Arbeitsplatzes, für die Stabilität der D-Mark und der Preise". Doch statt, wie sie ebenfalls behauptet, „sicher in die 70er Jahre", führt Kiesinger das deutsche Volk eher in die nächste Wirtschaftskrise — wie Ludwig Erhard 1966.

Seit seinem Nein vom 9. Mai gegen eine Aufwertung der Mark ist der Kanzler auf der Flucht vor ökonomischen Fakten und vor dem einhelligen Rat aller Experten:

- ▷ der Deutschen Bundesbank, die in ihrem neuesten Monatsbericht meldet, daß die „Überforderung der Wirtschaft von der Nachfrageseite her gegenwärtig stärker ist als in der Boomperiode 1964/65";
- ▷ des Sachverständigenrates der Bundesregierung, der in einem Sondergutachten davor warnt, „daß mehr und mehr Preise steigen", weil nun auch die bisher noch stabilen Preise für gewerbliche Waren ins Rutschen kämen;
- ▷ der FDP, die es „erschütternd" nennt, „wie ein Kanzler alle konjunkturpolitischen Tatsachen bedenkenlos ignoriert";
- ▷ des Versandhändlers und früheren Erhard-Beraters Josef Neckermann, der angesichts seines Sommer-Katalogs von über 50 000 Artikeln ein „Wunschdenken" jener Politiker konstatiert, die in diesem Jahr eine „Preissteigerungsrate von nur drei Prozent" erwarten.

Nur „zeitlich begrenzte, fragile und labile Faktoren", so Karl Schiller, halten derzeit noch die Preisflut zurück. Zwar lagen die Lebenshaltungskosten im Juni erst um 2,7 Prozent über denen vom Juni 1968, die Preise für Investitionsgüter stiegen binnen Jahresfrist um 2,3 Prozent, die industriellen Erzeugerpreise sogar nur um 1,7 Prozent.

Doch spiegeln diese Indexzahlen laut Schiller „die wahren Spannungsverhältnisse" nicht wider. Seine Beamten haben für die letzten zwanzig Jahre eine Verhaltenstheorie des deutschen Unternehmers entwickelt: Danach nutzt die Wirtschaft ihre Marktchancen immer erst dann zu Preiserhöhungen, wenn sie eine moralische Rechtfertigung mitliefern kann. Bis zum Jahresende bietet sich die fällige Lohn- und Gehaltsrunde für 8,4 Millionen Arbeitnehmer dazu an.

Die politische Erfahrung wiederum lehrt, daß die Unternehmer nie die Sachwalterin ihrer Interessen, die CDU, durch Teuerungen vor Wahltagen inkommodierten, sondern stets abwarteten, bis der neue Bundestag etabliert war. So verteuerte sich im Nachwahljahr 1962 die Lebenshaltung um 3,48 Prozent, im Nachwahljahr 1966 um 3,49 Prozent. Beide Inflationsraten gehörten zu den höchsten des Jahrzehnts.

Dank der Wirtschaftspolitik der CDU brauchten die Unternehmer auch nicht zu fürchten, daß die höheren Preise ihrem Absatz schaden.

Ludwig Erhard nahm ihnen dieses Risiko 1965/66 durch einen aufgeblähten Geschenk-Staatshaushalt und künstlich erzeugte inländische Nachfrage ab. Kiesinger, der beste Erhard, den es je gab, schenkte 1969 kraft seiner Richtlinien-Kompetenz der Industrie den anhaltend falschen Wechselkurs der unterbewerteten Mark und ließ so eine ungebändigte Auslandsnachfrage in die Bundesrepublik hinein: 1969 werden für mindestens 15 Milliarden Mark mehr deutsche Waren exportiert, als der deutsche Käufer aus dem Ausland zurückerhält.

Bonns Sachverständigen-Rat, der in seinem Gutachten abermals eine Aufwertung der Mark als „unvermeidlich" empfiehlt, schrieb dazu: „Die Gefahren für die Geldwert-Stabilität nehmen zu. Und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich daraus auch für das Ziel des stetigen Wachstums früher oder später nachteilige Konsequenzen ergeben."

Und: „Wenn die Wirtschaftspolitik nicht alsbald vorbeugende Gegenmaßnahmen ergreift, wird sie den Zeitpunkt für eine Stabilisierung ohne



Frankfurter Rundschau

Stagnation diesmal ebenso verpassen wie im vorigen Zyklus."

Dennoch leugnet „der fungierende Wirtschaftsminister Kiesinger" („Frankfurter Rundschau") öffentlich jede Gefahr für das deutsche Preisniveau — zuletzt in der vergangenen Woche, als er einen weiteren Bremsversuch Schillers abwürgte (SPIEGEL 28/1969). Des Kanzlers Parteifreunde aber rechnen insgeheim längst mit einer Teuerung und sammeln Argumente, um sie letztlich dem amtlichen Wirtschaftsminister, Schiller, anzulasten.

CDU-Generalsekretär Bruno Heck spöttelte auf dem Essener Wahlkongreß der Union, Schiller sei ein „Wundermännchen, schnell und wendig, sicher, auch wo es sich irrt". Heck zur Konjunktur: „Schiller war nicht zu bremsen."

Und wie die Union in Zukunft mit dem verhaßten Konkurrenten umspringen will, legte CDU-Jungökonom Dr. Manfred Luda in seiner Wahlschrift „Hätte Schiller doch gehört" nieder. Luda warf dem Wirtschaftsminister „naive Fehler" und „mißlungene Globalsteuerung" vor. Ludas Schiller-Verdikt: „Die Politik der Zielprojektionen ist gescheitert."

Voll einsetzen wird der Auftrieb erst im Herbst, und Schiller ist daran insofern mitschuldig, als er sachlich gebotene Maßnahmen wie die Mark-Aufwertung politisch nicht durchzusetzen vermochte. SPD-Chef Brandt über die Taktik des Genossen Professor: „Schiller hat zwei entscheidende Fehler gemacht. Er informierte die Partei zu spät. Und er glaubte, Strauß mit Kiesinger schlagen zu können."

Bis zu den Wahlen, so rechnet Schillers Leiter der sogenannten Grundsatzabteilung (die Strauß dem Finanzministerium einverleiben will), Ministerialdirektor Dr. Otto Schlecht, „werden wir noch mit einem blauen Auge davonkommen". Für die Zeit danach aber befürchtet das Wirtschaftsministerium eine Teuerung um mehr als vier Prozent — in Erhards schlimmstem Monat (April 1966) hatte der Preisanstieg auch 4,5 Prozent betragen.

Wie einst im April, droht jetzt wieder die Gefahr, daß die einseitigen Bremsmanöver der allein gelassenen Bundesbank — wie Erhöhung des Diskontsatzes und der Bank-Mindestreserven — die deutsche Wirtschaft ins Schleudern bringen. Niemand könne, so meint die angesehene britische Wirtschaftszeitschrift „Economist", dann „garantieren, daß die Bremsen weder zu spät noch zu hart getreten werden — was genau die Rezession von 1966/67 verursacht hat".

An den westdeutschen Börsen war nach Veröffentlichung des jüngsten Bundesbank-Berichts der Bremsweg schon erkennbar: Der Aktien-Index verzeichnete vom Montag bis Donnerstag den größten Verlust seit Wochen; er sank von 842 auf 823 Punkte.

CDU-FERNSEHEN

Goldener Stuß

Der Bundeskanzler tappte im dunkeln. Im grellen Scheinwerferlicht gestand er dem CDU-Generalsekretär Bruno Heck: „Ich habe keine Ahnung." Heck leistete Kurt Georg Kiesinger Orientierungshilfe: „Wenn ich begrüßt habe, geht es gleich mit der Fragerei los."

Bevor es losging, ließen sich der CDU-Kanzler und sein Wahlmanager eine halbe Stunde lang vor den Kameras der Münchner Privat-Fernsehgesellschaft Intertel Television GmbH einleuchten. Dann präsentierte die Christenpartei rund 3000 Wählern und Mitgliedern den größten Kanzler, den es je gab.

Des Schwaben Silberhaupt erschien seinen Anhängern auf 48 Quadratmeter großer Leinwand in Versammlungslokalen der Städte Hamm, Recklinghausen, Kleve, Wesseling und Wermelskirchen. So startete die Staatspartei vom improvisierten Studio im Essener Saalbau am Montag letzter Woche zum erstenmal in Deutschland ein parteieigenes Privat-Fernsehen.

In dem „CDU-Teledialog" durften 14 ausgesuchte Stimmbürger dem Schulmeister der Nation vorher abgesprochene Fragen stellen; lediglich dem Kölner Jung-Kaufmann Michael Schwabe gelang es, mit einer provozierenden Frage die Regie zu stören.

Kiesingers Worte zur Wahl gingen über CDU-gemietete Postkabel in die Kundgebungssäle, in denen zuvor prominente Christdemokraten die Zuhörer auf die Erscheinung des CDU-Herrn eingestimmt hatten.

Die Idee des schwarzen TV-Kanals hatte der Düsseldorfer Werbefachmann Dieter Schlossmacher von der Hauser-Werbung KG im Februar dieses Jahres dem CDU-Sprecher Dr. med. Arthur Rathke angedient. Der Unionschrist trug den Plan des Margarine- und Haushaltsgeräte-Werbers sogleich seinem Wahlkampf-Chef Bruno Heck vor, und der fand das Projekt aus drei Gründen „großartig":

- Der vielbeschäftigte Regierungschef könne auf seinen Wahlreisen dem Volk an mehreren Orten gleichzeitig vorgeführt werden;
- der sensible Kanzler brauche nicht zu befürchten, von der Apo niedergebrüllt zu werden;
- die hausbackene Christenunion könne sich durch dieses moderne Medium ein progressives Image verschaffen.

Rathke ließ Schlossmacher prüfen, ob seine Idee technisch realisierbar und rechtlich möglich sei. Bei der Bundespost, der Kiesingers Parteifreund Werner Dollinger als Minister vorsteht, erfuhr der Düsseldorfer Werber, daß die CDU jederzeit Leitungen mieten könne. Dollingers Staatssekretär Hans Pausch: „Wir sind ein Dienstleistungsbetrieb und machen jedes Geschäft gern." In seine Postkasse flossen schon am ersten CDU-Fernsehabend 45 000 Mark Kabelmiete.



TV-Star **Kiesinger**, Show-Master **Heck**: „Die Sache ist sündhaft teuer"

Weitere 115 000 Mark zahlte die CDU für Kameras und Elektronik der holländischen Philips, für das Bedienungspersonal der Intertel und für Schlossmachers Dienste. Insgesamt müssen die Christdemokraten für acht geplante Kiesinger-Schaustellungen 1,3 Millionen Mark ausgeben. Rathke: „Das kostet uns weniger als drei Anzeigen-Seiten in allen deutschen Tageszeitungen."

Ob die CDU ihr Geld wird ausgeben können, ist freilich noch ungewiß. Denn die Bundespost, so erklärte Pausch, könne der CDU wie auch jedem anderen Interessenten zwar die technischen Einrichtungen zur Verfügung stellen, müsse aber darauf hinweisen, daß es sich bei dem CDU-Projekt um einen „juristischen Grenzfall" handle. Den jedoch könne die Post nicht entscheiden, denn die Fernsehhoheit liege bei den Ländern.

Unumstritten ist bislang nur, daß private Fernseh-Übertragungen „in-

nerhalb eines Geländes" (Pausch) keiner Länder-Lizenz bedürfen. Die CDU-Juristen meinten, daß ihr Parteifernsehen unter die Geländepauschale falle, und bemühten sich deshalb gar nicht erst um eine Genehmigung der Länder. Ganz sicher waren sich aber die TV-Christen nicht: Um die Fiktion einer geschlossenen Veranstaltung aufrechtzuerhalten, drückten sie am letzten Montag jedem Besucher eine Eintrittskarte in die Hand.

Bei diesem Kartenspiel der CDU will Nordrhein-Westfalens SPD-Ministerpräsident Heinz Kühn, in dessen Hoheitsbereich Kiesingers „Goldener Stuß" (so ein Kühn-Berater) zelebriert wurde, nicht mitmischen. Er hält die Rechtsansicht der CDU für „zumindest außerordentlich zweifelhaft". Kühn fürchtet einen Präzedenzfall, der zu einem „Wildwuchs" privater TV-Übertragungen führen könnte.

Unverzüglich bestellte er bei seinen Juristen ein Gutachten. Sollte es gegen die Christenunion ausfallen, will Kühn seine Ministerpräsidenten-Kollegen zum Widerstand gegen weitere CDU-Shows aufrufen.

Schon jetzt freilich zeigt sich, daß allenfalls die roten Länderchefs gegen das schwarze Parteifernsehen mobilisiert werden können. Kiesingers Vertrauter, der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl, findet das CDU-Privatfernsehen „fabelhaft". Kohl: „Wenn die Sache nicht so sündhaft teuer wäre, würde ich es auch sofort machen."

Auch der Hamburger Pressezar Axel Springer, der seit Jahren für ein eigenes Fernsehen kämpft, kann sich freuen. Seine „Bild-Zeitung" meldete am Donnerstag letzter Woche: „Die Bundespost und die Münchner Firma Intertel machen aus Herrn Jedermann einen Intendanten, wenn er genügend ‚Kleingeld' hat."

Axel Jedermann hat.

DDR-ANERKENNUNG

Offene Hand

Bonns Koalition fand den Fall, wie Regierungssprecher Ahlers erläuterte, „bedauerlich". Außenminister Willy Brandt war angewidert und sprach von „ekelhaftem Antisemitismus". Kanzler Kiesinger gestand die Schlappe ein: „Diese Entwicklung im Nahen Osten war seit geraumer Zeit abzusehen."

Die Entwicklung, die mit der Anerkennung der DDR durch Nassers Ägypten letzte Woche noch nicht beendet ist, hatte am 30. April begonnen. Damals proklamierte der „Revolutionäre Kommandorat" der Republik Irak als erste Regierung eines nichtkommunistischen Staates die volle diplomatische Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik. DDR-Außenminister Otto Winzer, 67, reiste nach Bagdad, bedankte sich mit dem „Ausdruck tiefer Genugtuung" und prophezeite: „Weitere Staaten werden diesem Beispiel folgen."

Und es folgten

- ▷ am 8. Mai das Königreich Kambodscha,
- ▷ am 27. Mai die Demokratische Republik Sudan,
- ▷ am 5. Juni die Syrische Arabische Republik,
- ▷ am 30. Juni die Volksrepublik Südjemen.

Die SED jubelte: „Internationale Autorität der DDR weiter gefestigt" („Neues Deutschland"). Zumindest wurde international geläufig, daß die Waffen stumpf geworden sind, mit denen die Bonner Republik bald 20 Jahre lang ihren Alleinvertretungsanspruch gegen die Ansprüche der DDR auf internationale Anerkennung verteidigt hat.



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

„Syrien, Irak, Sudan, Kambodscha, Jemen — Ägypten"

Was die Araber vor allem wollen, ist Militärhilfe für den Revanche-Krieg gegen Israel — und die ist in Bonn nicht zu haben, sondern allein bei den DDR-Freunden in Moskau. Und womit die Bundesrepublik den Regierungen Südjemens und Kambodschas hätte drohen können, war weder für die Volksrepublik noch für das Königreich bedrohlich: Abbruch der diplomatischen Beziehungen, die nach der Bonner Hallstein-Doktrin all jene Länder treffen soll, die Ostdeutschland als Staat anerkennen.

Längst ist Adenauers Vergeltungsstaatskunst im Nahen wie im Fernen Osten unglaubwürdig geworden. Seit seine Bonner Nachfolger im Osten Europas diplomatisches Neuland entdeckten und mit den DDR-Partnern Rumänien und Jugoslawien Botschafter austauschten, gebricht es der Droh-Doktrin an simpler Logik.

Schon 1960 hatte der Außenamtsprofessor Wilhelm Grewe, um dieser von ihm geschätzten Logik willen, vor Ausnahmen von der Hallstein-Regel gewarnt. Denn danach „würde der Bundesrepublik schlechterdings jedes überzeugende Argument fehlen, um Kairo, Neu-Delhi und Djakarta zu verwehren ... diplomatische Beziehungen mit zwei deutschen Staaten zu unterhalten".

Kambodscha wie Südjemen entgingen denn auch der Hallstein-Konsequenz. Die Bundesregierung, nur noch bedingt abwehrbereit, rief lediglich ihre Botschafter heim und ließ die Beziehungen „einfrieren" — so die Verlegenheitsvokabel, die Bonn anstelle der überkommenen Hallstein-Doktrin setzte.

Bei den restlichen Ländern auf der Anerkennungsliste aber versprach nicht einmal diese Tiefkühl-Therapie Erfolg: Dort gibt es nichts mehr einzufrieren, seit diese Staaten als Reaktion auf Bonns Botschafteraustausch mit Israel ihrerseits der Bundesrepublik die Freundschaft kündigten.

Spätestens seit dieser Zeit witterten Ulbrichts Außenpolitiker ihre Chance, aus dem Hallstein-Getto auszubrechen. Sie schickten Schauspieler und Sportler, Mediziner und Musiker in den Orient. Außenminister Otto Winzer, der emsige, wenngleich kränkelnde Altgenosse aus dem (West-)Berliner Arbeiter-Bezirk Reinickendorf, organisierte als Handlungsgehilfe seiner Partei den Kontaktfahrplan — wann immer ihm das Politbüro, das allein die Richtlinien der DDR-Außenpolitik bestimmt, Order gab.

Wenn es darum ging, was sich die DDR ihre neuen Freundschaften kosten lassen soll, durfte der Außenminister aus dem „Winzer-Stübchen" am Marx-Engels-Platz (Ost-Berliner Volksmund) allenfalls mitreden. Denn auch in Wirtschaftsfragen hat das letzte Wort die Parteispitze. Via Winzer ließen die Politbürokraten 150 nahöstliche Entwicklungsprojekte finanzieren, und sie gewährten den Arabern langfristige Handelskredite im Gesamtwert von etwa 300 Millionen Westmark. Zum Vergleich: Bonn zahlte seit 1963 Nassers Ägypten Kapitalhilfe von 230 Millionen Mark, garantierte Ausfallbürgschaften in Höhe



DDR-Außenminister **Winzer** (l.)*
„Weitere Staaten werden folgen"

von insgesamt 750 Millionen, bot Syrien für den Bau eines Staudamms 350 Millionen und überwies dem Sudan 32 Millionen Mark.

Was die DDR finanziell nicht zu leisten vermochte, ersetzte sie leicht durch stramme Bekenntnisse zum arabischen Nationalismus und durch Ausfälle gegen Israel. So verlangte Otto Winzer „die Anerkennung aller Rechte des arabischen Volkes von Palästina einschließlich seines legitimen Rechts auf Selbstbestimmung", mithin die Vertreibung der Juden, und befand, „daß Israel rassistisch, expansionistisch und aggressiv ist". Und über Radio Damaskus tönte es ostdeutsch: „Tod den Zionisten."

Den Rest besorgte Moskau: Wann immer Araber diplomatischen und militärischen Beistand gegen Israel begehrten, forderten die sowjetischen Unterhändler Beistand für den deutschen Protegé. Und als die DDR den neuen Freunden dann gar noch Schmerzensgeld für Verluste an westdeutscher Wirtschaftshilfe in Aussicht stellte, empfingen Sudanesen und Jemeniten, Syrer und Iraker und schließlich auch die Ägypter die roten Brüder aus dem Norden mit offenen Armen — und offener Hand. Der Libanon in Nahost, Mali und Ghana in Schwarzafrika stehen griffbereit.

Die Genossen in Ost-Berlin errechnen unterdessen Ertrag und Aufwand der ersten Anerkennungswelle. Im Außenministerium am Marx-Engels-Platz bucht Hausherr Winzer den Gewinn. Im Finanzministerium an der Leipziger Straße aber muß DDR-Schatzmeister Siegfried Böhm die Spesen addieren.

Die Partei-Zentrale am Werderschen Markt bilanziert: Prestigezuwachs und Bonner Ärger, ließ ein ZK-Funktionär wissen, „kosten uns in den nächsten sechs Jahren überschlägig fünf Milliarden".

* Mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Mohammed Abd el-Chalik Hassuna, in Kairo.

WINDELEN

Hase im Zylinder

Bis zum Februar dieses Jahres kannten nur wenige den Warendorfer Möbelfabrikanten und CDU-MdB Heinrich Windelen, 48. Und die ihn kannten, wußten nicht viel mehr von ihm als sein Freund, der ehemalige CDU-Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Friedrich Vogel: „Windelen neigt zum Ernst."

Inzwischen, nach halbjähriger Amtszeit als Bundesvertriebenen-Minister, wissen zumindest ausdauernde TV-Konsumenten mehr. Vor den Kameras der ARD zeigte Windelen am späten Donnerstagabend vorletzter Woche ernste Neigung zu demagogischen Plädoyers für die vertriebene Rechte.

Die Gelegenheit war günstig: Hilflos stellte sich Fernseh-Journalist Dieter Gütt, 45, der in einem Kommentar die diesjährige „nationale Pfingsttour" der Vertriebenen ein „frivoles Fest", ihre Sprecher eine „geifernde Kamarilla" genannt hatte, dem Vertriebenenminister und dessen Parteifreund, dem CDU-MdB Manfred Wörner, 34, in einer Live-Sendung des Bayrischen Fernsehens.

So konnten Windelen und Wörner, fast unbehelligt von den Gütt-Verteidigern Theo Sommer und Johannes Groß, ihr Repertoire an Advokaten-Tricks für die Sache der Berufsvertriebenen ausspielen, deren „messerschwingenden Revisionismus" (Gütt) in „Versöhnungsbereitschaft" (Windelen) umdeuten.

Niemals, so Windelen, habe er von „Rückgliederung" oder „Rückführung" (Gütt) in die verlorenen Gebiete gesprochen, bei keiner Pfingstrede, so Wörner, hätten die Vertriebenen die „Forderung auf territoriale Änderung" und „Revision" der Grenzen erhoben.

Die Fernsehdiskussion bot Gelegenheit, das Muster zu studieren, nach dem Minister Windelen und ihm



Vertriebenen-Politiker **Windelen**
„Ich habe eine romantische Ader"



Aus „Stern"
„Zum Thema Oder-Neiße hören wir jetzt noch einen Sprecher des Vertriebenenverbandes mit seinen Argumenten"

nahestehende Vertriebenenpolitiker volltönende Ansprüche auf Revision erheben können und gleichzeitig spätere Vorwürfe wegen solcher Töne abblocken: durch das Einfügen von Füllwörtern, die im Redestrom untergehen, durch die der Redner sich aber bei einer Überprüfung seines Textes später notfalls exkulpieren kann.

Gewiß müsse man sich, so Windelen, darüber klar sein, „daß es nicht mehr so werden kann, wie es war", aber auch, „daß es nicht so bleiben kann, wie es ist". Man dürfe allerdings nicht glauben, „daß man den Zustand von vor 24 Jahren *schematisch* wiederherstellen könnte"; eine Rückgewinnung der verlorenen Gebiete oder die Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat fordere er deshalb „in diesem *mechanistischen* Sinne" nicht.

Auch Wörner („Ich bin kein Vertriebener") ließ den Hasen im Zylinder verschwinden: „Es stellt sich doch keiner von uns vor, daß wir *alle* Gebiete einfach nur so zurückbringen."

Wie, wenn nicht schematisch oder mechanistisch, einige, wenn nicht alle einstmals deutschen Ostgebiete heim ins Reich kehren sollen, sagte der Bonner Minister nicht. Als „verhinderter Naturwissenschaftler" (Windelen) weiß er nur, warum etwas geschehen muß: „Ein Spannungszustand" — so Windelen zum SPIEGEL — „drängt immanent zum Ausgleich. Dieser geschieht entweder durch Explosion und Eruption oder durch Osmose und Diffusion; selbst massive Trennschichten können den Ausgleich nicht verhindern, er findet dann als Ionenaustausch statt."

Für den Fall allerdings, daß Polen sich gegen Osmose sträubt, drohte Polit-Alchimist Windelen („Ich habe auch eine romantische Ader") mit Eruption: Frankreich, zum Beispiel, habe nach dem Krieg von 1870/71 auf Elsaß-Lothringen verzichten müssen: „Das hat keine Befriedung geschaffen ... In dem Augenblick, wo die Realitäten sich änderten, wurde die Forde-

rung zunächst politisch wieder erhoben und nachher auch faktisch geändert."

Die faktische Änderung — durch Krieg — ist nicht die einzige Möglichkeit. Windelen setzt auf Diffusion: In Polen und der Tschechoslowakei seien nämlich „die Völker hier offenbar ganz anderer Meinung" als ihre Regierungen.

Daß die Deutschen für den von ihnen „angezettelten und verlorenen Krieg" (Theo Sommer) nicht nur bei den Regierungen, sondern auch bei den Völkern Osteuropas in der Kreide stehen, ließen die christlichen Ostland-Politiker nicht gelten. „So einfach", meint der Seebohm- und von Hassel-Nachfolger Windelen, „ist die Geschichte nicht." Schließlich habe „Hitlers Pakt mit Stalin Deutschland erst den Krieg ermöglicht."

Windelen und Wörner fordern deshalb eine „neue Ordnung" in Europa. Und sie verteidigen ihre Parteifreunde Reinhold Rehs und Walter Becher als „legitimierte Sprecher, die unbeirrt für einen gerechten Frieden plädieren".

Rehs, Präsident des Bundes der Vertriebenen, macht das so: „Daß eine Rückkehr der Ostgebiete an Deutschland die Existenz der polnischen Nation gefährden würde, ist eine Zweckmeldung der polnischen und sowjetischen Propaganda, die weder politisch noch wirtschaftlich noch raummäßig einer Überprüfung standhält."

Und Walter Becher, CSU-MdB und Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, sagt offen, wo er Verbündete dieser Vertriebenen-Politik sieht: Er will die NPD, falls sie in den Bundestag kommt, auch in den Sudetendeutschen Rat aufnehmen. Becher: „Ich gehöre nicht zu denen, die die NPD von vornherein verdammen."

BUNDESWEHR

Auf Dämpfung gedrückt

Bonn hat zweierlei Soldaten: Die einen dürfen sich ihrer Verfassungsrechte in voller Montur erfreuen, die anderen müssen vorher den bunten Rock durch Zivil ersetzen.

Den Gewerkschaftssoldaten in der ÖTV mißfällt die Kleiderordnung, nach der sie Berufspolitik im Flanell, die Kollegen vom Deutschen Bundeswehr-Verband hingegen in Uniform betreiben können.

Drei Stabsoffiziere haben sich darüber beschwert. Der Wehrdienstsenat in München, das höchste Disziplinargericht der Bundeswehr, soll nun entscheiden, ob den 6000 ÖTV-Soldaten künftig recht sein darf, was 130 000 Mann von der Verbandskonkurrenz längst billig ist.

36 feldgraue Gewerkschaftler rüsteten im Februar zur traditionellen „Berufspolitischen Delegiertentagung" in der „Michael-Rott-Schule" zu Mosbach an der Elz. ÖTV-Kollege Willi Zimmermann, Dirigent der gewerkschaftlichen Fachgruppe „Soldaten", ließ den „Arbeitsplan" auf der Bonner Hardthöhe genehmigen.

Trotzdem und obschon sich die ÖTV seit Jahren „möglichst ruhig und seriös, keineswegs destruktiv" (Zimmermann) um Wohlverhalten bemüht, bekam sie barschen Bescheid: Der Bundeswehr-Führungsstab verbot fernschriftlich, in Mosbach Uniform zu tragen.

In der „Michael-Rott-Schule" herrschte Verwirrung. ÖTV-Kollege Gerd Schmückle, Brigadegeneral und Vize-Kommandeur der 12. Panzerdivision in Würzburg, der nichtsahnend seine Uniform mitgebracht hatte: „Die Stimmung war ziemlich aufgebracht."

Nur maulend beugten sich die zornigen Offiziere dem guten Zureden ihrer zivilen Betreuer. Schmückle: „Herr Zimmermann hat stark auf Dämpfung gedrückt."

Immerhin, Heinz Kluncker, schwergewichtiger Boß der mächtigen Dienst-, Transport- und Verkehrs-Gewerkschaft, raffte sich noch während der Tagung zu einem Fern-



ÖTV-Chef **Kluncker**
„Freie Entscheidung für den Minister"

schreiben an Oberbefehlshaber Gerhard Schröder auf: „Wir müssen ... die Entscheidung des Führungsstabes der Bundeswehr als antigewerkschaftliche Haltung werten."

Biedermännisch, aber etwas zu durchsichtig, suchte Kluncker den Verteidigungsminister gegen seine Spitzenmilitärs einzunehmen: „Wir nehmen an, daß Sie, sehr geehrter Herr Minister, diesen Befehl nicht billigen werden." Und: „In der Hoffnung, daß eine interne Bereinigung möglich ist, haben wir davon abgesehen, uns an andere politische Instanzen zu wenden oder die Öffentlichkeit zu informieren."

„Mit verbindlichen Empfehlungen" antwortete Verteidigungs-Staatssekretär Karl-Günther von Hase „in Vertretung" Schröders, das Monturverbot für Mosbach sei lediglich „die strikte Anwendung" gültiger Vorschriften über „Uniformtragen bei politischen Veranstaltungen".

Anderer Meinung war ein Oberstleutnant der Pioniere, der unter dem 19. Februar mit förmlicher Beschwerde an Schröder darum bat, das Uniformverbot „aufzuheben, damit ich künftig bei derartigen Veranstaltungen wieder Uniform tragen darf". Zwei ÖTV-Majore schlossen sich ihm an.

Der Pionier begründete seinen Wunsch mit staatsbürgerlichen Meriten: „Unter starkem persönlichem Einsatz bemühe ich mich seit vielen Jahren, bei Parteien und bei anderen gesellschaftlichen Gruppierungen, Verständnis für die berechtigten Belange der Soldaten zu finden." Bei derlei Anstrengung habe er stets seinen Waffenrock „ganz selbstverständlich getragen, um eben den Staatsbürger in Uniform auch optisch sichtbar zu machen".

Minister Schröder faßte sich kurz und versprach, die Beschwerde „nach Prüfung mit meiner Stellungnahme" dem Wehrdienstsenat „zur Entscheidung" vorzulegen.

Der Beschwerdeführer wartete noch geduldig auf das Ergebnis seiner Eingabe, als die Delegierten des Bundeswehr-Verbandes am 18. Juni in Bad Godesberg im Schmuck ihrer Litzen und Tressen dürftig verhüllten Wahlparolen („Donnerwetter-Kerl" aus der „Schule der Nation") des Kanzlers Kurt Georg Kiesinger applaudierten. Auch in den berufspolitischen Ausschüssen dieser 8. Hauptversammlung des Bundeswehr-Verbandes trugen Funktionäre vollen Wichs.

Flugs ergänzte der Oberstleutnant seine Beschwerdegründe um dieses eindeutige Zeugnis ungleicher Behandlung. Vier Monate nach Schröders Zusage, die Petition an den Wehrdienstsenat weiterzuleiten, schickte der Pionier den neuen Brief gleich an das Richterkollegium in München.

Enttäuschung wurde ihm zuteil. Der Senatspräsident schrieb zurück, die vier Monate alte Beschwerde sei noch nicht da — weswegen er, der Präsident, den Ergänzungsschriftsatz „mit der Anheimgabe weiterer Veranlassung" nach Bonn gegeben habe.

Dort auf der Hardthöhe erwartet Bundesverteidiger Schröder in dieser Woche den ÖTV-Chef Kluncker zur Generalaussprache. Dabei wird der starre Christdemokrat auf einen weichen Kluncker treffen: „Wir wollen nicht, daß Schröder gezwungen ist, sich vor Maizière zu stellen. Der Minister muß die freie Entscheidung behalten, Maizière zu korrigieren" (ÖTV-Zimmermann).

Im Hauptquartier der Bundeswehr ist man zu solcher Korrektur nicht bereit. Walter Keim, Doktor der Philosophie und seit kurzem stellvertretender Verteidigungssprecher, definiert den Unterschied zwischen dem quasioffiziösen Bundeswehr-Verband mit Uniformprivileg und der weniger geliebten ÖTV mit Zivilzwang: „Das kommt nur auf den Inhalt der Tagung an. Der Verband versteht sich als berufsständische Organisation aller Soldaten, die ÖTV vornehmlich als politische Kraft."

„DAS HUHN, DAS EI UND DER GALLISCHE HAHN"

SPIEGEL-Interview mit dem niederländischen Außenminister Joseph Luns über Europa

Während einer fünftägigen Reise nach Paris, Kopenhagen, Stockholm und Den Haag sondierte Bundesaußenminister Willy Brandt am vorletzten Wochenende bei seinen Amtskollegen die Möglichkeiten für eine Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Am vergangenen Dienstag traf er mit dem eifrigsten Befürworter eines britischen EWG-Beitritts, dem niederländischen Außenminister Joseph Luns, zusammen. Luns, der tags zuvor mit dem belgischen Außenamtschef Pierre Harmel eine Absichtserklärung über den Beginn von England-Verhandlungen entworfen hatte, suchte Brandt für eine Zustimmung zu gewinnen. Brandt jedoch lehnte ab: Er hatte den Franzosen vier Tage zuvor versprochen, jede England-Initiative bis zu einer EWG-Gipfel-Konferenz zurückzustellen.

SPIEGEL: Herr Minister, jahrelang haben Sie gegen den Widerstand des französischen Staatspräsidenten de Gaulle für den Beitritt Englands zur EWG gekämpft. Nun ist de Gaulle weg, und trotzdem ist England der EWG noch genauso fern wie vorher.

LUNS: Ja, das ist richtig.

SPIEGEL: Jetzt zeigt sich doch, daß de Gaulle für die meisten Partner nur ein bequemes Alibi war, hinter dem sich die übrigen England-Feinde in der EWG verstecken konnten.

LUNS: Auf Holland jedenfalls trifft Ihre Vermutung nicht zu.

SPIEGEL: Aber vielleicht auf Deutschland. Zwar plädiert SPD-Außenminister Brandt für den baldigen Beginn von Verhandlungen mit England. Aber gleichzeitig bremst CDU-Kanzler Kiesinger mit der Parole, die Deutschen dürften nicht vorpreschen. Was halten Sie von der Schizophrenie Ihres Nachbarn?

LUNS: Die Schizophrenie geht auf Ihre Rechnung. Ich spreche immer sehr höflich von den Regierungen anderer Länder, Bayern inbegriffen*. Sicher erklärt sich in Deutschland so manches aus dem Wahlkampf.

SPIEGEL: Und Frankreich? Sehen Sie überhaupt ein Anzeichen dafür, daß Staatspräsident Pompidou eine andere Europa-Politik betreiben wird als de Gaulle?

LUNS: Es mag sein, daß hinter de Gaulles Veto Interessen standen, die das ganze französische Volk und auch die neue Regierung teilen. Aber ich glaube doch, daß Pompidou aufgeschlossener ist als de Gaulle.

SPIEGEL: Der — wie Sie sagen — aufgeschlossenere Pompidou kann doch aber überhaupt kein Interesse daran haben, Frankreichs Vormachtstellung in der EWG mit England zu teilen.

LUNS: Ich bin nicht ganz Ihrer Meinung, daß Frankreich eine Vormachtstellung hat. Denn wie Frankreich, so können auch Belgien, Italien, die Bundesrepublik oder Holland von ihrem Veto-Recht im Ministerrat der Gemeinschaft Gebrauch machen und damit denselben Einfluß ausüben. Ich meine also, daß die Befürchtungen, England könnte in einem Europa der Sieben eine vorherrschende Stellung einnehmen, unbegründet sind. Wenn man das Kräfteverhältnis in Europa betrachtet, so ist die Bundesrepublik Deutschland mindestens ebenso mächtig ...

SPIEGEL: ... so daß sie durch einen Beitritt Englands neutralisiert werden müßte?

LUNS: Wissen Sie, das wäre so, wenn man die EWG nur als Addition von Einzelinteressen sehen würde. Die niederländische Regierung hingegen hat die EWG immer als den Motor der politischen Verschmelzung angesehen.



Europa-Politiker Luns
„Alle sind egoistischer geworden"

SPIEGEL: Herr Luns, Sie selbst haben immer gesagt, daß die wirtschaftliche Integration nicht Selbstzweck sein kann und darf, deren Resultat „höchstens eine Art internationaler Genossenschaft zur Erhöhung des eigenen Lebensstandards" wäre.

LUNS: Ich weiß nicht, wo ich diese goldenen Worte gesagt habe, vielleicht in Bonn oder in Bayern. Gesagt habe ich sie jedenfalls.

SPIEGEL: Nun wollen aber die Engländer nichts anderes als eben diese Genossenschaft. Wäre daher mit dem England-Beitritt die EWG nicht ihres politischen Motors beraubt?

LUNS: Leider ist es wahr, daß der politische Motor bisher nicht gebrummt hat, wie wir das alle gedacht hatten. Die ökonomische Integration ist nicht in die politische umgeschlagen.

SPIEGEL: Eben. Schon die Vergangenheit hat gezeigt, wie schwer es ist, sechs Staaten unter einen Hut zu bringen. Zwar haben wir die Zollunion und den Agrarmarkt. Aber wichtige Gemeinschaftsziele sind nicht erreicht: die Steuerpolitik, die Sozialpolitik, die Verkehrspolitik, die Konjunkturpolitik und die Währungspolitik.

LUNS: Der Elan, der Enthusiasmus, das gemeinsame Europadenken haben unter Frankreichs Veto gegen England stark gelitten. Alle sind sie egoistischer geworden. Aber ich hoffe sehr, daß jetzt neue Impulse kommen.

SPIEGEL: Woher denn? Die nationalen Egoismen hat es doch bereits vor de Gaulle gegeben.

LUNS: Das ist die alte Frage: Wer war zuerst da — das Ei oder die Henne? Ich glaube der Hahn. Vielleicht ein gewisser gallischer Hahn.

SPIEGEL: Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die EWG nur eine Schönwetter-Einrichtung ist, die funktioniert, solange die Sonne scheint, aber in dem Augenblick, in dem Krisensituationen auftreten, in sechs Nationalstaaten auseinanderfällt.

LUNS: Ja. Doch dank der immer stärker werdenden wirtschaftlichen Verflechtung hat die EWG allen Stürmen widerstanden. Es ist fast unmöglich, das Omelett wieder in Eier zu verwandeln.

SPIEGEL: Jene wachsende wirtschaftliche Integration hat aber auch die Reibungspunkte vervielfacht. Da gibt es beispielsweise die holländische Opposition zum Leberplan ...

LUNS: ... ja, ja ...

SPIEGEL: ... die in einer Wirtschaftsgemeinschaft unzumutbaren französischen Devisenkontrollen an der Grenze ...

LUNS: ... gewiß ...

SPIEGEL: ... die bevorzugte Entlassung italienischer Gastarbeiter während der deutschen Rezession 1966/67. Zudem schützte Frankreich seine Industrie vor der unliebsamen Konkurrenz italienischer Kühlschränke, Holland blockierte monatelang jeden Fortschritt in der technologischen Zusammenarbeit. Die Liste nationaler Verstöße gegen Buchstaben und Geist der Gemeinschaft ließe sich beliebig verlängern.

LUNS: All das konnte die EWG aber nicht töten. Vielmehr hat sie neues Leben bekommen. Es geht jetzt weiter.

SPIEGEL: Die Schwierigkeiten werden sich noch multiplizieren, wenn die Engländer hinzukommen.

LUNS: Ich bin kein Prophet und kann nicht voraussehen, wie es weiter-

---

* In seiner Ausgabe vom 5. Juli hatte der „Bayernkurier" Luns wegen einer Äußerung zum Atomsperrvertrag „unverschämt" und „Störenfried Europas" genannt.

gehen wird. So einfach, wie das einige hoffen, werden die Verhandlungen nicht sein. Es besteht sogar die Gefahr, daß verlangt wird, daß sich zunächst einmal wir Sechs uns über strittige Sachfragen einigen müssen, bevor wir uns mit den Engländern an einen Tisch setzen können.

SPIEGEL: Mit jedem Gespräch über den England-Beitritt müssen die objektiven Einwände auch den eifrigsten Wortführer Englands schrecken.

LUNS: Sie vergessen, daß Englands Mitgliedschaft nach den Verhandlungen 1963 nur noch eine Sache von Monaten war. Die Übereinstimmung war fast komplett. Da fiel die Guillotine des politischen Vetos.

SPIEGEL: Wie soll heute beispielsweise Ihrer Meinung nach das finanziell zerrüttete England die hohen Kosten der Agrarfinanzierung tragen?

LUNS: Auch über die Landwirtschaft war man sich 1963 beinahe einig.

SPIEGEL: Damals wußte auch noch niemand, daß der Agrarmarkt die Briten nach einem EWG-Beitritt fünf Milliarden Mark kosten würde.

LUNS: Ich bin zwar kein Agrarexperte, aber mein Landsmann Mansholt, der für Agrarfragen zuständige EWG-Kommissar, behauptet, daß die Engländer nicht viel mehr in die Gemeinschaftskasse zahlen müßten, als sie jetzt ohnehin schon für Agrarsubventionen aufwenden.

SPIEGEL: Nur haben sie jetzt die niedrigeren Preise. In der EWG müßten sie die höheren Preise akzeptieren.

LUNS: Auch da wird sich eine Übergangsregelung finden lassen.

SPIEGEL: Wie soll das kränkelnde Pfund Sterling in eine künftige Währungsunion eingebaut werden?

LUNS: Auch hier spreche ich nicht als ein Experte. Jedoch bin ich der Meinung, daß gerade die Schwäche des Pfundes vieles leichter gemacht hat.

SPIEGEL: Weil das Pfund seine Stellung als Reservewährung verloren hat?

LUNS: Ja, das Pfund wird jetzt vielleicht eine normale Währung werden. Lösungen lassen sich sicher finden. Vielleicht bin ich etwas zu optimistisch, vielleicht sind andere zu pessimistisch.

SPIEGEL: Ihr Optimismus ist um so überraschender, als es nicht nur um England geht. Es bewerben sich ja auch so unterschiedliche Kandidaten wie das Fischereiland Norwegen, das Entwicklungsland Irland und das agrare Musterland Dänemark.

LUNS: Deshalb habe ich immer gefordert, daß man zuerst die englische Sache regeln muß. Dann kann man sehen, wie die anderen Kandidaten Mitglieder werden können.

SPIEGEL: Noch wichtiger erscheint allerdings, daß sich zunächst die Sechs untereinander einig sind, bevor man Großbritannien hinzuzieht.

LUNS: Natürlich müssen sich die Sechs vorweg auf eine gemeinsame Haltung einigen. Doch man soll fair sein. Alles, was bisher erreicht ist, soll der Kandidat akzeptieren. Über alles hingegen, was noch nicht geregelt ist, sollten wir mit dem Kandidaten sprechen und ihn informieren. Wenn wir warten, bis die Sechs sich über alle noch strittigen Probleme geeinigt haben, dann wird nie ein neues Mitglied aufgenommen werden können.

SPIEGEL: Herr Minister, Sie sind seit dem 1. Juli der turnusmäßige Präsident des Ministerrats der Sechser-Gemeinschaft. Für die am 22. und 23. Juli in Brüssel vorgesehene Außenminister-Konferenz der EWG-Staaten haben Sie eine Absichtserklärung aller Partner über die Aufnahme von Verhandlungen mit England angekündigt. War das nicht etwas voreilig?

LUNS: Es ist nicht so wichtig, ob die Absichtserklärung im Juli oder im September zustande kommt. Entscheidend ist, daß man Ende des Jahres weiß, ob man mit den Verhandlungen anfangen will. Wenn sich ein Land weigert, dann ist es denkbar, daß die übrigen feststellen: Die EWG ist nicht mehr der politische Hauptmotor des europäischen Schiffes.



Die Zeit

„Harold, sollten Sie sich für den Marsch nach Brüssel nicht ein paar andere Schuhe zulegen?"

SPIEGEL: Denken Sie etwa an die WEU, die Westeuropäische Union, als Rettungsboot, das Frankreich bereits heute verlassen hat?

LUNS: Ja, und ich hoffe, daß Frankreich wieder zurückkommt.

SPIEGEL: Das bezweifeln wir. Und solange Frankreich die WEU boykottiert, glauben wir nicht daran, daß die Bundesregierung sich trauen wird, in diesem Gremium die europäische Karte zu spielen.

LUNS: Sie sind zu pessimistisch. Ich bin ganz zufrieden mit der Rolle der Bundesrepublik in der WEU. Beim letzten WEU-Ministertreffen hier im Haag hat der Herr Minister Brandt eine hervorragende Rolle bei den gegenseitigen Konsultationen gespielt. Das war eine der besten Begegnungen, die wir je gehabt haben. Vielleicht bekommen Sie recht, wenn Sie an die bevorstehenden Wahlen denken. Speziell in demokratischen Ländern kann sich der Kurs der Politik erheblich ändern. In den 17 Jahren, die ich jetzt amtiere, habe ich da allerhand erlebt.

SPIEGEL: Auch von Ihrer Regierung, so heißt es in Brüssel, wird man in diesem Herbst allerhand erleben.

LUNS: Was meinen Sie damit?

SPIEGEL: Die niederländische Regierung soll beabsichtigen, die für Frankreich lebenswichtige endgültige Regelung der gemeinsamen Agrarfinanzierung zu boykottieren, falls es nicht zur Aufnahme von England-Verhandlungen kommt.

LUNS: Die niederländische Regierung hat darüber noch gar nicht entschieden. Das ist noch im Nebel.

SPIEGEL: Eine solche Koppelung wäre ja sehr gefährlich. Statt zu einem neuen europäischen Frühling könnte es außerordentlich schnell zu einer sehr schweren Krise kommen.

LUNS: O nein, höchstens zu einem bißchen europäischen Winter. Es ist natürlich eine heikle Sache. Aber ich wiederhole: Nichts ist entschieden.

SPIEGEL: Das heißt doch wohl: Kommt es nicht zu Verhandlungen mit England, ist die EWG tot.

LUNS: Nicht tot. Sie wird eine Zeitlang eingefroren sein. Aber sie wird überall dort weiterfunktionieren, wo die Sechs bereits zusammenarbeiten.

SPIEGEL: Schon Professor Hallstein, der langjährige Präsident der EWG-Kommission, hat gesagt: Stagnation in der EWG bedeutet Rückschritt.

LUNS: Keinen politischen Fortschritt jedenfalls.

SPIEGEL: Was heißt für Sie politischer Fortschritt?

LUNS: Vor allem denke ich an den inneren Ausbau der Gemeinschaft. Dazu gehört eine stärkere Stellung der Kommission gegenüber den Mitgliedsregierungen; Kontrollbefugnisse für das Europäische Parlament; möglicherweise direkte Wahlen zu diesem Parlament ...

SPIEGEL: ... und besonders eine Anerkennung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat ...

LUNS: Ja eben. Es geht uns schließlich um die europäische Sache, nicht so sehr um ökonomische Integration, Gleichgewichtsdenken und Furcht vor Vormachtstellungen.

SPIEGEL: Machen Sie die Aufnahme Englands von der förmlichen britischen Anerkennung dieser Ziele abhängig oder nur von dem, was jetzt formal in den Römischen Verträgen steht?

LUNS: Die Kandidaten müssen nicht nur den Wortlaut, sondern auch den Geist der EWG-Verträge akzeptieren. Unser Ziel ist eine supranationale politische Union Europas.

SPIEGEL: Und wenn den Briten nun tatsächlich nur an einem wirtschaftlichen Zweckverband gelegen sein sollte?

LUNS: Dann wird England kein Mitglied werden.

ARBEITNEHMER

CDU-SOZIALAUSSCHÜSSE

Kleine Schritte

Nur alle Wahljahre kann die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) auf allerhöchsten Besuch rechnen. Nach Konrad Adenauer 1961 und Ludwig Erhard 1965 gab Kurt Georg Kiesinger erstmals 1969 einer Bundestagung des linken Flügels der CDU die Ehre.

Der Kanzler und Parteichef kam am vorletzten Wochenende in Oldenburgs Weser-Ems-Halle, weil er hoffte, dort dem sozialdemokratischen Koalitionspartner den Alleinvertretungsanspruch für den sozialen Fortschritt streitig machen zu können.

Die vom fünften Deutschen Bundestag im Schlußgalopp verabschiedeten progressiven Gesetze über Lohnfortzahlung an kranke Arbeiter, Konsolidierung der Rentenversicherung, Berufsbildung und Arbeitsförderung sollen nach dem Willen der CDU-Strategen vom Wähler nicht der SPD honoriert werden, sondern vornehmlich der Union. Im Wahljahr entsann sich deshalb Kiesinger der CDU-Sozialausschüsse, die noch im letzten Sommer auf Vorschlag des CSU-Konservativen Wolfgang Pohle aus der Union hatten ausgeschlossen werden sollen.

Damals war die Gruppe der 60 Links-Christen in der Bonner CDU-Fraktion durch radikale Mitbestimmungspläne unliebsam aufgefallen. So hatten die christdemokratischen Arbeitnehmer in den Hauptversammlungen westdeutscher Großunternehmen gleichberechtigt mit den Kapitaleignern auftreten wollen und damit sowohl Sozialdemokraten als auch Gewerkschaften übertrumpft.

Heute indes zieht ihr Chef, Bundesarbeitsminister Hans Katzer, „dem großen Sprung die kleinen Schritte vor". 33 solcher Trippelschritte erhoben die Sozialausschüsse zu „Thesen zur sozialen Strukturpolitik" und verabschiedeten sie in Oldenburg durch Akklamation.

Ihre Thesen — über Massenverkehrsmittel, Wohnungsbau und Bodenrecht, Wettbewerb, Subventionen und Beteiligungslohn, Berufsbildung, Lernbereitschaft und Fernunterricht — sind allesamt so vorsichtig formuliert, daß kein rechter CDU-Mann daran Anstoß nehmen kann.

Lediglich in zwei Programmpunkten zeigten die Arbeiterchristen ihren alten rhetorischen Elan: Die Preisbindung der zweiten Hand sei „als verbraucherfeindliche Marktstrategie abzuschaffen", und die „falschen Wechselkurse" stellten eine ernsthafte Gefahr für die Stabilität der Mark dar.

Rhetorisch jedoch war Katzers linke Garde immer stärker als im Parlament. Als beispielsweise die SPD im letzten Frühjahr die Preisbindung aufheben wollte, fand sie keine Unterstützung bei der linken CDU. Und das von den Sozialausschüssen zu Recht



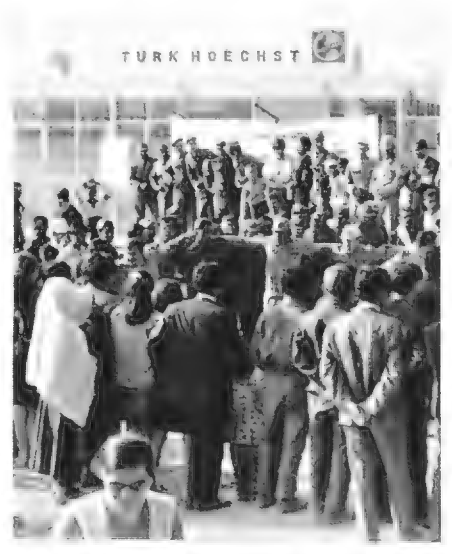
Bundesarbeitsminister **Katzer**
„Wir wollen allein regieren"

beklagte „fundamentale Ungleichgewicht zwischen den Währungen" wurde gerade durch CDU-Kanzler Kiesingers Nein zur Aufwertung der Mark beibehalten.

Gleichwohl honorierten die mehr als 300 Delegierten der CDU den Oldenburger Höflichkeitsbesuch des Kanzlers mit Beifall und Verzicht auf jede Kritik. Auch „Sieg-Heil"-Rufe von Studenten und Schülern störten das christdemokratische Wochenende der Brüderlichkeit nicht.

Angeregt von einem fast totalen Wahlsieg — 309 der 315 Delegierten kürten ihn erneut zum Bundesvorsitzenden —, übertraf Hans Katzer noch die Prognose seines Parteivorsitzenden für den 28. September.

Kiesinger: „Wir wollen stärkste Partei werden." Katzer: „Wir wollen allein regieren." Doch dann befiel den Chef der linken CDU die Erinnerung an den christdemokratischen Alltag, und er ergänzte: „Obwohl das für uns schwierig wäre."



Streikversammlung in Istanbul
„Sie werden kämpfen"

TÜRKEN-STREIK

Vertrackte Situation

Dr. Rolf Sammet, 49, seit sechs Wochen Generaldirektor der Farbwerke Hoechst AG, hat von seinem Vorgänger Karl Winnacker eine kranke Tochter am Bosporus übernommen: In der Firma Türk Hoechst AS, Istanbul — sie produziert Heilmittel wie Rastinon, Baralgin oder Novalgin —, ruht seit zwei Monaten die Arbeit.

Westdeutschlands zweitgrößter Chemiekonzern fand bislang kein Rezept, um die seit dem 8. Mai streikenden 129 Mitarbeiter zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. Denn die als Tarifstreit begonnene Aktion weitete sich zum Politikum aus.

Noch vor Jahren lagen die Löhne der Hoechst-Filiale, obzwar nach westdeutschen Maßstäben gering genug, über denen vergleichbarer Betriebe. Doch die Konkurrenz holte auf und die Arbeiter forderten mehr Lohn.

Ins politische Fahrwasser geriet der Streit, als sich die kleine oppositionelle Arbeiter-Partei (TIP) der Gewerkschaft Kimya-Is und ihrer Mitglieder bei Türk Hoechst annahm, weil sie eine Chance sah, ein progressives Arbeitsrecht durchzusetzen. TIP-Abgeordneter Riza Kuas über den Tarifstreit: „Sie werden kämpfen, weil es keine Arbeits-Garantie gibt."

Vor Streik-Beginn erklärte sich Hoechst bereit, einer Lohnerhöhung um 44,6 Prozent zuzustimmen. Doch das Angebot kam zu spät. Auch die Gewerkschaft Kimya-Is hatte sich inzwischen die Parolen der Arbeiter-Partei zu eigen gemacht und verlangte zusätzlich einen Kündigungsschutz. In einem Flugblatt (Titel: „Neden Rev?" — Warum Streik?) verwiesen die Kimya-Is-Kollegen auf den betrieblichen Alltag im Schatten der Hagia Sophia: „Arbeiter, die sich gewerkschaftlich betätigen und deshalb entlassen werden, stellt keine Fabrik mehr ein."

Kollege Karl Küpper, zweiter Vorsitzender der westdeutschen Industriegewerkschaft Chemie, reiste nach Istanbul, um den Streikenden den Rücken zu stärken. Nachdem er die Lage rekognosziert hatte, konnte Küpper den rund 200 gewerkschaftlichen Vertrauensleuten der Hoechst AG in Frankfurt nur Mißliches über die Lage der Arbeiter in der fernen Türkei berichten: „Das dauert 20 Jahre, bis die in der Arbeits- und Sozialgesetzgebung so weit sind wie wir."

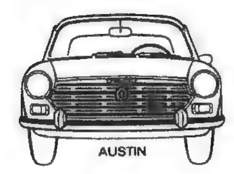
Vom Weltkonzern Hoechst darf Küpper freilich keine reformerischen Pionierleistungen erhoffen. Vorstandschef Sammets Experten in Frankfurt erklärten sich außerstande, neben Lohnzugeständnissen auch noch „Forderungen nach einer Korrektur der (türkischen) Gesetzgebung zu entsprechen".

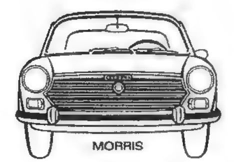
Damit stecken die Verhandlungen in der Sackgasse. Vize Küpper, der auch mit der Hoechst-Direktion die Lage besprach: „Ich bin mit den Türken solidarisch, kann aber nur Vermittler sein. Es ist eine ganz vertrackte Situation."

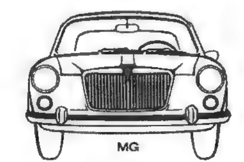
Er befreit die grünen Witwen!

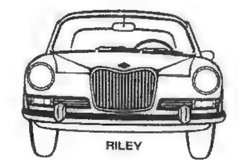
Er steht immer für sie bereit.
Er ist ein Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung.
Er macht sie unabhängig von den öffentlichen Verkehrsmitteln.
Er erübrigt ihnen das Betteln um den Wagen des „Familienvorstandes".
Er ist zuverlässig, stark, praktisch, chic und ungewöhnlich sicher.
Er heißt Austin, Morris, MG, Riley oder Wolseley, ganz wie sie wollen.
Er richtet sich nach ihren Wünschen, wenn es um Gesicht, Motorleistung und Innenausstattung geht.
Er bleibt trotzdem in seiner Konstruktion immer gleich.
Er ist ohne lästige Wartezeiten zu haben.
Er erwartet sie zu einer Probefahrt beim nächsten Händler.

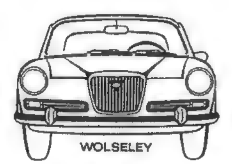
Er – der 1300er von British Leyland.













A. Brüggemann + Co GmbH
4 Düsseldorf, Harffstraße 53, Telefon 78181, Niederl.: 69 Heidelberg, Hebelstraße 12, Telefon 20906
Alleinimporteur der Marken Austin, Morris, MG, Riley, Wolseley für die Bundesrepublik und W.-Berlin

BLUMEN, BLASEN UND POLITISCHE BEULEN

Peter Brügge auf Wahlkampf-Wanderung mit Philip Rosenthal

Philip Rosenthal, seit Februar Mitglied, seit März Kandidat der SPD, geht auch im Bundestags-Wahlkampf weiter als andere. Für seinen Wahlkreis 47 (Goslar-Wolfenbüttel), von dem er vor vier Monaten noch nichts wußte, nahm er acht Tage Ferien von Selb, um in langen Märschen die Kampagne zu eröffnen.

Er schulterte, da er sich unbelastet nicht gut fühlt, seine leere Himalaja-Trage und holte sich zu Fuß — 138 Kilometer, 41 Gemeinden, acht politische Fragestunden — Sympathien, Erfahrung, Blumen, eine Brandblase (rechts) und etliche politische Beulen. Sodann flog er über den Atlantik, um im weiteren Verlauf seiner Sommerferien den Chimborazo (6267 Meter) zu ersteigen.



SPD-Kandidat **Rosenthal,** Ehefrau, Anhänger: Zur Bewegung Politik

Nicht die Frage, wie es beim Wähler ankommt, wenn man ihn so angeht, stand bei der Planung dieser Schritte im Vordergrund, obwohl ein Verkaufsdirektor der Rosenthal AG dem Kandidaten mit dem Megaphon vorausfuhr. Vielmehr ging es darum, Philip Rosenthal, wie er nun einmal ist, mit dem vertraut zu machen, was er nun außerdem sein will; für einen bewegungshungrigen Nonkonformisten, der selbst auf Industriemessen in Dauerlauf verfällt, auch Politik zu arrangieren als eine Gelegenheit zur Bewegung: Hier gehe ich, ich kann nicht anders.

Er komme, „Land und Leute kennenzulernen", erfuhren die 76 000 Haushaltsgemeinschaften zwischen Salzdahlum und Bad Harzburg im Anzeigenteil der Provinzblätter. Aus dem berühmten weißen Camping-Bus des sozialdemokratisch gewordenen Unternehmers verteilte eine Vorhut junger Wahlhelfer Lose für einen „Rosenthal-Wanderpreis". Der bestand wohlweislich nicht aus Porzellan, sondern aus einer Reise; dem Markennamen Rosenthal soll das linke Engagement seines Trägers Philip jedenfalls nicht schaden.

Gehfähige, die „den Menschen Philip Rosenthal ganz aus der Nähe kennenlernen" wollten, waren gebeten, sich dem neuen Kandidaten anzuschließen. Selbst wer nur von einem Dorf ins nächste folgte, bekam ein schlichtes Bierglas mit Gravur: „Zur Erinnerung an eine Wanderung mit Philip Rosenthal M. A." In Oxford hat der Marschierer einst den Master of Arts absolviert, eine Graduierung, die er im Wahlkampf nicht vergißt.

Weder da noch in der Form des Glases macht er Zugeständnisse an den Geschmack des ländlichen Wählers. Wer mit Rosenthal geht, soll sich gefälligst nach dessen gehobenen Maßstäben richten — was das Glas, was den Ton, was das Tempo betrifft.

Vor allem das Tempo: Atemlos verdrossen hasteten manchmal Genossen vom jeweiligen Ortsverein der SPD nebst ihren ganz auf die Begegnung mit einem Weltmann gerüsteten Frauen hügelauf, hügelab hinter dem weit vorauseilenden Parteifreund her, dem sie fleißig den Wahlkampf führen. Wer sich mit etwas Puste neben ihm zu halten wußte, konnte mit ihm ungestört über seine Ideen von Vermögensbildung und Mitbestimmung diskutieren, Fragen, in denen er sich teils links, teils rechts von seiner Partei bewegt.

Junge Akademiker reisten zu diesem Zweck von weit her, ließen ihr Auto stehen und setzten ihm nach. Niedersachsen voller Bier und Korn, die nach einem zermürbenden Frühschoppen wankend Anschluß suchten, nutzten Rosenthal als Schrittmacher zum nächsten Dorfkrug. Querfeldein ging's ohne Rücksicht auf die Empfangskomitees von SPD und Gemeinderäten, die dem berühmten Besucher manchmal auf der Hauptstraße vergeblich entgegenkamen — in guter Kluft und mit Blumen.

„Sie haben sich einen kleinen Umweg erlaubt", grüßte grimmig der SPD-Chef von Hedeper den 52jährigen Naturburschen, der mit flickenbesetzter Bundhose schweißnaß auf einer ganz unvermuteten Dorfseite einwanderte; denn er schreckt vor wenigem so zurück wie vor Asphalt.

Auf dem Wege nach Hornburg geriet man an einen jener versumpften Gräben, auf denen einst der Bischof von Halberstadt zur Visite gerudert wurde. Während die fünfte Frau Rosenthal umkehrte, weil sie sich als Mutter von vier Rosenthal-Kindern schließlich nicht vor den Wahlhelfern der Wanderhose entledigen konnte, zogen der Kandidat und seine Schreibkraft sich aus und erreichten, schwarz bis an die Hüfte, doch stolz die Hornburger Seite, wo sich der Bürgermeister schon seit Stunden die Beine vertrat.

Zur Freude an der niedersächsischen Natur, die jugendbewegte Sozialdemokraten gern mit dem von der Baracke so geschätzten Unternehmer geteilt hätten, fehlte einfach die Muße. „Nicht einen Blick für unsere Walderdbeeren", haderte auf dem Hügelweg zwischen Groß Denkte und Wittmar ein reiferer weiblicher Wandervogel, „der rennt ja nur und wandert nicht."

Philip Rosenthal neigt nicht dazu, zurückzublicken, nicht einmal, wenn er bei Gegenwind den bitteren Tabaksgeschmack seiner Pfeife ausspuckt. „Hö Philip", reklamierte deswegen seine hinter ihm ausschreitende Frau, die ihm seit zwölf Jahren unermüdlich folgt, „nicht mir direkt ins Gesicht." Ohne umzusehen bedauerte er das: er das: „Sorry!"

Der ehemalige Emigrant, Schweinehirt, Bergarbeiter, Philosophie-Student hat es in den letzten zwanzig Jahren verstanden, sich aller Welt so zu verkaufen, wie er ist. Nun erschreckt er mitunter Parteifreunde, die wohl erwartet hatten, er werde im Wahlkampf vor allem das hervorkehren, was sich verkaufen läßt. Irrtum: Gegen den eingesessenen Grenzlanddrucker Edelhard Rock, 61, der letztesmal den Wahlkreis mit 4,4 Prozent Vorsprung für die CDU gewann, tritt Rosenthal, der Grenzland-Fabrikant aus Nordbayern, an als einer, der auszog, die Wahrheit zu sagen. Das hat nichts damit zu tun, daß er sich auf Platz 5 der niedersächsischen Landesliste sicher fühlen kann. Ohne Not, wie er zu Fuß geht, sagt er eben, was er denkt. Das ist, wenn man will, seine Masche.

Vor Ulbrichts verminte Grenze gestellt, beißt er in eine Hartwurst, statt

das Übliche zu äußern. An dieser Grenze, sagt er, sei die Bonner Politik mit schuld. „Ist es nicht so, daß wir Herrn Ulbricht mit am Ruder gehalten haben?"

Es widerstrebt ihm, sich im Dunst von Schützenfesten mit Freibier und kernigen Parolen anzubiedern. In Wittmar, wo die Kumpel des Bergmannvereins „Asse" ihn mit dem Marsch „Grüße aus Dortmund" empfangen, versäumte er es, den von Orden starrenden Grünfräcken des soeben anhebenden Königsschießens Reverenz zu erweisen. Seine Zeit drängte.

Im nahen Remlingen wartete schon ein Spektakel, das eher auf ihn zugeschnitten war: Wettschwimmen mit der neuen Remlinger Bademeisterin, welche ihm die sozialdemokratischen Gemeindeväter wie eine Primadonna präsentierten. Und er war so ungalant zu siegen, nachdem tags zuvor sein Vorgänger im Wahlkreis, der niedersächsische Staatssekretär Heinz Morgenstern, so galant gewesen war, ihn siegen zu lassen.

Am letzten Sonntagmorgen machte er's den guten Ratgebern recht und wanderte durch das heiße Bierzelt des Feuerwehrfestes von Halchter. Durchs Megaphon wurde verkündet, er habe ein Faß Helles gespendet. Da erhob sich ein der CDU verbundener Kreisbrandmeister, zerriß vor aller Augen sein Rosenthal-Los und bekannte sich zur politischen Neutralität der Feuerwehr und ihrer Feste. Fröhlich erregt solidarisierte sich aber die Mehrheit mit dem Spender Rosenthal, der diesen erstmaligen Ausbruch christdemokratischer Nervosität nicht nutzte.

Spenden, sonderlich solche in Form von Geld, wurden auf seiner Wanderung diskret wie Notdurft erledigt. Wenn ihm auch zeitverbundene Genossen wie Professor Ehmke geraten haben, nur nicht der SPD zuliebe den armen Mann mimen zu wollen, kommt er von dem Gedanken nicht los, der Griff in die Brieftasche könne den Wahlgang verfälschen und ihm später die Freude am Sieg verderben. Ungeduldig unterbricht er einen Versammlungsgast, der ihm für die Unterstützung eines Kindergartens dankt: „Dieses Lob kann ich nicht entgegennehmen! Ich habe nicht vor, diese Wahl durch billige Geschenke zu gewinnen."

Das eigentlich Bewegende sei „ja fast nie das Geld", bekannte er, ein Kuvert mit fünf blauen Scheinen unauffällig überreichend, den Alten einer sozialdemokratischen Tagesstätte in Wolfenbüttel. Sie hatten ihn mit „Müller's Lust" empfangen und mußten am Ende von einem Vertreter der Arbeiterwohlfahrt hören, daß ihr neues Altersheim gerade angefangen worden sei — man habe solange das Geld nicht gehabt.

Ein beinahe sportlicher Traum von Fairneß verfolgt Philip Rosenthal und läßt ihn als Kandidat seine Groschen umdrehen. Die Spur gemünzter Freundlichkeiten hinter ihm, dem Kapitalisten, ist kaum breiter als bei den meisten Kandidaten seiner Partei, die auch ihm, wie er hofft, 25 000 Mark aus der allgemeinen Wahlkampfkasse zuschießen wird, knapp ein Drittel seiner Auslagen. Da ein paar Fußbälle, zusammen mit flapsigen Worten unter zwei Dorfmannschaften gekickt, dort ein Wasserball für den WSV Wolfenbüttel, da ein paar Spielgeräte für eine Kindertagesstätte, da und dort eine bürgerliche Zeche — einen Harun al Raschid hat der Wahlkreis 47 sich mit ihm nicht eingefangen. Freilich, die Frauen am Weg bestaunen in ihm trotzdem den reichen Beau.

Was teuer zu stehen kommt, sind nicht so kleine Nettigkeiten. Es ist der Umstand, daß er im Wahlkampf auf die Annehmlichkeit cleverer, sein Tempo und seine Grillen gewohnter Mitarbeiter nicht verzichtet und sich deren Gehälter in Selb vorübergehend aufs Privatkonto buchen lassen muß: Fahrer, Verkaufschef und die Sekretärin, welche ihm sogar auf Feldwegen mit dem Stenoblock zur Seite geht.



Wanderer **Rosenthal**, Mitwanderer*
Kein Blick für Beeren

Eine eigene schlecht gedruckte Zeitung („Taten"), ein Drei-Minuten-Film voller bester Nachrichten über Rosenthal, ein Drei-Zimmer-Büro im Zentrum von Wolfenbüttel, ein wissenschaftlicher Assistent für die volkswirtschaftliche Beratung in Bonn, noch eine Sekretärin — da sind die Ausgaben, in denen Rosenthal beiläufig seine Zahlungskraft offenbart. Der Fußmarsch, der Aufsehen wie ein Bundesligaspiel erregt, kostete ihn mit Trinkgeld ganze 2400 Mark.

Wo er auf sich selber und seinen sechsten Sinn für Wirkung zurückgreifen kann, verläßt der Kandidat sich so auf seine in Selb bewährte Intuition, daß den Genossen nur zu oft der Trost einfällt, man habe es eben vorerst noch mit einem politischen Amateur zu tun. Den und den Anfänger hervorzukehren, bereitet ihm gerade Behagen — von jener Art, die nur den Unabhängigen erfreut. „Als ich angefangen habe, war mir die Gebietsreform ein böhmischer Bahnhof", sagt er, „jetzt ist es vielleicht ein niedersächsischer."

Er redet etwa so von Politik wie Luis Trenker über Südtirol — nur daß der sich dort schon besser auskennt. „Ich glaube nicht", sagt Rosenthal zu den Dorfräten von Hedeper, die ihm ein Wohnbauprojekt vorgetragen haben, von dem sie Belebung ihrer sterbenden Grenzgemeinde erwarten, „daß die Mieter 30 Minuten weit fahren wollen, aber ich bin gern bereit, ihre Probleme eingehender zu studieren ... Ende!"

Vor kurzgescheitelten Ordnungsfanatikern bekennt er sich zur tieferen Berechtigung studentischen Protestes. Den Bürgern einer Region, in der Hindenburg und Bismarck noch die Ratsstube zieren, sagt er unverblümt seine Meinung über die Ursachen des Dritten Reiches: „Das ganze Bürgertum hat schließlich mitgemacht."

Auf dem Dorfe fordert er das freie Spiel der Preise für den Agrarmarkt, und in einem offenbar langsam denkenden Frager vermutet er ohne Arg: „Ich nehme an, der Zwischenrufer stammt aus der Landwirtschaft."

Was von der Pike auf gediente Genossen insgeheim als Eigentor verbuchen, schafft hingegen im vierschrötigen, politisch hellhörigen Auditorium des Grenzlandes eher Vertrauen.

Ein Phänomen, das den Leuten an der rostigen Grenze bei Politikern noch nicht begegnet war, entfacht in ihnen kumpelhafte Anhänglichkeit: Da ist einer, der die Wurst auf den Vorstandstisch und Wert auf die Feststellung legt, daß er sein politisches Pensum noch zu lernen hat. Der vor den Mund kein Blatt und in die Hand kein Manuskript nimmt, einer, der mit ihnen redet wie ein Fußballtrainer mit seiner Mannschaft — oder eben wie Rosenthal in seinem Werk.

Der junkerstolze Großbauer Gerhard Lüttge bringt eine verachtende Mehrheit gegen sich auf, als er in Roklum mit dem Argument der äußersten Rechten auf den Wanderer anlegt: „Sie und Brandt haben auf der verkehrten Seite gekämpft." Sehr beherrscht sagt Rosenthal, weder sei es die falsche Seite gewesen noch habe man da gekämpft, noch habe er Deutschen geschadet.

Doch der Bauer ließ nicht locker, er wollte auf etwas anderes hinaus. Und schließlich, blaß vor Zorn, erinnerte der Kandidat daran, daß er das Land der Lüttges damals leider verlassen mußte, weil er einen jüdischen Großvater habe. Lüttge frohlockte, nun hatten es alle gehört. Er habe, beschwichtigte er, ja gar nichts gegen Juden, es seien viele von ihnen deutschnational gewesen. Und in den um ihn her tobenden Unmut hinein schrie er: „Was wollt ihr, ich frage nur, was viele hier denken!" Aber sie sagen ihm, das sei nicht wahr.

Nachher, im Nebenzimmer, nimmt Rosenthal einen endlosen Schluck aus dem Rosenthal-Krug, ehe er wie ein Bergsteiger auf diese schwierige Stelle zurückblickt: „Das war falsch! Ich war zu zornig. Ich darf mich nicht so provozieren lassen."

* SPIEGEL-Reporter Peter Brügge.

FUNKTIONÄRE

BREMEN

Falsche Freunde

Bremens sozialdemokratischer Multi-Funktionär Richard Boljahn, 56, vertraute Anfang 1968 dem SPIEGEL an: „Ich habe auch falsche Freunde, die Millionen an mir verdienten." Jetzt, Mitte 1969, sind im kleinsten Bundesland Bürger wie Genossen bereit, ihm zu glauben.

In der Grünkohl- und Pinkelstadt gilt als sicher, daß der Multi-Millionär und Grundstücksmakler Wilhelm Lohmann, 50, zu diesen Freunden zählt.

„Millionen-Willy" duzt den SPD-Politiker, der in der Hansestadt als Aufsichtsratsvorsitzender der Baugesellschaft „Neue Heimat Bremen" (früher „Gewoba") insgesamt 46 125 Wohnungen bauen ließ und als ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender der halbstaatlichen Grundstücksgesellschaft „Weser" an Grundstückskäufen für öffentliche Bauvorhaben maßgebend beteiligt war.

Der Makler Lohmann knobelt mit dem einstigen Borgward-Klempner Boljahn in seiner Kellerbar an der vornehmen Schwachhauser Heerstraße 222 („Richard knuckst so gerne"), bewirtete ihn in seinem Jagdhaus in Sottrum (Niedersachsen) und im Sommerhaus auf Mallorca. Häufig beschaffte der agile Makler aber auch den Boden, auf dem Bremens ebenso heimlicher wie unheimlicher Herrscher bauen lassen wollte.

Was seit Jahren zwischen Rathaus und Domsheide über Richard Boljahn und seine Freunde gemunkelt wird, machte Bremens „Weser-Kurier" (Auflage: 135 000) nun publik:

- Makler Lohmann habe durch einen „Spekulationstip" von Boljahn „viele Millionen Mark verdient";
- „Beamte, Notare und auch Politiker" hätten ermöglicht, daß Lohmann „Gewinne auf Kosten der Öffentlichkeit einstreichen konnte";
- „noch heute" versuche die „Verwaltung ... die tatsächliche Höhe der Millionen-Gewinne ... zu verschleiern".

Die Affären-Meldungen schreckten jedermann. SPD-Regierungschef, Bürgermeister Hans Koschnick, 40, brach seinen Urlaub ab und konstatierte: „Wenn die Vorwürfe stimmen, dann haben wir es mit einem Skandal ersten Ranges zu tun." Um „Gefahr für die Demokratie" abzuwenden, beauftragte er den Bremer Rechnungshof mit der Überprüfung von Sachen und Personen, und auch das Parlament setzte einen Untersuchungsausschuß ein.

SPD-Fraktionschef Gustav Böhrnsen erklärte, der „WK"-Bericht habe „eine Welle von Beschuldigungen und Gerüchten ausgelöst", die „beunruhigen, ja geradezu schockieren", und er rüffelte die Journalisten: „Wir wehren uns ... dagegen, durch eine Übermacht der Presse politisch und moralisch fertiggemacht zu werden." Dem „WK" brachte der Bericht diverse Gegendarstellungen und Klagen ein.

Der beschuldigte Boljahn („Man will mir vors Schienbein treten") indes blieb gelassen: „Ich habe Lohmann keine Tips gegeben, die braucht der auch nicht." Und Lohmann, den anonyme Anrufer bedrängen, das „Spekulationsgeld" wieder rauszurücken, erklärt: „Ich stehe rechtlich in guten Schuhen."



Bremer SPD-Funktionär **Boljahn**
„Die da oben ...

Bevor noch Rechnungshof und Parlament mit den Nachforschungen begonnen hatten, stand für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schon fest: „Bremen hat den größten Grundstückskandal der Nachkriegszeit, einen Skandal, in den prominente Politiker aus allen drei großen Parteien verwickelt sind." Und bevor noch über ihre Schuld entschieden wurde, zogen Prominente aus zwei großen Parteien Konsequenzen.

Boljahn, der 17 Jahre lang die SPD-Fraktion kommandiert hatte und seit 1953 dem DGB-Kreis Bremen vorsteht, jahrelang gleichzeitig in der Finanzdeputation der Bürgerschaft (Landtag) und verschiedenen Aufsichtsräten saß, legte auf Drängen der Genossen vorläufig alle politischen Ämter nieder. Ebenso verfuhr Rechtsanwalt und Notar Hans Ludwig Kulenkampff, stellvertretender CDU-Landeschef, Bürgerschaftsabgeordneter und Mitglied der Baudeputation.



Boljahn-Freund **Lohmann**
... wollen doch nur verschleiern"

Boljahn-Freund Lohmann, der seit 1959 der SPD angehörte, obgleich er, wie er selber bekundet, als früherer Offizier „eigentlich rechts" steht, trat aus der Partei aus, die gegen ihn intern ermitteln wollte. Als Anlaß diente eine angebliche 3000-Mark-Spende für den christdemokratischen Wahlkampf im Jahre 1967, die Lohmann aber nicht bezahlt hatte. Bausenator Wilhelm Blase (SPD) fuhr auf Koschnicks Zuspruch zur Erholung nach Bayrischzell.

Der laut „FAZ" „größte Grundstückskandal der Nachkriegszeit" begann mit dem Ankauf von Land zur Vorbereitung der Bundesautobahn zwischen Bremen-Stadt und Bremen-Nord, um den sich die Hansestadt im Auftrage der Bundesrepublik mühte. Als die Verkäufer, zumeist Bauern, mehr forderten (zwischen 7,50 Mark und 10,50 Mark), als der Käufer zugestehen wollte (3,50 Mark), und die Behörde sich obendrein außerstande sah, die etwa 150 Bauern zu schnellem und billigem Handeln zu ermuntern, ließ das Liegenschaftsamt den Makler Lohmann gewähren und vermied so eine womöglich kostspielige und zeitraubende Enteignungsprozedur.

Lohmann, der mit den Bauern Platt spricht und ihnen zu Familienfeiern Geschenke macht („Ich scheue mich auch nicht, mich mit jeder Hose auf einen Mistwagen zu setzen"), meisterte prompt die Aufgabe, in kurzer Zeit „95 Prozent der Verkäufer unter einen Hut zu bringen". Die Bauern bekamen 5,50 Mark pro Quadratmeter, der Makler bisher 118 166,37 Mark an Provision. Das Mitglied der Baudeputation, Rechtsanwalt und Notar Kulenkampff fertigte einen Teil der Kaufverträge, in denen vermerkt war, die Maklerprovision gehe zu Lasten der Bundesrepublik.

Bundesverkehrsminister Georg Leber lobte das Teamwork zwischen öffentlicher Hand und privater Makelei: „Mustergültig für die Bundesrepublik." Der Bundesrechnungshof, der für solche Zusammenarbeit keinen Anlaß sah, jedoch monierte: „Das ist der Gipfel. Das wird der Bund niemals zahlen", und der „Weser-Kurier" folgerte: „So wird das Land Bremen, das normalerweise keinen Pfennig für die Autobahnverbreiterung zu zahlen brauchte, die unnötige Maklerprovision aus der eigenen Steuerkasse zahlen müssen" — was allerdings noch nicht feststeht.

Fest steht dagegen, daß Makler Lohmann, wie er nun selber empfindet, in einem Fall „moralisch" fehlte. Als es nämlich um den Verkauf des eigenen Landstreifens ging, kassierte Lohmann-Schwester Wilhelmine Scholz die Provision. Die Rechnung, so Lohmann, wurde inzwischen annulliert.

Dem „WK" drängte sich „die Vermutung" auf, „daß ein Personenkreis ... dem Makler ... dieses Geschäft erst ermöglicht habe", und er fand schnell „bestätigt", daß gleiches ebenso „mindestens für mehrere zurückliegende und ... einige aktuelle Vorgänge im Bremer Grundstückswesen" gilt.

Damit spielte das Blatt unter anderem auf das sogenannte Hollerland an,

wo nach dem Willen von Bremens Sozialdemokraten 15 000 Sozial-Wohnungen errichtet werden sollen. Tatsächlich wurde Lohmann in diesem Gebiet jedoch erst fündig, als Boljahns Grundstücksgesellschaft „Weser" wegen der Zinslast nicht mehr kaufen wollte, und den Vertrag, den der Makler dann mit der Gesellschaft schloß, bezeichnet er als „sozial".

Immerhin verpflichtete sich Lohmann, das Land zum Selbstkostenpreis wieder herauszurücken, wenn die Firma wieder zu Geld kommen sollte. Als die „Weser" jedoch so schnell nicht flüssig wurde und das von ihr aufgekaufte Land mit einem Aufschlag von 84 Prozent an die „Neue Heimat" (Hamburg) veräußerte, gab auch Lohmann den größten Teil seiner Fläche an die gleiche Baugesellschaft ab: Er verkaufte 1,2 Millionen Quadratmeter, für die er pro Quadratmeter zehn Mark gezahlt hatte, für zwölf Mark — Aufschlag: 20 Prozent.

Das Geschäft soll allerdings noch folgen, ob es folgt, ist aber fraglich; daß der Makler noch viel Geld investieren muß, ist dagegen gewiß: Lohmann will auf seinem Batzen Hollerland (300 000 Quadratmeter) ein Ladenzentrum bauen; vor 1972 wird jedoch mit dem Bau nicht begonnen.

Beim „Bremisch-Spektakulären" („Tagesspiegel") geht es gleichwohl nur vordergründig um Land und Geld. In Wirklichkeit geht es um aufgestautes Mißtrauen, das Boljahns Kumpanei in der Hansestadt und in der SPD erzeugte. Ständig führte die Verfilzung in Exekutive und Legislative zu Gerüchten über mannigfache Manipulationen. „Das Schlimme ist das Klima in Bremen", so Bürgermeister Koschnick: „Wenn etwas hochkommt, wird es sofort geglaubt."

Das Klima verschlechterte sich seit dem Rückzug des damals 78jährigen SPD-Seniors Wilhelm Kaisen („Kaiser Wilhelm") aus dem Rathaus auf seine 20-Morgen-Scholle in Borgfeld, der darauf folgenden Schlappe bei den Bürgerschaftswahlen, bei der die SPD 1967 in einer ihrer Hochburgen 8,7 Prozent einbüßte, und der Knüppel-Orgie während der Straßenbahn-Krawalle, die im Vorjahr zum Sturz Boljahns als Fraktionschef führten. Was Kaisens großväterliche Autorität noch auszugleichen vermochte, entlädt sich nun in der Affäre um Boljahn und Lohmann wie in den latenten Rangeleien um Macht in der Partei.

Koschnick warnte die Genossen: „Wir werden in der Bremer SPD schlecht davon leben können, Anti-Boljahner, Pro-Boljahner und Neutralisten zu sein." Aber noch leben die Genossen davon. Und mit Koschnick leben wollen vor allem linke Genossen um den Ortsvereinsvorsitzenden von Altstadt, Gert Settje, und die Jungsozialisten nur, weil sie „noch keinen anderen haben" (Settje).

Mit der Affäre wollen sie Koschnick und das SPD-Establishment allerdings nicht allein lassen. Die Jungsozialisten kündigten einen eigenen Untersuchungsausschuß an, denn, so mutmaßt Juso Olaf Diné: „Die da oben wollen doch nur wieder verschleiern."

KRIEGSVERBRECHEN

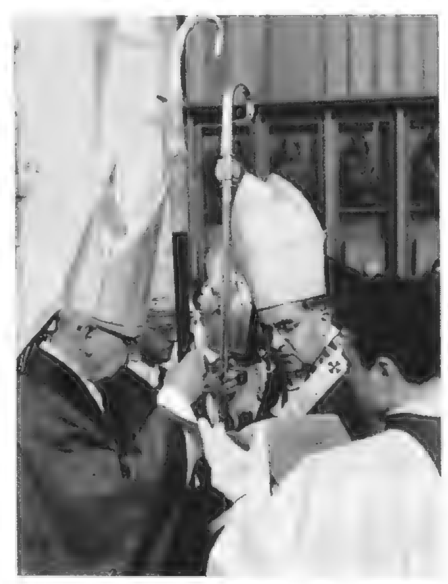
BISCHOF DEFREGGER

Bis auf weiteres

Die Veröffentlichung im SPIEGEL", so schrieb Ende vergangener Woche die katholische Wochenzeitung „Publik", „traf weite Kreise des deutschen Katholizismus wie ein Schock, der die Sprache verschlägt."

Nur Deutschlands ranghöchster Katholik, der Münchner Erzbischof Julius Kardinal Döpfner, hatte es schon gewußt: Im Juni 1944 war von dem damaligen Hauptmann und heutigen Weihbischof Matthias Defregger die Erschießung italienischer Zivilisten befohlen worden.

Am Dienstag vergangener Woche, einen Tag nachdem der SPIEGEL (Döpfner: „ein deutsches Nachrichtenmagazin") den Fall aufgedeckt hatte, gab Döpfner eine Ehrenerklärung für seinen Mitbischof ab.



Münchner Kardinal **Döpfner** (r.)*
Rettung versucht

Defregger selber zog sich, wie sein Sekretär verlautbarte, „bis auf weiteres" aus der Öffentlichkeit zurück.

Weder Döpfners Versuch einer Ehrenrettung noch Defreggers Schweigen konnten die weltweite Empörung über den Fall dämpfen. Italiens größte Zeitung, „Corriere della Sera", schrieb von einem „beispiellosen Skandal", Frankreichs „Le Monde" schickte seinen Rom-Korrespondenten in den Vatikan und ließ feststellen, daß Papst Paul VI. „noch nicht" informiert gewesen sei.

Und auch deutsche Katholiken reagierten anders als ihr Kirchenoberer Döpfner. In der „Arbeitsgemeinschaft von Priestergruppen in der Bundesrepublik" Deutschland, der 14 „Solidaritätsgruppen" mit rund tausend Priestern angehören, kursiert seit Anfang vergangener Woche der Entwurf einer Entschließung, in der Defreggers Rücktritt gefordert wird.

Und „Publik" erinnerte an den „umfangreichen Katalog" von Weihehindernissen. Es würde „kaum ein Mann, der hinkt, stottert oder bucklig ist, je die Chance erhalten, Bischof zu werden". Das Kirchenrecht ist sogar noch strenger: Ein bresthafter oder unehelich geborener Katholik kann ohne Dispens nicht einmal Priester werden. Das gilt auch für den, der als Richter ein Todesurteil gefällt hat, denn — so der Münchner Kirchenrechts-Professor Klaus Mörsdorf: „Die Hände des Priesters sollen rein sein vom Blut, auch von dem Blut eines Schuldigen."

„Publik" verlangte: „Matthias Defregger sollte sein Amt vorläufig zur Verfügung stellen und die Wiederaufnahme des Untersuchungsverfahrens über die Geschehnisse in Filetto beantragen."

Doch Döpfner hält Rücktritt wie Wiederaufnahme für überflüssig: Er habe vor der Ernennung Defreggers zum Weihbischof im September 1968 „den ganzen Fragenkomplex gründlich untersucht": Damals sei er zu der Überzeugung gelangt, „daß nach dem für Kriegshandlungen geltenden Völkerrecht kein schuldhafter Tatbestand" vorlag. Kommentar des Juristen Ernst Müller-Meiningen in der „Süddeutschen Zeitung" (SZ) zu dieser Erkenntnis des Nichtjuristen Döpfner: „In Wahrheit sind Geiselerschießungen und Racheaktionen nirgends völkerrechtlich ‚geregelt'. Es besteht da nichts als ein grauenhaftes Brauchtum unterschiedlicher Brutalität."

Die Staatsanwälte gingen nicht so weit wie der Kardinal, eine Schuld zu verneinen, sondern hielten die Tat „allenfalls für Totschlag" und mithin für verjährt.

Der ungediente Döpfner versuchte sich auch in militärischer Lagebeurteilung. Defreggers Division habe sich zur Tatzeit in einer „äußerst gefährlichen Rückzugsbewegung" befunden. Tatsächlich aber hatten die deutschen Truppen seinerzeit gerade „eine Schnaufpause" (so ihr damaliger Oberkommandierender Kesselring in seinen Memoiren). Den Exekutionsort Filetto erreichten die Alliierten erst eine Woche nach dem Massaker.

Neu ist die Behauptung Döpfners, daß Defregger damals „Frauen und Kinder wegbringen" ließ, „um ihnen den furchtbaren Anblick zu ersparen". Schon bekannt ist, daß die Angehörigen der zusammengetriebenen Opfer wehklagend dem Erschießungskommando im Wege standen und deshalb davongejagt wurden. Beides zusammen steht im Widerspruch zu der Behauptung Defreggers, er habe sich vor der Aktion entfernt.

Was die Toten angeht, so übernimmt Kardinal Döpfner teils die Zahlen des SPIEGEL, teils die Zahlen der Staatsanwälte — je nachdem, welche seinen Mitbischof Defregger entlasten könnten: Laut Staatsanwaltschaft und Döpfner waren vier deutsche Soldaten

* 1968 bei der Bischofsweihe von Matthias Defregger (M.) und Ernst Tewes (l.)

Das ist der Heizkörper mit 30 Jahren Garantie.

Die längste Garantiezeit,
die Sie überhaupt auf Heizkörper erhalten.



Denn FKR-Heizkörper sind aus

Gußeisen

Buderus'sche Eisenwerke Wetzlar
Ideal-Standard GmbH Bonn
Rheinstahl Eisenwerk Hilden AG Hilden
Strebelwerk GmbH Mannheim

Fachgemeinschaft gußeiserne Heizkessel und Radiatoren

in Filetto von Partisanen erschossen worden; nach SPIEGEL-Recherchen war es nur einer. Laut Staatsanwaltschaft wurden „22 bis 24 Männer" erschossen, laut SPIEGEL und Döpfner waren es 17.

„SZ"-Kommentator Müller-Meiningen riet dem rechnenden und rechtenden Kardinal, er solle lieber untersuchen, „ob das, was geschehen ist, vom Standpunkt der christlichen Ethik her vertretbar ist".

Wie der Sachverhalt rechtlich zu beurteilen sein könnte, erwägt Frankfurts Oberstaatsanwalt Dr. Dieter Rahn seit der SPIEGEL-Veröffentlichung erneut, obwohl er im Mai das Ermittlungsverfahren gegen Defregger eingestellt hatte. Rahn hielt allerdings Ende vergangener Woche ein neues Ermittlungsverfahren für unwahrscheinlich: Für die Beteiligung Defreggers an einer — als Mord noch nicht verjährten — grausamen Tötung habe er im Frühjahr „keine Ansatzpunkte gefunden".

Dafür, daß die Tötung grausam war, sprechen die Berichte italienischer Augenzeugen: Die Erschossenen hätten die Vorbereitungen zu ihrer eigenen Hinrichtung stundenlang miterleben müssen; die Schüsse aus deutschen Maschinenwaffen hätten ihre Opfer teilweise in Bauch und Beine getroffen; drei Italiener seien schwer verwundet liegengeblieben, einer von ihnen sei am nächsten Tag gestorben.

War aber — wie aufgrund der SPIEGEL-Recherchen naheliegt — die Tötung der 17 Italiener in Filetto „grausam" im Sinne des Strafgesetz-Paragraphen 211 und damit objektiv Mord, so ist entgegen der Ansicht Rahns Bischof Defregger aus der strafrechtlichen Verantwortung nicht allein deshalb entlassen, weil nicht schon der Befehl auf die *grausame* Tötungsart abzielte.

Denn hätte Defregger als der verantwortliche höchste deutsche Offizier am Ort bei der standrechtlichen Erschießung Exzesse verhindern wollen, so hätte er entweder selbst an der Exekution teilnehmen oder aber genaue Anweisungen geben müssen. Hat Defregger das nicht getan und die Ausführung der Aktion gänzlich dem Zugführer der 1. Kompanie überlassen, so muß rechtlich nachgeprüft werden: Ist ihm, als die Aktion nicht mehr aufzuhalten war, gleichgültig gewesen, wie sein Untergebener den Befehl ausführt, und hat er es möglicherweise in Kauf genommen, daß die Männer von Filetto auf grausame Weise ums Leben kamen?

Eine solche innere Einstellung bewertet das Strafrecht als bedingten Vorsatz (Dolus eventualis): Mord oder Beihilfe zum Mord können mit bedingtem Vorsatz begangen werden und stehen unter derselben Strafandrohung wie eine mit direktem Vorsatz begangene grausame Tötung.

PARTEIEN

SPD

Kadijustiz

Ein paar linken Genossen gelang per Jurisdiktion, was einer linken Opposition stets versagt geblieben wäre: West-Berlins Sozialdemokraten, die sich im Angesicht der Mauer gern als verschworene Gemeinschaft von Freiheitskämpfern verstehen, sind kleinlaut geworden.

Die Führungsorgane der Berliner SPD, so konstatierte das Düsseldorfer „Handelsblatt", „sind praktisch außer Gefecht gesetzt" — durch insgesamt zehn Verfahren vor dem Berliner Landgericht, mit denen der Wilmersdorfer Genosse Rudolf („Rudi") Schmidt, 30, Vorstandsmitglied des Apo-Zentrums „Republikanischer Club", samt drei anderen SPD-Linken die „undemokratische Struktur der Partei" anprangern will.

Anlaß zur Klage bot den Rebellen der seit zehn Jahren unter Sozialdemokraten übliche Wahlmodus: das sogenannte „Blockwahlsystem" (SPIEGEL 21/1969). Es schreibt vor, daß die Genossen bei allen Parteiwahlen stets so viele der vorgeschlagenen Kandidaten en bloc zu wählen haben, wie Funktionen zu besetzen sind; kreuzt ein Mitglied mehr oder weniger Namen an, so ist sein Stimmzettel ungültig.

Nach diesem Wahlmodus sah sich auch Rudi Schmidt zur Urne gebeten, als seine 3. Wilmersdorfer SPD-Abteilung vor dem Parteitag 24 Genossen für die Kreisdelegiertenversammlung wählen sollte. Und weil dieses System Schmidt „zwang, auch Leute zu wählen, die überhaupt nicht mein Vertrauen hatten", focht er die Wahl zunächst beim Landesvorstand an. Als ihn die SPD-Führung mit Verfahrensfragen hinhielt, zog der Wilmersdorfer vor Gericht.


Schütz


Jaroschowitz

Berliner SPD-Führer
Im Freiheitskampf kleinlaut geworden

Erfolg: Am 12. Mai erklärte die 14. Zivilkammer die Wahl zur Kreisdelegiertenversammlung in der 3. Wilmersdorfer SPD-Abteilung per einstweiliger Verfügung für „ungültig".

Nach rechtsstaatlichem Brauch hätte Berlins SPD-Vorstand nun entweder die Delegiertenwahlen ohne Blockwahl wiederholen lassen oder aber den Parteitag bis zur Klärung der Rechtslage aussetzen müssen. Den Obergenossen jedoch erschien die eine wie die andere Möglichkeit unzumutbar.

Zwar protestierten die Jungsozialisten: „Einstweilige Verfügungen sind offenbar nur von gewöhnlichen Bürgern, Studenten und anderen asozialen Elementen zu beachten", und Berlins „Tagesspiegel" prophezeite, der Parteitag werde „sozusagen auf drei Beinen wackeln". Die Führung der Berliner Staatspartei aber hielt juristische Konsequenzen noch immer für ausgeschlossen und am Parteitagstermin fest.

SPD-Vize und Bürgermeister Kurt Neubauer: „Ich glaube einfach nicht, daß auch nur eine geringe Chance besteht, gegen diesen Wahlmodus eine Gerichtsentscheidung zu bekommen."

Doch bereits zwei Tage nach dem Parteitag, am 2. Juni, kam der nächste Gerichtsentscheid. Diesmal erklärte die 14. Zivilkammer auf Antrag der Schmidt-Riege die Parteitagswahl des Landesvorstandes und der Landesschiedskommission für null und nichtig. „Auf Androhung ... von Strafen zur Durchsetzung" dieses Beschlusses verzichteten die Landrichter — unter anderem in der Annahme, daß die SPD zweifelsohne „von sich aus gerichtliche Entscheidungen" respektieren werde.

Das aber war ein Irrtum: Der — laut Gericht — illegale Landesvorstand beantragte am 23. Juni bei der ebenfalls illegalen Schiedskommission ein Parteiordnungsverfahren gegen Rudi Schmidt wegen unerwünschter Ostkontakte. Schmidt hatte den DDR-Historiker Percy Stulz, Schwiegersohn des Ex-Außenministers Bolz, zu einem Referat vor Wilmersdorfer Jungsozialisten eingeladen und als „Genossen" begrüßt.

Doch abermals scheiterten die Parteioberen an der „inzwischen zu Ruf gelangten 14. Kammer des Landgerichts" (SPD-Organ „Berliner Stimme"). Mit einer weiteren einstweiligen Verfügung machte die Kammer das Ordnungsverfahren gegen Schmidt „unwirksam", weil nach der Verfügung vom 2. Juni weder der neugewählte Vorstand noch die neugewählte Schiedskommission tätig werden dürften.

Berlins SPD-Vorsteher, nunmehr fassungslos, verloren die Balance. Vor-



Freude am Leben. Das Leben leben. Erleben.
Fröhlichsein. Genießen… die Cigarette mit viel Geschmack:
MILDE SORTE. Die Cigarette mit dem vollen Tabakaroma. MILDE SORTE.
Die vollwürzige, die aromatische aber milde…
„im Rauch nikotinarme" Cigarette.

standsmitglied Dietrich Stobbe nannte den Kammerbeschluß eine „unmögliche Entscheidung“, die „fast 20 Jahre Berliner SPD-Politik für ungültig“ erkläre. Vorstandsmitglied Dr. Klaus Riebschläger bezichtigte das Zivilgericht öffentlich der „Kadijustiz“ und mutmaßte, den Repräsentanten der Partei drohe demnächst womöglich gar „Zwangsgeld bzw. Beugehaft“. Die SPD, so erläuterte Volljurist Riebschläger, habe die einstweiligen Verfügungen wie Schiedsrichterentscheidungen verstanden, die man zwar zur Kenntnis nehme, aber erst befolgen werde, wenn sie durch einen höchstinstanzlichen Entscheid unanfechtbar geworden seien.

Erst am Montag letzter Woche schickten sich die Genossen ins Unvermeidliche. SPD-Vorstandsmitglied Walter Jaroschowitz machte publik: Der Landesvorstand werde „bis zu einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung“, die das Berliner Kammergericht am 25. Juli fällen will, „in alter ... Besetzung“ amtieren.

Schließt sich das Kammergericht der Vorinstanz an, dann muß die Berliner SPD tun, was ihr, beizeiten getan, viel Verdruß erspart hätte. „Dann muß“, so ein Sprecher des Landesvorstandes, „in den umstrittenen Wahlkreisen neu gewählt werden, da wird uns gar nichts anderes übrigbleiben.“

Bis zum höchstrichterlichen Urteil haben sich die neuen alten Vorstandsherren noch allerlei vorgenommen. Erster Beschluß: „Sofortmaßnahmen ... gegen das Mitglied Rudolf Schmidt und weitere 15 Wilmersdorfer Mitglieder.“

PROZESSE

PORST

Im Vorfeld

Immer wenn ein verschlüsselter Funkspruch für Hannsheinz Porst aus Ost-Berlin ankam, läuteten in Nürnberg gerade die Kirchenglocken. Porst-Gehilfe Alfred Pilny verstand keinen Ton.

Und so unbedacht wie diese Ätherverbindung — im Geheimdienstjargon „A-3-Verkehr“ genannt — nimmt sich das ganze konspirative Unternehmen aus, das neun Wochen lang den 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs beschäftigte. Was die Beklagten in 15 Jahren dem Ost-Berliner Ministerium für Staatssicherheit (MfS) lieferten, hätte zur Not auch ein Zeitungsausschnittbüro herbeischaffen können.

Gleichwohl wurden die drei Angeklagten letzte Woche wegen „verräterischer Beziehungen“ zum DDR-Geheimdienst zu Gefängnisstrafen von 33 Monaten (Hannsheinz Porst), 27 Monaten (Alfred Pilny) und neun Monaten mit Bewährung (Peter Neumann) verurteilt. Der Spruch reflektiert ein unseliges Paragraphen-Postulat der politischen Strafgesetzgebung.

Denn die einschlägigen Vorschriften des Strafgesetzbuches sind nicht auf den Schaden ausgerichtet, der wirklich entstanden ist, sondern auf die „abstrakte Gefährdung“, also einen Tatbestand, der möglicherweise in ferner Zukunft hätte erfüllt werden können.

Während beim Landesverrat geprüft werden muß, ob der Angeklagte konkrete Staatsgeheimnisse verraten hat, ist das Gericht bei Delikten im Vorfeld der Spionage gehalten, in die Zukunft zu sehen. Es muß vorhersagen, was alles hätte passieren können, und es muß nachweisen, worauf die Tätigkeit des Beschuldigten letztlich gerichtet war.

Erschwert wird ein gerechtes Urteil im Fall Porst überdies durch den Umstand, daß die Strafbestimmung, die zur Tatzeit galt, vom Bundestag längst gestrichen und durch zwei neue (gültig seit dem 1. August 1968) ersetzt worden ist.

Nach der alten Vorschrift (Paragraph 100e) machte sich jeder straf-



Verurteilter **Porst**
Abweichung vom Normalfall

bar, der zu einer östlichen „Einrichtung“ Beziehungen unterhielt, „welche die Mitteilung von Staatsgeheimnissen ... zum Gegenstand“ hatten. Selbst internationale Begegnungen von Wissenschaftlern standen damals, wie das Bundesjustizministerium einräumt, „unter dem Damoklesschwert“ strafrechtlicher Ermittlungen.

Nach neuem Recht hingegen genügen nicht bloße Beziehungen zu einem östlichen Partner, der — wie das MfS — auf Geheimnisse aus ist: „Der Handelnde muß“, wie Porst-Verteidiger Professor Dr. Hermann Blei erläuterte, „seinerseits den Willen haben, eine auf Staatsgeheimnisse gerichtete Tätigkeit zu entfalten.“ Dafür aber, so Blei, habe die Beweisaufnahme keinerlei Anhaltspunkte erbracht. Weil im Zweifelsfall die mildere Vorschrift anzuwenden sei, müsse Porst freikommen.

Oberstaatsanwalt Norbert Oberle von der Bundesanwaltschaft deutete freilich das Rätsel, das der marxistische Millionär Porst aufgibt, gänzlich anders. Für ihn war erwiesen, daß Porst eine „klassische geheimdienst-

liche Tätigkeit" ausgeübt hat — die nach altem wie nach neuem Recht strafbar sei. Oberle: „Mit strafrechtlichen Sanktionen kann nicht abgewartet werden, bis die Spitzenquelle eines fremden Geheimdienstes etwa Mitglied der Bundesregierung geworden ist und alle ihm zugänglichen Geheimnisse preisgegeben hat."

Und auch Senatspräsident Carlhans Scharpenseel widersprach in seiner zweistündigen Urteilsbegründung. Die alten und die neuen Vorschriften enthielten keine „wesensverschiedenen Tatbestände". Beide Male solle die „Vorstufe auf dem Wege zur Beschaffung eines Staatsgeheimnisses" erfaßt werden.

Zwar gebe es, so räumte Scharpenseel ein, im Fall des SED-FDP-Mitglieds Porst „gewisse Abweichungen vom Normalfall der nachrichtendienstlichen Beziehungen". Doch der Präsident akzeptierte weder Porsts Behauptung, er habe lediglich gesamtdeutsche Gespräche führen wollen, noch die Argumente der Verteidiger, die ihren Mandanten als straflosen Einflußagenten präsentierten, der niemals auf Staatsgeheimnisse ausgewesen sei.

Freilich, bei der Beweiswürdigung blieb auch den Richtern nichts übrig, als Prophet zu sein. Fest stand: 15 Jahre lang hatte Porst keine Geheimnisse verraten, nach Beteuerungen der FDP-Prominenz war er nicht einmal darum bemüht gewesen. Ob er dereinst, wie das MfS es wünschte, Kabinettsprotokolle oder ähnlich vertrauliche Papiere besorgt hätte, steht dahin. Und dennoch mußte das Gericht, um Porst zu verurteilen, solche Zielsetzung unterstellen. Immerhin: Der intime Kontakt zur ostdeutschen Geheimdienst-Spitze hielt dafür.

Ein Rechtsmittel gegen das Urteil ist nicht mehr möglich. Doch abgeschlossen ist der Fall Porst damit keineswegs. Die Verteidiger erwägen eine Verfassungsbeschwerde, weil sie die Strafvorschrift und deren Anwendung für grundgesetzwidrig halten. Sie prüfen zudem, ob eine Verfassungsbeschwerde wegen Verletzung der Menschenwürde möglich ist.

Anlaß zu solcher Überlegung gab den Porst-Anwälten das Schlußplädoyer des Bundesanwalts Dr. Albin Kuhn. Dieser Ankläger hatte vor den Bundesrichtern ein Vokabular entfaltet, das seit 1945 in deutschen Gerichtssälen rar geworden ist und das von der „Süddeutschen Zeitung" unter „hektische Schmähtiraden" rubriziert wurde. Kuhn nannte Porst unter anderem einen „politischen Roßtäuscher", einen „Dunkelmann unserer Zeit", ein „rotes Kuckucksei".

In den nächsten Wochen wird der Nürnberger Photo-Millionär seine Strafe antreten müssen. Nachruf der „Frankfurter Rundschau": Porst „büßt nicht für Spionage, er ist für seine Dummheit bestraft worden".

Wofür auch immer: Er erhielt, a conto Spionage, zwei Jahre und neun Monate Freiheitsentzug — neun Monate mehr als etwa der Kieler Gestapochef Friedrich Schmidt-Schütte, für Beihilfe zum Mord in vier Fällen.

Wer kann in die Zukunft blicken?



Kaufen Sie Gegenwart. Immobilien in USA. Dann haben Sie die Zukunft gleich mit dabei.

Above. LTV Tower, Dallas, Tex.; below, Harbor House, Chicago, Ill.



Wenn Sie sich eine stetige, langfristig gleichbleibende Rendite aus Ihrer Anlage sichern wollen, gibt es keinen besseren Weg. Wenn Ihr Geld in erstklassigen amerikanischen Immobilien angelegt ist, haben Sie heute eine Sicherheit in der Hand, die morgen nur noch besser werden kann.

Der UNITED STATES INVESTMENT FUND, eine einzigartige Erscheinung in der Palette internationaler Fonds, konzentriert seine Anlagen in einem Portefeuille sorgfältig ausgesuchter gewerblicher Immobilien und Wohnanlagen in den großen Ballungszentren der USA.

Er wächst Monat für Monat um etwa 20 Millionen Dollar und nähert sich bereits der 300-Millionen-Dollar-Grenze.

Tausende von Anlegern in aller Welt haben die Chance, die der UNITED STATES INVESTMENT FUND ihnen bietet, wahrgenommen. Sie haben Anteil an dem ständigen Wachstum, der Liquidität und der maximalen Sicherheit erstklassiger Renditeobjekte, die ihnen Monat für Monat einen Ertrag von ein Prozent einbringen. Erstklassige Immobilien, wie der Fonds sie erwirbt, sind immun gegen Börsenschwankungen und gegen Inflationstendenzen. Ihr Einkommen wächst in dem gleichen Maße, wie Kosten und Preise steigen.

Kaufen Sie die Gegenwart. Die Zukunft ist einbegriffen. Der USIF eröffnet Ihnen diese Möglichkeit. Wenden Sie sich an Ihren nächsten GRAMCO-Finanzberater, an Ihre Bank oder Ihre Sparkasse. Oder schreiben Sie direkt an uns.

GESELLSCHAFT

SOLIDARISIERUNG

Mit Lustgewinn

Unter einem roten Mao-Poster lehnte Niedersachsens Justizminister Gustav Bosselmann (CDU) an der Theke des hannoverschen „Club Voltaire", ließ sich ein Glas „Gilde"-Bier einschenken und sagte dann, er sei gekommen, weil er wisse, daß hier „ein gutes Publikum" weile.

Das Publikum im verräucherten Clubraum stellten etwa 150 Antiautoritäre. Sie hatten jenen Elf-Tage-Feldzug gegen die hohen Straßenbahntarife ausgerufen, vor dem die Stadt, die Polizei und die hannoverschen Verkehrsbetriebe schließlich kapitulierten.

Zweieinhalb Stunden lang diskutierte Christdemokrat Bosselmann, 54, mit jenen Linken, die der Christdemokrat Heinz Müller, 49, im niedersächsischen Landtag gerade als „gelernte Revoluzzer" eingestuft hatte, deren Ziel es sei, „Unsauberkeit, Unmoral und Unordnung in dieses Land hineinzutragen".

Bosselmann dagegen („Es war eine erstaunlich sachliche Diskussion, und ich würde gern einmal wiederkommen") fand im Club Voltaire zu einem anderen Urteil und erklärte sich mit der These einverstanden, Politiker und Behörden müßten sich um „ein neues Demokratieverständnis" bemühen.

Verständnis des einen Christdemokraten und Unvermögen eines anderen, das Geschehen zu begreifen, illustrieren die Ratlosigkeit, die der Verbrüderungsakt zwischen Bürgern und Bürgerschrecks allenthalben hinterlassen hat.

Und wie Gustav Bosselmann in der Union, kollidierte Soziologie-Professor Peter von Oertzen mit seinen Sozialdemokraten, als er vor dem niedersächsischen Landtag Positives an der „politischen Bewegung" entdeckte, die eine Woche lang den bislang unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Opas und Apos aufhob.

Freilich: Bei den Empfindungen, die der erfolgreiche Boykott bei der Obrigkeit erweckt hat, dominiert Wochen nach jener schier unerklärlichen Solidarisierung die Angst, der Fall könne zum Modell werden.

In Bonn hielt CDU-Generalsekretär Bruno Heck die hannoversche Volksherrschaft für ein Beispiel, wie leicht „die Autorität der Demokratie an immer neuen Stellen zu zerstören und zu ... überspielen" sei.

Und die „Frankfurter Allgemeine" sorgte sich: „Was heute mit den Straßenbahntarifen geschieht, könnte morgen den Mieten, den Rundfunkgebühren, den Tarifen von Bahn und Post, den Preisen für Bier, Fleisch, Strom, Wasser, Benzin, Milch und Obst widerfahren." Daher: „Ein Präzedenzfall ist geschaffen worden, der jenen revolutionären Kräften beträchtlichen Auftrieb geben wird."

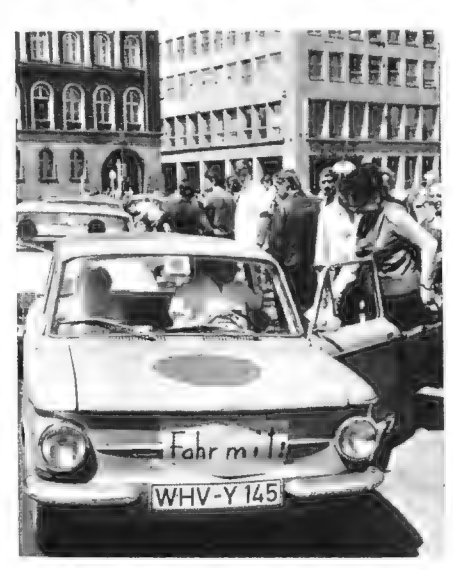


Roter-Punkt-Forscher **Vester**
„Elemente einer Kulturrevolution"

Ob die Volksfrontbewegung wirklich ein Musterfall war und wie sie zustande gekommen ist, erforschte nun eine Arbeitsgruppe von Soziologen der Technischen Universität und der Medizinischen Hochschule Hannover.

Vorab kamen die Wissenschaftler zu dem Schluß, daß der Tarifstreit von der Außerparlamentarischen Opposition weder „besonders organisiert" noch „bewußt geplant" gewesen ist. Dr. Michael Vester, 29, Assistent am TU-Seminar für Wissenschaft von der Politik: „Die Vorbereitungen der Apo beschränkten sich auf reine Meinungsbildung. Was dann geschah, hat sich ihr mehr oder minder aufgezwungen."

Es hatte ganz beiläufig begonnen: In dem nicht mehr als 25 Mitglieder zählenden „Marxismus-Arbeitskreis" des hannoverschen SDS war das Thema erst am 1. Juni — dem Tag der Tariferhöhung — auf die Tagesordnung gesetzt worden, nachdem die Stadtverwaltung eines ihrer Freizeitheime für eine öffentliche Diskussion nicht hergeben wollte.



Roter-Punkt-Aktion in Hannover
„Momente einer Volksgemeinschaft"

Die Genossen beschäftigten sich mit der Vorbereitung von Protestversammlungen, beratschlagten, was zu tun wäre, „wenn wir von der Polizei zerschlagen werden", und beschlossen, dann eben die Straßenbahn umsonst zu benutzen: „Schwarzfahren statt gehen kommt billig zu stehen."

Dieser Plan erwies sich schon am zweiten Protesttag als nebensächlich. Denn als die Polizei mit Knüppel und Tränengas anrückte, um 500 Demonstrierer von den Straßenbahngleisen am Steintor zu verjagen, wurde der Apo unversehens klar, „daß wir mehr werden würden" (Hannovers SDS-Chef Alfred Krovoza, 29).

Und so rekonstruierten es auch die TU-Soziologen: „Der Polizei gelang es nicht, die Passanten auf ihre Seite zu bringen." Schlimmer: Als die Polizisten die Zuschauer aufforderten, nach Hause zu gehen und damit zu zeigen, daß sie mit der Demonstration nichts zu schaffen haben wollten, reagierten die Bürger antiautoritär: Sie johlten.

Die „Stellvertretungsthese" linker Soziologen erwies sich als zutreffend: Arbeiter wie Hausfrauen, Rentner und Jugendliche erkannten ohne langes Nachdenken, daß für ihre Interessen demonstriert wurde. Und der Versuch der Staatsgewalt, „ein soziales Problem militärisch zu lösen", so die Arbeitsgruppe, ließ „eine antiobrigkeitliche Stimmung" aufkommen, die von Tag zu Tag populärer wurde.

SDS-Krovoza: „Dieses Maß der Solidarisierung hatten wir nicht eingeschätzt. Wir waren zwar agitatorisch die Spitze dieser Bewegung, aber organisiert hatten wir gar nichts. Es gab nicht einmal ein Komitee." Soziologe Vester dazu: „Der SDS war wortführend, er war der Formulierer, aber er dominierte nicht."

Niemand hatte etwa geplant, durch die Stadt zu ziehen, die blockierten Straßenbahnen abzukuppeln und mit Spezialgerät die Luft aus den Busreifen zu lassen. Vester: „Ganz sicher waren das kleine Gruppen von Facharbeitern, die sich aus freien Stücken zusammengetan hatten. Studenten waren es bestimmt nicht, die wissen nicht einmal, wie man im Audimax das Licht anknipst."

Das Erfolgserlebnis der demonstrierenden Menge war komplett, als die Polizei sich zurückzog, die Straßenbahnen in den Depots blieben, die Stadtverwaltung schließlich selber 50 000 „Rote Punkte" drucken ließ.

Die Rote-Punkte-Aktion wurde, so die Soziologengruppe, „Gemeineigentum" in Hannover. Es entstanden „neue Organisationsformen, neue kulturelle Muster, eine fröhliche Toleranz, die sich auf die ganze Stadt übertrug". Der SDS konstatierte ein „Musterbeispiel für die Fähigkeit der Massen, sich selbst zu organisieren".

Nichts galt mehr: Ohne Polizeiaufsicht fuhren die Hannoveraner auf ihren Straßen mit 90, wo es möglich, und mit 30, wenn es nötig war. Wie selbstverständlich überfuhren sie Leitlinien,

parkten „mit Lustgewinn“ (SDS) im Halteverbot, hielten auf den geheiligten Grünflächen der Verkehrskreisel, regelten selber den Verkehr.

Die Soziologen registrierten eine „unbekümmerte Inbesitznahme zuvor verbotener Zonen. Die Öde der City war aufgehoben, Hannover eine Kette von Dorfplätzen, die Leute betrachteten die Stadt wieder als ihre Stadt, sie waren nicht mehr isoliert, nicht mehr allein, und alle haben das empfunden“.

Mehr noch: Die Bürger entwickelten „neue Rituale, neue Sitten und neue Gebräuche“. Unsicher und deshalb überschwenglich wurden sie von Verhaltensweisen jenseits der gewohnten Gleichgültigkeit ergriffen. Es gab „übertriebene Höflichkeit“, Geschenke an Unbekannte, Verbrüderungen auf offener Straße.

Wissenschaftler Vester: „Die neuen Verhaltensmuster enthielten einerseits Momente einer Volksgemeinschaft, andererseits aber auch utopische Strukturen einer neuen Kommunikations- und Lebensweise, einer neuen solidarischen Kultur. Soziologisch: Elemente einer Kulturrevolution.“

Es war „ein enormes Lernmotiv“ für die Soziologen, die zeitweilig sogar „Vorformen von Rätestrukturen“ zu erkennen glaubten, die „Existenz einer vorpolitischen, noch unstrukturierten Jugendbewegung“ wahrnahmen und, alles in allem, eine überraschende „Aufnahmebereitschaft für eine neue Art des Sozialismus“ notierten, denn: „Kapitalistisch war das bestimmt nicht.“

Fazit der Forschergruppe: Das Ereignis von Hannover habe in der Bevölkerung die Ahnung einer „neuen Lebensqualität“ geweckt und zugleich den Politikern einen „nachhaltigen Schock“ versetzt.

Darüber, wie lange der Schock und das Bewußtsein einer neuen Lebensqualität die alltägliche Trägheit überdecken werden, gehen derweil die Meinungen der Soziologen auseinander. Für den Kölner Ordinarius Professor Erwin K. Scheuch zum Beispiel ist in Hannover lediglich ein „Solidaritätsgefühl in Notsituationen“ remobilisiert worden, Teil eines „Alternativsystems, das wir mit uns herumtragen, so, wie wenn der Strom ausfällt und man greift aufs Notaggregat zurück“ — fernab aller ideologischen Motivation.

„Wenn man den erfolgreichen Kampf um billigere Straßenbahntarife feiert“, sagt Scheuch, dann müsse man auch die ungewöhnliche Solidarität in den Bombennächten des Zweiten Weltkriegs preisen und „genausogut einen Hymnus auf die Hamburger während der Flutkatastrophe singen“. Und schließlich, so meint der einstige Harvard-Dozent, sei es auch anderswo nicht anders: „Jedes Jahr, wenn in den USA die Zeit der Wirbelstürme gekommen ist, beginnen die Leute ganz spontan, den Verkehr zu regeln, einander zu helfen.“

Danach „funktioniert wieder der gewöhnliche Alltag“.

OSTHANDEL

RUSSEN-ERDGAS

Schmal und hoch

Für die Bolschewisten“, so warnte einst Bayerns CSU-Wirtschaftsminister Dr. Otto Schedl, 56, „ist die Wirtschaft ein Mittel zur Verwirklichung einer alten Missionsvorstellung: Das Licht kommt aus dem Osten.“

Doch der ungestillte Drang des weißblauen Ministers, durch billige Energie Bayerns Industrialisierung voranzutreiben, überwog jetzt die Sorge vor den östlichen Sendboten: Schedl verhandelt mit den Sowjets über umfangreiche Erdgaslieferungen.

Zweimal flog der schnauzbärtige Oberpfälzer in den vergangenen Wochen nach Wien und setzte sich im Haus der sowjetischen Handelsmission mit roten Fachleuten an einen Tisch,



Bayrischer Minister **Schedl** (r.)*
Energie durch Taktik

den stellvertretenden Ministern für Außenhandel, Nikolai Ossipow, und für Gas-Wirtschaft, Alexej Sorokin.

Hinter verschlossenen Türen feilschte Schedl mit den beiden Russen um Bruchteile von Pfennigen. Sechs Zehntel Pfennig für 1000 sogenannte Wärmeeinheiten frei bayrischer Grenze hatte sich der weiß-blaue Minister als oberstes Limit gesetzt. Denn für nur einen Hundertstel Pfennig mehr — freilich zuzüglich Transportkosten — könnte der Bayer auch von den bislang auf dem deutschen Erdgas-Markt dominierenden Niederländern die Energie beziehen.

Um seinen Verhandlungspartnern das Geschäft schmackhaft zu machen, ließ Schedl durchblicken, Bayern werde sich in wenigen Jahren zum Großabnehmer für Erdgas entwickeln. Bereits 1975 würden rund drei Milliarden Kubikmeter Gas gebraucht. Überdies, so lockte er die Sowjets, könnten sie durch eine über Bayern führende Rohrleitung Anschluß an den westeuropäischen Markt gewinnen.

Was Schedl den Sowjets nicht sagte: Er spekuliert darauf, mit einem günstigen Russen-Kontrakt in der Tasche den Niederländern gleichfalls billigeres Erdgas abzuluchsen.

Derartige Finessen sind dem Energie-Strategen Schedl seit langem geläufig. Seit er 1957 vom Landrat und Landtagsabgeordneten der CSU zum Minister avancierte, hat er es stets verstanden, mit bayrischer Schlitzohrigkeit seine Ziele zu erreichen.

So gründete er zwei Jahre nach seinem Amtsantritt den eingetragenen Verein „Transalpin“ zum Studium der Probleme alpenüberquerender Rohrleitungen. Bei geselligen Zusammenkünften spielte er dann die leitenden Herren der Mineralöl-Industrie gegeneinander aus.

Noch heute freut sich der „lustiglistige Wirtschaftsplaner“ („Die Zeit“), daß ihn der Verein lediglich 98 Mark amtliche Gebühren kostete, aber überraschende Erfolge brachte: Bei Ingolstadt und Burghausen bauten die konkurrierenden Ölfirmen insgesamt sechs Raffinerie-Anlagen.

Das Rohöl ließ Schedl vor allem über zwei Pipelines von Genua und Triest über die Alpen pumpen, unberührt vom Wehgeschrei der Ruhrkohlenbosse, deren Steinkohlenlieferungen rapide zurückgingen. In der Ölschwemme sah er die einzige Möglichkeit, das energiearme Land Bayern dem übrigen Bundesgebiet gleichzustellen und neue Industrien anzulocken.

Die Kunst, Konkurrenten gegeneinander auszuspielen, offenbarte der studierte Philosoph und Kunsthistoriker Otto Schedl auch bei seinen jüngsten Verhandlungen mit den Russen: Zwischendurch empfing er in München den libyschen Ölminister Khalifa Musa und ließ sich auch von ihm eine Erdgas-Offerte unterbreiten. Seine Experten rechnen zur Zeit aus, wieviel es kostet, libysches Gas zu verflüssigen und mit Spezialtankern über das Mittelmeer zu schaffen.

Die Sowjets weiß der Energie-Diplomat dennoch fest an der Leine: Wie Schedl an billigem Erdgas, so ist Moskau an deutschen Großrohren für die Ausbeutung seiner gewaltigen sibirischen Öl- und Gasvorkommen interessiert. Statt in Mark wollen die Sowjets die Röhren mit Gas bezahlen.

Noch am Mittwoch vergangener Woche reisten Moskaus Unterhändler Ossipow und Sorokin nach Köln, um mit den westdeutschen Röhrenfabrikanten zu verhandeln. Tags darauf sahen sie in Bonn auch bei Schillers Staatssekretär von Dohnanyi herein, der im Mai bei einem Moskau-Besuch für Schedls Energie-Pläne geworben hatte.

Die nächste Erdgas-Verhandlungsrunde, noch in diesem Monat, erwartet Bayerns Wirtschaftsminister zuversichtlich. In Wien war ihm bereits der Konferenzsaal in der sowjetischen Handelsmission als günstiges Omen erschienen: „Er ist schmal“, erinnert sich Otto Schedl, „das werte ich als gutes Zeichen für den Preis. Und er ist hoch, das ist ein gutes Zeichen für die absetzbare Menge.“

* Mit Shell-Direktor Karl G. Lauer in Ingolstadt.


Ein Teppichboden, der Schritte dämpft – nicht nur beim heimlichen Stibitzen. Dem kein Spiel zu wild ist, denn seine Gutmütigkeit und Stärke vertragen einfach alles. Fußtritte von Kindern, Freunden, Verwandten und Vierbeinern. Die übersteht er glänzend. Denn der ENKALON ist besonders strapazierfähig. Besonders haltbar. Und einmalig pflegeleicht. Und über Ihre verrückte Party neulich – da lacht er nur – in über hundert Farben.
ENKALON®
...hat auch ein Herz für Kinderstreiche
Enkalon
Achten Sie darauf: Nicht alles Nylon ist ENKALON. ENKALON ist eine Qualitätsmarke der AKU. Und diese Marke finden Sie auf dem Teppichetikett immer in Verbindung mit dem Namen eines Teppichbodenherstellers. Das heißt: doppelte Sicherheit.
Das neue ENKALON-Wohnbrevier gibt Ihnen 100 Tips für schöneres Wohnen. Bitte diesen Coupon auf eine Postkarte kleben, freimachen und an die Informationsstelle ENKALON, 6 Frankfurt/Main 1, Postfach 1, einsenden.
Sie erhalten dann (kostenlos) unser Wohnbrevier.
Name:
Ort:
Tel.:
Straße:
Wie lange soll Ihr Teppichboden halten?
Gratis!
100 Tips für schöneres Wohnen

BUNDESLÄNDER

NEUGLIEDERUNG

Mal vom Tisch

Wir müssen der CDU so viel Federn aus dem Schwanz ziehen, bis sie keine mehr hat", drohte vor fünf Jahren der Karlsruher Oberstudienrat Robert Albiez auf einer Versammlung des Heimatbundes „Badenerland".

Vorletzte Woche mußten die Christdemokraten ein paar Federn lassen. Nach über zehnjährigem hinhaltendem Widerstand billigte die CDU im Bundestag eine Verfassungsänderung, die den Bürgern Badens einen Volksentscheid darüber zugesteht, ob sie hinter einer eigenen Grenze in einem separaten Staatsgebilde leben möchten oder ob es weiterhin das Bindestrich-Land Baden-Württemberg geben soll.

Mehr noch: Im Gefolge der Badener müssen die Bewohner der Regionen Rheinhessen, Koblenz/Trier und Montabaur (die zu Rheinland-Pfalz gehören) sowie Oldenburg und Schaumburg-Lippe (in Niedersachsen) über ihre Landeszugehörigkeit abstimmen.

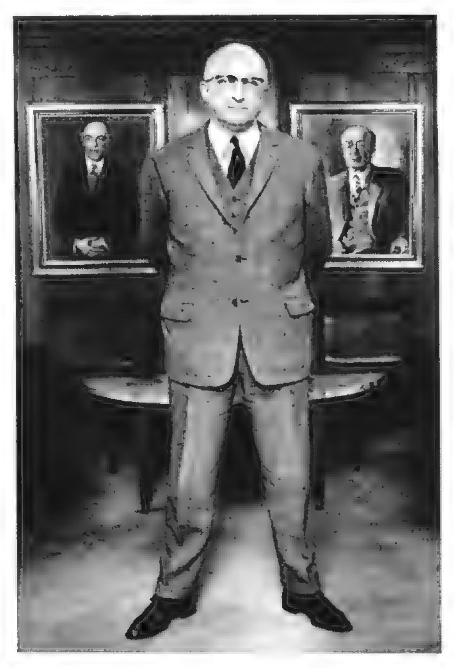
Mit dem Gesetzeswerk versuchte sich der fünfte deutsche Bundestag — einen Tag, bevor er auseinanderging — an einem Problem, das so alt ist wie die Republik: die Neugliederung der Bundesländer. Sie soll das leidige Finanzkraft-Gefälle zwischen den westdeutschen Gliedstaaten glätten und dem föderalistischen System, das in Westdeutschland nur mäßig funktioniert, zu einer solideren Basis verhelfen.

Denn: Jeder Hamburger zahlt nach der Statistik in diesem Jahr 322 Mark Entwicklungshilfe für ärmere Bundesländer. Wer Hesse ist, entrichtet im Zuge dieses „Länderfinanzausgleichs" 95 Mark. Die Bremer, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberger müssen in diesem Jahr pro Kopf zwischen 14 und 61 Mark an die Kassen der schwächeren Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Saarland abführen. So schröpfen die Habenichtse unter den Bundesländern, die von der Natur und einer ungünstigen Wirtschaftsstruktur benachteiligt sind, die reicheren 1969 um 2,1 Milliarden, im kommenden Jahr gar um 2,9 Milliarden Mark.

Das Gerangel um die Steuergroschen aber hätte längst vorbei sein sollen. Denn Artikel 29 der Verfassung verfügt seit zwei Jahrzehnten, die von den Alliierten nach dem Kriege willkürlich gezogenen Grenzen zu korrigieren. Bei Beachtung landsmannschaftlicher, geschichtlicher und kultureller Zusammenhänge soll das Bundesgebiet neu gegliedert werden — in Länder, die „nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können".

Die Prozedur: In Gebieten, deren Grenzen sich nach 1945 geändert hatten, sollte zunächst die Meinung der Bevölkerung per Volksbegehren eingeholt werden. Wenn dabei mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten eine Änderung der Landeszugehörigkeit verlangten, hätte die Bundesregierung ein Gesetz über eine neue Grenzregelung entwerfen und in den betreffenden Gebieten zu einem Volksentscheid stellen müssen.

Doch Bonn beließ es bei einem halben Schritt. In sechs Volksbegehren — drei in Rheinland-Pfalz, je eins in Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Baden — forderte 1956 mehr als ein Zehntel des wahlberechtigten Gebietsvolks eine Grenzänderung. Ein allgemeines Neugliederungsgesetz, das nun hätte folgen sollen, kam nicht mehr zustande.



Düsseldorfer Regierungschef **Kühn***
„Wir verspielen den Föderalismus"

Protestierend zog 1958 die auf die Rückgewinnung der Provinzen Rheinhessen und Montabaur reflektierende hessische Landesregierung nach Karlsruhe und beschwerte sich: Durch ihre Versäumnisse in der Neugliederungsfrage habe die christdemokratisch geführte Bundesregierung „das Selbstbestimmungsrecht des Volkes verfassungswidrig verkürzt". Das Bundesverfassungsgericht konstatierte nach zweieinhalb Jahren, daß „die Gebietsbevölkerung nunmehr im Rahmen des Neugliederungsverfahrens über ihre Landeszugehörigkeit gehört werden muß".

Protest artikulierten auch die Alt-Badener: „Das Konto der CDU ist in der badischen Frage überzogen, ihr Kredit ist gesperrt." Sie gründeten eine eigene Partei, und Stuttgarts damaliger Landesherr Kurt Georg Kiesinger mußte antreten, um die badischen Freiheitskämpfer zu besänftigen. „Lieber heute als morgen" versprach er ihnen einen Volksentscheid: „Wir werden keine Fisimatenten machen." Und jeweils pünktlich vor Wahlen lagen dem Bonner Parlament denn auch christdemokatische Gesetzentwürfe über eine Abstimmung in Baden vor.

Doch eine Mehrheit war für die verfassungsändernden Entwürfe der CDU im Bundestag nicht zu haben. Die Vorlagen verschwanden in den Ausschüssen, weil die Sozialdemokraten ihre Zustimmung zu einem Volksentscheid in Baden davon abhängig machten, daß dann auch die Bewohner der anderen Gebiete, in denen Volksbegehren erfolgreich gewesen waren, über ihre Landeszugehörigkeit abstimmen dürften.

Dieses Verfahren aber hätte letztlich das ganze Bundesgebiet zur Disposition gestellt — eine Konsequenz, die den Christdemokraten nicht behagen kann. Denn was immer bei einer Neuregelung herauskommen mag, stets wäre die SPD im Vorteil.

Bei einer Reduzierung auf fünf Länder etwa — ein Konzept, dem sowohl der ehemalige christdemokratische Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Franz Meyers, als auch der amtierende sozialdemokratische NRW-Premier Heinz Kühn anhängen und das den Zusammenschluß von Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland sowie Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zu neuen Großstaaten vorsieht — könnte die Christenunion nach den letzten Wahlergebnissen nur noch in Bayern und Baden-Württemberg allein oder mit FDP-Hilfe auf eine Landtagsmehrheit rechnen.

In einem neuen Land „Mittelrhein-Hessen", in einem großen Nordwest-Staat, aber auch in den kleineren Gebilden Hamburg/Schleswig-Holstein und Bremen/Niedersachsen könnten — gemessen an den letzten Landtagswahlen — immer nur die Sozialdemokraten zusammen mit der FDP eine Mehrheitsregierung bilden. Lediglich in Nordrhein-Westfalen hätte die CDU eine Chance, das Rennen mit der FDP zu machen.

Im Bundesrat würden sich die Verhältnisse nach dem Fünfer-Plan wahrscheinlich deutlich zugunsten der Sozialdemokraten verschieben. Die sozialdemokratisch geführten Staaten hätten dann 15 Sitze in der Länderkammer, die von CDU oder CSU regierten aber nur zehn. Gegenwärtig ist die Union (21 Sitze) der SPD (20) knapp voraus.

Doch nicht nur am Widerstand der Christdemokraten scheiterten bislang alle Neugliederungspläne. Auch die Ministerpräsidenten, gleich welcher Partei, sorgten sich zumeist weniger um das allgemeine Wohl des Staatenbundes als um den speziellen Vorteil des eigenen Bundeslandes.

Die Hessen etwa möchten, wenn sie schon mit dem ärmlichen Rheinland-Pfalz fusionieren, auf einige unterentwickelte Kreise im Norden des Winzerlandes verzichten, sich statt dessen aber gern ein paar nordbadische Industrieregionen einverleiben.

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Lemke würde, wenn überhaupt,

* Vor den Porträts der ehemaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold (links) und Fritz Steinhoff.

Ba 1/69

Brisk aktiv

Mit Fettfrei-Garantie

gibt Männerhaar unsichtbaren Halt

Flüssig

Das ist die erfrischendste Art, Männerhaar unsichtbaren Halt zu geben. Mit Alkohol.

DM 2,95

Oder als Gel

Das ist die natürlichste Art, Männerhaar unsichtbaren Halt zu geben. Mit Alkohol.

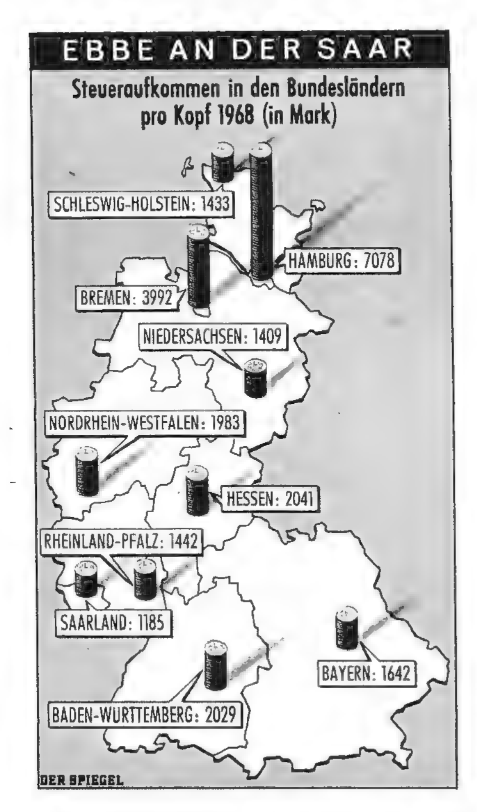
DM 1,95

Oder zum Sprühen

Das ist kein Haarspray... denn es wird ins unfrisierte Haar gesprüht. Dann einfach kämmen. Das ist die modernste Art, Männerhaar unsichtbaren Halt zu geben. Mit Alkohol.

DM 2,95





sein Land lieber mit Hamburg und einigen nordniedersächsischen Kreisen, Restniedersachsen aber mit Bremen vereinigt sehen.

Hamburgs Bürgermeister Weichmann will sich „einer Prüfung aller mit einem solchen Vorhaben verbundenen Pläne nicht verschließen", doch zunächst, wie Bremens Senatspräsident Koschnick, „für die Selbständigkeit der Hansestädte" plädieren.

Die Hanseaten, so scheint es, müssen um ihre Selbständigkeit so bald nicht besorgt sein. Nach dem neuen Gesetz sollen bis zum 30. Juni 1970 die Badener über ihren Verbleib unter dem Nachkriegs-Regime entscheiden, bis 31. März 1975 die Bewohner der anderen Gebiete, in denen ehedem mehr als zehn Prozent des Wahlvolks für eine Grenzkorrektur votierten.

Doch ob sich nach dem Badener Votum die neue Bundesregierung entschließen wird, ein Neugliederungskonzept zu offerieren, steht dahin. Beschränkt sie sich nach einem separatistischen Volksentscheid darauf, nur ums Badische einen neuen Zaun zu ziehen, so wäre die Verfassung erneut korrumpiert: durch ein weiteres, lebensschwaches Bundesländle.

Immerhin scheint unter westdeutschen Regierenden die Einsicht zu wachsen, daß letztlich der Bundesstaat zur Debatte steht. Helmut Kohl, Christdemokrat und Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, ist überzeugt, „daß der Föderalismus in Deutschland tot ist, wenn nicht bis zum Ende der siebziger Jahre die Länderneugliederung vollzogen ist". Und Heinz Kühn, Sozialdemokrat und Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, sieht es ähnlich: „Wenn wir uns davor drücken, verspielen wir den Föderalismus."

PROTESTANTEN

KIRCHENTAG

Lila Zeiten

Richard von Weizsäcker, 49, Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, war nicht zu Scherzen aufgelegt. Er schwieg pikiert, als ein Reporter fragte: „Haben Sie eigentlich die Nasa gebeten, den Mondflug zu verschieben?"

Denn wie immer sich der deutsche Protestantismus bei seinem 14. Kirchentag vom 16. bis 20. Juli in Stuttgart darbieten mag (Losung: „Hungern nach Gerechtigkeit") — er wird weit hinter dem Mond sein: Fünfeinhalb Stunden vor dem Kirchentags-Eröffnungsgottesdienst am 16. Juli startet das US-Raumschiff „Apollo 11".

Gleichwohl ist gewiß: Diese Kirchentags-Tage werden dem Präsidenten Weizsäcker und seinen Getreuen trotz des „Apollo"-Ablenkungsmanövers nicht langweilig werden. Mit brancheneigenem Gespür für Bruch erhöhte die Assekuranz schon vorsorglich die Prämien: Die Versicherung der Hallen kostet zehnmal soviel wie beim letzten Kirchentag.

„Spannung wie noch nie auf einem Kirchentag" prophezeite Münchens „Süddeutsche Zeitung" den schwäbischen Nachbarn. Und Weizsäcker weissagte: „Die Gegensätze werden sich diesmal wirklich begegnen; in Stuttgart wird es schwerer sein als in Hannover."

In Hannover, beim 13. Deutschen Evangelischen Kirchentag im Juni 1967, hatten sich protestantische Brüder schon vor dem Fest zerstritten. Weil drei als „modern" abgestempelte Theologen, der Hamburger Pastor



Kirchentags-Kritiker **„Kirchenmäuse"**
Für das Jungvolk ein Kirmesplatz

Heinz Zahrnt sowie die Professoren Willi Marxsen, Münster, und Ernst Käsemann, Tübingen, eingeladen waren, blieben die Anhänger der traditionalistischen Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium" erzürnt zu Hause.

Für den diesjährigen Kirchentag im pietistisch geprägten Württemberg besannen sich die „in enger Bibelfrömmigkeit zugeknöpften Konservativen" („Stuttgarter Nachrichten") auf eine andere Taktik:

Schon in den Vorbereitungsgremien suchten sie auf Programmgestaltung, Pressearbeit und Propaganda so gründlich Einfluß zu nehmen, daß der schwäbische Landes-Synodalpräsident Oskar Klumpp „Musterbeispiele falscher Selbstherrlichkeit, Intoleranz und einer unbarmherzigen Neigung zur Verketzerung des Andersdenkenden" entdeckte und sein Amt niederlegte.

Als die pietistischen Gruppen trotz „Verdächtigungen, Verdrehungen und Beschimpfungen, die nicht von Pappe waren" (Stuttgarts Kirchenfunk-Chef und Ex-Synodaler Hans Jürgen Schultz), nicht durchkamen, änderten sie erneut die Marschroute.

Um „die unüberbrückbaren Gegensätze" zwischen „schriftgebundener und schriftwidriger Verkündigung" sichtbar zu machen, setzten sie eine besondere Kirchentags-Arbeitsgruppe „Streit um Jesus" durch. Sie soll nun drei Tage lang in Stuttgarts größter Tagungshalle (8000 Plätze) zu einem gewaltigen Protestanten-Palaver um den rechten Glauben geraten.

Doch erst recht von links droht dem Kirchentag Ungemach. Im SDS-Jargon beschuldigten evangelische Studenten-Gemeinden die Kirchentags-Manager, daß in Stuttgart auch Kritisches gesagt und gar eine eigene Halle für „jugendliche Kritiker" bereitgestellt werden solle, sei nur ein „Feigenblatt repressiver Toleranz".

Selbst die Präsidiums-Idee, dem christlichen Jungvolk „eine Art Kirmesplatz mit mehreren Schaubuden", „ein Kaleidoskop der Vergnügungen" und eine Riesenleinwand für „Aktionen mit Farben, Pinsel und Phantasie" (so die offizielle Kirchentags-„Presseinformation Nr. 15") zu bieten, fand wenig Beifall.

Lieber wollen die Jungen ihre Phantasie nach eigenem Gusto nutzen — für eine oppositionelle Kirchentagszeitung, die nach dem Muster der letztjährlichen Katholikentags-Aktion als kritisches Blatt (Titel: „Pro Test") die Protestanten-Parade „sehr eng begleiten, testen und allen Beteiligten sehr genau auf die Finger sehen soll", wie die evangelischen Studenten entschlossen verheißen.

Andere Gruppen deuteten gleichfalls an, daß der Stuttgarter Kirchentag nicht bloß der Erbauung frommer Mütterchen dienen werde:

▷ Der Kölner Arbeitskreis „Taufe und Gemeinde" verlangt, ihn „zu einer Meinungsbörse über die Lage in den verschiedenen Kirchen" zu machen.

▷ Die „Evangelische Akademikerschaft" will, daß er „eine Eskalation der Gesprächsbereitschaft" bringt.

▷ Die Altpietisten fordern, daß das Treffen „unseren Zeitgenossen echte Lebenshilfe zu vermitteln vermag".

▷ Die „Michaels - Bruderschaft" wünscht, daß man „der Versuchung

widerstehe, ein Ersatzbundestag sein zu wollen".

Gerade dies, so scheint es, fällt zehn Wochen vor der Bundestagswahl schwer. Wiewohl das Kirchentags-Programmheft verspricht, man habe die Mitwirkenden „nicht nach ihrer Prominenz, sondern nach ihrer Kompetenz ausgesucht", werden vor der Arbeitsgruppe „Demokratie" (2700 Publikums-Plätze) proporzgerecht die Bundestagspolitiker Rainer Barzel (CDU), Helmut Schmidt (SPD) und Wolfgang Mischnik (FDP) auftreten.

Worte des NPD-Adolf von Thadden wurden ebenso ins Programmheft aufgenommen wie Darlegungen des CSU-Chefs Franz Josef Strauß, der Kiesinger-Ohrfeigerin Beate Klarsfeld, des Rechts-Publizisten Armin Mohler und des SDSlers Udo Knapp.

Kirchentags-Generalsekretär Dr. Hans Hermann Walz registrierte Publikums-Wandel: „Die Leute kommen heute als SPIEGEL-Leser und haben ein anderes Problembewußtsein als 1950." Und so treten auf: die Professoren Kogon und Mitscherlich, Es-Pe-De-Graß, Steuerzahlerbund-Präsident Muthesius, Fernsehschaffender Thilo Koch, Beamten-Funktionär Alfred Krause, Sportpräsident Daume, die Kultus-Beamtin Hildegard Hamm-Brücher, die SPIEGEL-Redakteure Leo Brawand und Gerhard Mauz — sowie sozialdemokratische Minister, die in Baden-Württemberg kandidieren und denen deshalb der Kirchentag vor dem Wahltag gelegen kommt: Horst Ehmke und Erhard Eppler.

Das protestantische Prestige-Unternehmen soll sich mit nahezu allem befassen: mit Hiob und dem Hunger, mit Bürokratismus und Marxismus, mit dem Reich Gottes und der öffentlichen Meinung, mit Sport, Feindesliebe, Ehepartnerschaft und dem Nahost-Konflikt. Und um das komplette Angebot augenfälliger zu machen, beteuerte Walz: „Es wird auch Gottesdienst und Seelsorge geboten" — letzteres in sechzig „Seelsorgeberater"-Wohnwagen.

Was dagegen die Kritiker bieten, steht noch dahin. Präsident Weizsäcker ist auf alles gefaßt: „Wir werden die Angst vor dem Debattieren, vor dem Austragen offener Konflikte verlieren müssen. Wer Angst hat vor ‚Störungen', ist in unserem Geschäft nicht zu gebrauchen." Doch die Polizei wollen die Protestanten „keinesfalls rufen lassen".

„Die Kirchenmäuse", ein vom Freiburger Pfarrer Martin Schneider betreutes Kabarett (SPIEGEL 51/1968), nehmen den Präsidenten beim Wort und gewöhnten die Kirchentags-Funktionäre schon am Sonntag vor dem Start der Veranstaltung an Kritik.

Bevor Werner Höfer seiner Runde zuprostet, huschen die „Kirchenmäuse" über den Fernsehschirm und kommentieren das Protestanten-Festival: „In Stuttgart sind die lila Zeiten angebrochen ... Und wenn heute dieser Jesus wiederkäme — was fingen wir mit ihm an?"

AFFÄREN

OTTO PHILIPP BRAUN

Teure Erde

Mit seinen Pauken und Trompeten reiste das Heeresmusikkorps 5 vom Standort Koblenz 245 Kilometer weit nach Kassel in die Karolinenstraße.

Aus Baden-Baden kam Brigadegeneral Hans Asmus, aus Bonn der Vortragende Legationsrat Dr. Klaus Leuteritz vom Auswärtigen Amt, aus La Paz, dem Regierungssitz des südamerikanischen Staates Bolivien, war Federico Nielsen-Reyes als Sonderbotschafter herbeigeeilt.

Und der Kasseler Standortoffizier, Korvettenkapitän Christel Ebert, verlas einen „Sonderstandortbefehl" über „Umfang und Zeitfolge des Zeremoniells", zu dem die Heeresmusiker am letzten Mittwoch das „Volksgebet von Bürke" (Tempo-Anweisung: „Sehr feierlich") und Händels Largo bliesen.



Grab-Zeremoniell in Kassel*
Großer Anzug für Krumen

Eine Ehrenwache aus sechs Offizieren der Bundeswehr und ein Ehrenzug, 31 Mann stark, war aufgezogen. Unter Trommelbegleitung ging es — Montur: großer Dienstanzug — von der Karolinenstraße auf den Kasseler Hauptfriedhof.

Dort hatte tags zuvor General Asmus, Chef der 1. Luftwaffendivision, ungewohnte Handarbeit verrichtet und mit einer Gartenschaufel ein paar Handvoll Friedhofserde in ein Tongefäß (Preis: 200 Mark) gefüllt.

24 Stunden später wandelten sich Erde samt Tontopf unversehens zu einem Stück Geschichte: Die Krumen wurden mit militärischem Glanz zu sterblichen Überresten erklärt — zu „Resten" des in Kassel 1798 geborenen und dort vor hundert Jahren gestorbenen Otto Philipp Braun, der es zwischendurch zum bolivianischen Großmarschall gebracht und an der Seite des südamerikanischen Volkshelden Simón Bolívar siegreich gegen die spanischen Kolonialherren gefochten hatte.

Dem Sonderbotschafter Nielsen-Reyes war der Staatsakt nicht neu. Vor 30 Jahren hatte er als Legationssekretär seiner Berliner Gesandtschaft schon einmal ein „Braun-Festival" (so Beamte der Kasseler Stadtverwaltung) mitgemacht — nur wurde damals „ein dreifaches Sieg Heil auf Deutschland und seinen großen Führer Adolf Hitler" ausgebracht, und die Ehrenwache stellte die SA.

Letzten Mittwoch zitierte Boliviens Bonner Botschafter Gustavo Schacón am Braun-Grab „Einigkeit und Recht und Freiheit". Als Symbol für solche Werte möchte das bolivianische Militärregime den teuren Toten künftig gern zu Hause haben, und die Regierenden in Bonn fanden, daß — so AA-Legationsrat Leuteritz — „mit dieser Geste ein Goodwill erreicht" werden könnte. Leuteritz: „Das zahlt sich aus, das kann man in Geld gar nicht ausdrücken."

Die Kasseler Stadtväter allerdings empfanden ob der sonderbaren Ausgrabung „Beklemmung", wie Pressesprecher Hans Pippert formulierte, und Oberbürgermeister Dr. Karl Branner (SPD) distanzierte sich: „In welchem Stil das Verteidigungsministerium das macht, ist nicht unsere Sache."

Der Stil stand in keiner Dienstanweisung. Standortoffizier Ebert, der die Heldenfeier ein ganzes Jahr lang vorbereitet hatte: „Es gibt bei uns noch keine Vorschrift, wie man die Reste rausholt. Wir haben einfach eine zurückgespulte Beerdigung gemacht."

So betete Pfarrer August Kraft: „O Gott, in Gnaden steh' mir bei." General Asmus salutierte, nahm den nagelneuen Tontopf mit frischer Erdkrume entgegen, übergab ihn dem Urnenträger Oberleutnant Stegmann, und auf ging's zurück zur Friedhofspforte. Standortbefehl: „Musikkorps und Ehrenzug machen rechtsum und präsentieren, Blickwendung. Urnenträger und Brigadegeneral Asmus gehen mit Urne und Ehrenzug und Musikkorps vorbei und besteigen wartenden Pkw. Abfahrt."

Die Urne auf dem Schoß und nicht im Kofferraum, wo sein Fahrer sie verstauen wollte, fuhr Asmus in seinem Dienst-Opel sodann heim ins Stabsquartier.

Am 24. Juli wird er mit einem Lufthansa-Jet nach La Paz fliegen (1.-Klasse-Preis für Hin- und Rückflug: 6456 Mark) und die Kasseler Erde dem bolivianischen Staatspräsidenten Dr. Luis Adolfo Siles Salinas in die Hand drücken.

Oberstleutnant Heinrich Lübbert vom Bonner Verteidigungsministerium auf die Frage, was die Erdbewegung alles in allem gekostet habe: „Ich halte das durchaus für vertretbar, selbst wenn es in die Zehntausende ginge."

* Hinter der Urne (v. l.): Brigadegeneral Asmus, Boliviens Bonn-Botschafter Gustavo Schacón, Sonderbotschafter Reyes.



Ich doch auch:

Bitte ein Bit!

Bitburger

„Mit dem Latein am Ende"

SPIEGEL-Serie über Krise und Zukunft der deutschen Hochschulen (Mediziner I)

3. Fortsetzung

Deutschlands Medizin ist krank", hieß es in alarmgelber Schrift auf dem Titelblatt.

Der Befund war das Fazit einer SPIEGEL-Titelgeschichte, in der unter anderem diagnostiziert wurde,

▷ daß der einstige Weltruhm deutscher Heilkunst verblaßt sei — sie habe es versäumt, sich der „Entwicklung der Medizin der letzten Jahrzehnte anzupassen" (so damals der Präsident der Bayerischen Landesärztekammer, Hans-Joachim Sewering);

▷ daß der Standard ärztlichen Könnens in der Bundesrepublik im Sinken begriffen sei — die Bevölkerung werde nunmehr „schlechter versorgt als vor 80 Jahren" (so der Wiener Kliniker Professor Ernst Lauda);

▷ daß die Ursachen dafür in einem unzulänglichen, längst reformbedürftigen Ausbildungssystem zu sehen seien: Es fehle eine sinnvolle Studienordnung, den Studenten werde zwar eine fast chaotische Fülle theoretischen Wissens, aber „nicht annähernd das notwendige praktische Können vermittelt" (Sewering);

▷ daß wissenschaftliche Neuerungen in der deutschen Mediziner-Ausbildung vielfach zu kurz kämen;

▷ daß medizinische Examina in Deutschland keine objektive Leistungskontrolle darstellten;

▷ daß die streng hierarchische Ordnung deutscher Medizin-Fakultäten, das Korps der Lehrstuhlinhaber an der Spitze, jeden Versuch zur Reform nachhaltig blockiere.

Die SPIEGEL-Titelgeschichte über die Mängel deutscher Medizin-Ausbildung erschien im August 1962. Aber in den sieben Jahren seither ist so gut wie nichts geschehen, den Mißständen abzuhelfen. Im Katalog der Mängel des ärztlichen Ausbildungssystems hat jede Position ihre Gültigkeit bewahrt.

„Vielleicht ist eine Revolution nötig" — so mutmaßte schon vor zehn Jahren der Heidelberger Mediziner Professor Hans Schaefer. Aber die Revolte der Studenten, die in den letzten beiden Jahren die Hochschulen der Bundesrepublik erschütterte, ergriff die Jung-Mediziner zuletzt.

Erst im vorigen Jahr protestierten die Medizinalassistenten erstmals gegen unzulängliche Ausbildung und schlechte Arbeitsbedingungen, vereinigten sich an vielen Universitäten rebellische Medizinstudenten zu linken „Basisgruppen".

Und später auch als in anderen Fachbereichen bemerkten die Gegenspieler der Studenten — die Großmeister des ärztlichen Establishments — die Zeichen des akademischen Aufruhrs: „Zutiefst erschüttert" fühlte sich, noch auf dem Deutschen Ärztetag in Wiesbaden 1968, Professor Ernst Fromm, Präsident der Bundesärztekammer, als ihm ein Student entgegenhielt, es sei „ja nichts geschehen", ehe die Revolte ausbrach — „tagtäglich", so beteuerte Fromm, werde an der „Fortentwicklung und Anpassung unserer Ordnungen" gearbeitet.

Freilich, alle bisherigen Hilfsmaßnahmen — Zulassungsschranken (Numerus clausus) und Institutsneubauten, Stipendien und Hochschulneugründungen — haben die chronischen Mängel der Mediziner-Ausbildung bis heute nicht beheben können:

▷ Das Zulassungsverfahren garantiert weder eine gerechte noch eine qualifizierte Auswahl der Studienbewerber.

▷ Noch immer sehen sich die Studenten im ersten Studienabschnitt (Vorklinikum) einer planlosen Anhäufung von Wissensstoff gegenüber, der nach Ansicht kompetenter Gutachter für die ärztliche Ausbildung weithin überflüssig erscheint.

▷ Noch immer konfrontiert der zweite (klinische) Teil des Medizinstudiums die Lernenden mit einer Vielzahl theoretischer Unterrichtsfächer; die praktische Ausbildung kommt dagegen zu kurz — während der gesamten sechsjährigen Studienzeit haben die Jung-Mediziner



Gesprengte Mediziner-Klausur in Hamburg*: „Vielleicht ist eine Revolution nötig"

* Am 2. Juli dieses Jahres.

nur fünf Monate Gelegenheit, am Krankenbett Erfahrungen zu sammeln.

▷ Noch immer zwingt eine verstaubte Bestallungsordnung die Arzt-Kandidaten, am Ende des Studiums ein Marathon-Staatsexamen abzulegen — in insgesamt 18 Prüfungsfächern werden die Kandidaten mündlich geprüft; schriftliche Leistungskontrolle gibt es nicht.

▷ Noch immer zeigen die examinierten Jungärzte bei ihrer ersten Begegnung mit der Praxis (während der zweijährigen Pflichtzeit als Medizinalassistenten) oftmals Züge einer „beschämenden Hilflosigkeit", wie ein angesehener Kliniker formulierte — dennoch fehlt für die Anleitung der Medizinalassistenten bis heute ein sinnvolles Ausbildungssystem.

▷ Und immer noch gebieten schier allmächtige Ordinarien, Institutsleiter und Klinikdirektoren, über Studenten, Doktoranden, Assistenten und sogar Oberärzte — „vom feudalen System mit den leibeigenen Knechten", so bekannte ein ausländischer Mediziner, habe er „keine richtige Vorstellung gehabt", bis er „die Organisation der Schulmedizin in Deutschland kennenlernte".

Weit früher und nachdrücklicher als ihre Kollegen aus anderen Fachbereichen sind die Hochschul-Mediziner mit Kritik und Warnungen traktiert worden. Und für kaum einen Universitätssektor wurden in den letzten Jahren so viele und detaillierte Reform-Modelle ausgearbeitet wie für die medizinische Hochschulausbildung — doch in keinem anderen Hochschulbereich geschah so wenig, sträubten sich die konservativen Lehrstuhl-Inhaber, Klinik-Chefs und Standesvertreter so hartnäckig gegen jede Neuerung.

Seit Anfang der sechziger Jahre hat der Deutsche Wissenschaftsrat* ein halbes Dutzend Studien und Analysen vorgelegt, in denen Reformvorschläge für die krankende deutsche Medizin entfaltet werden; ein Resümee der Untersuchungen („Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und zum Ausbau der medizinischen Forschungs- und Ausbildungsstätten") liegt seit März 1968 vor.

Und auch die „Deutsche Forschungsgemeinschaft" — eine unabhängige Körperschaft, der Repräsentanten der deutschen Wissenschaft angehören — hat in ihrer „Denkschrift zur Lage der medizinischen Forschung in Deutschland" die Dringlichkeit von Reformen nachgewiesen und Neuerungspläne ausführlich dargelegt.

Weithin übereinstimmend forderten Wissenschaftsrat und Forschungsgemeinschaft eine gründliche Neuordnung des Medizinstudiums und bessere Organisationsformen für Ausbildungs- und Forschungsstätten:

▷ Institute und Kliniken, bislang Herrschaftsbereich souveräner Ordinarien, sollen zu sogenannten Departments zusammengelegt werden — zu Groß-Instituten, die von Abteilungsleitern kollegial verwaltet werden.

▷ Das Medizinstudium soll gestrafft und — nach angelsächsischem und skandinavischem Vorbild — mehr als bisher Unterricht am Krankenbett werden; für Jung-Mediziner, die den Arztberuf anstreben, und für jene, die eine wissenschaftliche Laufbahn anstreben, sollte nach Ansicht der Reformer jeweils ein besonderer Studienweg geschaffen werden.

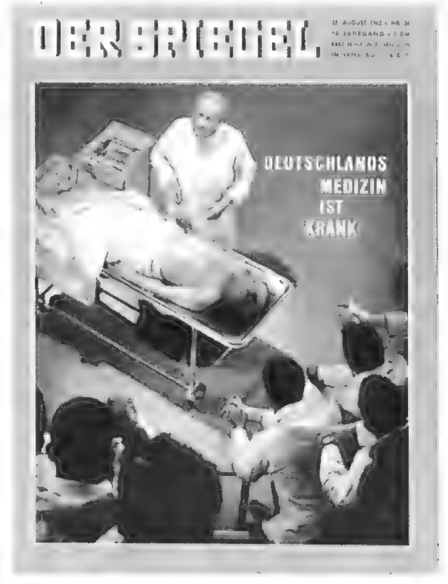
Derlei eher gemessene Reformpläne stießen auf erbitterte Ablehnung bei Hochschulmedizinern und ärztlichen Standesvertretern. Angesichts der vorgeschlagenen Aufteilung des Medizinstudiums in ärztliche Berufsausbildung und Ausbildung zum medizinischen Wissenschaftler beschwor der Deutsche Ärztetag die vermeintlich bedrohte „Einheit der Medizin": „Mit allen Fasern unseres beruflichen Seins", so ereiferte sich Ärztetag-Präsident Fromm, wehrten sich die Mediziner „gegen Versuche, den ärztlichen Berufsstand aufzusplittern".

Ähnlich pathetisch wandten sich viele Lehrstuhl-Inhaber gegen den Vorschlag der Reformer, die medizinischen Fakultäten aufzulösen und in Fachbereiche oder Departments aufzuteilen. Die Professoren, deren Machtfülle und auch Einkünfte durch eine solche Neuordnung geschmälert würden, erklärten die Pläne für „wirklichkeitsfremd und gefährlich" — sie würden „zu einem schweren Rückschlag für die deutsche Medizin führen" (so im Januar ein „Memorandum von fünf Medizinischen Fakultäten" in Nordrhein-Westfalen).

Aber auch die Studenten — zumindest die linksradikalen Gruppen — verweigern den Reform-Vorschlägen,



Mediziner-Hörsaal (in München)
„Übersicht eines Feldherrn"



SPIEGEL-Titel 34/1962
„Geduld eines Fakirs"

wie sie Wissenschaftsrat und Forschungsgemeinschaft ausgearbeitet haben, ihre Unterstützung. Sie sehen in den Plänen „systemimmanente" und „technokratische" Versuche, eine Studienordnung notdürftig zu restaurieren, die nach Ansicht der Linksradikalen keine Reparatur verdient.

Die „Heilung akuter Symptome des Kranken" — so umreißen die Uni-Ideologen ihr Bild von einer neuen Medizin — „muß kombiniert sein mit aktiver politischer Arbeit". Es müsse künftig Aufgabe des Mediziners sein, die „krankmachenden Faktoren der Gesellschaft" zu bekämpfen, nicht die Ausbildung qualifizierter Fachleute, wie sie von den technokratischen Reformern gefordert wird, dürfe Ziel des Medizinstudiums sein — vielmehr müsse „im Studium revolutionäre Berufspraxis" vorbereitet werden (siehe Kasten Seite 53).

Erschreckt über die aggressiven Forderungen der radikalen Jung-Mediziner und verdrossen über den Starrsinn der Ordinarien und Ärzte-Funktionäre, zeigen sich seit kurzem die Politiker in Bund und Ländern bereit, wenigstens ein Minimal-Programm an Reformen durchzusetzen: Die in allen Bundesländern vorbereiteten neuen Hochschulgesetze sollen auch die medizinischen Fakultäten zu neuen Organisationsformen nötigen — vornehmlich verwaltungstechnische Reformen freilich, die auf Inhalt und Intensität der Mediziner-Ausbildung kaum Einfluß hätten.

Angesichts dieser drohenden Zwangsreformen bequemten sich die Fakultäten zögernd zu ersten Zugeständnissen: Der Westdeutsche Medizinische Fakultätentag stimmte der — vom Bundesgesundheitsministerium erarbeiteten — Neufassung der sogenannten Approbationsordnung zu, die für alle westdeutschen Universitäten Ausbildungsgang und Prüfungsverfahren beim Medizinstudium festlegt;

* Wissenschaftsrat: Gremium aus Wissenschaftlern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens; entwickelt Pläne zur Förderung und Koordination wissenschaftlicher Aufgaben.

die neue Approbationsordnung soll, wenn der Bundesrat sie rechtzeitig verabschiedet, 1970 in Kraft treten.

Aber in den — durchweg geheimen — Sitzungen des Beratungsgremiums wurde auch dieses Reformvorhaben schon wieder in den bedeutsamsten Punkten entwertet. In dem Entwurf, der letzte Woche dem Bundesrat zugeleitet wurde, blieben im wesentlichen die Verkürzung des Medizinstudiums von bisher siebeneinhalb auf sechs Jahre sowie eine allgemeine Verschärfung der Prüfungsanforderungen übrig — entfallen sind diejenigen Vorschläge, die einen solchen Studienplan erst praktikabel gemacht hätten: Intensivierung des verkürzten Studiums etwa durch Ausbildung in kleinen Gruppen und am Krankenbett, Abschaffung der Pflichtvorlesung, Reduzierung des bisher als Ballast mitgeschleppten Lehrstoffs.

Ungewiß bleibt freilich auch, wer die Milliarden-Mehrkosten würde aufzubringen haben, wenn diese Intensivierung der Mediziner-Ausbildung — mehr Hörsäle und Kliniken, mehr Laborplätze und Hochschullehrer wären nötig — doch noch verwirklicht werden sollte.

Sicher scheint bislang nur, daß allein durchgreifende Reformen die deutsche Schulmedizin sanieren können. Längst hat sich gezeigt, daß mittels hilfloser Notmaßnahmen den Mißständen in der Medizinerausbildung kaum mehr abzuhelfen ist. Daß „in Deutschland das Medizinstudium nichts taugt“, so formulierte der Münchner Ordinarius Klaus Betke, sei nun „auch schon für den Laien eine ausgemachte Sache“.

Wie die medizinischen Fakultäten seit Jahren versuchen, den längst anachronistischen Studienbetrieb zu konservieren, läßt sich beispielhaft schon am Zulassungsverfahren aufzeigen, das an allen deutschen Hochschulen dem Medizinstudium vorangeht.

Zwar, den Numerus clausus für Medizinstudenten gibt es an den Universitäten fast aller Kulturnationen. Doch


Zulassungs-Computer in Hamburg
Note in Religion maßgebend

während etwa in den USA die Studienbewerber mittels qualifizierter Testverfahren auf die Eignung zum Arztberuf geprüft werden, bedienen sich Westdeutschlands Hochschulen ebenso umstrittener wie rigoroser Auslese-Methoden.

Nur jeder dritte Bewerber hat gegenwärtig Aussicht, zum Medizinstudium zugelassen zu werden. Im Sommersemester 1969 wurden 65 Prozent aller Zulassungsanträge für Humanmedizin und 80 Prozent aller Bewerbungen für das Studium der Zahnmedizin abgelehnt — von insgesamt 7591 Anträgen wurden nur 2293 genehmigt.

Bis 1966 konnte jede Universität den Zulassungsmodus nach Hausbrauch regeln — die Uni Münster veranstaltete beispielsweise eine Art Lotterie, bei der die Bewerber ausgelost wurden.

Erst 1966 beschloß der Westdeutsche Medizinische Fakultätentag, die „bunte Mannigfaltigkeit der Verfahren“ (so der Tübinger Physiologe Professor Karl Brecht) durch ein einheitliches System zu ersetzen: Die versammelten Fakultäten-Vertreter einigten sich damals auf das sogenannte Tübinger Modell — ein Auslese-Verfahren, dem die Abitur-Zensuren zur Grundlage dienen.

Nach dieser Methode wurden die Matura-Noten zu zwei „Zulassungszahlen“ addiert:

- Die Zulassungszahl I errechnet sich aus den Zensuren in vier sogenannten Kernfächern — Deutsch, Mathematik, Latein und Griechisch bei Absolventen altsprachlicher Gymnasien; bei Abiturienten neusprachlicher und naturwissenschaftlicher Oberschulen gilt Englisch, Französisch oder Physik als viertes Kernfach.
- Die Zulassungszahl II summiert sich aus den Noten für Physik, Biologie und Chemie; diese zweite Zulassungszahl soll dann bei der Entscheidung berücksichtigt werden, wenn gleichzeitig mehrere Bewerber die gleiche Zulassungszahl I erreichen.

Kritikern gilt dieses Zulassungsmodell nicht nur darum als suspekt, weil es auf „Kernfächern“ beruht, die zur medizinischen Wissenschaft kaum eine einleuchtende Beziehung haben: Es gehe, so höhnte ein Hamburger Medizinstudent, von dem „uralten Ideal aus, daß ein Mediziner nun mal Humanist sein muß und die Bratsche zu spielen hat“.

Überdies lehnen vor allem viele Studenten das Tübinger Auslese-Verfahren grundsätzlich deshalb ab, weil sie das Abitur als Zulassungskriterium für untauglich halten. Zwischen Nord- und Süddeutschland bestehe ein deutliches Niveau-Gefälle der Abiturnoten — so würden etwa die strenger zensierten Bewerber aus Bremen den Münchner Konkurrenten gegenüber benachteiligt.

Die regional bedingte Benachteiligung der norddeutschen Bewerber ziehe zudem soziale Ungerechtigkeit nach sich: Wohlhabende Eltern, vor allem viele Ärzte, lassen ihre Kinder in teuren Internatsschulen das Abitur machen — dort fallen die Matura-Zensuren erfahrungsgemäß überdurchschnittlich gut aus.


Zulassungs-Kritiker **von Kügelgen**
Wartezeit bis zu drei Jahren

Schließlich bemängeln die Kritiker des Tübinger Modells, daß die Abitur-Noten nur wenig über die Qualifikation zum Mediziner aussagten. Eine Untersuchung des Kieler Medizin-Professors Alkmar von Kügelgen bestätigt diesen Vorwurf: Von 71 Absolventen der ärztlichen Vorprüfung (Physikum), die das Examen mit der Note „eins“ bestanden, wäre nur die Hälfte zum Studium zugelassen worden, wenn die Abi-Durchschnittsquote 3,2 als Zulassungsgrenze gegolten hätte; an vielen Hochschulen aber liege die Grenze, so Kügelgen, beim Mittelwert 2,6.

Im übrigen haben die meisten Universitäten das Tübinger Auslese-System nur im Grundsatz übernommen

„KOMPLEX ROTE HILFE“

Aus einem SDS-Programm für sozialistische Mediziner

Die linken Mediziner haben die Aufgabe, den dialektischen Zusammenhang zwischen ihrer politischen Theorie und ihrer Berufspraxis zu erhalten, indem sie sich eine politische Praxis ermöglichen, die in der Entwicklung einer Revolutionären Medizin und der Praktizierung einer Medizin für Revolutionäre besteht.

Zu den spezifischen Aufgaben der linken Mediziner gehören konkret:

Projektgruppe Blaukreuz (in Zusammenarbeit mit Pflegern, Schwestern, Lehrlingen, Medizinstudenten): Pflegeeinheiten für Notfälle, Ambulanzen für Straßenkämpfe, OP-Räume für die kleine Chirurgie, Überwachung der ärztlichen Versorgung verletzter Genossen in öffentlichen Krankenhäusern, Ausbildung von Genossen in Erster Hilfe, Entwicklung von Schutzmaßnahmen gegen Tränengas, Einrichtung einer Apotheke (für Eigenbedarf und Dritte Welt).

Projektgruppe Psyche (in Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern, Soziologen, Psychologen): Psychotherapeutische Beratung, Vermittlung von Psychotherapie, finanzielle Beihilfe zur Psychotherapie, Aufbau von psychiatrischen Rehabilitierungskommunen (die zugleich der wissenschaftlichen Arbeit dienen).

Projektgruppe Sex: Aufklärung von Lehrlingen über Konzeptionsverhütung, Pillenvertrieb, psychologische Beratung bei Störungen der „Liebesfähigkeit“, Diskussion der freiwilligen Sterilisation, Kampagne zur Legalisierung der Abtreibung.

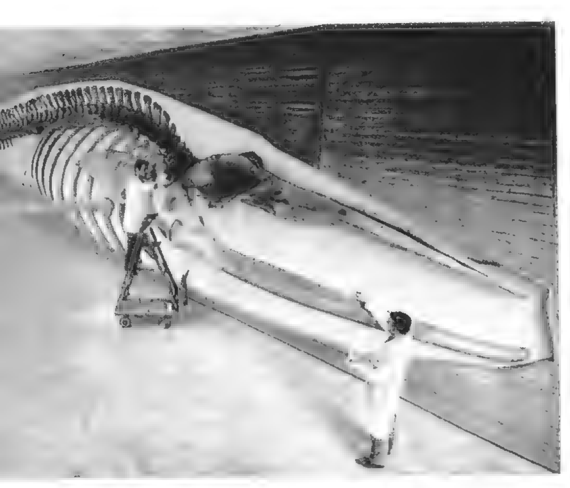
Projektgruppe Sucht (in Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern, Soziologen, Pharmazeuten): Aufklärung über die gesellschaftliche Funktion des Alkoholkonsums, Kampagne zur Legalisierung des Haschisch, Rehabilitierung Entwöhnter.

Projektgruppe Pharmazeutische Industrie (in Zusammenarbeit mit Pharmazeuten, Lehrlingen, Chemikern, Volkswirtschaftlern): Analyse und Bekämpfung ihres Einflusses auf Lehre und Forschung und auf die Versorgung der Patienten, Experimente an Menschen, ihr Beitrag zur Stabilisierung des Kapitalismus, ihre Rolle im Dritten Reich, Grundlagenforschung für C-Waffen, Psychopharmakaproblem (chem. Manipulation).

Projektgruppe Krankenhaus: Kritik des bestehenden Krankenhauses, Diskussion von Reformmodellen (sog. klassenloses Krankenhaus), Projektierung revolutionärer Modelle, Organisation von Ärztekommunen und Gruppenpraxen als institutionellen Vorläufern des Roten Krankenhauses.

Projektgruppe Sozialmedizin: Medizinische Sinnlosigkeit und politischer Zweck unserer sozialmedizinischen Einrichtungen, Heilstätten, Krankheitsbegriff, Arbeitsmedizin, Präventivmedizin, schichtenspezifische Erkrankungen, Lebenserwartung ...

Die effektivste Organisationsform der einzelnen Arbeitsgruppen ist die projektorientierte, aber heterogen zusammengesetzte Wohngemeinschaft, die zugleich von „psychohygienischer“ Bedeutung ist für die noch weitgehend in der neurotisierenden gesellschaftlichen Vereinzelung lebenden linken Mediziner.



Unterrichtsthema **Wal**
Entlegener Lehrstoff ...

— in der Praxis gibt es nun zwar (in Hamburg) eine Computer-Zentrale für Zulassungsanträge, aber bis heute noch kein bundeseinheitliches Zulassungsverfahren. Und inzwischen errechnen auch alle Medizinfakultäten die Zulassungszahl aus sämtlichen Noten des Abiturzeugnisses; eine „eins" in Religion oder in Sport gilt dabei ebensoviel wie eine „eins" in Physik oder Deutsch.

Doch fast alle Universitäten verschenken bei der Berechnung einen Bonus an sogenannte Landeskinder (Bewerber aus dem jeweiligen Bundesland oder Uni-Standort); die Freie Universität Berlin etwa räumt 75 Prozent ihrer medizinischen Studienplätze Berliner Antragstellern ein (Hamburg: 60 Prozent, Bayern: 65 Prozent).

Ein zusätzliches Manko des Zulassungsverfahrens sehen die Hochschul-Vertreter in dem sogenannten Anciennitätsprinzip, das die Kultusminister der Bundesländer schon 1966 den Fakultäten aufgezwungen haben: Danach muß bei der Berechnung der Zulassungszahl auch das Alter des Abiturzeugnisses berücksichtigt werden.

Für jedes nach dem Abitur verstreichende Semester erhalten Studienanwärter, die bei der ersten Bewerbung abgewiesen wurden, einen Berechnungsbonus — für viele Bewerber hat diese Prozedur jahrelange Wartezeiten zur Folge: Manche Medizinstudenten warten bis zu drei Jahre auf den Zulassungsbescheid.

Wer heute in Deutschland Medizin studieren wolle, so schrieb jüngst die Hamburger „Welt", müsse die „Geduld eines Fakirs, die Übersicht eines Feldherrn und die Ausdauer eines Olympiakämpfers besitzen". Welche Eigenschaften ein angehender Mediziner darüberhinaus noch haben sollte, vermochten in Deutschland bislang weder Universitäten noch Kultusbehörden systematisch zu ergründen.

Es sei erstaunlich, so wunderte sich die „Welt", „daß noch niemand einen besseren und gerechteren Wahlmodus gefunden" habe, der auch „dem Wunsch der Gesellschaft nach guten Ärzten" Rechnung trüge.

In der Tat gibt es andernorts Auslese-Verfahren, die den Fakultäten und Kultusbehörden (sie müssen den Zulassungsmodus genehmigen) als Vorbild hätten dienen können: In den USA wurde schon 1930 ein Testverfahren ausgearbeitet, mit dem die Eignung für das Arzt-Studium ermittelt werden soll.

Schon auf dem College, lange vor der Immatrikulation, können so die Bewerber ihre Intelligenz und Begabung im Hinblick auf das künftige Medizinstudium prüfen lassen. Die Eignungsprüfung kann (gegen Zahlung einer Gebühr) an neutralen Test-Zentren abgelegt werden; die Test-Kriterien werden von der amerikanischen „Psychological Corporation" ausgearbeitet und ständig verbessert.

Wenn die College-Absolventen sich später bei den „Medical Schools" um eine Studienstelle bewerben, liegt den Zulassungsausschüssen das Testergebnis schon vor — es entscheidet aber nicht allein über die Bewerbung: Die Ausschüsse machen den Zulassungsentscheid zusätzlich von den Schulnoten, vom Gutachten der College-Lehrer und oft von einer mündlichen Befragung des Bewerbers abhängig.



Unterrichtsthema **Hochofen**
... statt notwendigen Wissens ...

Schließlich können sich die Studienanwärter schon vor der Bewerbung gründlich über ihre künftige Laufbahn unterrichten: Ein Mediziner-Handbuch, das jährlich neu erscheint und in allen Schul-Bibliotheken ausliegt, gibt eine ausführliche Darstellung der Zulassungsprozedur, des medizinischen Studienwegs, der verschiedenen Medical Schools und des ärztlichen Berufs.

Überdies stehen den Studienanwärtern auf dem College sogenannte Premedical Advisors — medizinische Berufsberater — zur Seite, die zuweilen später in den Zulassungsausschüssen über ihre früheren Schützlinge Auskunft erteilen.

Anders als amerikanische College-Absolventen gehen Deutschlands Medizinstudenten gänzlich unvorbereitet ins Studium — ausgestattet nur mit einem Zeugnispapier, das akademische Reife bescheinigt, ein Medizinstudium gleichwohl nicht immer ermöglicht.

Nahezu ohne jede systematische Anleitung müssen sich die Studienanfänger in ein Wissensgebiet einarbeiten, das mehr als ein halbes Dutzend verschiedener Lehrfächer umfaßt — neben den rein naturwissenschaftlichen Fächern (Physik, Chemie, Botanik, Zoologie) stehen Anatomie, Histologie (Gewebskunde), Physiologie und physiologische Chemie auf dem Lehrplan.

Bis zur ersten Vorprüfung — nach dem zweiten Semester — stehen an erster Stelle die naturwissenschaftlichen Fächer im Stundenplan; er enthält eine lückenlose Folge von Vorlesungen (meist vormittags) und praktischen Übungen und füllt fast immer einen Acht-Stunden-Tag — zum Bücherlesen und für Examensvorbereitungen bleiben allenfalls die Abendstunden.

In der Zeit zwischen den einzelnen Vorlesungen und Übungen haben die Studenten oft Mühe, den nächsten Hörsaal oder Institutsbau zu erreichen — besonders in großen Universitätsstädten (Köln oder Hamburg) hetzen sie zu Straßenbahn- oder U-Bahnhaltestellen und reisen zwischen den verstreut liegenden Instituten hin und her.

Die meisten Dozenten verwenden keinerlei Mühe darauf, den Stundenplan sinnvoll zu koordinieren. Vor allem die Lehrer von der anderen Fakultät (Physiker oder Chemiker) empfinden meist den Unterricht für die Medizinstudenten ohnehin als lästige Nebenaufgabe.

Obwohl die derzeit gültige ärztliche Bestallungsordnung eindeutig vorschreibt, daß sich der Medizinstudent in den naturwissenschaftlichen Fächern nur „die für den künftigen Arzt notwendigen Kenntnisse" aneignen soll, lehren und prüfen die Fachgelehrten oft entlegenen Wissensstoff — mehr oder minder unnützen Ballast.

Ein Chemie-Professor in Kiel etwa weihte die angehenden Mediziner in



Unterrichtsthema **Müllabfuhr**
... für künftige Ärzte

die Bauprinzipien von Hochöfen ein; der Botaniker Brabec in Hamburg las vor Medizinstudenten viele Stunden über Moos und Farnkräuter, und ein Kölner Zoologe erläuterte detailliert den Knochenbau von Walen.

Von derlei absurdem Lehrstoff bleiben die Medizinstudenten allerdings auch im Klinischen Unterricht nicht verschont. In der Hygiene-Vorlesung



Mund-zu-Mund-Beatmung
Im Studium nicht gelernt

etwa müssen sich die angehenden Ärzte mit den Grundlagen der Müllabfuhr vertraut machen.

Den Hauptanteil ihrer vorklinischen Studienzeit widmen die Jung-Mediziner anatomischen Vorlesungen und Kursen. Jeden Muskel, jedes Gelenk, alle Knochen, Sehnen und Bänder müssen die Studenten beim wissenschaftlichen Namen kennen — die gelehrten Bezeichnungen etwa für ein kleines Stück Körpergewebe erreichen oft furchterregende Länge („ligamentum mesohepaticum laterale sinistrum“) oder zungenbrecherische Qualität („musculus crico-arytenoideus posterior“).

Daß solche Nomenklatur, selbst wenn der praktizierende Arzt sie später gelegentlich brauchte, sich auch in Nachschlagewerken auffinden ließe, kommt der amtierenden Schulmedizin nicht in den Sinn.

In zwei Wintersemestern müssen die Studenten je einen anatomischen Präparierkurs absolvieren. Der Mangel an Leichen für die Präparierarbeit läßt die Pflichtkurse fast immer zur makabren Farce werden: 20 bis 40 Studenten drängen sich um eine Leiche — allenfalls sechs oder acht Studenten aber können gleichzeitig daran arbeiten.

Überfüllt sind — trotz Numerus clausus — auch die meisten anderen Übungen und Kurse. Analog dem mechanischen Zulassungsverfahren (das sich blindlings am Fassungsvermögen der Hörsäle orientiert), verringern die Dozenten die Teilnehmerzahl meist durch rigorose Aufnahmeprüfungen. In den Prüfungen (Durchfallquote: bis

zu 50 Prozent) wird nicht selten ein großer Teil des Wissensstoffes abgefragt, den die Studenten im Kurs erst lernen sollen.

Die abschreckende Prüfungspraxis führt gelegentlich zu absurden Ergebnissen. Bei der Aufnahmeprüfung für ein Praktikum in Physiologie, das im vorletzten Wintersemester an der Hamburger Universität stattfand, meldeten sich weniger Anwärter, als Arbeitsplätze bereitstanden. Berüchtigt strenge Prüfungsfragen hatten die Bewerber für einen anderen Kurs so eingeschüchtert, daß während des ganzen Wintersemesters 20 bis 30 Arbeitsplätze ungenutzt blieben.

In Kiel ließ der Ordinarius Hans Friedrich Meves eine Aufnahme-Klausur für das Physiologie-Praktikum schreiben, die sich (laut Meves) am „Harvard-Niveau" orientierte. Obgleich weniger Studenten die Prüfung bestanden, als Arbeitsplätze vorhanden waren, weigerte sich Meves, nachträglich Teilnehmer in das Praktikum aufzunehmen — das bedeutete für viele Studenten die Verlängerung des Studiums um ein Semester.



Medizinstudenten am Krankenbett: „Beschämende Hilflosigkeit"

Gegen die drakonischen Aufnahmeprüfungen richtet sich denn auch zunehmend der Zorn der Studenten — Hamburger Jung-Mediziner beispielsweise sprengten vorletzte Woche die Zulassungsklausur für das histologische Praktikum. Die Studenten sehen in den Prüfungen einen zusätzlichen und versteckten Numerus clausus.

In den ersten fünf Semestern des (insgesamt elfsemestrigen) Studiums wird den angehenden Ärzten eine fast ausschließlich theoretische Ausbildung zuteil; die planlose Anhäufung kaum miteinander verwandter Lehrfächer, so kritisiert der Tübinger Physiologe Brecht, biete den Studenten eine „kaleidoskopische Schau" diverser Wissenschaften: ein buntes „akademisches Varieté".

Nur einmal (im ersten Studienjahr) haben die Jung-Mediziner vor dem Physikum Gelegenheit, die Wirklichkeit ihres späteren ärztlichen Berufs kennenzulernen: während des zweimonatigen, obligatorischen Krankenpflegedienstes in der Klinik.

Aber meist wird den Studikern auch dort die Begegnung mit der Praxis verwehrt — „Bummeln und Bohnern" kennzeichne den Pflegedienst, schrieb die Studentenzeitschrift „Medizinstudent". Und ein Hamburger Mediziner erinnert sich: „Bettenmachen, Teppichklopfen, Essen austeilen und Bettschüsseln leeren — als mir ein Arzt Blutbilder erklären wollte, kommandierte mich die Stationsschwester zum Staubwischen ab."

Mangelnde Beziehung zur medizinischen Praxis kennzeichnet auch den zweiten, klinischen Teil des Studiums (Studenten-Slogan: „Klinisches Fernstudium"). Obgleich die Jung-Mediziner insgesamt drei Monate als Praktikanten in den Fachkliniken „famulieren" müssen, kommen sie nur selten dazu, ihre theoretisch erworbenen Kenntnisse an den Patienten zu erproben.

Zwar schreibt die Bestallungsordnung vor, daß der Student — etwa während des gynäkologischen Praktikums — „vier Kreißende in Gegenwart des Lehrers" entbinden muß. Doch in der Praxis, so schildert ein Famulus den Ausbildungsgang, „sieht man drei Tage und vier Nächte lang tatenlos zu, wie die Kreißenden kreißen und entbunden werden — meist muß man sich ans Kopfende stellen, damit die Schamgefühle der Schwangeren nicht verletzt werden".

Aber auch in den Kursen und Übungen fehlt den Studenten meist die Möglichkeit, die Grundregeln des ärztlichen Handwerks zu erlernen: „Etwa 15 Studenten stehen um eine betäubte Frau herum", so beschreibt ein Hamburger Jung-Mediziner den gynäkologischen Untersuchungskurs, „und einer nach dem anderen tritt vor und übt ein paar Handgriffe — ich bekam

Wenn Sie morgen die Concorde fliegen müßten,



Sie würden eine Rolex tragen!

Ein wichtiger Ausrüstungsteil im Cockpit der Concorde wiegt 84 g. Die Rolex. Das scheint ein bißchen schwer für eine Uhr.

Doch ihr Oyster-Gehäuse ist herausgefräst aus einem massiven Block gehärteten Schwedenstahls. Im Innern dieses Schutzpanzers läuft ein amtlich geprüftes automatisches Chronometerwerk. Und auf dem großen, klaren Zifferblatt kann man mit einem Blick die Zeiten aus zwei verschiedenen Zeitzonen ablesen. Und das Datum dazu.

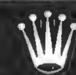
Weil wir so vieles an der Rolex von Hand fertigen, arbeiten wir über ein Jahr lang an jedem Chronometer.

Eins steht fest: Die Pan Am-Piloten, die die Concorde fliegen werden, verlangen unerbittlich Zuverlässigkeit von ihrer Uhr.

Ja, und wenn die Rolex nicht so schwer wäre... dann würde sie nicht fliegen.

Die Rolex, die Pan Am-Piloten tragen, heißt GMT-Master.





ROLEX

9-006



Medizinstudenten im Examen: Angst vor dem Steckenpferd des Prüfers

meinen Übungsschein, nachdem ich vier Frauen gesehen und ihren Uterus getastet hatte."

Wie im Vorklinikum, so mangelt es auch im klinischen Unterricht an der planvollen Zusammenarbeit der Lehrstuhl-Inhaber: Oft halten die Lehrer wichtiger Fächer ihre Vorlesungen zur selben Zeit; nur unwillig bequemen sie sich zu kollegialer Stundenplan-Abstimmung.

Der Heidelberger Internist Professor Gotthard Schettler beispielsweise, der den Stundenplan für die Kliniker reformieren wollte, erlitt eine derbe Abfuhr, als er seine Assistenten mit Änderungswünschen zu den Ordinarien aussandte: „Die haben die Unterhändler einfach rausgeschmissen."

Doch nicht nur der Zeitplan, auch der Unterrichtsstoff läßt häufig eine sinnvolle Gliederung vermissen — die Ordinarien stimmen die Vorlesungsthemen selten untereinander ab.

Mehrere Semester lang, so notierte ein Student aus Hamburg, sei über Ursache und Heilung von Magengeschwüren in den Vorlesungen nicht unterrichtet worden. Dann aber sei das Thema im selben Semester von drei Ordinarien — dem Chirurgen, dem Internisten und dem Pathologen — gleichzeitig abgehandelt worden.

Keine Vorschrift nötigt die Professoren, den medizinischen Wissensstoff konzentriert und übersichtlich vorzutragen; obgleich 50 Prozent der Studenten den Beruf eines praktischen Arztes anstreben, räumen viele Dozenten in den Vorlesungen ihren (oft abgelegenen) Spezialgebieten unverhältnismäßig breiten Raum ein.

So müssen Studenten, die etwa einmal als Landarzt praktizieren werden, die Technik komplizierter Augenoperationen in allen Einzelheiten auswendig lernen. Grundregeln für Erste Hilfe hingegen — etwa Mund-zu Mund-Beatmung — werden den Akademikern nicht erläutert.

Ähnliche Mängel, wie sie dem Hochschul-Unterricht anhaften, kennzeichnen auch die medizinischen Standard-Lehrbücher. Die Autoren, meist Fachgelehrte, kultivieren häufig einen esoterischen Kanzleistil, der selbst einfache Sachverhalte kunstvoll verschleiert und dem Leser qualvolle Dechiffrierarbeit abfordert. Anhand der schwer verdaulichen und obendrein teuren Lehrbücher können sich die Studenten kaum auf die Vorlesungen und Kurse vorbereiten.

Anstatt medizinisches Basis-Wissen knapp und übersichtlich darzustellen, neigen die Verfasser oft dazu, eigene Forschungsergebnisse übertrieben gründlich abzuhandeln. Mit Rücksicht auf das Staatsexamen sind deshalb viele Studenten gezwungen, beim Wechsel an eine andere Universität jeweils neue Lehrbücher einzukaufen — Werke der ortsansässigen Ordinarien.

Mangels brauchbarer Lehrbücher griff die Mannschaft des Heidelberger Internisten Schettler zur Selbsthilfe: Die Assistenten des Professors schrieben, ausdrücklich für die Bedürfnisse der Studenten, ein zweibändiges Lehrbuch der Inneren Medizin, das im preiswerten Taschenbuchformat erschien.

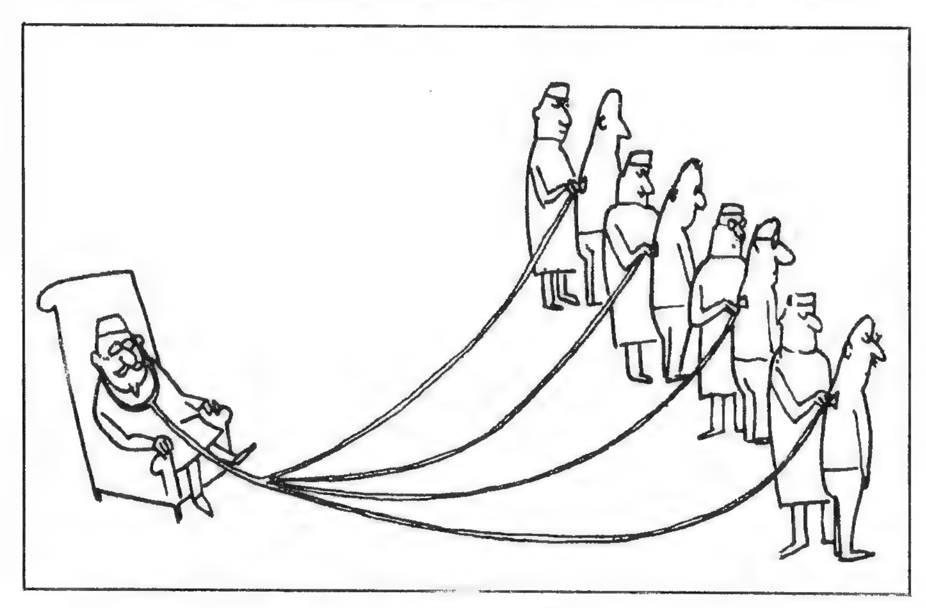
In den meisten Universitäten freilich bereiten sich die Studiker nur selten mit Hilfe von Lehrbüchern auf Vorlesungen und Prüfungen vor. Weit häufiger bedienen sie sich dazu anonymer Vorlesungsskripte; Protokolle nach dem Vortrag gefürchteter Prüfer werden oft unter Examenskandidaten zu Wucher-Kursen gehandelt. Kataloge mit Examensfragen kosten an der Hamburger Uni bis zu 600 Mark.

Die Bereitschaft der Studenten, für die Vorlesungsskripte sogar horrende Preise zu zahlen, entspringt der „manchmal fast panischen Angst, spezielle Prüfungsfragen nicht zu wissen" („Medizinstudent"). Gleichwohl enthalten die Untergrund-Lehrbücher, die meist von Studenten oder Assistenten verfaßt werden, stets nur ein Minimal-Quantum des Lehrstoffs und fast immer eine Vielzahl von Fehlern.

So fand der Homburger Privat-Dozent Hermann Josef Haas in einem Skript über physiologische Chemie, das sogar im Buchhandel vertrieben wird, zahlreiche Fehler in der Darstellung relativ einfacher Reaktionen und Formeln — falsch abgebildet etwa wurden die Strukturformel der Saccharose (Rohrzucker) und die Reaktionsgleichung der alkoholischen Gärung.

Dennoch lernen die Studenten überwiegend aus den hektographierten Studienheften: Von 164 befragten Medizinstudenten gaben 141 an, daß sie ihr Wissen vor allem aus Skripten schöpften. Es sei längst an der Zeit, so forderte der „Medizinstudent", „durch Hinweise auf geeignete Lehrbücher und durch sinnvolle Prüfungsmethoden den Studenten wieder in die richtige Bahn zu lenken".

Bislang allerdings scheint das Medizinstudium mehr als jede andere akademische Ausbildung geeignet, die



„Der Ordinarius"*

* Aus: „Humor in der Medizin"; Müller & Kiepenheuer Verlag, Hanau.



Costa del Sol

Winston gibt 8 Geschmackstips

Wissen Sie, wie ein typischer Abend an der Costa del Sol abläuft? „Nachdem Sie gelernt haben, wie man ein typischer Torero wird (¡ole!), verzehren Sie eine typische Paella, trinken dazu den typischen Sangria (soviel Sie können) und genießen die typische Aussicht (Berge und Meer). Dann sehen Sie einer typischen Flamenco-Schau zu. Anschließend können Sie selbst als Sänger auftreten und sich von einem typischen Gitarristen begleiten lassen." So ähnlich steht es in einem typischen Costa-del-Sol-Prospekt. Winston hat andere Tips für Sie.

1. *Nerja:* klein, schön und ruhig. Hervorragend wohnen und essen Sie im *Parador Nacional de Nerja* (Telefon 258). Eine Übernachtung kostet zwischen 360 und 450 Peseten. Sie bekommen alle Spezialitäten dieser Gegend — und Winston vom Ober.

2. Mitten im Dorf liegt das Restaurant *La Piscina* (Telefon 296). Es ist nicht sehr „fein", aber dafür speisen Sie gut. Probieren Sie „Sopa Malàgueña" für 40 Peseten (2,30 DM). Eine riesige Portion Jamon Serrano (Schinken) kostet nur 100 Peseten. Winston: im Automaten.

3. Die gigantische *Tropfsteinhöhle von Nerja,* die so hoch ist wie 3500 Winston-Packungen. Man nennt sie die prähistorische Naturkathedrale. Von der Terrasse des Restaurants gegenüber hat man einen sehr schönen Blick über weite Zuckerrohrfelder auf die weiße Stadt Maro und die Steilküste. Winston: bringt eine Señorita.

4. Lassen Sie sich im Hotel *Málaga Palacio* (Telefon 211571) in *Málaga* zum Abendessen einen Fensterplatz reservieren. Vor Ihnen liegt der „Plaza Queipo de Llano". Spezialität: „Gazpacho Andaluz". (Das Rezept geben wir Ihnen als letzten Tip.) Winston: an der Conserjeria und vom Ober.

5. In *Torremolinos* ist der Terror los. Dieser Terror ist etwa 6 km lang, -zig Stockwerke hoch und geht stellenweise sogar ein paar Meter tief. Nichts als Night Clubs, Gogo-Girls und „Folklore". Die ganze Stadt ist ein Denkmal für Tourismus. Deshalb liegt auch die Winston-Empfehlung etwas außerhalb, auf der Straße nach Cadiz: das Restaurant *Siete Mares* (Telefon 381936). Winston: bringt Ihnen ein freundlicher Camarero.

6. In einem unglaublich schönen Park liegt der *Marbella Club* (Telefon 823593), eine Oase aus Bungalows, Restaurants, Bars, Tennisplätzen, Sauna und Swimming-pool in paradiesischer Ruhe. Winston: bekommen Sie dort überall, wo es Zigaretten gibt.

7. In *Tarifa* erreichen Sie die südlichste Geografie Spaniens. Tore und Mauern sind noch maurischen Ursprungs, während der „Tocino de cielo" (eine Nachspeise) die Spezialität der *Hosteria Tarifa* ist. Für ein Menü zahlen Sie etwa 150 Peseten. Winston: erhalten Sie am Büfett.

8. Der *„Gazpacho Andaluz"*, eine Suppe, ist eines der köstlichsten spanischen Gerichte. Es gibt 30 klassische Rezepte und darüber hinaus so viele Varianten wie Köche: Etwas Kümmel, ½ Knoblauchzehe, 1 Eßlöffel gehackte Zwiebel, 100 g weiche Brotkrumen, Tomaten, Salz, Pfeffer, ½ l Wasser, Gurken, grüne Paprikaschoten, Olivenöl und Essig werden vermengt und sehr gründlich zerkleinert. Nicht kochen, sondern sehr kalt servieren. — ¡Qué aproveche!

Diese Serie wird fortgesetzt. Deshalb ausschneiden und sammeln. Folge 10 erscheint am 27.7.1969 in dieser Zeitschrift.

Als wirklich internationale Zigarette erhalten Sie die Winston in 141 Ländern.

Winston, ein Führer des guten Geschmacks

Winston — eine bessere Tabakmischung gibt es nicht

Studenten zu kritikschwachen, aber lernbeflissenen Fachidioten zu drillen: Bis zum Staatsexamen wird den Jung-Medizinern fast ausschließlich schulmäßige Paukarbeit abverlangt — nur selten haben sie Gelegenheit, erworbenes Wissen zu erproben, geschweige denn selber wissenschaftlich zu arbeiten.

Weder im Physikum noch im Staatsexamen (nur ganz selten in Kursen oder Übungen) müssen die Medizinstudenten schriftliche Arbeiten anfertigen. Es bleibe nachgerade ein berufstypisches Manko, so konstatierte ein Hamburger Mediziner, „daß Ärzte sich meist kaum auszudrücken verstehen, weil sie während ihres ganzen Studiums keine Gelegenheit zu schriftlichen Übungen erhalten".

Für Medizin-Doktoranden etwa sei charakteristisch, daß „sie noch monatelang an ihrer Dissertation herumbosseln, wenn sie ihre Experimente oder Materialsammlungen längst beendet haben — sie können ihre Untersuchungsergebnisse einfach nicht in Worte fassen".


Examens-Kritiker **von Seckendorff**
„Große Portion Heuchelei"

Längst ist das traditionelle Hochschul-Ideal der Einheit von Lehre und Forschung für die Mediziner zur Illusion geworden. Die Doktorarbeit bleibt für deutsche Medizinstudenten nahezu die einzige Möglichkeit, eine Forschungsaufgabe aktiv zu bearbeiten, mit den akademischen Lehrern zu kooperieren und die Grundprinzipien wissenschaftlicher Arbeit zu erlernen.

Fast alle Mediziner (97 Prozent) erwerben den Doktorgrad — bei den Juristen nur 20 Prozent, bei Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern 15 Prozent und bei den Theologen sogar nur fünf Prozent.

Doch obgleich ein Arzt ohne „Haken" (Mediziner-Jargon für den Doktortitel) geringeres Prestige genießt als etwa ein nichtpromovierter Jurist, steht der medizinische Doktorgrad niedrig im Kurs: „Im Gegensatz zum Dr. rer. nat., Dr. phil. und anderen", so notiert der Tübinger Medizinprofessor Erwin Rimbach, „verbindet der Laie den Titel des Dr. med. nicht primär mit dem Nachweis der wissenschaftlichen Qualifikation."

Nicht nur unter Laien, auch bei Fachleuten ist der Ruf des medizinischen Doktortitels zweifelhaft. Der Bonner Professor und frühere Präsident des Bundesgesundheitsamtes, Wilhelm Hagen, hält die Praxis der medizinischen Promotion für „wissenschaftliche Kindergärtnerei"; und der Kieler Anatom Professor von Kügelgen schätzt etwa die Hälfte aller medizinischen Doktorarbeiten als „wertlos" ein (siehe Kasten).

Tatsächlich zeichnen sich die medizinischen Dissertationen selten durch Tiefgang aus. Während etwa Diplom-Chemiker durchschnittlich zweieinhalb Jahre, Diplom-Physiker sogar dreieinhalb Jahre für ihre Doktorarbeit aufwenden, benötigen die Medizinstudenten für die Dissertation im Durchschnitt nur die Arbeitszeit eines Semesters.

Anders als die Juristen und Naturwissenschaftler, die erst nach bestandenem Staatsexamen promovieren dürfen, beginnen die meisten Medizinstudenten mit ihrer Doktorarbeit schon im zweiten oder dritten klinischen Semester, also schon zu Beginn der eigentlichen ärztlichen Ausbildung.

Entsprechend niedrig liegt der Schwierigkeitsgrad der meisten Dissertationsthemen. Häufig erschöpft sich die wissenschaftliche Leistung in der Auswertung ärztlicher Statistiken. Allerdings sei es schwierig, so erläuterte 1968 Professor Gerhard Joppich, Mitglied des Wissenschaftsrats, jährlich für etwa 4500 Medizinstudenten genügend Dissertationsthemen zu finden.

Zudem mindert es die Qualität vieler Doktorarbeiten, daß die Verfasser die Dissertationsaufgabe — ohne Interesse am wissenschaftlichen Thema — vor allem als lästige Pflichtübung ansehen: „Etwa 70 bis 80 Prozent der Mediziner", so schätzt ein Hamburger Assistenzarzt, „machen die Doktorar-

„HAKEN OHNE WERT"

Medizinische Dissertationsthemen aus den Jahren 1966 bis 1968

Gerhard Naber: Der Arzt als städtischer Amtsträger im alten Amberg. 175 Seiten.

Inge Schmidt: Personalbibliographien der Professoren und Dozenten der Chirurgie und Gynäkologie der Universität Erlangen — Nürnberg 1900 bis ca. 1960. 157 Seiten.

Johannes Hohenhövel: Untersuchung über die Nesselwirkung von Nordseequallen auf den Menschen. 43 Seiten.

Eduard Kanwischer: Über den Einfluß der Massage auf O_2- und H_2CO_3-Austausch. 63 Seiten.

Cord Dumrese: Die Wirkung der Massage auf Sauerstoffverbrauch und Kohlensäureabgabe. 18 Seiten.

Friedrich Strauß: Zur Frage der Luftfeuchtigkeit in Münchner Volksschulen. 47 Seiten.

Helmut Peter Conradi: Über den Gebrauch von Glasgefäßen in der Pharmazie. Unter besonderer Berücksichtigung des Apothekenstandgefäßes. 250 Seiten.

Christian Kliche: Die Stellung der deutschen Militärärzte im Ersten Weltkrieg. 67 Seiten.

Gerd Kunde: Untersuchungen über den Keimgehalt der Ventile von Inhalationsapparaten. 43 Seiten.

Erhard Lang: Verlauf der Herzschlagzahlen bei Ebern während der Kastrationsnarkose mit Eunarcon und Thiogenal. 51 Seiten.

Roland Müller: Über den Einfluß von Colchicin auf das Haarwachstum des Meerschweinchens. 68 Seiten.

Fariborz Baghai: Messungen und Ergebnisse der Staubkonzentration im Mittelgebirge. Eine luftanalytische Untersuchung mit dem Zeiss'schen Koniometer im Rahmen der modernen Kurortklimaforschung. 52 Seiten.

Jost Rudolf Bauer: Untersuchungen über die Wirkung von Kuren mit Baden-Badener Thermalwasser unterschiedlicher Temperatur. 120 Seiten.

Eike Hinze: Beeinflußt der Mondumlauf die täglichen Geburtenzahlen und das Geschlechtsverhältnis der Neugeborenen? 64 Seiten.

Manfred Hülse: Der Einfluß der Grundausbildung bei der Bundeswehr auf das Hörvermögen der Rekruten. 62 Seiten.

Klaus Leibnitz: Die Frequenz der Zangenentbindungen an der Offenbacher Frauenklinik a) in den Jahren 1945—1949 b) 1950 bis zur Anwendung des Vacuumextraktors c) in der Zeit danach. 45 Seiten.

Erika Jap: Schwerhörigkeit und musikalisches Schaffen bei Smetana und Beethoven. 172 Seiten.

Eduard Kellersmann: Die geschichtlichen Anschauungen über die Schwangerschaftsgelüste. 72 Seiten.

Renate Kurz: Historische Bemerkungen über Gestalt und Gebrauch der Kinderwiege. Ein Beitrag zur Geschichte der Pädiatrie. 67 Seiten.

Mit Lufthansa sind 50% mehr Fracht durch die Luft geflogen.

Vielen Dank.

Immer mehr Unternehmer stellen fest, daß sie mit der „teuren" Luftfracht günstiger fahren.

So beförderten wir allein von Januar bis März 52 % mehr Luftfracht als in der gleichen Zeit des letzten Jahres.

Und es kann ruhig noch ein bißchen mehr werden. Wir stellen uns schon jetzt darauf ein.

Noch mehr Leistung in der Luft

Schon seit langem haben wir ein weitverzweigtes Fracht-Flugnetz: Lufthansa-Düsenfrachter verbinden alle wichtigen Handelsplätze der Welt. Und jetzt fliegen Lufthansa-Düsenfrachter auch im regelmäßigen Liniendienst nach Amerika und Fernost.

Dazu gehört eine Luftflotte, die ständig leistungsfähiger wird. Deshalb hat Lufthansa als erste Fluggesellschaft der Welt eine Boeing 747 als Nur-Frachter bestellt. Sie kann auf jedem Flug bis zu 110 t Fracht befördern.

Unsere Boeing 747 F wird Ende 1971 zu ihrem Jungfernflug starten.

Noch mehr Leistung auf dem Boden

Aber wir wollen nicht nur in der Luft besser werden, sondern auch am Boden.



Die neue Fracht-Sortieranlage der Lufthansa

In diesen Tagen nimmt Lufthansa in Frankfurt die größte Fracht-Sortieranlage Europas in Betrieb.

Während die bisher größten Sortiermaschinen höchstens 1800 Stück pro Stunde schaffen, kann die Lufthansa-Anlage sogar 4000 Stück Fracht umschlagen.

(Damit ist einer der Engpässe aus den vergangenen Wochen beseitigt.)

Sprechen Sie mit Ihrem Luftfracht-Spediteur

Er rechnet Ihnen auf Mark und Pfennig aus, wie gut Lufthansa-Luftfracht für Ihr Geschäft ist.



FR 916

beit nur, weil der Titel zum ärztlichen Berufsbild gehört."

Oft fehle den Doktoranden, wie Professor Joppich konstatiert, ein Minimum an wissenschaftlicher Methodik und Systematik. Die Doktorväter aber, so formuliert ein Medizinstudent aus Hamburg, benutzten ihre Doktoranden häufig als „billige wissenschaftliche Hilfskräfte, die den Versuchstieren der Professoren den Brei kochen dürfen" — die Aufsicht über die Doktoranden delegierten die Ordinarien gern an eine „Art von Unter-Doktorvätern", meist Assistenten oder Oberärzte.

Im Wissenschaftsbetrieb spielen denn auch die medizinischen Dissertationen kaum eine Rolle: Unter 1000 Literaturangaben in medizinischen Fachzeitschriften, die der Tübinger Professor Rimbach untersuchte, fanden sich nur 14 Hinweise auf Doktorarbeiten.

„Um die medizinischen Fakultäten von einer sinnlos gewordenen Belastung zu befreien", empfahl der Wissenschaftsrat schon vor drei Jahren, den Doktortitel gratis zu verleihen: Zugleich mit der Approbation solle automatisch allen Medizinern der „Dr. med." zuerteilt werden — „ohne Dissertation und ohne zusätzliche Prüfung". Für „eine Dissertation von zureichend hohem Niveau", so schlug der Wissenschaftsrat vor, möge künftig der Titel „Dr. sc. med." verliehen werden („Doktor der medizinischen Wissenschaft").

Doch der Rat der Weisen stieß mit seinem Vorschlag auf Ablehnung. Wenigstens einmal während des Studiums, so beharrte etwa Professor Rimbach, sollte ein Mediziner darüber Auskunft geben, ob „er imstande ist, wissenschaftlich zu arbeiten" — das bestandene Staatsexamen beweise schließlich nur die „Qualifikation für den ärztlichen Beruf".

Ob das medizinische Staatsexamen eine solche Kontrollfunktion zu erfüllen vermag, darf zumindest als umstritten gelten. Der Hamburger Medizinalassistent Ekkehard von Seckendorff übte unlängst in einem Bericht, den er für den SPIEGEL (16/1969) schrieb, scharfe Kritik an der Abschlußprüfung — mit dem Staatsexamen erwerbe der Kandidat „allenfalls eine Bescheinigung, daß er eine bestimmte Zeitspanne am Medizinstudium teilgenommen hat".

Das (ausschließlich mündliche) Staatsexamen, so konstatierte von Seckendorff, sei schwerlich geeignet, die ärztliche Qualifikation der Kandidaten zu erweisen:

▷ Es bleibe den Professoren weithin überlassen, den Inhalt der Prüfungsfragen willkürlich zu bestimmen — oft neigten die Prüfer dazu, ihre jeweiligen wissenschaftlichen Steckenpferde in den Mittelpunkt des Examens zu stellen.

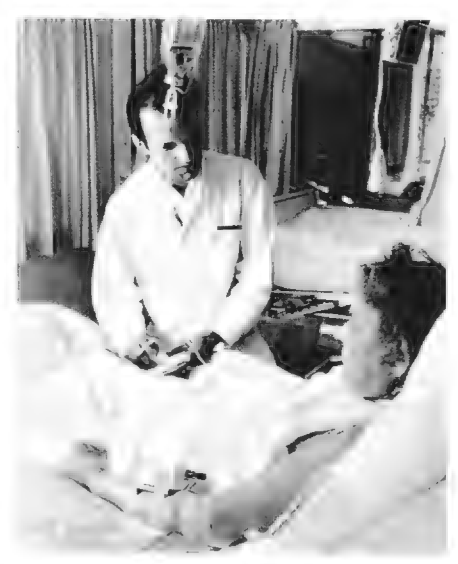
▷ Für die Studenten bestehe deshalb ein Zwang, bei den Examensvorbereitungen jeweils die speziellen Interessen der Prüfer zu berücksichtigen — häufig bedienten sich die Kandidaten dazu umfangreicher Fragen-Kataloge, die von Semester zu Semester an die Prüfungskandidaten weitergegeben werden.



Medizinalassistentin in der Klinik*
„Leibeigene Knechte ...

▷ Den Prüfungen sei ein „Scheincharakter" eigen — es offenbare sich in ihnen eine „große Portion" professoraler „Heuchelei"; indem die Ordinarien großzügig gute Zensuren austeilten (mehr als zwei Drittel aller Kandidaten bestehen die Prüfung mit „gut" oder „sehr gut"), verschleierten sie den in Wahrheit schlechten Ausbildungsstand der Jungärzte, um selber der Kritik zu entgehen.

Wie es um den objektiven Gehalt von Examensnoten bestellt sein kann, zeigt eine Prüfungsepisode, die sich im vorletzten Wintersemester an der Hamburger Universität ereignete: Bei einer Prüfung im Fach Innere Medizin entließ der Privatdozent Kurt Müller-Wieland vier Examenskandidaten schon nach etwa zehn Minuten — zwei der Prüflinge mit der Note „vier", die beiden anderen mit der Beurteilung „nicht genügend" („fünf").



Medizinalassistent in der Klinik*
.. im feudalen System"

Nachdem die Kandidaten beim Prüfungsvorsitzenden, dem Gerichtsmediziner Professor Erich Fritz, protestiert hatten, wiederholte Müller-Wieland die Prüfung. Nach der neuerlichen, nun anderthalbstündigen Befragung revidierte er sein früheres Urteil — die Kandidaten bestanden das Examen mit den Noten „gut" und „befriedigend".

Erst mit durchschnittlich 27 Jahren absolvieren Deutschlands Medizinstudenten das Staatsexamen — doch sie verlassen die Hochschule nicht als fertige Ärzte: Zwei Jahre lang müssen sie gegenwärtig als Pflichtassistenten Krankenhausdienst leisten, bevor sie die staatliche Approbation erhalten (die Erlaubnis, sich als selbständig praktizierende Ärzte niederzulassen).

Die zweijährige Lehrzeit als Medizinalassistent (MA) soll der Jung-Mediziner laut Bestallungsordnung dazu nutzen, „seine praktischen Kenntnisse und Fähigkeiten zu vertiefen" und „ausreichendes Verständnis für die Aufgaben und Pflichten des ärztlichen Berufs" zu entwickeln. Sechs Monate der MA-Zeit sollen auf einer internistischen Station abgedient werden, je vier auf einer gynäkologischen und chirurgischen Abteilung; die restliche Pflichtzeit kann nach Belieben in anderen Fächern absolviert werden.

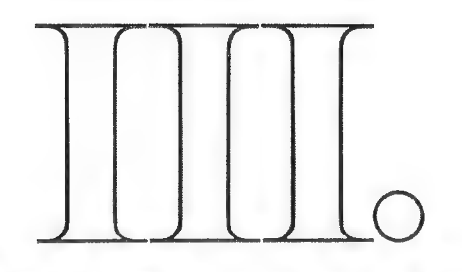
Doch für rund 13 000 Jung-Mediziner, die das Staatsexamen bestanden hatten, standen an den westdeutschen Krankenhäusern im letzten Jahr nur etwa 8600 MA-Planstellen zur Verfügung. Für viele Examensabsolventen verzögerte sich damit die Ausbildung um eine zusätzliche Wartezeit.

Oft dauert es Monate, manchmal sogar Jahre, bis der MA eine Planstelle gefunden hat. Besonders in den drei Pflichtfächern mangelt es an Planstellen — den Haupt-Engpaß bildet die Gynäkologie. Längst erteilen die Behörden die ärztliche Approbation auch ohne den Nachweis gynäkologischer Praxis, sofern der MA etwa ein Dutzend vergeblicher Bewerbungen um eine „Gyn"-Planstelle vorlegen kann.

Angesichts der langen Wartefristen — manche MA wurden bis zu 50mal bei der Stellensuche abgewiesen — finden sich die Pflichtassistenten häufig bereit, ihren Dienst unentgeltlich zu leisten. Zudem drängen viele Krankenhäuser die Medizinalassistenten, sich für den MA-Dienst länger als vorgeschrieben zu verpflichten: So vergab eine Klinik in Süddeutschland Planstellen nur unter der Bedingung, daß sich die Bewerber bereit erklärten, noch ein zusätzliches halbes Jahr in der chirurgischen und gynäkologischen Abteilung zu arbeiten — zum Hungerlohn des MA.

Denn die Medizinalassistenten, die — etwa in Baden-Württemberg — ein Viertel aller angestellten Ärzte ausmachen, dienen den finanzschwa-

* Oben: beim Verabreichen einer Injektion; unten: beim Aufnehmen eines Krankenberichts.



Wir sind Deutschlands größte Ohn-Macht.

(Gott sei Dank!)

Stellen Sie sich bitte vor: Markenartikel. Volle Distribution in allen Handelsstufen, auf allen Absatzwegen. 100%ige Abdeckung des deutschsprachigen Verkaufsgebietes. Außerdem: Millionen der erwachsenen Bevölkerung konsumieren diesen Markenartikel regelmäßig jede Woche ... 52mal im Jahr. Was würden Sie da sagen – als Unternehmer, als Manager? Vermutlich, ›Champagner, Leute! Uns kann keiner. Wir beherrschen den Markt.‹

Ja, es stimmt: Wir haben fast die Hälfte der erwachsenen Bürger dieses Landes als Leser. Aber: Wir ›beherrschen‹ weder den Markt noch die Millionenmasse unserer Leser.
Wir sind eine riesengroße Ohn-Macht. Wir können unsere Leser weder für etwas noch gegen etwas marschieren lassen. Wir könnten keinen Abgeordneten in Verlegenheit bringen, keinem Wirtschaftskapitän einen Torpedo hinters Schiff jagen – von anderen Sachen gar nicht zu reden. Uns fehlt die Macht dazu. Und die Veranlagung.

Der Grund für unsere Ohn-Macht sind unsere Blätter selbst: Ihre große Leserschaft haben sie ja deshalb, weil sie auf enge weltanschauliche oder parteipolitische Meinungsbildung und -mache verzichten. Bei uns werden die Leser unterhalten.
In die Unterhaltung eingebettet ist eine breite Information und Beratung im persönlichen, privaten und gesellschaftlichen Bereich.

Gewiß, da ist nichts enthalten, was die Welt vorantreibt, nichts Gewaltiges, Großes. Es ist die Welt des kleinen Lebens, des kleinen Glücks. Und gerade das nehmen wir ernst, da haben wir die meisten Erfahrungen. Und: in diesem Bereich vertrauen uns die Leser (offengestanden: Wir sind ein bißchen stolz darauf). Politische Polemik? Nicht bei uns. Unsere Leser würden uns auf der Stelle im Stich lassen. Und das können wir nicht wollen.

Wir lieben unsere Ohn-Macht.
(Denn wir lieben das Vertrauen unserer Leser.)

Verlagsgruppe Bauer

QUICK · TV HÖREN UND SEHEN
NEUE REVUE · PRALINE
NEUE MODE
DAS NEUE BLATT
WOCHENEND
NEUE POST · BRAVO



Demonstrierende MA (in Tübingen)
„Mit allen Fasern des beruflichen Seins ...

chen Krankenhäusern als billige Hilfskräfte. Die Arbeitsbedingungen, unter denen die Jungärzte ihre MA-Zeit ableisten müssen, verglich die Studiker-Zeitung „Student" mit den Methoden „frühkapitalistischer Ausbeutung".

Tatsächlich wird den Medizinalassistenten meist ein Arbeitspensum abgefordert, das zur Entlohnung in einem wahrhaft grotesken Mißverhältnis steht. Für eine Sechzig-Stunden-Woche mit Wochenend- und Nachtdienst zahlt die Marburger Uni-Klinik ihren Pflichtassistenten ein Salär von 350 Mark brutto — anderswo wird Nachtdienst mit einem Sonderhonorar von etwa 30 Pfennig pro Stunde vergütet.

An Münchner Krankenhäusern arbeiten MA für ein monatliches Grundgehalt von 456 Mark — mit Sonderzuschlägen verdient ein 27jähriger verheirateter Medizinalassistent monatlich 716 Mark. Nach Abzug der Steuern und Versicherungsbeiträge bleiben dem Jungarzt rund 500 Mark; für dieses schäbige Entgelt, das der bayerische Staat (laut Vertrag) „als freiwillige Leistung" und „in stets widerruflicher Weise" gewährt, arbeitet der MA wöchentlich bis zu 85 Stunden.

Obgleich die ärztliche Bestallungsordnung ausdrücklich fordert, daß der MA seinen Dienst nur „unter Anleitung, Aufsicht und Verantwortung eines hauptamtlich tätigen Arztes" versehen darf, werden die Pflichtassistenten in der Praxis meist auch zu Aufgaben herangezogen, die sie eigentlich erst nach ihrer Approbation erfüllen dürften.

An manchen Kliniken bewältigen die Medizinalassistenten, ohne dabei von den Stations- oder Oberärzten kontrolliert zu werden, den größten Teil der ärztlichen Dreck- und Kleinarbeit (Erneuerung von Wundverbänden, Entfernen von Gipsverbänden, Narkosewache und dergleichen). An einer Münchner Klinik etwa stellen Pflichtassistenten selbständig Diagnosen; sie diktieren Krankenberichte und schreiben Rezepte aus, die von den verantwortlichen Ärzten nur selten überprüft werden.

Gelegentlich unterlaufen den unerfahrenen Medizinalassistenten dabei gefährliche Fehler, mitunter mit tödlichen Folgen. So wurde in einer süddeutschen Klinik vor einigen Wochen eine ödemkranke Frau eingeliefert. Pflichtassistenten injizierten der Patientin unsachgemäß ein Röntgenkontrastmittel — seither liegt die Kranke, bläulich verfärbt am ganzen Körper, mit einer Venenentzündung in der Klinik.

In einem westdeutschen Krankenhaus diagnostizierte ein diensttuender MA bei einem bewußtlosen Patienten Volltrunkenheit. Er ließ den Mann — ohne weitere Untersuchung — auf die Station legen (zur Ausnüchterung, wie er erklärte). Der Kranke, der in Wahrheit an einem perforierten Blinddarm litt, starb am folgenden Tag.

Tödlich verlief auch ein Fall, der sich an einer süddeutschen Uni-Klinik ereignete: Ein MA, der in der Aufnahmestation Dienst hatte, untersuchte einen Patienten, der über unklare Beschwerden klagte. Der Kranke, der einen Herzinfarkt erlitten hatte, starb während der langwierigen Untersuchung des hilflosen MA.

Meist fehlt es in den Krankenhäusern an approbierten Ärzten, die — wie vorgeschrieben — die Medizinalassistenten anleiten und überwachen müßten. An einer Münchner Klinik beispielsweise, wo (entsprechend der Bettenzahl) 15 Vollärzte praktizieren sollten, arbeiten nur insgesamt acht approbierte Mediziner. Ihnen mangelt es an Zeit für eine planvolle Ausbildung der Medizinalassistenten, die zudem die Hauptlast der Krankenhausarbeit tragen.

Für die Arbeitslast, die zu bewältigen nicht ihr Auftrag sein kann, und für die ärztliche Verantwortung, die sie eigentlich nicht tragen dürften, wird den Pflichtassistenten kein angemessener Lohn zuteil. Vielmehr sehen sich viele MA genötigt, einen Teil ihrer ohnedies mageren Einkünfte für die Beiträge einer Berufshaftpflichtversicherung auszugeben.

Und aus der ärztlichen Verantwortung, die ihnen aufgebürdet wird, erwächst den Medizinalassistenten keinerlei Anerkennung: „Im allgemeinen", so urteilt der Frankfurter MA-Sprecher Hartmut Koch, „werden wir wie Pimpfe behandelt." Es sei charakteristisch für die medizinische Ausbildung in Deutschland, so erläuterte ein Hamburger Medizinalassistent, daß den jungen Medizinern die ärztliche Verantwortlichkeit möglichst lange vorenthalten werde — „die Verantwortung, die wir aufgehalst kriegen, wird uns immer inoffiziell zugeteilt, damit wir daraus offiziell keine Rechte ableiten können".

Freilich, nicht mehr lange wird den Krankenhäusern das Arbeitskräfte-Reservoir der rechtlosen und „billigen Krankenhaus-Knechte" (Studenten-Slogan) zur Verfügung stehen: Die neue Approbationsordnung, die 1970 in Kraft treten soll, ersetzt die MA-Zeit durch ein sogenanntes Internatsjahr — künftig sollen die Jung-Mediziner eine (straff organisierte) praktische Ausbildung schon vor dem Studienabschluß absolvieren.

Allein die Einführung des Internatsjahres würde hinreichen, um das



... die Einheit der Medizin wahren": Ärzte-Funktionär **Fromm, protestierende MA***

* Auf dem Deutschen Ärztetag 1968 in Wiesbaden.

Gebäude der deutschen Medizin bis in die Grundfesten erzittern zu lassen: Schon jetzt rätseln verstörte Klinikdirektoren über der Frage, wer in Zukunft den Platz der schlecht bezahlten Medizinalassistenten einnehmen soll, verzagen Medizin-Dozenten angesichts der Notwendigkeit, neue Unterrichtsformen erproben und dafür Hörsäle, Kliniken und zusätzliches Lehrpersonal bereitstellen zu müssen.



„. . . na, Herr Kollege, jetzt noch vier Monate Chirurgie, dann haben Sie's ja geschafft."

Die neue Approbationsordnung würde verlangen:

▷ Anpassung des Lehrstoffes in Klinikum und Vorklinikum an den modernen Wissenschaftsstandard — veralteter Wissensstoff soll ausgeschieden, bislang vernachlässigte Fächer wie medizinische Psychologie oder Sozialmedizin sollen in den Lehrplan aufgenommen werden;

▷ Einführung des Gruppenunterrichts — die Studenten sollen in überschaubaren Gruppen praxisnah ausgebildet werden;

▷ Reduzierung der großen Pflichtvorlesungen, die bisher im Mittelpunkt des Medizinstudiums standen — künftig soll die Zahl der Übungen und Praktika vergrößert werden.

Aber noch haben Kultusbehörden und Universitäten kaum konkrete Vorstellungen entwickelt, wie solche kostspieligen Pläne verwirklicht werden könnten.

Erst recht im Ungewissen bleibt vorläufig, welche Chancen, Risiken und Konsequenzen jene über die Approbationsordnung hinausgehenden Reformvorschläge in sich bergen, die etwa bei den Kultusministerien der Länder gegenwärtig vorbereitet werden und auf die Zerschlagung der klassischen Strukturen deutscher Schul-Medizin abzielen: Umwandlung der Fakultäten zu Departments, Abbau der Ordinarien-Hierarchie.

Wie Witwe Boltes Federvieh bei Wilhelm Busch zerren und würgen die Interessentengruppen an den unverdaulichen Brocken der Reform, unfähig, den Knoten zu lösen und sich auf eine gemeinsame Richtung zu einigen:

▷ Die Ordinarien der medizinischen Fakultäten richten sich darauf ein, ihre gefährdete Position zu verteidigen. Um den gefürchteten Hochschulgesetzen zu entgehen, erwog der Westdeutsche Medizinische Fakultätentag bereits, die medizinischen Fakultäten aus den Universitäten auszugliedern.

▷ Direktoren wissenschaftlicher Institute sperren sich gegen die geplante Demokratisierung — in einem Aufruf warnten sie vor dem in Aussicht gestellten Mitspracherecht für Studenten und Assistenten: Die Spitzenkräfte der deutschen Wissenschaft, so prophezeiten sie, würden in die Industrie abwandern.

▷ Medizinstudenten und Assistenzärzte sträuben sich gegen die Reformpläne, weil die neue Approbationsordnung „den Problemen der medizinischen Ausbildung nicht gerecht" werde; einmal, weil zu wenig obsoleter Lehrstoff entfernt, zum anderen, weil zu viel neuer aufgenommen werde. So kritisierte eine „Ad-hoc-Gruppe" von Medizinstudenten und Assistenten — durch vermehrtes Anhäufen von nachprüfbarem Faktenwissen werde nur der „auf den Studenten lastende Prüfungsdruck verstärkt". Die „totale Verschulung und Reglementierung" des Medizinstudiums sei bislang das einzige erkennbare Ziel sowohl der Hochschulgesetze als der neuen Bestallungsordnung.

Allenfalls in einem Punkt könnten sich die Parteien im Streit um die deutsche Hochschul-Medizin noch zusammenfinden, in der Ablehnung der jetzt geplanten Neuerungen.

Die neue Approbationsordnung, so schließt das Manifest der „Ad-hoc-Gruppe", „müssen wir zusammen, Professoren, Assistenten und Studenten, zu Fall bringen". Aus Protest gegen das unerwünschte Reformwerk veranstalteten am Donnerstag letzter Woche Medizinstudenten aus fünf Universitäten einen Sternmarsch nach Bonn.

Ein Heilmittel gegen das Siechtum der deutschen Schul-Medizin, so scheint es, haben Deutschlands Mediziner noch längst nicht gefunden. Und ob die Reformen, wie sie jetzt versucht werden, die Krankheit wenigstens werden lindern können — auch das ist noch umstritten.

IM NÄCHSTEN HEFT

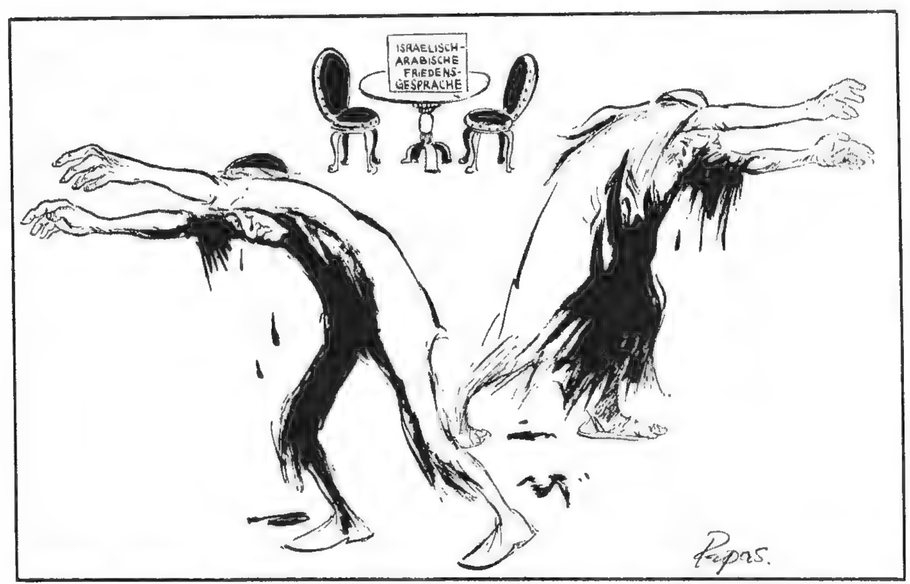
Ordinarien-Kult verhindert eine Nierenverpflanzung – Neue Approbationsordnung: Schon im Entwurf verwässert – Stillstand in der Forschung – Wer zahlt für die Reformen?

Sie einen.

mit Alkohol.

r Kilometer.

en Motor.



The Guardian, London

Auge um Auge um Auge um Auge

NAHER OSTEN

KRIEG

Ampeln am Damaskustor

Über den Golan-Höhen schossen israelische Jäger in einer halben Stunde sieben syrische Mig-21 ab — mehr als ein Zehntel der syrischen Mig-21-Streitmacht.

Am Ostufer des Suez-Kanals erschossen israelische Soldaten neun Ägypter, die mit einem Stoßtrupp gelandet waren.

Neun tote Araber blieben bei zwei Gefechten am Jordan-Ufer liegen, wo Palästina-Partisanen versucht hatten, in israelisch besetztes Gebiet vorzudringen.

In einem Kibbuz am See Genezareth schlugen russische Katjuscha-Raketen ein, ein neuer Kibbuz auf den Golan-Höhen kam unter Granatwerfer-Beschuß. In der Hafenstadt Eilat brannte ein Öllager aus.

Das alles geschah am letzten Dienstag, dem 760. Tag des Waffenstillstands nach dem Sechs-Tage-Krieg zwischen Israel und seinen feindlichen arabischen Nachbarn im Jahre 1967.

Damals, unmittelbar nach dem Sieg, hatte Israels Staatsgründer und Ex-Premier Ben-Gurion prophezeit, nun werde es Frieden geben. Stabschef Generalmajor Rabin hatte korrigiert: „Oder zumindest lange Jahre der Sicherheit." Sieger Mosche Dajan hatte geprahlt: „Ich erwarte einen Telephonanruf aus Kairo oder Amman."

Der Anruf blieb bis heute aus. Die Israelis, das Zweieinhalb-Millionen-Volk zwischen 40 Millionen Arabern, hatten ihr Territorium binnen sechs Tagen vervierfacht, aber Frieden und Sicherheit nicht gewonnen.

Mit über 700 Opfern von Grenzscharmützeln und Partisanen-Attentaten hat der Frieden die Israelis bereits so viele Tote gekostet wie damals der Krieg. Verglichen mit der Einwohnerzahl sterben in Israels Kleinkrieg etwa so viele Menschen wie Amerikaner im vietnamesischen Dschungelkrieg.

Und in der letzten Woche schienen die Schießereien zwischen Golan-Höhen und Gaza, zwischen Jordan und Suez-Kanal wieder zum „offenen Krieg" zu eskalieren — so Uno-Generalsekretär U Thant, dem angesichts des Kanonendonners in Nahost nichts anderes einfiel als vor zwei Jahren: Er drohte, die Uno-Beobachter von den Fronten abzuziehen.

Amerikas Nahost-Unterhändler Sisco flog nach Moskau, um die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über den Gefahrenherd voranzubringen — mit wenig Aussicht auf Erfolg: Beide Supermächte haben im Nahen Osten so sehr Partei ergriffen, daß sie eine Friedensordnung — selbst wenn eine solche objektiv möglich wäre — nicht mehr realisieren können, ohne ihre eigenen Interessen zu verletzen. Die jeweiligen Freunde entgleiten ihnen.

Schon beschloß Ägypten eine Teilmobilmachung, schon kündigte Israels Verteidigungsminister Dajan die Einberufung von Reservisten an.

Die Aussichtslosigkeit, das Nahostproblem durch Krieg oder Diplomatie lösen zu können, treibt beide Seiten zur Eskalation des Nervenkriegs:

Israel zeigt unverhüllter denn je die Absicht, sich mangels Aussicht auf einen Vertrags-Frieden mit seiner Beute einzugraben, die Araber — ohne Aussicht, die Israelis zurückzuwerfen — suchen ihnen den Genuß der Beute nach Kräften zu verderben.

Sie versuchen, die Uno und die Weltmeinung gegen die israelische Okkupation von 70 000 Quadratkilometer arabischen Territoriums zu mobilisieren. Aber „wenn ich zu wählen habe zwischen dem Mitgefühl der Welt und einem zerstörten Israel oder einem lebenden Israel und dafür weniger Verständnis der Welt, wollen wir doch lieber am Leben bleiben", sagte Israels Ministerpräsident Golda Meïr in London.

Danach handelt Israel — Besatzungsmacht im Zwiespalt zwischen dem Wunsch nach Frieden und dem Bedürfnis nach Sicherheit, wobei die vermeintlichen Garantien der Sicherheit sich als kriegsträchtig erweisen.

Die Besatzer schossen in El-Arisch auf demonstrierende Frauen und sperrten in Gaza protestierende Schüler ein. Sie sprengten bisher 250 Häuser von verdächtigen Arabern und filzen an Straßensperren mit Nagel-Teppichen die Autos der Araber.

Sie verwalten ihr Besatzungsgebiet mit einem Minimum an Besatzern: Die 13 000 arabischen Beamten in West-Jordanien und im Gaza-Streifen sind nach wie vor auf ihren Posten, nur 240 Israelis beaufsichtigen sie.

Trotz der Feuerüberfälle und der Kommando-Unternehmen der palästinensischen Guerillas fanden die besetzten Araber offenbar jene Sicherheit, die Israel noch sucht: Die Geburtenrate im besetzen Jordanien erreichte mit 44,5 Promille einen neuen Weltrekord, die Todesrate sank auf 17,5 Promille. 88 Prozent der Arbeitsuchenden fanden Arbeitsplätze — davon 14 000 bei israelischen Firmen.

Die Araber akzeptierten die wirtschaftlichen Vorteile der Besatzung, ohne sich mit der Besetzung selbst abzufinden. Israelische Agrarexperten züchteten neue Tomatensorten, die in West-Jordanien angebaut und im Irak verkauft werden. Die Olivenkulturen wurden veredelt, so daß sich die Erträge vervielfachten.

Jedoch: „Ich weiß, daß ihr siebenmal am Tag darum betet, uns wieder loszuwerden", sagte Dajan zu arabischen Gemeinderäten aus dem besetzten Jordanien. „Sie irren, General",



Opfer arabischer Attentäter in Gaza

antwortete ihm ein Araber. „Wir beten 77mal am Tag darum."

Sie hören noch immer auf Weisung aus Amman und schlagen selbst Vorteile aus, wenn der Verdacht besteht, daß dadurch die Besatzung zementiert werden solle.

Die Israelis wiederum planen, wie der Chef der Militärverwaltung für die besetzten Gebiete, Generalmajor Gasit, dem SPIEGEL im Sicherheitsministerium von Tel Aviv zu verstehen gab, bereits auf fünf Jahre voraus. Sie investieren jährlich eine Viertelmilliarde Mark Steuergelder in den besetzten Gebieten.

Sie bauen Wehrdörfer entlang des Jordan und auf den Golan-Höhen, bohren nach Wasser und Öl in der Sinaiwüste und verlegen eine Erdöl-Pipeline mit einer Jahreskapazität von 25 Millionen Tonnen vom Roten zum Mittelmeer.

An einem besetzten Ort planen sie sogar für die Ewigkeit: „Jerusalem ist unwiderruflich und für ewig Israels Hauptstadt", erklärte Israels Uno-Botschafter Tekoa als Antwort auf eine Resolution des Sicherheitsrates, in der Israel einstimmig aufgefordert wurde, die Angliederung der arabischen Altstadt von Jerusalem wieder rückgängig zu machen.

Die Israelis denken nicht daran. Sie sehen in der Einheit Jerusalems unter ihrer Verwaltung eine Existenzfrage des Staates Israel.

Schon zwei Wochen nach Kriegsende hatten sie Alt-Jerusalem als einziges der besetzten Territorien offiziell eingegliedert. Seither taten sie alles, um diese Maßnahme unwiderruflich zu machen.

Über tausend Juden siedelten sich im arabischen Teil an. Verwaltungsstellen, wie die oberste Polizeibehörde für ganz Israel, etablierten sich in der Altstadt. Die Stadt erhielt ein gemeinsames Budget, einen Bebauungsplan, einheitliche Versorgungseinrichtungen. Alle Ämter und alle Beschriftungen sind zweisprachig. Jerusalem plant heute bereits für das Jahr 2010. Dann soll die Stadt 850 000 Einwohner haben.

Nach den Wahlen im Herbst sollen sechs arabische Abgeordnete in den 31-Köpfe-Stadtrat einziehen — obwohl sich bis heute noch kein Araber bereit erklärt hat, zu kandidieren oder überhaupt an der Wahl teilzunehmen.

Ein arabischer Anwalt erschien unlängst bei Meron Benvinisti, dem Beauftragten für Ost-Jerusalem, in der Stadtverwaltung und sagte, ihm sei klar, daß die Israelis doch nicht auf Dauer in der Altstadt bleiben wollten. Auf die Frage, wie er zu dieser Meinung komme, entgegnete der Araber: „Ihr habt ja noch nicht einmal Verkehrsampeln aufgestellt."

Prompt installierte die Stadtverwaltung Ampeln vor dem Damaskustor der Altstadt.

Israel muß für seine Sicherheit — oder Unsicherheit — infolge der Okkupation teuer zahlen: Die Ausgaben für seine Streitkräfte haben sich seit 1967 verdreifacht und machen 20 Prozent des Bruttosozialprodukts aus.

Wenn die ägyptische Artillerie an der Suez-Front schießt, meinen die Israelis zurückschießen zu müssen — damit der Gegner nicht glaubt, er habe sie zum Schweigen gebracht. So werden an manchen Tagen über den Kanal Granaten für zwei Millionen Mark verpulvert — ohne für eine der beiden Seiten ersichtliche Wirkung zu zeigen.

Jerusalem erhöhte bereits die ohnedies immensen Luxussteuern, beispielsweise für Autos (ein Volkswagen kostet seither 18 000 Mark, ein Schwarzweiß-Fernsehgerät 2000 Mark), schlug auf die Sondersteuer für Auslandsreisen 250 Mark pro Person und Reise und treibt durch nur halb freiwillige Sicherheitsanleihen Geld ein.

Israel versucht, auch den Preis für die Araber in die Höhe zu treiben. Israelische Kommandos sprengten den lebenswichtigen Ghor-Bewässerungskanal in Jordanien und die Hochspannungsleitung zwischen Kairo und dem Assuan-Damm. Vier israelische Jets donnerten — unbehelligt von ägyptischer Abwehr — im Tiefflug über Präsident Nassers Villa im Kairo-Vorort Heliopolis.

Die israelischen Piloten provozierten durch Einflüge ins Feind-Territorium die Luftkämpfe der vergangenen Woche, bei denen die Araber ein Dutzend ihrer modernsten Kampfflugzeuge verloren.

So versuchen sie, den Arabern Illusionen über einen neuen Waffengang zu rauben — Illusionen, die zwischen dem Persischen Golf und der Libyschen Wüste noch immer gepflegt werden. Nasser verheißt seinem Volk „El-Haraka" — eine neue Runde. Im jordanischen Rundfunk versprach Scheich Abdel-Hamid Siah: „Palästina wird bald von den Juden gesäubert werden." Radio Damaskus sieht Israel bereits „chalas" — kaputt.

Zwar sind die Araber-Staaten nach dem Verlust eines Großteils ihres Kriegsmaterials im Juni 1967 jetzt wieder aufgerüstet — die Sowjets lieferten Waffen für zwölf Milliarden Mark. Zwar gelingen ihnen zuweilen sogar gewagte Kommando-Unternehmen: Letzten Donnerstag überquerte ein Ägypter-Stoßtrupp den Suez-Kanal, zerstörte einen israelischen Bunker sowie zwei Panzer, tötete vier Israelis und nahm einen gefangen.

Aber die Araber haben kaum eine Chance, Israel in einem Krieg zu besiegen. „Times"-Reporter und Nahost-Kenner Winston Churchill jr.: „1967 haben die Araber nicht nur den 67er Krieg verloren. Sie haben damals auch den nächsten Krieg verloren — falls es einen gibt."

Wie weit die zu Euphorie und Selbstbespiegelung neigenden Araber dies erkennen, steht freilich ebenso dahin, wie zweifelhaft ist, ob die israelische Rechnung mit der Wirksamkeit von Präventiv-Schlägen auf die Araber-Mentalität stimmt. Auch Israel hat, wenn sein Kriegsziel Frieden ist, den nächsten Krieg schon verloren.




abgeschossene ägyptische Mig auf Sinai, ägyptische Gefallene am Suez-Kanal: Gebete für den Abzug der Besatzer

USA

NIXON

Fix und fertig

Die Krise kam im sechsten Monat. 24 Wochen lang hatte Amerikas 37. Präsident die Schwäche seines Regimes vertuschen können. Nun aber, in der vorigen Woche, diagnostizierte „Newsweek" eine „Führungskrise von erschreckendem Ausmaß, ... die jede positive Aktion ... zu paralysieren droht".

„Dieses Land muß sich wieder in Bewegung setzen", hatte der Wahlkämpfer Richard Milhous Nixon seinen Landsleuten im Vorjahr in Anlehnung an John F. Kennedy zugerufen.

Heute aber ist der Präsident Richard Milhous Nixon unbeweglicher denn je: Reaktionäre Südstaatler und kapitalkräftige Lobbyisten, smarte Businessmen und konservative Parteibürokraten, die ihm 1968 zur Macht verhalfen, präsentieren jetzt ihre Wechsel — und Nixon muß zahlen.

Will er die Laufzeit einer Zusatzsteuer verlängern, muß er — im Gegengeschäft für die Stimmen des Südens — ein Stück der Bürgerrechte preisgeben. Will er sein Anti-Raketen-Programm durch den Kongreß bringen, fordern die Konservativen als Vorleistung für ihr Ja den Kopf eines Liberalen. Allein in einer einzigen Woche kapitulierte der Präsident dreimal vor den Rechten.

Es begann mit einer „cause célèbre" („Newsweek"): Der erste Geschädigte der Nixon-Gläubiger ist Nixons bester Freund, der Minister für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt, Robert Finch.

Ihn hatte Nixon eigentlich sogar zu seinem Vize machen wollen. Zweimal trug er ihm im vorigen Sommer die Vizepräsidentschaft an — doch Finch, bei den Liberalen innerhalb und außerhalb der Republikanischen Partei gleichermaßen angesehen, fürchtete den Vorwurf der Vetternwirtschaft und lehnte ab, nahm aber das Ministeramt.

Noch vor seinem Amtsantritt bat er die konservative Standesvereinigung „American Medical Association" (AMA) um Vorschläge für den wichtigen Posten des Gesundheits-Staatssekretärs. Die AMA benannte auch einen Professor, doch der war gar nicht verfügbar. Darauf nominierte Finch — ohne die AMA noch einmal zu fragen — den Kandidaten seiner Wahl: den angesehenen Mediziner Dr. John Knowles, 43, einen Liberalen aus Massachusetts.

Das war am 15. Januar. Fünf Monate später war Knowles immer noch nicht ernannt: Die AMA hatte Einspruch erhoben — und dieser Einspruch hatte Gewicht.

Denn aus den Kassen der konservativen AMA-Ärzte waren im Vorjahr fast zwei Millionen Dollar in republikanische Wahlfonds geflossen; jetzt wurden die Zinsen fällig.



Präsident **Nixon**
Für das konservative Ja ...

In ihrem Kampf gegen Knowles fanden die Medizinmänner schnell einen Verbündeten: den Führer der Republikaner im Senat, den greisen Everett Dirksen, 73.

Der Parteipatriarch aus dem vorigen Jahrhundert ist das Symbol republikanisch-konservativer Vereinsmeierei und Vetternwirtschaft. Auf dem Republikaner-Konvent im letzten August in Miami Beach hatte er seinen eigenen Schwiegersohn für die Vizepräsidentschaft vorgeschlagen. In den ersten Monaten der Nixon-Ära war es ihm gelungen, die Entlassung zweier liberaler Beamter aus hohen Regierungspositionen durchzusetzen.

Nun erinnerte Dirksen den Präsidenten nachdrücklich an die Geldspenden der Ärzte, nun wurde Nixon bedeutet: Wenn er seine Steuer-Gesetze und sein Anti-Raketen-Programm durch den Kongreß bringen wolle, könnte er es sich nicht erlauben, auch nur einen einzigen konservativen



Nixon-Kontrolleur **Thurmond**
Für die Stimmen des Südens ...

Politiker durch die Berufung des liberalen Knowles zu verprellen.

Monatelang schwankte Nixon zwischen der Loyalität zu seinem Minister Finch und den Forderungen der Rechten. Immer länger schob er die Entscheidung hinaus. Am Ende schien jedoch die Freundschaft zu Finch zu triumphieren. Auf einer Pressekonferenz versicherte der Präsident, er werde sich die Vorschläge des Ministers zu eigen machen.

„Alles war fix und fertig", erinnerte sich John Knowles — aber dann konnte Nixon doch nicht so, wie er vielleicht gern gewollt hätte: Der zweiten Angriffswelle der Konservativen war er nicht mehr gewachsen.

Fünfeinhalb Stunden lang beschwor Nixon seinen Freund Finch, auf den liberalen Arzt zu verzichten: „Laß uns etwas Konstruktives tun, etwas, das man akzeptieren kann." Dann gab Finch nach: „Ich kann nicht alle meine Schlachten gewinnen, aber ich bleibe hier und kämpfe weiter."

Finch verlor auch seine zweite Schlacht — im Erziehungswesen. Vor 15 Jahren bereits hatte Amerikas Oberster Gerichtshof entschieden, die Rassentrennung an öffentlichen Schulen sei verfassungswidrig. Aber bis heute haben sich mehr als 1000 der 4425 Schulen in den Staaten des Südens und den angrenzenden Gebieten diesem Urteil immer noch nicht unterworfen. 370 Schulen erhielten deshalb die gerichtliche Auflage, bis spätestens Ende September 1970 den Vollzug der Integration zu melden.

Doch auf den Druck der Südstaaten mußte Nixon den verbindlichen Integrationstermin wieder streichen. Nur mit Mühe gelang es Finch, einen Entwurf zu stoppen, der vorsah, die Gemeinden sollten nur noch die Integrations*absicht* anzeigen.

Fast zur gleichen Zeit, da Nixon die Schul-Fristen strich, billigte das Repräsentantenhaus mit nur fünf Stimmen Mehrheit die Steuervorlage der Regierung. „Die Steuer ist zwar sehr unpopulär", hatte sich schon vorher ein Abgeordneter aus dem tiefen Süden offenbart, „aber man kann doch nicht gegen den Präsidenten stimmen, wenn man bedenkt, was er im Schulwesen tut." Kommentar des gemäßigten Negerführers Roy Wilkins: „Es ist beinahe zum Kotzen."

Zu Lasten der Farbigen ging auch Nixons dritte Entscheidung. Seit Jahren hatten sich die weißen Südstaatler beklagt, die Bürgerrechtsgesetze seien nur gegen sie gerichtet. Nixon hatte versprochen, das zu ändern — nun mußte er sein Versprechen halten: Einer seiner engsten und konservativsten Mitarbeiter, Justizminister John Mitchell, erhielt Order, die Verlängerung eines Erlasses aus dem Jahr 1965 zu unterbinden.

Mit dieser Verordnung der Johnson-Regierung sollte es den Farbigen der Südstaaten ermöglicht werden, ohne jede Diskriminierung an Wahlen teilzunehmen. Tatsächlich ist die Zahl der farbigen Wähler in den sieben Staaten des tiefen Südens seither um fast 800 000 gestiegen, die volle Gleich-



Nixon-Freund **Finch**
... den Kopf eines Liberalen

berechtigung aber ist immer noch nicht hergestellt.

Liberale Abgeordnete forderten deshalb eine Verlängerung des Erlasses um weitere fünf Jahre, doch Mitchell machte einen anderen Vorschlag: Das Gesetz solle nicht mehr nur für den Süden gelten, sondern für die ganze Nation. Hinter dem vermeintlichen Fortschritt verbarg sich ein Triumph des Südens: Wird der Erlaß auf das ganze Land ausgedehnt, hat das Justizministerium so viel bürokratische Arbeit zu erledigen, daß es Verstöße gegen die Regelung nicht mehr schnell und konsequent verfolgen kann.

„Strom Thurmond hat nicht nur sein Pfund Fleisch bekommen", schäumte denn auch der liberale Anwalt Joseph Rauh nach Mitchells Auftritt, „sondern eine ganze Tonne."

Strom Thurmond, Senator aus South Carolina, einst Demokrat, dann — 1948 — selbständiger Präsidentschaftskandidat der rassistischen „Dixiekraten",



Nixon-Kontrolleur **Dirksen**
... ein Stück der Bürgerrechte

ist heute Nixons Vertrauensmann im Süden und der erklärte Buhmann aller amerikanischen Liberalen.

Thurmond, „der die Republikanische Partei als sein Eigentum ansieht" („New York Times"), organisierte auf dem Republikaner-Parteitag im vorigen August die Stimmen des Südens für Nixon — und gilt vielen US-Bürgern seither als Amerikas heimlicher Präsident.

Denn wann immer Richard Nixon eine Entscheidung fällt — entweder wird Thurmond selbst konsultiert oder aber sein bislang engster Mitarbeiter Harry S. Dent, der vom Berater des Senators zum Berater des Präsidenten avancierte und sein Büro in Nixons Weißem Haus hat.

Dent, so berichtete die „New York Times", werde in allen wichtigen Personalfragen zu Rate gezogen — offenbar also auch im Falle Knowles, offenbar auch, wenn es galt und gilt, andere Posten zu besetzen.

Der Einfluß konservativer Dogmatiker auf Personalfragen muß sich aber gerade für einen Präsidenten verheerend auswirken, dessen Partei ohnedies nicht über eine genügend große Anzahl qualifizierter Persönlichkeiten für hohe Ämter verfügt.

Denn mit Ausnahme der acht Eisenhower-Jahre standen die Republikaner seit 1933 in der Opposition. Ihre Parteigänger machten nicht in Politik und Verwaltung Karriere, sondern in der Wirtschaft — und angesichts des Einflusses von Männern wie Everett Dirksen oder Strom Thurmond weigern sich bedeutende Republikaner entschieden, ihre hochdotierten Posten gegen ein Amt im Staatsdienst einzutauschen. Den brillanten, zu Anfang ernannten Nixon-Beratern Kissinger (für Außenpolitik und Sicherheit) und Moynihan (für die Innenpolitik) folgten fast nur Politiker zweiter Wahl — sogar bei der Besetzung wichtiger Auslandsposten. „Die von Nixon ernannten Botschafter", so klagte „Time", „sind ... die blassesten, profillosesten Charaktere der Nachkriegszeit."

Den Japanern beispielsweise, mit denen schwierige politische Verhandlungen bevorstehen, schickte er als Botschafter einen farblosen Persien-Spezialisten namens Meyer. Vorher hatten in Tokio so hervorragende Diplomaten wie Edwin Reischauer und Alexis Johnson residiert.

An den Hof von St. James entsandte Nixon den ungehobelten Verleger Walter H. Annenberg, der den traditionsbewußten Briten schon deswegen suspekt ist, weil er beim Aussteigen aus der Kutsche vor dem königlichen Palast vergaß, den Zylinder abzulegen. In seiner ersten Rede im Gastland kritisierte Annenberg entgegen diplomatischer Übung seine eigene Heimat und brandmarkte die Unruhe der Studenten.

Auch nach Bonn kommt mit Kenneth Rush, bislang Chef des zweitgrößten US-Chemie-Konzerns, keineswegs ein Elite-Diplomat. Vor dem außenpolitischen Senatsausschuß mußte Rush zugeben: „Ich fürchte, ich

bin mit der Hallstein-Doktrin nicht ausreichend vertraut." Auf die Frage, ob er die Sprache seines Gastlandes beherrsche, antwortete Nixons Mann für Bonn: „Nein, aber die Leute, mit denen ich zu tun haben werde, sprechen ganz gut Englisch."

Lediglich in Paris beließ Nixon einen Star der vorigen Administration, den Kennedy-Schwager Sargent Shriver.

Doch ob Annenberg, Rush oder Shriver überhaupt Einfluß auf die Ansichten des Präsidenten über London, Bonn oder Paris haben werden, steht dahin: Bei der Nato in Brüssel ist Robert Ellsworth akkreditiert, Nixons konservativer Wahlkampf-Direktor des Jahres 1968. „Er könnte sich", so prophezeite die „New York Times", „als der einflußreichste Verbindungsmann des Präsidenten zu seinen europäischen Alliierten entpuppen."

Umgeben von machtbewußten Beratern, weiß Nixon, so klagte ein liberaler republikanischer Senator, „überhaupt nicht, was los ist. Er lebt in völliger Isolierung von der Umwelt, und eine Handvoll Leute sorgt dafür, daß es so bleibt".

Angesichts dieser Lage wurde sogar Nixons eigener Vizepräsident Spiro T. Agnew — laut Pulitzer-Preisträger Theodore H. White ein „politischer Eunuch" — aufsässig. Erstmals in Amerikas jüngerer Geschichte wagte es ein Vize, eine Gesetzgebungsmaßnahme des Chefs offen zu torpedieren: Agnew sammelt Verbündete im Kampf gegen eine von Nixon vorgesehene Besteuerung von Erträgen aus Staatspapieren.

Zwar haben sich junge, liberale Republikaner zu einer losen Gruppe zusammengeschlossen, um die Macht der Dirksen und Thurmond zu brechen — bislang aber ohne sichtbaren Erfolg.

In der vorletzten Woche bedrängte einer der Jungtürken den Parteichef Rogers C. B. Morton, dieser solle endlich zum Präsidenten gehen und offen mit ihm reden. Der Rebell fügte hinzu: „Wenn Sie nicht zu ihm gehen, dann geht eben jemand anders."

Im Hinblick auf die Macht der Mafia in Nixons Vorzimmern antwortete Morton: „Ich hoffe, wer geht, trägt eine kugelsichere Weste."

ITALIEN

KRISE

Kampf der Correnti

Der Staat zerfällt in Fetzen", „Die Anarchie geht überall um", das schrieben Italiens Zeitungen — noch bevor Italiens Regierung stürzte. Denn das Ende des Kabinetts Rumor am Samstag vorletzter Woche, bedingt durch den Zerfall der Sozialistischen Partei, war nur der vorläufige Höhepunkt eines seit langem schwärenden Auflösungsprozesses von Gesellschaft und Staat.

Er wurde, nach außen sichtbar, durch den neuen Nationalsport Streik signalisiert. In Italien streikten während der letzten Monate: die Tank-



Altsozialist **Nenni**
„Ich habe nicht mehr die Kraft ...

warte, Piloten und Autobusfahrer; die Ärzte, die Zöllner und die Müllabfuhr; die Lehrer, Richter und Universitätsprofessoren; die Bankbeamten, Museumsangestellten und Fernsehtechniker; die Bahnhofsvorstände und die Postangestellten.

Nach Erhebungen des Statistischen Zentralinstituts in Rom streikten die Italiener zwischen 1957 und 1967 viermal soviel wie die Franzosen oder Engländer und 42mal soviel wie die Bundesdeutschen. Für das erste Vierteljahr 1969 ermittelten die römischen Statistiker 53,8 Millionen Streikstunden — 252 Prozent mehr als in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres.

Nebenher — und von der Statistik nicht erfaßt — laufen Hunderte von Bummelstreiks, wilden Streiks und allgemeinen Proteststreiks ganzer Städte — in einem Land mit florierender Wirtschaft, positiver Zahlungsbilanz, steigendem Sozialprodukt.

Die soziale Unruhe in Italien hat offenbar andere — und nicht primär wirtschaftlich-soziale — Ursachen als beispielsweise der Aufstand der französischen Arbeiter im Mai 1968. Denn die Streikbewegung hat den reichen Nordwesten des Landes ebenso erfaßt wie das arme Süditalien.

Schlüssel-Ereignis ist vielleicht der Turiner Generalstreik am letzten Wochenende. 80 Demonstranten und 70 Polizisten wurden dabei verletzt, 100 Autos zerstört. Eine Straßenschlacht zwischen Polizei und Demonstranten tobte vor dem Fiat-Werk Mirafiori — obwohl Fiat die Forderungen der Streikenden gerade erfüllt hatte.

„Gegen wen eigentlich gestreikt wird, weiß niemand", schrieb das Wirtschaftsblatt „24 Ore". „Jedes Argument ist recht, um die Arbeit niederzulegen."

Tatsächlich wird immer häufiger nicht gegen den Arbeitgeber, sondern gegen den Staat protestiert. Er stand in Italien noch nie in hohem Ansehen. Er war für die Italiener jahrhundertelang der Feind Nummer eins, denn er

wurde von fremden Besatzern repräsentiert, die das Land ausbeuteten.

Die Nachkriegs-Demokratie konnte Mißtrauen und Feindseligkeit gegenüber dem Staat nicht abtragen. Das bekommen vor allem die Vertreter der Staatsautorität zu spüren: Wo immer Polizisten gegen Demonstranten eingesetzt werden, droht lokaler Bürgerkrieg. In La Spezia, Palermo, Orgosolo und Novara genügte das — zum Teil zufällige — Auftauchen einiger uniformierter Soldaten, um blutige Unruhen auszulösen.

Italiens Staat bietet dem Bürger nicht wesentlich andere Angriffspunkte als andere Staaten: eine lange Liste halbherziger Reformen, nicht ausgeführter Vorsätze, nicht gehaltener Versprechen. Aber in Italien scheint die allgemeine Verdrossenheit über eine hochtechnisierte, unmenschlich wirkende Umwelt in Protest und Aggressionslust gegen den Staat umzuschlagen — etwa wie 1968 unter den französischen Studenten. In Italien ist — erstmals in Europa — der oft ziellose Intellektuellen-Protest zur Massenrebellion geworden.

Charakteristisch dafür ist das „Besetzen" — nicht nur, wie in Deutschland — von Fakultäten und Instituten. Fast jeden Tag werden irgendwo in Italien Fabriken, Rathäuser, Behörden, Kirchen, Bahnhöfe, Gaswerke, Hospitäler oder Irrenhäuser besetzt.

In Rom okkupierten die Gefängnisdirektoren das Justizministerium und leitende Staatsbeamte das Schatzministerium. Der Bürgermeister von Gela (Sizilien) besetzte das Wasserwerk seiner Stadt — weil die Pumpe defekt war.

„Nicht einmal die hohen Staatsbeamten haben etwas Respekt vor dem Staat", zürnte die Turiner „Stampa", „allenfalls ein Sit-in der Diplomaten vor dem Außenministerium würde uns heute noch überraschen."

Die verantwortlichen Politiker tun nichts, den Protest abzufangen. Ihre Energie wird von innerparteilichen Machtkämpfen verbraucht. In den beiden großen Parteien der Regierungs-Koalition legten sogenannte „correnti" (Strömungen) die Parteiarbeit lahm: acht in der Democrazia Cristiana, fünf bei den Sozialisten.

Die „correnti" haben ihre eigenen Sekretariate und stellen bei jedem Kongreß ihre eigenen Kandidaten auf. Sie kämpfen und intrigieren gegeneinander oder sie schließen Bündnisse auf Zeit — wie zum Beweis der Tatsache, daß große Sammlungsparteien in Ländern mit stark abgestuftem sozialem Gefüge und unterschiedlichen politischen Traditionen ihre Beweglichkeit nach innen suchen.

Worüber sie sich eigentlich streiten, begreift kein italienischer Normalbürger. Denn selbst beim wichtigsten Streitpunkt — dem Verhältnis zu den Kommunisten — sind es nur Nuancen, die Linke, Gemäßigte und Rechte trennen. Bei den Schwarzen drohten die Linken, bei den Roten die Rechten mit einer Regierungskrise. Denn bei den Christdemokraten hatte eine rechte, bei den Sozialisten eine linke Mehrheit die Macht ergriffen.

Am vorletzten Wochenende spalteten sich die vor 22 Jahren schon einmal gespaltenen und vor drei Jahren wieder vereinigten Sozialisten erneut und zwangen die Regierung Rumor zum Rücktritt. Die Abgespaltenen, die ihre Parteigenossen der Kommunistenfreundlichkeit zeihen, gaben sich den Namen „Sozialistische Einheitspartei" (PSU). Italien hat seither wieder drei sozialistische Parteien.

Ein letzter Versuch des Parteipräsidenten Pietro Nenni, die mühselig erkämpfte Einheit der Sozialisten zu retten, scheiterte unter Umständen, die für Nenni fast tragisch waren: Die einstigen Sozialdemokraten unter Ta-



... noch einmal von vorn anzufangen": **Unruhen in Turin**

nassi stimmten für Nennis Vermittlungsvorschlag, der einen Kompromiß unter den Sozialisten-correnti vorsah. Fast alle früheren Nenni-Sozialisten dagegen verweigerten ihrem langjährigen Führer die Stimme.

Der greise Parteiführer — „Ich habe mit 78 Jahren nicht mehr die Kraft, um noch einmal von vorne anzufangen" — zog sich verbittert in sein Landhaus bei Formia zurück.

Die Kommunisten verkündeten, daß nunmehr die Zeit für „eine neue Politik" gekommen sei. Sie hoffen, daß auch die Democrazia Cristiana auseinanderfällt: Die Christen-Linke unter Ex-Premier Aldo Moro hatte schon vor der Regierungskrise gedroht, sie werde ihre Minister aus der Regierung zurückziehen. Dann kann es nach kommunistischer Meinung zu einer „Koalition aller demokratischen und Linkskräfte" („L'Unità") kommen.

Während Italiens Bürger letzte Woche vergebens auf eine neue Regierung warteten, bescherten ihnen die Gewerkschaften durch eine Neuerung echte Lebenshilfe: Sie richteten, vorerst in Rom, ein Streik-Bulletin ein, das den Telephonabonnenten zu jeder Tages- und Nachtzeit Auskunft darüber gibt, wann und wo wer streikt.

TSCHECHOSLOWAKEI

VERSCHWÖRUNG

Tropfen auf Tropfen

Marschall Lyautey, Frankreichs großer Algerien-Krieger zu Beginn dieses Jahrhunderts, wollte den Weg zu seinem Palast mit Bäumen säumen lassen. Sein Gärtner gab zu bedenken, es werde 50 Jahre dauern, bis die Bäume hoch gewachsen seien. Darauf der Marschall: „Eben darum müssen wir sie schon heute pflanzen."

Wegen der Lehre aus dieser Anekdote wurde der Name des Marschalls zum Code-Wort einer Geheimdienst-Aktion der Gegenwart gewählt — das behauptet Prags Innenminister Jan Pelnář: „Lyautey", so ein Aktenfund Pelnářs, „ist eine ununterbrochen fortlaufende Operation, deren Aufgabe es ist, Schwächen und Streitigkeiten in den höheren Kreisen der Länder des sowjetischen Blocks auszunützen."

Pelnář, 58, oberster Polizei-Aufseher der Tschechoslowakei, enthüllte in einer Geheimrede vor dem „Parteiaktiv" der Polizeioffiziere und am 29. Mai auf der Plenarsitzung des CSSR-Zentralkomitees, sämtliche Geheimdienste des Westens arbeiteten in Kooperation mit „antisozialistischen Kräften" in der ČSSR auf einen politischen Umsturz hin.

Weil der Diversions-Akt von langer Hand geplant sei, trage er den Namen „Lyautey". Das gehe aus westlichen Geheimdienst-Unterlagen hervor. Pelnář zitierte aus einem angeblich britischen Dokument, in dem es unter anderem hieß: Lyautey solle „sich aller Möglichkeiten bedienen, die der englischen Regierung zur Verfügung stehen, um Spionage-Nachrichten zu besorgen



ČSSR-Bundesinnenminister **Pelnář**
Bewaffneter Aufstand ...

und Operationen zu organisieren. Mit der Planung und Organisation wird eine ständige Gruppe beauftragt, die ein Vertreter des Außenministeriums leitet und die aufgrund eines Beschlusses des Offiziellen Komitees des Ministerkabinetts für Probleme des Kommunismus errichtet wurde. Die Organisation ... wird den Beamten des Intelligence Service auferlegt."

Jan Pelnář, zehn Tage nach der Sowjet-Intervention zum Bundes-Innenminister der ČSSR ernannt, betrieb mit dem Dokument Abschreckung wie zur Stalinzeit: Unter dem Vorwurf einer Verschwörung mit westlichen Agenten wurden 1952 der ehemalige Partei-Generalsekretär Slánský und zehn Spitzengenossen gehenkt. Nun verbreitet Pelnář mit der Nachricht, eine ähnliche Verschwörung aufgedeckt zu haben, unter den führenden Funktionären des Prager Reformkurses von 1968 die Furcht vor einem neuen Schauprozeß.



Tschechischer Innenminister **Grösser**
... gegen sowjetische Streitkräfte?

Jeder Moskau-Kritiker wird künftig mit der Anklage rechnen müssen, „Lyautey"-Agent zu sein. Laut „Beilage 2 zur Nr. 2279/HB 792 vom 17. Februar 1959", so las Pelnář aus einem Dokument vor, gründet sich die Lyautey-Taktik auf Ostblock-interne Opposition gegen die UdSSR.

Pelnář verlas Einzelheiten der gegnerischen Kampfmethoden: „Bildhaft gesagt, besteht die Operation im ‚Aufsaugen' aller möglichen Quellen, aller nachrichtendienstlichen Erkenntnisse, einer Destillierung des gewonnenen Materials und dessen allmählicher Rückwirkung auf einzelne Objekte — gleichsam Tropfen auf Tropfen. Der Rückwirkungsprozeß wird in den meisten Fällen wahrscheinlich jahrelang, ja sogar jahrzehntelang andauern. ‚Lyautey' wird praktisch so lange andauern, wie die ‚Koexistenz' andauert."

Für die Tropfen-Methode fand Pelnář sogar eine Gebrauchsanweisung: Sie besteht aus zwei Phasen — die erste Phase heißt „Tropfenaufsaugen" (Spionage).

Nicht nur Staats- oder Dienstgeheimnisse, so dozierte Pelnář, interessierten „Lyautey", sondern auch scheinbar ganz bedeutungslose Informationen, die als einzelne Mosaiksteinchen wertlos, zu einem Gesamtbild gefügt jedoch bedeutsam seien.

Nach gründlicher Überprüfung würden alsdann tschechoslowakische Staatsbürger vorsichtig angeworben: mit kleinen aufmerksamen Geschenken, Beifall, Engagement-Angeboten, Einladungen zum Studienaufenthalt.

Nun beginnt die zweite Phase: „Tropfen-Ausstrahlung". Sobald sich in einem kommunistischen Land schwache Stellen, Fehler und Irrtümer bemerkbar machen, werden auf die empfindlichen Punkte „ganze Tropfenströme" angesetzt.

Pelnář forderte seine ZK-Genossen auf, sich an das Jahr 1968 in der Tschechoslowakei zu erinnern: „Kurz nach der Plenarsitzung des ZK im Januar kam das Militär und etwas später auch die Staatssicherheit an die Reihe. Dem Zweck der Zersetzung der Armee sollte der Fall des Generals Sejna* dienen, ihm folgten einige Selbstmordfälle und die Hetze gegen den Abgeordneten-General**. Was für Folgen das alles bei unseren Streitkräften hinterließ, ist allgemein bekannt."

Nämlich: „Während der damalige Innenminister kleine und große Interviews in seinem Schrebergarten erteilte, wurde die Tschechoslowakei zum Paradies für ausländische Spionageagenturen."

Der pressefreundliche Schrebergärtner war Pelnářs Amtsvorgänger als ČSSR-Innenminister, der Reformer Pavel. Gegen ihn hatte ein Kollege auf

* Sejna, Parteisekretär im Verteidigungsministerium, flüchtete im Februar 1968 in die USA.

**Gemeint ist der slowakische General Kodaj, der wegen sowjetfreundlicher Äußerungen öffentlich kritisiert wurde.

Länderebene, der tschechische Innenminister Grösser, schon früher Material gesammelt: „Unter der Führung des Innenministers Pavel sollte die ganze Staatssicherheit aufgelöst werden", gab Grösser am 11. Januar vor KP-Funktionären in Trutnov (Trautenau) bekannt. „Gleichzeitig wurde ausländischen Spionageorganisationen ermöglicht, eine ganze Skala ihrer Methoden auf unserem Gebiet durchzuexerzieren, in Verkehr mit rechten Kräften zu treten und nach und nach mit dem Abbau der sozialistischen Ordnung zu beginnen."

Grössers Staatssicherheitsbeamte ermittelten in Südmähren staatsfeindliche Gruppen, die einen bewaffneten Aufstand vorbereiteten — so Grösser am 6. Februar. Wegen seiner Enthüllungen stellten fünf Abgeordnete Grösser im Tschechischen Nationalrat am 29. April zur Rede und forderten Beweise, denn die zuständige Staatsanwaltschaft in Brünn hatte Grössers Geschichte widerlegt.

Grösser wand sich — seine Rede vom 11. Januar sei in der Presse unvollständig wiedergegeben worden; zu dem angeblichen Aufstand in Südmähren gab er nur Andeutungen: „Einige in unseren Besitz gelangte Erkenntnisse deuten tatsächlich auf eine Existenz organisierter Gruppen hin, die über Waffen verfügen und ihren Einsatz planen. In einem konkreten Fall ist die Waffenquelle eine der Waffenfabriken im Gebiet der südmährischen Region. Diese Waffen hätten gegebenenfalls auch gegen sowjetische Streitkräfte eingesetzt werden sollen."

Zur Illustration zählte Grösser die Verlustanzeigen der tschechoslowakischen Waffenmagazine seit Dezember 1968 auf, die — einschließlich der Diebstähle bei der ČSSR-Armee (allein in den Monaten Januar und Februar 1969) — zur Bewaffnung mehrerer Partisanen-Einheiten ausreichen:

- ▷ sechs Maschinengewehre,
- ▷ 118 Pistolen, 90 automatische Gewehre, 73 Karabiner,
- ▷ 372 Handgranaten und mindestens
- ▷ 26 Minen, 761 Kilo Sprengstoff sowie Zehntausende von Patronen.

Grössers Entdeckungen lieferten für das „Lyautey"-Papier des Bundesinnenministers zusätzliche Details. Pelnářs bereits „irgendwann um das Jahr 1953" erdachter Briten-Plan soll auch noch viele Verbrechen kurz vor und nach dem Tode Stalins erklären: 1953 wurde der sowjetische Geheimpolizeichef Berija als „imperialistischer Agent" hingerichtet. Pelnář vermutet, „daß die ‚Operation Lyautey' und die Deformation der fünfziger Jahre" zueinander in Beziehung standen.

„Welchen Anteil hat die ‚Aktion Lyautey' an den tschecholowakischen Ereignissen?", fragte Polizeiminister Pelnář am Schluß seiner Enthüllungsrede vor dem Zentralkomitee die anwesenden Genossen. „Wir können ohne Übertreibung konstatieren, daß die schon längst vor dem Januar (1968) ausgestrahlten Tropfen ihre Ernte einbrachten ... Der ‚Operation Lyautey'

Vor rund 50 Jahren hat Hirschmann mit dem Bananenstecker begonnen. Inzwischen sind daraus über 5000 verschiedene Steckverbindungen geworden - gute Lösungen für die unzähligen Kontaktprobleme in Industrie und Gewerbe.

Sie kennen Hirschmann vielleicht als Autoantennen-Hersteller. Oder als Großbetrieb für Rundfunk- und Fernseh-Antennen. Neu ist Ihnen aber bestimmt, daß Hirschmann zu den führenden Unternehmen für Stecker, Buchsen und Klemmen zählt. Im Maschinen- und Gerätebau, bei der Funk- und Meßtechnik und in der Elektronik ist der gute Hirschmann-Kontakt nicht mehr wegzudenken.



Richard Hirschmann
Radiotechnisches Werk
73 Esslingen/Neckar

IV.69.18.

war in der ČSSR ein Erfolg beschieden."

Dann nannte Pelnář Namen der Hauptschuldigen, darunter:

▷ Eduard Goldstücker, der bisherige Vorsitzende des Schriftstellerverbandes;
▷ Luděk Pachman, Schachgroßmeister;
▷ Emil Ludvík, einst Sekretär des früheren Staatspräsidenten Beneš;
▷ Pavel Tigrid, Herausgeber der tschechischen Exil-Zeitschrift „Svědectvi" (Zeugnis) in Paris;
▷ Ivan Sviták, Philosophie-Professor der Prager Karls-Universität, jetzt Gastdozent an der Columbia-Universität in New York;
▷ Benno G. Weigl, unter dem Pseudonym „Michael Rand" Autor eines Berichts über den Tod des Außenministers Jan Masaryk (SPIEGEL 15/1965), heute im Londoner Exil;
▷ Vilím Blažej, ehemaliger Generalsekretär der tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei, heute in England;
▷ Cecil C. Parrot, ehemaliger britischer Botschafter in Prag;
▷ Deryck Viney, BBC-Korrespondent in London;
▷ Tad Szulc, aus Prag ausgewiesener „New York Times"-Korrespondent, laut Pelnář ein „erfahrener Kaderspezialist des CIA".

Pelnářs Referat klang wie die Anklagerede in einem Schauprozeß. Letzten Dienstag nahm das Prager Parteiorgan „Rudé právo" Pelnářs Argumente auf: Nach dem Januar 1968 habe „die Aktivität der rechtsgerichteten und später antisozialistischen Kräfte breiteren" Raum erhalten. Schritt für Schritt — sozusagen Tropfen für Tropfen — seien Gerichte, Staatsanwaltschaften, die Armee, die Staatssicherheitsorgane geschwächt worden, wurde die Tschechoslowakei „zu einem nahezu freien Experimentierfeld für die Geheimdienste".

Ein Rückfall in die Zeit der Schauprozesse und Hinrichtungen politischer Gegner erscheint kaum vorstellbar. Dennoch haben in den vergangenen Wochen Verbände von Kulturschaffenden, Betriebskonferenzen von Gewerkschaften, eine Gruppe von Ärzten und der „Ausschuß zur Verteidigung des Friedens" in Resolutionen das Prager Parlament bestürmt, rasch die Todesstrafe für politische Delikte abzuschaffen. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hat ein Expertenteam mit der Prüfung der Frage beauftragt.

KENIA

STAMMESKONFLIKTE

Recht auf Barbarei

Laut heulende Weiber schleuderten ihre Schuhe und Handtaschen gegen die heranrollende schwarze Limousine. Die Männer unter den 30 000 Trauerdemonstranten empfingen die Staatskarosse von Kenia-Präsident Jomo Kenyatta, 79, mit einem Hagel von Steinen.

Nur mit Mühe erreichte „Mzee" — der große alte Mann — Nairobis katholische Kirche der „Heiligen Familie", um am Requiem für seinen am vorletzten Samstag ermordeten Planungsminister Thomas (Tom) Mboya, 38, teilzunehmen.

Beim „Kyrie eleison" weinten die Gottesdienst-Besucher, denn 1000 Polizisten hatten inzwischen — unter Leitung eines englischen Polizeioffiziers — die Straßen rund um die Kathedrale mit Tränengasbomben geräumt.

Der Einsatz war so hart, daß ein Trauernder wenig später an den Folgen einer Tränengasvergiftung starb. Der deutsche Bankkaufmann Klaus Engler fiel im Steinhagel der gejagten Demonstranten.

Mboya war der einzig mächtige Minister des Luo-Stammes in der Regierung. Seit seinem Tod sehen viele der 1,3 Millionen Luos in Präsident Kenyatta nicht länger den Vater des Landes, sondern nur noch den Führer des 1,8 Millionen Mitglieder starken Kikuju-Stammes, der nun 6,8 Millionen Angehörige der mehr als 30 restlichen Stämme des Agrarlandes Kenia allein beherrscht.

1963 hatte Kenyattas „Kanu"(Kenya African National Union)-Partei — am Ende der 76jährigen englischen Kolonialherrschaft — bei der ersten und bislang einzigen freien Wahl in Kenia die Stammesgegensätze aufgefangen.

Ihr Mitbegründer und Generalsekretär hieß Tom Mboya. Mit 84 Sitzen errang die Kanu-Partei die Unterhausmehrheit. Sie sog schließlich sogar die Opposition auf. Seit November 1964 herrschte Kenyattas Partei allein.

Im April 1966 trat Kenyattas Linksaußen, der Vizepräsident, Mao-Freund und Luo-Mann Ajuma Oginga Odinga, 58, zurück und ging mit sieben Kanu-Abgeordneten in die Opposition.



Kenia-Präsident **Kenyatta**
Steinhagel vor der Kirche

Seither war Luo Tom Mboya der einzige Konkurrent der um Kenyattas Nachfolge konspirierenden Kikuju-Kronprinzen: des Präsidenten-Leibarztes und Verteidigungsministers Dr. Njoroge Mungai, der Herr über 3100 von englischen Offizieren gedrillte Kenia-Soldaten ist, und des Ersten Kronanwalts Charles Njonjo.

Seit dem Mboya-Mord droht dem bislang als gefestigt angesehenen Kenyatta-Staat ein Schicksal wie Nigeria und Biafra. Von den Kolonialherren ohne Rücksicht auf Stammesgrenzen zusammengefügt, hat er nun die Stammesgegensätze auszugleichen.

Hunderte von Kikuju-Familien flüchteten indessen vor Tausenden von arbeitslosen jugendlichen Luos. Diese prügeln mit der Parole: „Wir haben ein Recht auf Barbarei."



Trauernde vor Mboya-Bild: Weinen beim Kyrie

„ICH WAR EIN ARCHITEKT DER VOLKSFRONT"

SPIEGEL-Gespräch mit dem französischen KP-Führer Jacques Duclos



Duclos (l.) beim SPIEGEL-Gespräch in seinem Büro in Paris*

SPIEGEL: Monsieur Duclos, Frankreich hat eine neue Regierung, es steht am Beginn einer neuen, vermutlich liberaleren Fünften Republik. Wie will Jacques Duclos, der kommunistische Präsidentschaftskandidat, wie will die Kommunistische Partei diesem neuen Regime entgegentreten?

DUCLOS: Die Formel „neue Fünfte Republik" scheint mir doch ein wenig gewagt. Wenn Sie damit andeuten wollen, die Politik von heute und morgen werde sich von der Politik von gestern unterscheiden ...

SPIEGEL: Dafür gibt es doch schon Anzeichen.

DUCLOS: Wir glauben nicht, daß es zu grundlegenden Änderungen kommt. Im Grunde genommen verteidigt die neue Regierung die gleichen Interessen wie die alte. Die Arbeiterklasse wird vor genau denselben Schwierigkeiten stehen, die es schon unter dem alten Regime gab. So will die neue Regierung zum Beispiel den Inlandsverbrauch drosseln. Was bedeutet das? Das bedeutet: Die Zahl der Arbeitslosen wird steigen. Die Arbeiterklasse wird der Regierung also eine hohe Rechnung zu präsentieren haben.

SPIEGEL: Also ein heißer Herbst in Frankreich? Eine Wiederholung der Mai-Ereignisse von 1968?

DUCLOS: Das ist schwer vorauszusagen. Die Mai-Ereignisse waren die Folge einer Unzufriedenheit, die sich seit Jahren aufgestaut hatte — nicht nur bei Arbeitern, Lehrern und Studenten, auch bei den Kleinhändlern, die über die Steuern verbittert sind; auch bei den Bauern, die sich bedroht fühlen, weil nach dem Mansholt-Plan zahlreiche kleine und mittlere Höfe stillgelegt werden sollen. Sie sehen, es gibt viele Gründe für die Unzufriedenheit.

SPIEGEL: Wird sich die KPF nicht nur auf Lohnforderungen beschränken, sondern auch das kapitalistische System in Frankreich überhaupt in Frage stellen?

DUCLOS: Wir haben dazu im letzten Dezember ein Manifest veröffentlicht, in dem „der französische Weg zum Sozialismus" definiert wird. Um diesen Weg zum Sozialismus zu öffnen, sind natürlich eine Reihe wirtschaftlicher und politischer Maßnahmen erforderlich. Aber wir gehören nicht zu denen, die sagen: Morgen kommt der Sozialismus. Solche Sprüche überlassen wir unverantwortlichen Phrasendreschern, denn wir sind eine seriöse Partei.

SPIEGEL: Monsieur Duclos, Ihre seriöse Partei hat das Regime Charles de Gaulles stets als Regime des „pouvoir personnel", als Regime der einsamen Entschlüsse attackiert. Diese Angriffsfläche dürfte Ihnen das Regime Pompidou kaum bieten.

DUCLOS: Wissen Sie, in einem Anfall von Bescheidenheit hat Pompidou selbst zugegeben, er sei keine historische Persönlichkeit. Und er hat auch gesagt, daß der Stil de Gaulles für ihn nicht paßt. Das ist ein Zeichen von Realismus. Denn er kann sich zweifellos nicht alles erlauben, was de Gaulle sich herausnehmen konnte. Er will sich also eine Etage tiefer einstufen.

SPIEGEL: Das meinten wir! Den neuen Staatschef werden Sie schwerer persönlich angreifen können als den Olympier de Gaulle.

DUCLOS: Pouvoir personnel — das war doch nur die Form seiner Politik. Die Form kann sich ändern, aber die Grundlagen der Politik bleiben dieselben. Wie bisher geht es um die Verteidigung des Monopolkapitalismus. Und jetzt will ich Ihnen mal etwas verraten: Neulich, als Monsieur Pleven im Senat die Regierungserklärung verlesen hat, da standen wir später zusammen im Konferenzsaal. Dann kam der Senatspräsident Poher aus dem Plenum. Ich habe meinen Konkurrenten begrüßt und gefragt, was er von der Regierungserklärung halte. Mit einer Aufrichtigkeit, die an Naivität grenzte, antwortete Poher: „Das ist der Poherismus." Sie sehen, meine Herren, wie sehr ich recht hatte, als ich die Alternative Pompidou/Poher mit der Wahl zwischen „blanc bonnet" und „bonnet blanc" (Jacke wie Hose) verglich *(lacht)*.

SPIEGEL: Sie haben die Alternative Pompidou/Poher auch mit der Wahl zwischen Pest und Cholera verglichen ...

DUCLOS: Das habe ich nie gesagt, diese Formel stammt nicht von mir ...

SPIEGEL: ... nicht von Ihnen persönlich, aber vom Cheftaktiker Ihrer Partei, Georges Marchais.

DUCLOS: Man hat mir auch noch eine andere Formulierung in den Mund gelegt — die Wahl zwischen Pest und Scharlach. Diese beiden Krankheiten würde ich nie miteinander ver-

JACQUES DUCLOS

ist der große alte Mann des französischen Kommunismus und stellt mit seiner Popularität den farblosen Parteichef Waldeck Rochet in den Schatten. Als Präsidentschaftskandidat der KPF eroberte Duclos, 72, nach einem dynamisch geführten Wahlkampf am 1. Juni 21,27 Prozent aller Stimmen, nur 2,03 Prozent weniger als der Zentrums-Kandidat Poher, aber 16,26 Prozent mehr als der nächstbeste Linke, der Sozialist Defferre. Duclos, gelernter Konditor aus den Pyrenäen, wurde 1920 Kommunist, weil er sich beim Puddingkochen im Pariser Regina-Hotel „frustriert fühlte". Seitdem, so Duclos, „hat die Partei mein Leben erleuchtet". Seit 1931 sitzt er im Politbüro der KPF. Im Krieg baute er eine kommunistische Partisanen-Truppe auf, die innerhalb der Résistance mit den Gaullisten rivalisierte. Sein Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen gab Frankreichs siecher, zwischen Stalinisten und Revisionisten zerrissener, zwischen Ordnungsdenken und Revolutionsgedenken erstarrter KP neues Selbstbewußtsein. Sie ist die einzige potente Oppositionspartei im Frankreich nach de Gaulle.

* Mit SPIEGEL-Redakteur Heinz Lohfeldt, SPIEGEL-Mitarbeiter Gustave Stern und SPIEGEL-Korrespondent Rolf Steinberg.

gleichen, denn ich habe selbst Scharlach gehabt und bin wieder gesund geworden. Ich habe keinen medizinischen Vergleich gebraucht, sondern nur gesagt, es sei die Wahl zwischen „blanc bonnet“ und „bonnet blanc“.

SPIEGEL: Aber dadurch, daß Sie Ihre Wähler im zweiten Wahlgang zur Stimmenthaltung aufforderten, haben Sie letztlich doch mit zum Sieg Pompidous beigetragen.

DUCLOS: Tatsächlich haben wir die Wahl gehabt zwischen Monsieur Pompidou, der die Politik des Generals de Gaulle fortsetzen will — wobei man nicht weiß, ob er's überhaupt kann —, und einer Politik der dritten Kraft, wie wir sie schon in der Vierten Republik erlebt haben, einer Politik, deren Ergebnisse wir kennen, und die wir nicht wieder aufwärmen wollen — vor allem weil sie zum Gaullismus führte.

SPIEGEL: Dennoch haben Sie Ihre Angriffe sehr gleichmäßig auf Poher und Pompidou verteilt. Die Moskauer Presse hingegen hat sehr viel schärfer gegen Poher als gegen Pompidou polemisiert. Vielleicht weil der Sowjet-Union die gaullistische Außenpolitik sympathischer war als Pohers europäischer Kurs?

DUCLOS: Die sowjetische Presse hat aus begreiflichen Gründen ihre eigene Optik. Aber für uns gelten nicht dieselben Gründe. Für unsere Position ist nicht die Außenpolitik entscheidend gewesen, sondern vor allem die Innenpolitik. Wir haben klar gegen Poher und klar gegen Pompidou Stellung bezogen. Wir wollten weder den einen noch den anderen, um das einmal klar zu sagen.

SPIEGEL: Seit den Wahlen ist die Kommunistische Partei die einzige intakte Kraft der Linken. Wollen Sie nun eine Aktionseinheit mit den anderen Parteien der Linken ansteuern, oder wollen Sie sich als einzige Kraft der Linken präsentieren, als kommunistische Volkspartei?

DUCLOS: Für die Sozialisten gibt es heute nicht mehr die Perspektive einer Zusammenarbeit mit der Mitte. Also werden *wir* uns an die sozialistischen Arbeiter wenden.

SPIEGEL: Nur an die Arbeiter oder auch an die Führer der Sozialistischen Partei?

DUCLOS: Wir wollen vor allen Dingen mit der Basis sprechen. Wenn die Basis uns begreift, muß man uns auch oben folgen. Und die Leute an der Basis begreifen schneller als die Leute oben. Das kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, denn ich war schließlich einer der Architekten der Volksfront 1936. Schon damals hat Léon Blum erklärt, die Aktionseinheit der gesamten Linken sei unvermeidlich. Schon damals wurde sie auch von den militanten Sozialisten ausdrücklich angestrebt. Die Vereinigung aller Werktätigen und demokratischen Kräfte ist die einzige Rettung.

SPIEGEL: Mit welcher Art von Kommunismus wollen Sie den sozialistischen Arbeitern die Aktionseinheit überhaupt schmackhaft machen? Denn einen einzigen Kommunismus, das hat gerade jetzt die Moskauer Konferenz gezeigt, gibt es nicht mehr; statt dessen gibt es verschiedene Kommunismen — den russischen, den rumänischen, den jugoslawischen, den kubanischen, den nordvietnamesischen und nordkoreanischen, den italienischen, den chinesischen. Wie sieht bei solcher Zerrissenheit der französische Kommunismus aus?

DUCLOS: Also, „Zerrissenheit“ ist schon ein großes Wort. Ich will Ihnen mal folgendes sagen: Unsere Welt ist heute voller Widersprüche. Sie sehen nur den Splitter im Auge des andern und bemerken nicht den Balken im eigenen Auge. Auch in der kapitalistischen Welt gibt es auf allen möglichen Gebieten sehr große Schwierigkeiten. Denken Sie nur an die internationale Währungskrise; das ist eine Krankheit, bei der man wirklich medizinische Ausdrücke benutzen kann. Da gibt es Währungen wie unseren Franc, den Dollar und natürlich auch das Pfund, die haben einen zu niedrigen Blutdruck. Andere, wie Ihre Deutsche Mark, haben einen zu hohen Blutdruck. In beiden Fällen handelt es sich um eine Krankheit, und sie ist nur ein Symptom der allgemeinen Krankheiten des Kapitalismus.



Kommunistische Wahlparole*
„Jacke wie Hose“

Natürlich gibt's auch Schwierigkeiten in der kommunistischen Welt — aber dazu sage ich Ihnen: Bei den Kapitalisten ist es eine Alterserscheinung, bei den Kommunisten jedoch eine Wachstumskrise. Die kommunistische Bewegung verbreitet sich mit einer solchen Geschwindigkeit, daß die Ideen von Marx innerhalb eines Jahrhunderts schon sehr viel weiter vorgedrungen sind als das Christentum in 2000 Jahren. Es ist nur bedauerlich, daß gerade in einem Teil des Landes, in dem Marx geboren wurde, seine Ideen und Schriften heute besonders heftig bestritten werden. Ich will Ihnen zum Kommunismus noch etwas sagen: Entscheidend ist nicht die genaue Übereinstimmung, entscheidend sind die großen Prinzipien.

SPIEGEL: Aber es gehört doch wohl nicht zu den großen Prinzipien, daß die Truppen eines kommunistischen Landes das Territorium eines anderen kommunistischen Landes besetzen.

DUCLOS: Das ist eine andere Frage. Sie müssen hier schon bei meiner Gedankenführung bleiben. Sie haben eben von den verschiedenen Spielarten des Kommunismus gesprochen — und ich glaube, da übertreiben Sie absichtlich. Für uns kommt es nicht auf Einzelheiten an, sondern auf die allgemeinen Prinzipien des Kommunismus. *Das* fällt wirklich ins Gewicht. Die Situation ist nicht mehr dieselbe wie zu jener Zeit, als nur in einem einzigen Land, in der Sowjet-Union, der Kommunismus an der Macht war. Damals war die Idee der Einheit, auch im Detail, leichter zu verwirklichen. Aber heute sieht es doch etwas anders aus.

SPIEGEL: Sie wollen also nicht sagen, daß der Einmarsch in die Tschechoslowakei ...

DUCLOS: Das ist tendenziös! Ich antworte Ihnen, was ich schon mehrfach dazu gesagt habe: Wir verwahren uns dagegen, daß Leute, die München akzeptiert haben, sich als Verteidiger der Tschechoslowakei aufspielen. So geht es nicht! Diese Leute haben nicht das Recht, darüber zu reden. Als Hitlers Truppen in die Tschechoslowakei einmarschierten, gab es auch in Frankreich Leute, die Beifall klatschten; für sie war nicht Hitler die Gefahr, sondern die Volksfront. Ich bin überzeugt, daß die Ziele derjenigen, die für die Aktion des 21. August verantwortlich sind, nichts gemein haben mit den Absichten Hitlers, egal, was einige Antikommunisten auch gesagt haben.

SPIEGEL: Uns fällt auf, daß der Altkommunist Duclos eigentlich immer „ja“ zu Moskau sagt. Sie haben „ja“ gesagt zum Stalin-Regime. Sie haben „ja“ gesagt zum Chruschtschow-Regime. Sie sagen „ja“ zum Breschnew-Regime. Haben Sie in Ihrer Karriere überhaupt jemals öffentlich Kritik an Moskau geübt?

DUCLOS: In meinen Memoiren habe ich erläutert, warum ich mir erst nach dem 20. Parteitag der KPdSU von 1956 Fragen gestellt habe und nicht schon 1937, zur Zeit der Moskauer Prozesse. Damals, während wir gegen Hitler kämpften, feierten wir den 150. Jahrestag der Großen Französischen Revolution. Wir haben damals viel über diesen Jahrestag geschrieben und erkannt, daß Revolutionäre zu Beginn ihrer Revolution durch Exzesse leicht zu Konterrevolutionären werden können. Ich habe mir gesagt: Wenn das schon bei uns passiert ist, warum sollte das nicht auch bei anderen Revolutionen passieren? Damals bestand die Tendenz, es so zu sehen, und wir haben nicht weiter nachgeforscht. Außerdem dürfen Sie nicht übersehen: Die Leute, die Stalin kritisierten, waren notori-

* Unter dem Slogan „blanc bonnet — bonnet blanc“ (zu deutsch etwa: Jacke wie Hose) zeigt das Plakat der KPF einen Januskopf aus Pompidou und Poher.

DRENDEL+ZWEILING gehört dazu. Denn „heiße Öfen” verlangen D+Z Diamantwerkzeuge.

Warum ausgerechnet von D+Z?



Formel-I-Rennwagen 30. Grand Prix/Nürburgring.

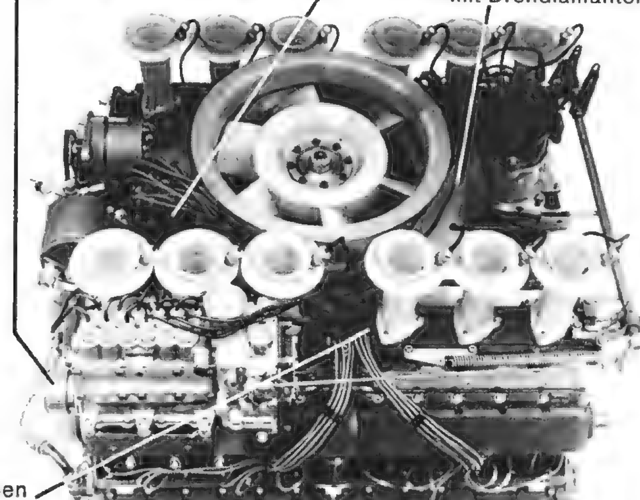
Weil höchste Präzision bei Hochleistungsmotoren die Forderung ist. D + Z Diamantwerkzeuge bearbeiten wichtige Teile auf kleinste Toleranzen genau.

D + Z macht Präzision zum Prinzip.

D + Z fertigt Diamantwerkzeuge seit vielen Jahrzehnten. D + Z bietet ein umfassendes Programm an Diamantwerkzeugen mit Eigenschaften, die dem Techniker vieles sagen: Hohe Standzeiten, optimale Kornverteilung und dauerhafte Bindung. Vom Rohling bis zum fertigen Diamantwerkzeug wird jedes D + Z Produkt im eigenen Werk gefertigt.

Wir könnten Ihnen noch mehr über D + Z Diamantwerkzeuge sagen. Wenn Sie uns schreiben. Oder uns anrufen.

Wo können D + Z Diamantwerkzeuge eingesetzt werden?

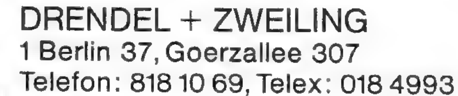




Wir müssen unbedingt mehr über den Einsatz von D + Z Diamantwerkzeugen wissen. Schicken Sie Unterlagen: Prospekte, Kataloge usw.. Aber mit „Berliner Tempo”.

Name:

Anschrift:



DRENDEL + ZWEILING
1 Berlin 37, Goerzallee 307
Telefon: 818 10 69, Telex: 018 4993



genau
richtig für Präzision

sche Antikommunisten. Man konnte also von vornherein unterstellen, daß ihre Kritik böswillig war.

SPIEGEL: Und nach der Besetzung der Tschechoslowakei, haben Sie sich da auch Fragen gestellt?

DUCLOS: Es ist bekannt, was wir von den Ereignissen des letzten Jahres halten und daß wir sie nicht gebilligt haben.

SPIEGEL: Aber das war doch nur eine halbherzige Kritik. Frankreichs Kommunisten hatten sie kaum ausgesprochen, da akzeptierten sie auch schon die „Normalisierung" — und die erlebt die Tschechoslowakei heute. Glauben Sie nicht, daß Frankreichs Wähler es Ihnen viel mehr honoriert hätten, wenn Sie dem Beispiel Ihrer italienischen Genossen gefolgt wären ...

DUCLOS: Das ist Ihre Folgerung.

SPIEGEL: ... die es nicht nur bei einmaliger Kritik beließen, sondern sich auch weigerten, den vollen Text des Hauptdokuments von Moskau zu unterzeichnen?

DUCLOS: Jede kommunistische Partei hat das Recht, souverän ihre eigene Politik zu bestimmen. Die italienischen Genossen haben nach ihren Interessen gehandelt, und wir haben nach unseren Interessen gehandelt, die immer mit den Interessen der arbeitenden Massen in Frankreich identisch sind.

SPIEGEL: Nach Ihrer Meinung ist also jede kommunistische Partei völlig frei, eine eigene Politik zu definieren, selbst wenn das zu gewissen Widersprüchen führt?

DUCLOS: Absolut. Es gibt keine Führungspartei, die über die anderen bestimmen kann. Natürlich suchen wir ein Höchstmaß an Übereinstimmung, und das ist auch in Moskau geschehen, wo sich eine überwältigende Mehrheit der vertretenen Parteien auf eine größere Anzahl von Punkten geeinigt hat.

SPIEGEL: Über einen Punkt jedoch, Monsieur Duclos, kam offenkundig keine Einigung zustande: über China. Billigen Sie auch den chinesischen Kommunisten das Recht zu, ihre eigene Politik zu definieren?

DUCLOS: Ja, aber dazu muß man noch etwas mehr sagen. Ich war schon zum achten Parteikongreß 1956 in China, und als Kommunist habe ich gewiß das Recht, dazu einige Feststellungen zu treffen. So halte ich es zum Beispiel nicht mehr für die normale Politik einer kommunistischen Partei, wenn in China die Armee zum beherrschenden Element der Politik wird.

SPIEGEL: Aber China bleibt ein kommunistisches Land mit einer kommunistischen Partei?

DUCLOS: Ja, China ist kein kapitalistisches Land, das muß man unterstreichen. Aber man hat auch das Recht, auf einige Dinge hinzuweisen, die so nicht gehen. Als ich letztes Jahr auf der Reise nach Vietnam durch China kam, sah ich zum Beispiel die jungen Leute mit ihren kleinen roten Mao-Bibeln, aus denen sie sogar vor dem Essen gläubig wie aus der Bibel zitierten. Das erinnerte mich an gläubige Christen, die das Tischgebet sprechen. Diese religiöse Konzeption bringt uns zurück zur utopischen Periode des Sozialismus — keineswegs aber voran.

SPIEGEL: Monsieur Duclos, Ihre Partei besteht jetzt seit 48 Jahren ...

DUCLOS: ... und sie ist noch sehr munter.

SPIEGEL: Das Ziel einer jeden Partei ist es, einmal an die Macht zu kommen. Ihre Partei kann auf etwa 20 bis 25 Prozent der französischen Wähler rechnen. Auf welche Weise, mit welchen Methoden wollen Sie nun an die Macht kommen? Wollen Sie den parlamentarischen Weg beschreiten oder den revolutionären oder noch einen anderen?

DUCLOS: Auch auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen, muß ich noch einmal auf unser Manifest verweisen. Natürlich nicht das von Karl Marx, sondern jenes, das wir im Dezember 1968 in unserem Zentralkomitee beschlossen haben. Dort geben wir die grundlegende Richtung bekannt: Wir glauben, daß alles von einer Union der Werktätigen und der demokratischen Kräfte abhängt. Und wir nennen auch die verschiedenen Etappen auf dem Weg zum Sozialismus. Eine dieser Etappen ist die fortgeschrittene Demokratie, die sich auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet bereits grundlegend von der heutigen unterscheidet. So würde in einer solchen Demokratie die Herrschaft des Monopolkapitalismus bereits durch die Verstaatlichung einer Reihe von Wirtschaftsmonopolen und Großbetrieben beseitigt sein — der Großbanken etwa, die es dem Monopolkapitalismus bisher erlaubten, sich des Reichtums eines Landes zu bemächtigen und über die Nation zu bestimmen. Und auch in der politischen Struktur unseres Landes wird es Änderungen geben müssen.

SPIEGEL: Hin zum Einparteienstaat ohne eine freie Opposition?

DUCLOS: Wir haben gesagt, daß wir diese Etappe nicht mit einer kommunistischen Einheitspartei erreichen wollen, sondern gemeinsam mit anderen politischen Parteien — vor allem mit der Sozialistischen Partei ...

SPIEGEL: Vorausgesetzt, daß die anderen Parteien mitmachen.

DUCLOS: Natürlich müssen sie einverstanden sein. Aber es gibt keinen anderen Weg. In der heutigen Krise des Kapitalismus ist es vor allem wichtig zu wissen, ob es noch etwas anderes als den Kapitalismus gibt. Denn der Entscheidungsspielraum wird immer geringer. Ihr kapitalistisches System, meine Herren, ist schwer krank. Sie haben zwar einige Heilmittel, richtig, man kann die Krisen hinauszögern oder bagatellisieren, aber das System ist krank, und es wird nicht ewig bestehen bleiben. Wir glauben nicht an die ewige Dauer des kapitalistischen Systems in Frankreich, wir bereiten jetzt schon seine Ablösung vor.

SPIEGEL: Und wann soll diese Ablösung stattfinden, wann wird Frankreich kommunistisch werden?

DUCLOS: Ich lese nicht aus dem Kaffeesatz, ich glaube nicht ans Kartenlegen. Fest steht nur, daß wir in einer Zeit leben, in der sich die Ereignisse überstürzen. Das Tempo der Geschichte wird immer höher und kann tiefgreifende, plötzliche Veränderungen bringen. Wenn jemand dem General de Gaulle im März 1968 prophezeit hätte, daß er Ende Mai gezwungen sein werde, zu seinen Truppen in Deutschland zu fliegen und seine Generäle um Hilfe zu bitten — de Gaulle hätte es bestimmt nicht geglaubt, denn er hielt sein Regime für fest und dauerhaft. Sie sehen: Was heute noch dauerhaft scheint, wird nicht so lange halten wie man denkt.

SPIEGEL: Monsieur Duclos, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Kommunistische Weltkonferenz in Moskau: „Wir sind in einer Wachstumskrise"



Unternehmer **Krogager**
Billige Reisen

DÄNEMARK

TOURISMUS

Pastoraler Konzern

Hauptberuflich verdient der dänische Dorfpastor Krogager im Monat 5000 Kronen (2700 Mark). Nebenberuflich verdiente er Millionen und wäre dänischer Halbmilliardär, wenn er nicht alles verschenkt hätte.

Seit 34 Jahren ist Eilif Egon Richard Søndergaard Krogager, 59, Pfarrer der Dörfer Tjaereborg und Sneum bei Esbjerg. Seit 19 Jahren ist er nebenbei („Ein Dorfpfarrer hat ja viel Zeit") Reisebüro-Unternehmer.

Vor drei Jahren wurde er weltbekannt: Die Presse berichtete über den Gottesmann, der Geschäftsmann wurde. Damals war Krogagers Hobby aus kleinen Anfängen — Autobusfahrten zu Oberammergauer Passionsspielen — zu einem der größten Reise-Unternehmen Skandinaviens (SPIEGEL 40/1966) gediehen.

Inzwischen hat er seine „Tjaereborg Rejser" zur größten Charterflugreisegesellschaft der Welt gemacht — abgesehen von US-Firmen, die für das Pentagon Soldaten und deren Familien in alle Welt fliegen.

Dazu gehören 20 Tochterfirmen in Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland, in Luxemburg, Österreich, Spanien und Zypern: Reisebüro-Filialen, Hotels, Reparaturwerkstatt, Ersatzteillager, Pilotenschule, Versicherungsgesellschaft und Großküche.

Im Keller der Tjaereborger Zentrale steht eine Großcomputer-Anlage, die der Pastor („So was veraltet ja schnell") nur geliehen hat. Jahresmiete: 1,08 Millionen Mark.

Dem pastoralen Konzern gehören heute 70 Komfortbusse und eine Vielzweck-Luftflotte: neun französische Düsen-Super-Caravelles, zwölf amerikanische Kolbenmaschinen (DC-6B), sieben kleinere Flugzeuge. Sieben weitere Super-Caravelles sind bestellt.

Tjaereborg beschäftigt 1200 Angestellte, darunter 250 Reiseleiter. Es beförderte voriges Jahr 300 000 Vollkunden sowie 700 000 Nebenkunden (anderer Reisebüros) in den Urlaub und setzte 270 Millionen Mark um.

Für dieses Jahr rechnet der Pfarrer mit 350 000 eigenen Touristen, 850 000 Hospitanten und 324 Millionen Mark Umsatz. Eine Hamburg-Filiale steht auf des Pfarrers Expansionsliste, aber er wirbt nicht um deutsche Kunden: Die haben von seinen Preisen gehört und kommen von selber.

Tjaereborgs 14 Tage Mallorca sind — vom billigsten bis zum teuersten Angebot (mit Bad und Balkon) — um 30 bis 200 Mark billiger als die der westdeutschen Tourismus-Giganten.

Ein deutscher Düsen-Trip nach Bangkok und Hongkong (zwei Wochen) kostet 2300 Mark, einschließlich Hotel und Frühstück. Tjaereborg bietet dasselbe plus Katmandu (Nepal) und einschließlich Vollpension für 1700 Mark.

Den heutigen Sachwert des Tjaereborg-Konzerns beziffert Pastor Krogager mit 500 Millionen Kronen (270 Millionen Mark). Sein einziges Kind Kristine Louise und ihr Mann, beide 22, wollen den Konzern weder weiterführen noch erben, sondern Lehrer werden.

Alleinaktionär Krogager verwandelte seine AG daraufhin gegen Zahlung von 500 000 Kronen Schenkungssteuer in die „Tjaereborg-Reisen-Stiftung, errichtet von Eilif Krogager". Sie soll die Weiterführung des Konzerns gewährleisten und über gemeinnützige Spenden beschließen. Krogager: „Mir kann ja mal etwas zustoßen."

Krogager ist „Berater" der Konzern-Direktoren und bezieht dafür Gehalt. Er, Ehefrau, Tochter und Schwiegersohn bilden die Mehrheit des sechsköpfigen Stiftungsvorstands.

Vor Gründung der Stiftung lenkte er einiges Geld aufs Privatkonto, „für einen erfolgreichen Geschäftsmann wenig, für einen Pastor viel".

SCHWEIZ

AUSLÄNDER

Lieber ins Kloster

Die „Ritter vom öligen Scheitel" treffen sich mit Vorliebe auf Bahnhöfen. Sie treffen sich, um hinter den Schweizer Frauen „herzupfeifen, sie en passant mit mediterran sensibler Hand in den Po zu kneifen", so lamentierte die Zürcher „Tat" über die „verehrten Gäste aus dem Süden": über 400 000 italienische Arbeiter.

„Ein kleines Herrenvolk sieht sich in Gefahr, es rief Arbeitskräfte, doch es kamen Menschen", umschrieb Max Frisch das Erschrecken seiner Landsleute. Sie fürchten, ihre Schweiz könne überfremdet werden — vor allem nach Feierabend und an Sonntagen.

Dann überfluten Rocco und seine Brüder die eidgenössischen Trottoirs, sie palavern in Kaufhäusern und Teestuben, benutzen öffentliche Verkehrsmittel und beanspruchen bisweilen sogar Krankenhausbetten. Sie sind anders als die Einheimischen, und sie sind die Konkurrenz der einfachen Leute auf Arbeits-, Wohnungs- und sogar auf Brautsuche.

Schon werden über 20 Prozent der von Einheimischen geschlossenen Ehen mit Ausländern — vornehmlich Italienern — eingegangen. „Doch der Aufstand in den Familien ist noch jedesmal so groß, daß man sich in die USA versetzt fühlt und glaubt, die Italiener seien die Neger", berichtet ein Basler Standesbeamter.

Ein „Komitee zur Verteidigung des (Bedretto) Tals" jammerte per Flugblatt: „Nun werden auch schon Ehen mit solchen fremden Fötzeln geschlossen" und riet: „Jugend, der Weg ins Kloster ist besser als eine Heirat mit den verführerischen Eindringlingen."

In dieser Not fand sich ein neuer Tell: James Schwarzenbach, Herren-



Italienische Gastarbeiter, Schweizer Grenzbeamter (in Chiasso): Fremde Fötzel

reiter und Verleger antijüdischer Schriften, organisierte die Heimattümler und Arterhalter. Schwarzenbach: „Wir wollen wieder Herr im eigenen Land sein." Deswegen müsse „der Ausverkauf der Heimat" gestoppt werden. Die Eidgenossen wählten ihn zum Nationalrat.

Schwarzenbachs „Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat" hat 71 772 Unterschriften — „meist von einfachen älteren, verbitterten und benachteiligten Eidgenossen" (Basler „National-Zeitung") — für einen Volksentscheid gesammelt: Die Schweizer sollen darüber befinden, ob wenigstens 300 000 der insgesamt 933 142 Ausländer in der Schweiz ausgewiesen werden.

Vorweg beschloß der Schweizer Bundesrat, daß noch 1969 alle Ausländer, die bereits länger als fünf Jahre im Land sind (fast 100 000) abzuschieben seien. Ausnahmebewilligungen sollten nur noch selten gewährt werden.

Wahrer des Schweizer Volkstums ist die Fremdenpolizei, die im Krieg Erfahrungen beim Abschieben geflüchteter Juden sammelte (SPIEGEL 47/1969) — eine Behörde, in der „kleine Herrgötter mit Polizeistaatsmethoden" (Basler „Abend-Zeitung") verwarnen und verweigern.

Manche Eidgenossen benutzen die Fremdenpolizei, um ihnen unbequeme Ausländer loszuwerden. Gehörnte Ehemänner, verlassene Schweizer Mädchen und fremdländische Konkurrenz fürchtende Geschäftsleute entledigen sich der Zuwanderer durch Denunziation. Der Angeschwärzte, schuldig oder nicht, wird oft ausgewiesen, ohne überhaupt angehört zu werden — „da er zu schweren Klagen Anlaß gab".

So sah sich der Italiener Vittorio Savignano, 53, von seinem Schweizer Handelspartner bei der Fremdenpolizei verpetzt. Savignano: „Er will das Geschäft allein machen."

Per Brief setzte der Kompagnon die Fremdenjäger auf den Partner an: Er habe in der Schweiz „keine Arbeiten zu verrichten, die seinen Aufenthalt in irgendeiner Weise rechtfertigen würden".

Der Erfolg: Savignano darf auf Geheiß der Fremdenpolizei — bestätigt vom Justizdepartmentsleiter und Bundespräsidenten von Moos — die Schweiz nicht mehr betreten.

SWASILAND

PROSTITUTION

Verbotene Früchte

Wenn alle Rassen zusammenwirken, gibt es nichts, was sie nicht erreichen können", schwärmt König Sobhuza II. („Der Löwe") von Swasiland.

Das war im September vorigen Jahres, als der afrikanische Ministaat (400 000 Einwohner) unabhängig wurde. Inzwischen haben viele Töchter des Landes den königlichen Appell zur Überwindung der Rassenschranken ernster genommen, als ihrem Souverän recht ist: Sie halten in Swasilands Städten Ausschau nach zahlungskräftigen Liebhabern aus dem Nachbarland Südafrika.

Die Weißen aus der Apartheid-Republik treibt es nach Swasiland, weil schwarze Mädchen daheim „verbotene Früchte sind" (so die südafrikanische Bantu-Illustrierte „Drum"), weil Prostitution und Liebe mit schwarzen Schönheiten in der Kap-Republik hart bestraft werden: Sieben Jahre Gefängnis sieht Südafrikas „Gesetz gegen Unmoral" als Höchststrafe für gemischte Liebe vor.

In Swasiland ist die käufliche Liebe zwischen Schwarz und Weiß erlaubt — denn „es ist unsere Politik, Mitglieder aller Rasen zu ermutigen, sich zusammenzutun ..." (so der Informationsservice Swasilands).



Swasiland-König **Sobhuza II.**
Weiße Liebhaber

Viele männliche Bewohner der südafrikanischen Metropole Johannesburg nehmen die Viereinhalb-Stunden-Fahrt über teilweise unasphaltierte Straßen auf sich, um in das gemischtrassige Liebesparadies zu gelangen. Oft sind die Hotels der Swasiland-Hauptstadt Mbabane (13 000 Einwohner) ausgebucht. Durchschnittspreis für eine Liebesnacht: fünf Rand (28 Mark).

„Wir sind tief bestürzt, daß junge Mädchen ohne augenscheinlichen Grund in den Städten herumlungern", klagte unlängst Bekimpi Dlamini, Swasilands stellvertretender Minister für Lokalverwaltung.

Swasi-Minister Prinz Mfanasibili Dlamini nannte die Liebes-Touristen „Kap-Casanovas". Swasi-Premier Prinz Makhosini Dlamini berief jetzt eine Kommission ein, die Abwehrmaßnahmen gegen Sittenverfall und Prostitutions-Boom ersinnen soll.

Strichgängerin Rose hat dafür kein Verständnis: „Wir ziehen weiße Männer vor, weil sie so nett zu uns sind und gut zahlen."



In vielen Ländern der Welt gibt es heute Unruhen und Gewalttätigkeit.

Mit ein Grund dafür ist: Wenn man nur Wohlstand um sich herum sieht, ist es schwer, nicht daran teilhaben zu wollen.

Und wenn man keinen Weg sieht, daran teilzuhaben, ist es noch viel schwerer.

Diese Tatsache verleitet so manchen in manchen Ländern zu unüberlegter Zerstörung.

Für ihn wird das aussichtslose "Streben nach mehr" stärker als alle bestehenden Gesetze. Er bricht sie. Das Leben wird zum Kampf.

Wir von IOS glauben, daß das nicht sein muß.

Und deshalb versuchen wir, diesen Zustand zu ändern.

Wir glauben, wenn wir jemandem die Chance geben, am bestehenden Wohlstand teilzuhaben, wird er ihn auch nicht zerstören.

Wir geben den Leuten diese Chance.

Wir geben ihnen die Möglichkeit, in der Wirtschaft zu investieren.



Wir geben ihnen die Möglichkeit, auf diese Weise an Gewinnen auf der ganzen Welt teilzuhaben.

Kurz gesagt: Wir geben ihnen die Chance auf ein eigenes Stück Wohlstand.

Seit wir vor 13 Jahren angefangen haben, haben mehr als 650 000 Kunden auf fünf Kontinenten mehr als eineinhalb Milliarden Dollar bei uns angelegt.

Wir haben dadurch verdient. Unsere Kunden haben dadurch verdient.

Was aber genauso wichtig ist: Wir haben so manchem dieser 650 000 Kunden die Chance auf einen eigenen Platz in der Gesellschaft gegeben.

Heute ist die IOS auf fünf Kontinenten tätig. Mit Investmentfonds, Banken, Versicherungen und Immobiliengesellschaften.

Unser Ziel ist es, eines Tages in der ganzen freien Welt tätig zu sein. Um dadurch mehr Leuten als je zuvor die Chance zu geben, am Wohlstand teilzunehmen.

IOS

I.O.S., LTD. (S.A.) PANAMA
GESCHÄFTSSTELLE GENF, 119 RUE DE LAUSANNE, GENF, SCHWEIZ



Belgischer Rennfahrer **Merckx**
„Schlachtopfer der Jet-Generation"

RADRENNEN

TOUR DE FRANCE

Eddy I.

Weder König Baudouin noch der Premierminister vermochten die miteinander verfeindeten Flamen und Wallonen zu einen. Nur ein Belgier hat beide Volksstämme hinter sich — Radstar Edoardo Merckx, 24: Eddy I., wie ihn die Presse titulierte.

„Das Königreich Belgien ist vom Merckxismus befallen", entdeckte der Züricher „Sport". Die Veranstalter des bedeutendsten Radrennens der Welt, der Tour de France, richteten ihren Streckenplan nach Belgiens strampelndem Idol: Die ersten drei der 22 Tour-Etappen führten durch Belgien.

In vier Jahren als Berufsfahrer fuhr Merckx zu mehr als 100 Siegen. Die Frankreich-Fahrt rollt er erstmals mit. Seine Eltern, Inhaber eines Kolonialwaren-Ladens bei Brüssel, hatten ihn zum Lehrer ausersehen. Sie gaben ihm 1962 eine Chance: Falls er das Nachwuchsrennen am 1. Mai gewönne, dürfe er Rennfahrer werden. Eddy Merckx siegte und wurde ungewöhnlich vorsichtig aufgebaut.

Schon im ersten Jahr als Berufsfahrer (1965) gewann Merckx neunmal, im zweiten sammelte er 19 Erfolge, im dritten 30. Durch den Weltmeisterschafts-Sieg 1967 trieb er seinen Preis pro Rennen auf 3000 bis 3500 Mark. „Merckx gehört zur Jet-Generation", schwärmte der italienische Rennfahrer Franco Bitossi. „Als ich mit ihm an der Spitze kurbelte, fühlte ich mich wie ein Schlachtopfer."

„Merckx, wer sonst", schrieb die italienische „Gazetta dello Sport" als Vorschau zum Rennen Mailand—San Remo. Der Belgier gewann — zum drittenmal. Die Rennveranstalter gerieten seinetwegen in ein Dilemma: Fehlte Merckx, blieben die Zuschauer aus, fuhr er, fehlte die Spannung.

Seine Rivalen argwöhnten, Merckx putsche sich mit einer Droge auf, die durch übliche Tests nicht nachzuweisen sei. Doch dagegen zeugte seine Fähigkeit, sich besonders schnell zu erholen. Merckx gab nur psychologisches Doping zu: „Ich stelle mir vor, daß meine Gegner sich noch mehr quälen als ich." Außerdem strampelte der Belgier nicht wie die meisten Favoriten vorwiegend im Mittelfeld, sondern kontrollierte jede Aktion möglichst von der Spitze.

Seit der Straßenstratege 1968 in der radelnden Werbekolonne der italienischen Kaffeemaschinen-Firma Faema auf die Unterstützung mehrerer Landsleute vertrauen konnte, erhöhte sich sein Jahreseinkommen auf mehr als eine Million Mark. Seine Schwester Michele, Bankangestellte, legt den Gewinn an.

Im Juni stoppten allerdings zwei Ärzte den Seriensieger. Während der Italien-Rundfahrt entdeckten sie in seiner Urinprobe Spuren einer verbotenen Droge. Die Funktionäre mußten Merckx ausschließen. Merckx, der vorher gewußt hatte, daß er als Spitzenreiter überprüft werden würde, bestritt jede Schuld.

Tatsächlich geschehen im Radsport häufig Sabotage-Akte. Favoriten brachen auf angesägten Rädern zusammen, Beruhigungsmittel zähmten die Aktivität gefährlicher Konkurrenten oder vergiftete Erdbeer-Törtchen führten, wie im Falle der Schweizer Fahrer Ferdi Kübler und Paul Egli, zu Magen-Koliken. Bei der Italien-Rundfahrt reichte ein Zuschauer dem Italiener Zilioli ein Schinkenbrötchen. Als er zubiß, zerschnitt er sich Zunge und Lippen an einer Glasscherbe.

Belgiens Fans drohten die Tour de France zu sabotieren, weil die Merckx-Sperre erst vier Tage nach dem Start ablief. Frankreichs Sportzeitung „L'Equipe" — Organisator des Rennens — klagte: „Ohne Merckx ist die Tour enthauptet."

Da suchte der Verband der Berufsfahrer in Brüssel einen Kompromiß. Mehr als 10 000 Merckx-Anhänger setzten die Funktionäre auf dem „Platz der Märtyrer" durch Sprechchöre und Transparente („Gerechtigkeit für Merckx") unter Druck. Die Sperre wurde verkürzt.

„Ich brauche fünf Tage, um wieder Tritt zu fassen", kündigte Merckx vor dem Start zur Tour de France an. Am sechsten übernahm er die Führung. Er beschleunigte das Rennen auf die bisher höchste Durchschnitts-Geschwindigkeit. Nur ein unvorhergesehener Zwischenfall — glauben Fachleute — könnte ihn stoppen.

Nach acht Etappen überschrieb der Schweizer Fachjournalist Ernst Graf seinen Bericht: „Wer wird Zweiter hinter Eddy Merckx?"

FUSSBALL

1. FC NÜRNBERG

Nichts verraten

Wenn der Club mehr Geld gehabt hätte", analysierte Trainer Max Merkel den Abstieg des 1. FC Nürnberg aus der Bundesliga, „wäre die ganze Misere nicht gekommen."

Tatsächlich brachte amateurhaftes Management den Club trotz eines Vermögens von 9 321 000 Mark in Geldverlegenheit. Die Nürnberger befinden sich in ähnlicher Lage wie vor Jahren der Hamburger Werfteigner Willy Schlieker. Sein Anlagevermögen überstieg zwar die Schulden. Mangels Bargeld geriet er dennoch in Konkurs.

Der 1. FC Nürnberg steckte etwa elf Millionen Mark, mehr als er besaß, in seinen 240 000 Quadratmeter großen Sportpark auf einem ehemaligen KdF-Gelände. Sieben Millionen Mark erlöste der Club aus dem Verkauf seines alten Geländes. Bonn und Bayern schossen je 750 000 Mark, die Stadt Nürnberg 400 000 Mark zu. Außerdem nahm der Club 2,7 Millionen Mark Darlehen auf.

Der Freistaat Bayern gewährte das großzügigste Geschenk: Der 1. FCN brauchte nur für 2000 Quadratmeter zu bebauenden Grund den Verkehrswert von je 52 Mark zu zahlen, für den Rest nur je sechs Mark. Mithin sparte der Club nahezu elf Millionen Mark.

„So fehlte uns nunmehr das Geld", klagte der Club in einer Werbeschrift. Inzwischen beschuldigte der Nürnberger Rechtsanwalt Erich Freitag Club-Schatzmeister Adam Winkler der Mißwirtschaft. „Der Schaden erreicht mehrere 100 000 Mark — die Öffentlichkeit muß ihn tragen, aus deren Steuern der Club Millionen erhielt."

Ohne Kenntnis des Gesamtvorstandes hatte Winkler beispielsweise den zuvor fortgejagten ungarischen Trainer Jenö Czaknady zum zweitenmal verpflichtet. Ablöse: 80 000 Mark. Für ein Heimspiel gegen Borussia Mönchengladbach ließ der Club nur 50 000 Karten drucken. Die Polizei mußte weitere 15 000 randalierende



Sportpark Valznerweiher (Modell)
„Mit mehr Geld ...

Fans ohne Eintritt zulassen, um Schaden zu verhüten. Einbuße: 75 000 Mark.

Den Spieler Horst Blankenburg verlieh der Club an den Wiener SC, dem er zugleich ein Vorkaufsrecht für 35 000 Mark einräumte. Als der 1. FCN Blankenburg benötigte, schickten die Wiener einen Scheck über 35 000 Mark und verkauften den Spieler an Mün-



Nürnberger Club-Schatzmeister **Winkler**
... wäre die Misere nicht gekommen"

chen 1860, das 140 000 Mark für ihn ausgab. Winkler: „Dazu möchte ich nicht Stellung nehmen."

Dem Nürnberger Journalisten Wolfgang Hahl, der in der „Abendzeitung" über die Mißgriffe berichtete, verbot der Club das Stadion. Eine Einstweilige Verfügung gegen die Vorwürfe erwirkte Winkler jedoch auch in einer mündlichen Verhandlung am letzten Mittwoch nicht. Die 8. Zivilkammer des Landgerichtes Nürnberg will erst am 30. Juli entscheiden.

Fest steht, daß die Club-Manager an ihrem wertvollsten Kapital sparten: den Spielern. Nach dem Meisterschafts-Jahr 1968 mit einem Reingewinn von 228 000 Mark vergaßen sie etwa ihr Versprechen, das Grundgehalt des Alt-Nürnbergers Fritz Popp von 1200 auf 1400 Mark aufzustocken. Dagegen erhielt der selten eingesetzte Däne Johnny Hansen 1800 Mark. Nur einige Spieler kassierten Sonderprämien unter dem Vorbehalt: „Verratet den anderen nichts." Neid und Mißtrauen untergruben die Leistungen.

Durch Irreführung versuchten sich die Club-Herren neuen Kredit zu verschaffen. Sie verkündeten, Trainer Merkels Gehalt sei um 6000 Mark monatlich gekürzt worden. In Wirklichkeit stundete Merkel die Zahlung nur. Kurz darauf kündigte der Club Merkel fristlos. Nun prozessiert der Trainer um die ihm zugebilligte Restzahlung von 65 000 Mark. Auch einige Spieler haben noch Geldforderungen.

Denn ein Rückgang um etwa 200 000 Zuschauer gegenüber der Meisterschafts-Saison brachte Mindereinnahmen von ungefähr einer Million Mark. Die bedrohlichsten Lücken stopfte ein Ausverkauf: Zwölf abwandernde Spieler brachten etwa 750 000 Mark.

MONDLANDE-UNTERNEHMEN APOLLO 11 (Geplanter Ablauf)

START VON DER ERDE

1 Mittwoch, 16. Juli, 14.32 MEZ: Start auf Cape Kennedy
2 150 Sekunden später: Brennschluß der ersten Raketenstufe
3 Sechs Minuten später: Brennschluß der zweiten Raketenstufe
4 Die dritte Raketenstufe trägt das Raumschiff zwölf Minuten nach dem Start in eine Park-Umlaufbahn um die Erde
5 Zwei Stunden, 44 Minuten nach dem Start: Die dritte Raketenstufe zündet erneut und bringt das Raumschiff auf Mondkurs (Fluchtgeschwindigkeit: 39 200 Stundenkilometer; Reisedauer bis zum Mond: 73 Stunden, zehn Minuten)
6 Das Raumschiff dreht sich um 180 Grad und koppelt mit der Mondlandefähre, die im oberen Teil der dritten Raketenstufe untergebracht ist
7 Raumschiff und Mondlandefähre wenden abermals, die dritte Raketenstufe wird (damit sie das Raumschiff nicht gefährdet) in eine Sonnenumlaufbahn gebracht
8 Kurskorrektur auf dem Weg zum Mond

RAUMFAHRT

APOLLO 11

Fesseln gesprengt

(siehe Titelbild*)

Es ist der 16. Juli, 5.29 Uhr. Im Morgengrauen dröhnt der Lautsprecher-Countdown über die Wüste: Fünf, vier, drei, zwei, eins ... Dann zuckt der Lichtblitz auf.

„Was war das?" fragt die Amerikanerin Georgia Green ihren Schwager, der neben ihr am Steuer sitzt. Das Auto gerät ins Schleudern, fährt in den Straßengraben. „Was ist los?" sucht Mrs. H. E. Wieselmann, 250 Kilometer von dem Ereignis entfernt, bei einer Zeitungsredaktion zu erfahren; sie hat gesehen, wie „die Sonne aufging und wieder unterging".

Es war, am 16. Juli 1945, der Feuerball, von dem es heißt, er habe die Welt verändert — die erste amerikanische Atombombe, gezündet über der Wüste von Alamogordo, New Mexico.

Am Mittwoch dieser Woche, auf den Tag genau 24 Jahre nach jenem Ereignis, wird wieder ein grell gleißender Feuersturm entfacht werden, wird abermals die Erde kilometerweit erzittern: wenn sich die größte je von Menschen erbaute Maschine aus ihren stählernen Fesseln löst.

Der Glutball über Alamogordo revolutionierte die Kriegstechnik und eröffnete der menschlichen Zivilisation Aussicht auf eine neue Energiequelle. Der orange-gelbe Flammenstrahl der Rakete, die über der Halbinsel Florida aufsteigen wird, markiert eine neue, vielleicht noch bedeutsamere Zeitenwende. Der Mensch, Gefangener der Erde seit Entstehung seiner Spezies, wagt den ersten Schritt in die Unendlichkeit des Universums.

Einige hundert Wissenschaftler, Techniker und Wachmänner waren Augenzeugen, als im letzten Weltkriegsjahr Amerika seine Atombombe testete. Drei Millionen Zuschauer werden auf Cape Kennedy zugegen sein, wenn am Mittwoch um 9.32 Uhr amerikanischer, 14.32 Uhr mitteleuropäischer Zeit Raumschiffkommandant Neil Alden Armstrong, 38, Raumschiffpilot Michael Collins, 38, und Mondlandefährenpilot Edwin E. Aldrin Jr., 39, zum achttägigen Raumflug starten (siehe Graphik).

Eine Milliarde Menschen wird, vier Tage nach dem Start, zusehen, wenn zum erstenmal zwei Menschen — Armstrong und Aldrin — ihren Fuß auf einen fremden Himmelskörper setzen, lautlos (denn auf dem lufthüllenlosen Mond pflanzt sich kein Schall fort) und für die Ewigkeit (denn weder Wind noch Wetter werden ihre Fußspuren je verwischen).

„Wer sich von diesem Menschheitsereignis nicht beeindrucken läßt", schrieb das britische Wochenblatt „Spectator", „hat schon zugelassen, daß der Fernsehschirm seine Phantasie ersetzt."

Im Zeitalter der 625-Zeilen-Norm droht ein Ereignis, das der britische Wissenschaftsautor Arthur C. Clarke eine „zweite kopernikanische Wende" genannt hat, auf handliches Bildröhrenformat zu schrumpfen (siehe Seite 114). „Wie weit ist der Mond entfernt?" fragte das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek" und antwortete: „Genauso weit wie Vietnam — an der gegenüberliegenden Wand des Wohnzimmers.

Die Männer, die das Menschheits-Abenteuer wagen — es sind ausgelesene Exemplare eines Menschentyps, für den zweckmäßiger Haarschnitt, Fitness des Körpers und des Gehirns wichtiger sind als das Charisma des Helden.

Sie sagen „roger" statt „yes", „correct" statt „right" und „negative" statt „no". Beim Anblick des Universums



US-Astronauten **Aldrin, Armstrong, Collins:**

* Mondrakete Saturn V auf dem Weg zum Startplatz.

Fans ohne Eintritt zulassen, um Schaden zu verhüten. Einbuße: 75 000 Mark.

Den Spieler Horst Blankenburg verlieh der Club an den Wiener SC, dem er zugleich ein Vorkaufsrecht für 35 000 Mark einräumte. Als der 1. FCN Blankenburg benötigte, schickten die Wiener einen Scheck über 35 000 Mark und verkauften den Spieler an München 1860, das 140 000 Mark für ihn ausgab. Winkler: „Dazu möchte ich nicht Stellung nehmen."



Nürnberger Club-Schatzmeister **Winkler**
... wäre die Misere nicht gekommen"

Dem Nürnberger Journalisten Wolfgang Hahl, der in der „Abendzeitung" über die Mißgriffe berichtete, verbot der Club das Stadion. Eine Einstweilige Verfügung gegen die Vorwürfe erwirkte Winkler jedoch auch in einer mündlichen Verhandlung am letzten Mittwoch nicht. Die 8. Zivilkammer des Landgerichtes Nürnberg will erst am 30. Juli entscheiden.

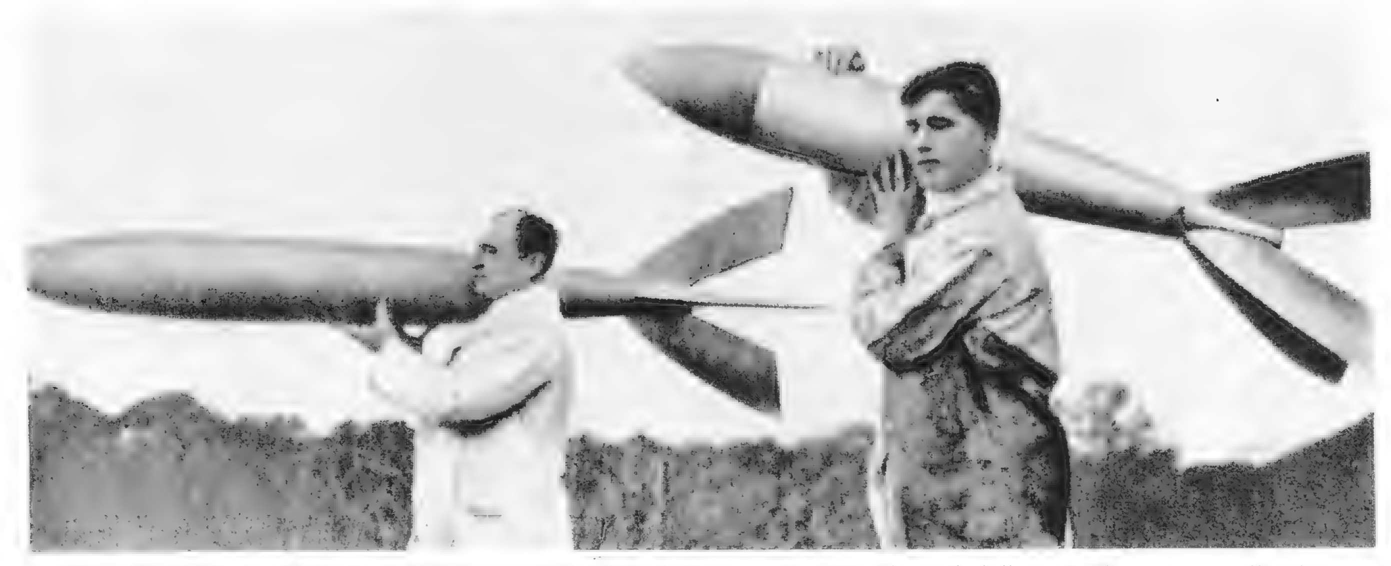
Fest steht, daß die Club-Manager an ihrem wertvollsten Kapital sparten: den Spielern. Nach dem Meisterschafts-Jahr 1968 mit einem Reingewinn von 228 000 Mark vergaßen sie etwa ihr Versprechen, das Grundgehalt des Alt-Nürnbergers Fritz Popp von 1200 auf 1400 Mark aufzustocken. Dagegen erhielt der selten eingesetzte Däne Johnny Hansen 1800 Mark. Nur einige Spieler kassierten Sonderprämien unter dem Vorbehalt: „Verratet den anderen nichts." Neid und Mißtrauen untergruben die Leistungen.

Durch Irreführung versuchten sich die Club-Herren neuen Kredit zu verschaffen. Sie verkündeten, Trainer Merkels Gehalt sei um 6000 Mark monatlich gekürzt worden. In Wirklichkeit stundete Merkel die Zahlung nur. Kurz darauf kündigte der Club Merkel fristlos. Nun prozessiert der Trainer um die ihm zugebilligte Restzahlung von 65 000 Mark. Auch einige Spieler haben noch Geldforderungen.

Denn ein Rückgang um etwa 200 000 Zuschauer gegenüber der Meisterschafts-Saison brachte Mindereinnahmen von ungefähr einer Million Mark. Die bedrohlichsten Lücken stopfte ein Ausverkauf: Zwölf abwandernde Spieler brachten etwa 750 000 Mark.

Von Kummersdorf nach Cape Kennedy

1930 bis 1969: Etappen der Raumfahrt



Berlin, 1930: Student Wernher von Braun (r.) und Raketen-Pionier Rudolf Nebel mit Modellen von Flüssigtreibstoff-Raketen

„Das hieß: selbst durch den Raum stürmen und das geheimnisvolle Universum unmittelbar erforschen!" So umschrieb Wernher von Braun später seine Wunschträume als Student in Kummersdorf bei Berlin, auf dem ersten Raketen-Prüfgelände. Zusammen mit dem Ingenieur Kurt Debus baute von Braun zehn Jahre später die ersten Großraketen — für die deutsche Wehrmacht. Und Debus war wieder sein Mitarbeiter, als die Amerikaner — aufgeschreckt durch den Sputnik — den Visionen des All-Träumers folgten und das Von-Braun-Team mit dem Bau der überdimensionalen Mondraketen beauftragten.





September 1944: Zum erstenmal fallen deutsche Fernraketen vom Typ V 2 auf die Londoner City (l.). Noch unbetankte V-2-Raketen lagern getarnt in den nordostfranzösischen Wäldern (o.). Jedes dritte der technisch noch grobschlächtigen Geschosse versagt oder verfehlt das Ziel. 25 Jahre später erreicht die amerikanische Mondrakete Saturn V (r.) — achtmal so hoch und 250mal so schwer wie die V 2 — eine Zuverlässigkeit von 99,9999 Prozent

RÜCKKEHR ZUR ERDE

(15) Montag, 21. Juli, 9.47 Uhr: Nach 150 Minuten Aufenthalt auf dem Mond kehren die Astronauten in die Mondfähre zurück. Neun Stunden später (18.50 Uhr) Die Astronauten zünden das Aufstiegstriebwerk, der obere Teil der Mondfähre löst sich vom vierbeinigen Startgestell und erreicht die Mond-Umlaufbahn
(16) Drei Stunden, 42 Minuten später: Die Mondfähre koppelt mit dem Apollo-Raumschiff, das während der Mondlandung mit Astronaut Collins auf der lunaren Parkbahn kreiste. Armstrong und Aldrin klettern zurück ins Raumschiff
(17) Die Mondlandefähre wird abgestoßen
(18) Dienstag, 22. Juli, 5.56 Uhr: Durch Zünden des Triebwerks bringen die Astronauten das Raumschiff auf Erdkurs
(19) Kurskorrektur
(20) Donnerstag, 24. Juli, 17.24 Uhr: Die Apollo-Kommandokapsel trennt sich von der Antriebsbaugruppe und wird um 180 Grad gedreht
(21) 14 Minuten später: Eintritt in die Erdatmosphäre
(22) Sechs Minuten später: Die drei Hauptfallschirme öffnen sich
(23) Donnerstag, 24. Juli, 17.49 Uhr: 195 Stunden und 17 Minuten nach dem Start landen die drei Astronauten mit der Kommandokapsel im Pazifik

LANDUNG AUF DEM MOND

(9) Raumschiff und Mondlandefähre drehen um 180 Grad
(10) Sonnabend, 19. Juli, 18.26 Uhr: Durch Zünden des Triebwerks wird das Raumschiff abgebremst; es tritt in eine Mond-Umlaufbahn ein
(11) Vier Stunden später: Die elliptische Umlaufbahn wird zu einer mondnahen Kreisbahn verändert
(12) Sonntag, 20. Juli, 18.50 Uhr: Mondlandefähre trennt sich vom Raumschiff
(13) 84 Minuten später: Mondfähre zündet Bremstriebwerk und beginnt mit dem Landeanflug
(14) Sonntag, 20. Juli, 21.23 Uhr: Mondfähre setzt im „Meer der Ruhe" auf
(14) Montag, 21. Juli, 7.17 Uhr: Die Astronauten Armstrong und (25 Minuten später) Aldrin verlassen die Mondfähre

DER SPIEGEL

fallen ihnen Vokabeln ein wie „pretty" oder „beautiful", und wenn etwas schiefgeht, entschlüpft ihnen (so den Astronauten Cernan und Stafford bei Apollo 10) ein „goddam" oder ein „son of a bitch" ins Mikrophon, an dem die Welt teilhat — zum Ärger amerikanischer Kleriker (Larry Poland, Präsident einer Bibelvereinigung in Miami: „Sie tragen die Sprache der Gosse zum Mond").

Es gibt nicht den Einheitstyp der Astronauten, sondern Temperamente. Aldrin, Oberst der Luftwaffe, hatte nur einmal hochfliegenden Puls: als er (bei Gemini 12) eine Botschaft an die Veteranen des US-Militärs verlas; sonst: hochgradig körpertrainiert, hundertprozentig diszipliniert. Collins hingegen, gebürtig aus Rom, gilt eher als kosmischer Weltenbummler, als raumfahrender Playboy-Typ. Armstrong hinwiederum, so heißt es in Houston, ist ein wenig unglücklich über sein jungenhaftes Aussehen und darüber, daß er zweimal Pech hatte (er ließ eines der Schwebefahrzeuge zum Mondlandetraining abstürzen und hatte Steuerprobleme bei Gemini 8); Nasa-Psychologen hoffen, daß die Landung auf dem Mond ihn „etwas entspannt".



Fußspuren für die Ewigkeit

Kleinmut und Zweifel, so freilich steht es nun, begleiten die drei Männer bei ihrem Aufbruch ins All. Die Zahl der Raumfahrt-Gläubigen, die Floridas Starttürme als „die Kathedralen einer neuen Weltanschauung" (US-Wissenschaftsautor Edwin Diamond) und den Mondbahnhof auf dem Cape als „den Apollo-Tempel unserer Tage" (Joseph F. Shea, Nasa-Manager in Houston) rühmen, ist nicht eben groß.

Die Zahl der Kritiker hat zugenommen, die das amerikanische Mondabenteuer — Gesamtkosten: annähernd 100 Milliarden Mark — als gigantische Geldverschwendung einstufen, als technisches Zirkusunternehmen, das nichts dazu beitrage, die wahren Menschheitsaufgaben zu lösen: Beseitigung von Hunger, Krieg und sozialem Unfrieden.

„Es ist möglich", schrieb das Nachrichtenmagazin „Time", „den Mond über den Dächern von Harlem und Watts aufgehen zu sehen und nur Bitterkeit zu empfinden angesichts des Milliardenaufwands und der ungeheuren Anstrengung, die kein einziges Menschenleben verbessert, keine einzige Wohnstatt in den Gettos dieser Welt verändert hat."

Unter der Überschrift „Die Sucht nach dem Mond" schrieb Theo Sommer in der „Zeit": „Der Ausflug ins All bedarf, altmodisch ausgedrückt, der Rechtfertigung durch gute Werke auf Erden." Eine Befangenheit von der Art, die der Karlsruher Professor Karl Steinbuch „hinterweltlerisch" nannte, ein gewisses Schaudern vor der modernen Technologie (die von manchen Kulturkritikern dann „Hybris" genannt wird) mag sich hinter solchen Einwänden verbergen — vor allem aber das ehrenwerte Unbehagen darüber, daß es in dieser Welt leichter ist, drei Menschen zum Mond zu schießen als die Slums der Metropolen zu sanieren oder die Vergiftung von Luft und Wasser aufzuhalten.

„Wenn einer der Amerikaner, die auf dem Mond landen, ein Farbiger wäre", schrieb ein kalifornischer Journalist, „wären die 24 Milliarden Dollar, die es gekostet hat, vertretbar."

Aber die Raumfahrt-Gegner lassen außer acht, daß neun Zehntel des Aufwands nicht im All verpuffen oder verglühen, sondern auf Erden investiert wurden; daß zeitweilig mehr als 400 000 Amerikaner, die am Apollo-Projekt mitarbeiteten, Miete und Auto davon finanzierten; daß Dutzende von Städten in Amerikas armem Süden dadurch ihre Sozialstruktur verbessern konnten (in Huntsville entstand durchschnittlich jede Woche

Fortsetzung im Anschluß an die Farbbilder, Seite 98.



12. April 1961: Jurij Gagarin — erster Mensch im All

Astronauten-Training zu Wasser, zu Lande und in der Luft: Nachahmung der Schwerelosigkeit in einem Flugzeug der „Air Force“



Aussteigmanöver in einer schwimmenden „Gemini“-Kapsel



Überlebenstraining im mittelamerikanischen Dschungel



4. Oktober 1957: Sputnik 1 umkreist die Erde



Cape-Kennedy-Chef Debus beim Start einer „Saturn“



Raumfahrthündin „Laika“



US-Raumfahrtaffe „Ham“



Mit einer „Mercury“-Kapsel flog Affe „Ham“ ins All



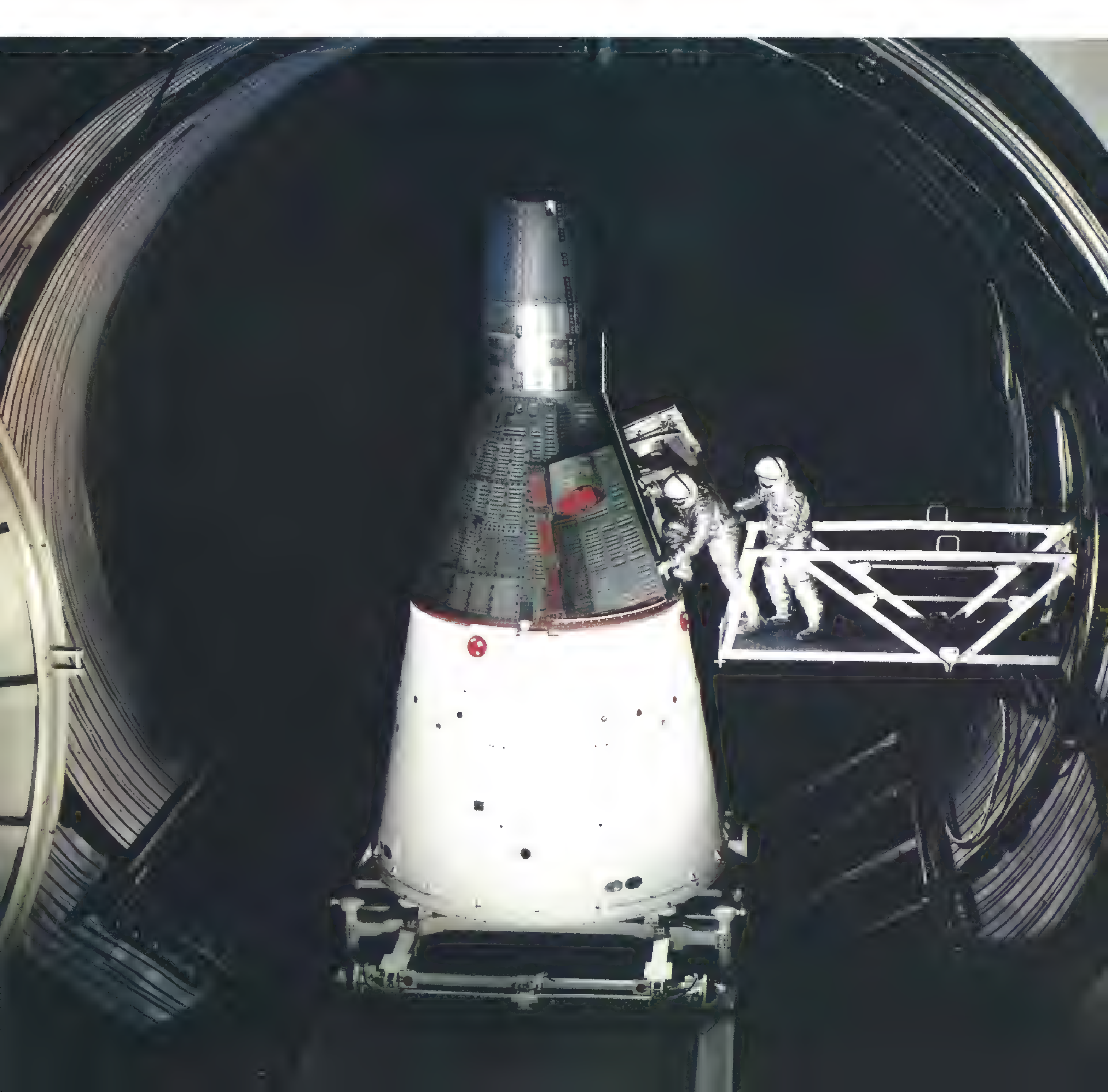
Raumanzug auf dem Prüfstand: Hunderte von Silberjodid-Lampen erzeugen Sonnen-Hitze



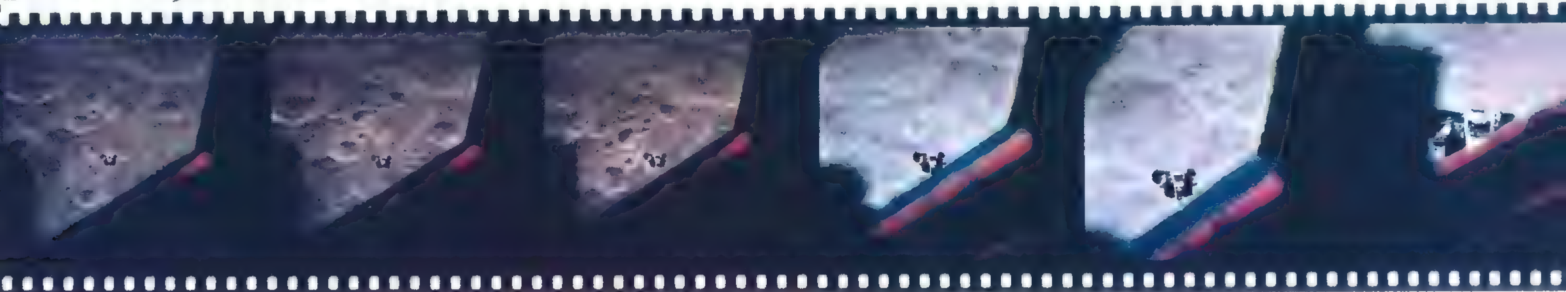
„Gemini“-Betriebseinheit mit verschiedenfarbigen Tanks für Sauerstoff und Treibstoffe. Unten: Raumschiff-Montage in „superstaubfreier“ Werkhalle.

Der Mensch in der Zerreißprobe

Eine fremdartige, feindselige Umwelt ohne Luft und Wasser, ohne vertraute Erdschwere, erfüllt von tödlicher Kälte oder sengender Sonnenhitze mußte der Mensch antreffen, wenn er den Vorstoß ins All wagte. Amerikanische wie sowjetische Raumfahrer bereiteten sich darauf vor. Sie gingen in die Wüste und in den Dschungel, um sich in der Kunst des Überlebens zu üben; sie lernten, sich aus einer sinkenden Raumkapsel zu befreien, mußten in voller Raumrüstung über künstliche Mondlandschaften klettern und sich in gigantischen Trainings-Zentrifugen herumwirbeln lassen, die sie mit dem Dreißigfachen ihres Normalgewichts in die Kontursitze preßten. Ebenso hart wurde die Ausrüstung, vom Raumanzug bis zum kompletten Raumschiff, schon auf Erden getestet.



„Gemini"-Astronauten erproben ihr Raumschiff und ihre Raumanzüge in einer riesigen, luftleer gepumpten Test-Kammer



Generalprobe der Mondlandung: Über dem Mondhorizont nähert sich die Landefähre „Snoopy“ dem Apollo-Raumschiff



Das Apollo-11-Raumschiff: Die blaue Schutzschicht brennt bei der Rückkehr ab

Nahziel: Der Mond

„Der Mond ist uns zum Greifen nahe“, meldeten die Astronauten Cernan und Stafford Ende Mai, als sie sich dem Erdtrabanten bis auf 15 Kilometer näherten. Aber der Flug zum Mond (links: die für den Start in dieser Woche vorgesehene Raumkapsel) ist nur ein Zwischenziel beim Aufbruch ins Weltall. Schon bauen Amerikaner und Sowjets Raumstationen, die auf dem Mond errichtet werden oder die Erde jahrelang umkreisen sollen. Auf den Reißbrettern entstehen sogar schon erste Konstruktionsskizzen für den Flug zum Mars.

Kommandostand in der Apollo-Kapsel: Bei einem Fehlstart können sich die Astronauten in Sicherheit katapultieren („Abort“)

Mond-Bahnhof Cape Kennedy: 500 Techniker im Kontrollzentrum überwachen an Schaltpulten und Großbildschirmen jede Phase des bemannten Raumstarts. Unten: Apollo-Raumstation, in der von 1972 an Astronauten bis zu sechs Monate lang leben sollen

ein neuer Klassenraum); daß sich für die Slum-Sanierung einer einzigen Großstadt schwerer Kongreß-Mehrheiten erlangen lassen als für Mond- oder Marsflüge — und daß am Ende das gesamte Unternehmen „Landung auf dem Mond" den US-Steuerzahler weniger gekostet hat als ein Jahr Krieg in Vietnam.

Was nützt uns der Mond? Die Phantasie der Lebenden ist überfordert, wenn es auszudenken gilt, welche Konsequenzen der Vorstoß ins Unendliche nach sich ziehen wird, gegen den die Entdeckungsreisen eines Kolumbus, Magellan oder Vasco da Gama in ihren Auswirkungen fast bescheiden anmuten könnten; der vielleicht gar vergleichbar scheint jenem Sprung der terrestrischen Evolution vor Jahrmillionen, als zum erstenmal Lebewesen vom Wasser aufs Festland vordrangen, um ihren Lebensraum zu erweitern.

Der Erdtrabant, die Manager der Raumfahrt haben das wieder und wieder betont, ist nur erste Zwischenstation, erstes Trainingsfeld auf dem Weg des Menschen in die Fernen des Kosmos.

„Bringen Sie mir ein Stück Mond", sagte der amerikanische Chemie-Nobelpreisträger Harold C. Urey, „und ich werde Ihnen sagen, wie unser Sonnensystem entstanden ist." Die 27 Kilogramm Mondboden, die das Apollo-11-Team von der Zweimal-400 000-Kilometer-Reise durchs All mitbringen soll, werden (gemessen an den bisherigen Gesamtkosten für das Projekt Apollo) eine Million mal mit Gold aufzuwiegen sein — für die Wissenschaft vom Universum sind sie von unschätzbarem Wert. Doch das allein könnte den Aufwand für einen bemannten Flug zum Mond kaum rechtfertigen.

„Was nützt uns ein Baby?" antwortete Michael Faraday, der Erfinder des Elektromotors, als er nach dem Nutzen seiner Erfindung gefragt wurde; sie war der Beginn der Elektrotechnik. Welchen Nutzen versprach im Jahre 1927 Lindberghs Transatlantik-Flug? 42 Jahre später überquerten täglich 15 000 Menschen den Atlantik auf dem Luftweg.



Starttürme auf Cape Kennedy
„Apollo-Tempel unserer Tage"

Fernen Generationen wird die 36 Stockwerke hohe, 3100 Tonnen schwere Mondmaschine, die drei Männer zum erdnächsten Himmelsziel tragen kann, vergleichbar scheinen dem Einbaum, mit dem vor Jahrtausenden zum erstenmal Menschen ins offene Meer sich vorwagten, um die nächstgelegene Insel anzusteuern — mit welchem Nutzen?

Der Einbaum des heraufdämmernden Raumfahrtzeitalters ist aus millimeterdünnem Blech gefertigt. Mit seiner geballten Schubkraft von 155 Millionen Pferdestärken — das entspricht etwa der gesammelten Antriebsleistung von 500 atomgetriebenen Flugzeugträgern — vermag er eine Last von 140 Tonnen, soviel wie eine vollbetankte, vollbesetzte Boeing 707, geradenwegs in den Himmel zu heben (in eine Erdumlaufbahn). Und die Verläßlichkeit dieses hochkomplizierten Ungetüms beziffern die Nasa-Techniker mit 99,9999 Prozent.

Das heißt: Für die mehr als zehn Millionen Einzelteile, die bei dem kirchturmhohen Mondgefährt sinnvoll zusammenwirken müssen, hätte eine Zuverlässigkeit von nur 99,9 Prozent bedeutet, daß während eines Mondflugs immerhin 10 000 Einzelteile defekt werden könnten; bei einer Quote von 99,99 Prozent wären es 1000 Komponenten. Das aber schien den Nasa-Technikern unvertretbar.

Eine Zuverlässigkeit mit vier Neunen hinter dem Komma, wie sie statt dessen nun verlangt (und bei den bisherigen Apollo-Flügen übertroffen) wurde, bedeutet dementsprechend, daß maximal zehn der über zehn Millionen Einzelteile unvollkommen funktionieren dürfen.

Übertrüge man diesen noch nie zuvor in der Geschichte der Technik realisierten Zuverlässigkeitsgrad auf die Automobilindustrie, so dürfte ein Auto mit seinen rund 13 000 Einzelteilen durchschnittlich erst nach 100 Jahren Laufzeit den ersten Defekt zeigen. Das gibt einen Begriff von dem, was die Techniker der Raumfahrt (unter dem Protest mancher Kulturkritiker) als ihre „Philosophie" bezeichnen.

„It's technically sweet", die technische Aufgabe sei verführerisch, ja unwiderstehlich gewesen, erklärte der amerikanische Physiker Robert Oppenheimer, als die moralische Berechtigung der Atombomben-Entwicklung zur Debatte stand. Die Faszination angesichts einer nahezu unlösbar scheinenden technischen Herausforderung — in der Raumfahrt-Technik scheint sie eher angezeigt. Die technischen Probleme, die das Apollo-Programm stellte, waren ungleich größer — und ungleich brillanter wurden sie gelöst: innerhalb einer Zeitspanne von knapp einem Jahrzehnt.

Im Frühjahr 1961, als John F. Kennedy die zielsetzende „Moonward ho!"-Entscheidung („Noch in diesem Jahrzehnt einen Amerikaner auf den Mond und zurück") bekanntgab, hatte gerade Alan Shepard einen ersten Raumhüpfer gewagt (Flugdauer: 15 Minuten, überflogene Distanz: 480 Kilometer). Von den Raketen, die damals in den USA erprobt wurden, versagte oder explodierte noch jede zweite.

Amerikas Selbstbewußtsein als führende Technik-Nation war angeschlagen, seit im Herbst 1957 das Fiepsen der ersten beiden russischen Sputniks (84 und 508 Kilogramm) bedrohliche Raketen-Überlegenheit der Sowjets signalisierte. Als Monate später die ersten US-Satelliten Explorer I (15 Kilogramm) und Vanguard I (1,5 Kilogramm) folgten, konnte Nikita Chruschtschow höhnen, dies seien doch „nur Pampelmusen" im All.

Aber es kam noch schlimmer. Am 12. April 1961, fünf Tage vor dem Schweinebucht-Debakel, schickten die Sowjets ihren ersten Kosmonauten, Jurij Gagarin, in 89 Minuten einmal um die Erde. In jenen Schocktagen, so erinnerte sich später Edward C. Welsh, Regierungsberater in Raumfahrtfragen, lief der damalige Vizepräsident Lyndon B. Johnson im Weißen Haus



Elendsviertel (in Harlem): „Bitterkeit über verschwendete Milliarden"

umher und fragte einen einflußreichen Kongreßabgeordneten nach dem anderen: „Sind Sie dafür, daß die USA eine zweitrangige Nation wird, oder sind Sie für diesen Plan?"

Der Plan — bemannte Raumfahrt einschließlich Landung auf dem Mond — war von einem Beratergremium des Präsidenten ausgearbeitet worden und sah bis zur Erreichung des ehrgeizigen Ziels Kosten in Höhe von 20 bis 40 Milliarden Dollar vor. Die Schätzung wurde erstaunlicherweise eingehalten (tatsächlicher Aufwand: 24 Milliarden Dollar).

Ob Kennedys Entscheidung damals eine Art Kniescheiben-Reflex auf den propagandistischen Erfolg der Sowjets, ein zwanghafter Gegenzug im Kalten Krieg oder Bestandteil seiner „New Frontier"-Vision war, die das Land „nach acht schläfrigen Eisenhower-Jahren" („Newsweek") wieder



Mondfahrt-Planer **von Braun, Kennedy, Johnson**
Weniger Kosten als ein Jahr Vietnam-Krieg

in Bewegung bringen sollte, ist umstritten.

Ganz sicher war Kennedy seiner Sache nicht. Sein Wissenschaftsberater, Jerome B. Wiesner, berichtete später, der Präsident habe einmal, als ihn die Presse wegen mangelnder Unterstützung des Meerwasserentsalzungs-Programms tadelte, in fast klagendem Ton zu ihm, Wiesner, gesagt: „Ich habe all das Geld für Ihre Raumfahrt hergegeben."

Die Raum-Planung, auf die sich Kennedy stützen konnte, stammte von einem Kernteam einiger tausend Wissenschaftler, die sich damals in Amerika mit Raumfahrt befaßten. Zu ihnen zählte auch jene Schiffsladung Spezialisten, die bei Kriegsende ihre V-2-Schießstände in Peenemünde verlassen und sich den Amerikanern ausgeliefert hatten: Raketen-Pionier und Raumfahrtträumer Wernher von Braun mit seiner Mannschaft.

Einige Jahre langweilten sich die Männer aus Peenemünde in einem entlegenen Camp in Texas. Erst Mitte der fünfziger Jahre, als die Bedrohung des amerikanischen Festlands durch sowjetische Raketen offenkundig wurde, kam das Von-Braun-Team zum Zuge. Und fortan trug der Westpreuße mit den wasserblauen Augen, der als „Büttenredner der Raumfahrt" (wie ihn Kollegen nannten) unermüdlich in Schülerversammlungen und Kongreßausschüssen für seine Vision geworben hatte, nicht unerheblich dazu bei, Amerikas Politiker davon zu überzeugen, daß ein bemannter Flug zum Mond als erster Schritt lohnend und realisierbar sei.

Zu einer Zeit freilich, da Amerikas Raketen maximal 164 Tonnen Schub, also ein Zwanzigstel der Antriebskraft entfalteten, die für den Flug zum erdnächsten Himmelsziel vonnöten ist, mußte fast als technischer Größenwahn anmuten, was Raumfahrt-Propheten wie Wernher von Braun vorschlugen und mit 100 Milliarden Mark Steuergeldern honoriert haben wollten.

Als die US-Raumfahrtbehörde Nasa Ende 1961, ein halbes Jahr nach Kennedys Marschbefehl, Zwischenbilanz zog, stand eine wenig ermutigende Zahl unterm Strich: 10 000 Einzelfragen mußten beantwortet oder entschieden werden, wenn das Projekt einer Mondlandung mit Aussicht auf Erfolg in Gang gesetzt werden sollte.

Niemand wußte beispielsweise,

▷ ob Menschen überhaupt imstande wären, acht Tage und länger im Zustand der Schwerelosigkeit im All zu überleben und dabei auch noch körperliche Arbeit zu verrichten;

▷ ob nicht Meteoriten-Schauer im All das Raumschiff schon beim Anflug auf den Mond wie ein Küchensieb durchlöchern würden;

▷ ob auf Erden ein Material zu finden oder herzustellen sei, das ein Raumschiff beim 40 000 Stundenkilometer schnellen Wiedereintritt in die irdische Lufthülle gegen Temperaturen bis zu 2750 Celsiusgraden abschirmen könnte ...

— und in dieser Weise fort und fort. Selbst die grundlegende Frage, nach welchem Rangierplan man am ehesten zum Mond gelangen könnte, war noch Ende 1961 unbeantwortet: ob im Direktschuß (dies der kostspieligste Weg), ob durch nachträgliches Auftanken eines Mondgefährts in der Erdumlaufbahn oder mit Rendezvous-Manövern in der Mondkreisbahn (wie es nun geschieht).

Die Vorstellungen vieler Raumfahrttechniker waren damals noch nicht weit entfernt von düsteren Vorahnungen, wie sie sechs Jahre zuvor der Wissenschaftsredakteur des Nachrichtenmagazins „Time", Jonathan N. Leonard, als Meinung der Experten wiedergegeben hatte: Die Idee, mehrere Triebwerke, jedes mannshoch, in einer Rakete zu bündeln, grenze nach allem technischen Verstand „an Wahnsinn". Menschen in dauernder Schwerelosigkeit müßten als hilflose Wesen, „wie schwer Nervenkranke" agieren.

Auch müsse man sich darauf gefaßt machen, daß in den ersten Jahren der Raumfahrt „nicht selten Raumschiffe spurlos verschwinden, wie einst im 16. Jahrhundert so manches Segelschiff, das auf den Weltmeeren verschollen blieb"; ihre Radiosignale, meinte Leonard, „werden plötzlich aufhören, vielleicht mitten in einem Satz. Der scharfe Knall einer Schockwelle im Innern des Raumfahrzeugs könnte das letzte sein, was über den Sender kommt ... Man wird Gebete sprechen für die Seelen der Mannschaft. Und das durchlöcherte Wrack wird für Millionen Jahre durchs All rasen, bis es am Ende in die Sonne stürzt".

Noch 1963 hielt die „New York Herald Tribune" keineswegs für ausgeschlossen, daß Menschen, die auf dem Mond landen, „vor den Augen der Weltöffentlichkeit in metertiefem Staub versinken".

Die Weichen für die Technik des Mondflugs wurden gestellt, noch ehe solche Befürchtungen durch die Serie der ferngesteuerten Erkundungsflüge (Ranger, Surveyor, Lunar Orbiter) widerlegt waren. Und manche der Entscheidungen kamen auf fast abenteuerliche Weise zustande: flüchtig skizziert auf einem Stück Notizpapier — und dann mit dem Mut der Besessenheit verfochten gegen die Mächtigen des Planungsstabes.

So war es mit der Idee des Außenseiters John Houbolt, damals Mitarbeiter des Langley-Forschungsinstituts der Nasa, für den ein Kollege später die Glückwunschformel fand: „Sie sind der einzige mir bekannte Amerikaner, der seiner Nation 20 Milliarden Dollar erspart hat."

Wenn am kommenden Sonntag die spinnenbeinige Mondlandefähre mit ihren vier Tellerfüßen und der neunsprossigen Ausstiegsleiter auf dem Mondboden aufsetzt, wird sie in ihren skurrilen Umrissen verblüffend jenem Entwurf ähnlich sehen, den Houbolt 1961 auf ein Stück Papier kritzelte.

Niemand, Wernher von Braun eingeschlossen, hatte anfangs von diesem Vorschlag etwas wissen wollen (Houbolt: „Ich hatte das Wort ‚verrückt' nie vorher in meinem Leben so oft gehört wie in jenen Wochen und Monaten").

Inzwischen aber weiß jeder in der Nasa, daß Houbolts Landefähren-Konzept Amerikas Marsch zum Mond nicht nur entschieden verbilligt, sondern auch — gegenüber allen anderen damals diskutierten Möglichkeiten — um wenigstens zwei Jahre verkürzt hat.

Und wie John Houbolt im Langley Research Center, so saßen einige zehntausend Wissenschaftler und Techniker überall im Land und brüteten über Detailfragen, beispielsweise:

▷ wie man verhindern könnte, daß die Mondrakete in den viereinhalb Monaten, die für den Zusammenbau und die Prüfung aller Systeme nötig sind, von Regen und Salzwind angenagt wird (Antwort: indem man sie in einer 160 Meter hohen Montagehalle aufeinandertürmt und dann mitsamt Wartungsturm auf einem eigens dafür konstruierten Super-Raupenschlepper an den Startplatz karrt, siehe Titelbild);

▷ wie sich im Innern des Raumanzugs trotz wechselnder physischer Bela-

stung gleichbleibende Temperatur erreichen ließe (Antwort: durch Einbau eines wasserdurchströmten Kühlschlangennetzes in die Unterwäsche);

▷ wie sich der bei Testläufen von Raketen-Triebwerken auftretende Lärm auf die in einigen Kilometern Umkreis wohnende Bevölkerung auswirken würde (es wurde in Huntsville, Alabama, ein Lautsprecher installiert, der probeweise den Lärm von acht Millionen Hi-Fi-Superlautsprechern abstrahlte);

▷ wie zu verhüten wäre, daß im Zustand der Schwerelosigkeit Brotkrümel durch das Raumschiff in das Labyrinth der elektronischen Kleinstbauteile schweben könnten — Horror-Vision der Nasa-Techniker, seit Astronaut John W. Young (Gemini 3) unerlaubterweise ein Wurstbrot mit an Bord nahm (Lösung des Problems: Die Brotwürfel der Astronauten-Nahrung, auf einen halben Millimeter und ein zehntel Gramm genau vermessen, werden mit einer Lackschicht überzogen).

Ein besonderer Typ von Eierköpfen und vorurteilslosen Ingenieuren war für solche Aufgaben nötig — von anderem Schlag als die infarktbedrohte, graumelierte Managergeneration, die in Europa (wie kürzlich der OECD-Report ergab) noch weithin die Führungspositionen besetzt hält.

Das Durchschnittsalter der Nasa-Manager liegt zwischen 35 und 45 Jahren, das der Mathematiker und Techniker, die für die Flugbahnberechnung beim Projekt Apollo verantwortlich zeichnen, etwas unter 23 Jahren.

Die Wissenschaftlerin des Massachusetts Institute of Technology, die das elektronische Leit- und Navigationssystem für das Apollo-Raumschiff konzipierte, tat es mit 24 Jahren. Die Flight Directors, die im Kontrollzentrum Houston für jeweils eine achtstündige Schicht das „weiße", „goldene" und „schwarze" Team der Flugkontrolleure kommandieren, sind Anfang Dreißig — und sie sind allesamt schon Veteranen, seit 1965, seit Beginn des Gemini-Programms, im Amt.

Nur unter dem Druck des von Präsident Kennedy gesetzten Zeitziels, nur im mitreißenden Schwung eines „crash program" war es möglich, die zehntausend Detailfragen zu lösen — anfangs mit einem nicht unbedenklichen Hang zum Aufwendigen, technisch Komplizierten, später mit dem Bemühen, jedes System möglichst einfach und überschaubar zu gestalten.

Am erstaunlichsten aber bleibt die organisatorische Leistung, die sich hinter Amerikas Mondprogramm verbirgt: Es galt, alle Verästelungen und Terminplanungen eines technischen Mammutunternehmens zu koordinieren, an dem zeitweilig mehr als 20 000 Lieferfirmen und dazu noch einige hundert wissenschaftliche Institute und Behörden mitarbeiteten.

Wie Lichtsignale und Glockenzeichen an einem Spielautomaten kamen in den Computerbatterien der Management-Zentrale Huntsville Erfolgs- und Alarmmeldungen an — über das Eintreffen einer kompletten Raketenstufe auf dem Cape ebenso wie etwa über Verzögerungen bei einem Kleinbauteil für kurshaltende Kreiselsysteme oder über Qualitätsprobleme bei der Erschmelzung neuer Glassorten für die Sichtfenster der Raumkapsel.

Und Monat für Monat wurden auch die Wissenslücken geschlossen, die in den ersten Jahren des Apollo-Programms die Ingenieure noch hatten zweifeln lassen, ob ihre Entwürfe überhaupt brauchbar wären.

Schritt für Schritt erkundeten Robot-Spähfahrzeuge und Astronauten den Weltraum im Umkreis der Erde:

▷ Satelliten mit Meßpaddeln, die bis zu einer Fläche von 230 Quadratmetern im All ausgeklappt wurden, klärten die Häufigkeit von Meteoriteneinfall. Ergebnis: Die Wahrscheinlichkeitsmathematiker rechnen bei jedem 1000. Raumflug mit einem Treffer, der zum Abbrechen der Mission zwingen würde (wobei der Besatzung Zeit bliebe, sich in ihren Raumanzügen gegen den Druckabfall im Raumschiff zu schützen).

▷ Sechs bemannte Flüge mit der Mini-Raumkapsel Mercury in den Jahren 1961 bis 1963 brachten den Beweis, daß der Mensch die Belastungen von Start, Landung und Schwerelosigkeit ertragen kann.

▷ Insgesamt 1939 Flugstunden in den Zwei-Mann-Raumschiffen vom Typ Gemini reichten hin, alle beim Raumflug notwendigen Manöver zu erproben: Rendezvous im All, Langzeitreisen bis zu zwei Wochen, Verlassen der Raumkapsel und körperliche Arbeit, freischwebend im All; das erfolgreiche Gemini-Programm verhalf den USA zum entscheidenden Vorsprung gegenüber den Sowjets (siehe Graphik Seiten 102 und 103).



Parabol-Antennen zur Bahnverfolgung im Weltraum: Geleit für die Konquistadoren des 20. Jahrhunderts

„Das Risiko eines Astronauten", so hatte Kennedy-Berater Welsh schon 1961 Zweifler zu besänftigen versucht, „ist kleiner als das Risiko einer Flugzeugbesatzung, die bei schlechtem Wetter von Washington nach Los Angeles fliegt." Die (zu jener Zeit gewiß kühne) Prognose wurde bislang durch den tatsächlich erreichten Sicherheitsgrad noch übertroffen — jedenfalls im Raum-Programm der Amerikaner.

Nur ein Mensch starb bisher beim Einsatz im Weltraum — der Russe Wladimir Komarow, dessen Sojus-Raumschiff sich (im April 1967) bei der Rückkehr zur Erde in den Fallschirmleinen verfing.

Der einzige schwerwiegende Rückschlag, den das amerikanische Mondprogramm erlitten hat, ereignete sich am Boden: als 1967 drei Astronauten beim Training in einer Apollo-Raumkapsel verbrannten (mutmaßliche Ursache: Kurzschluß in einem Kabelschacht). „Das mag den Leuten ins Bewußtsein rücken", sagte damals William E. Allen, Präsident des Luft- und



Verunglückte US-Astronauten*
Kurzschluß im Kabelschacht

Raumfahrtkonzerns Boeing, „daß dies nicht das Geschäft von Schneidern oder Schustern ist, was wir hier betreiben."

„Wie in einem Goldfisch-Aquarium" (so umschrieb es der Schweizer Wissenschaftsautor Georg Gerster) betrieben die Amerikaner ihren Aufbruch in den Weltraum: vor den Augen der Weltöffentlichkeit, ohne Geheimnistuerei. Und die Erfolge überraschten — bislang — selbst die Optimisten.

Ursprünglich, so Wernher von Brauns Planung, hatten die ersten zehn Saturn-V-Raketen unbemannt ins All geschickt werden sollen, „bevor wir genug Mut fassen würden, einen Mann in die Nase dieser Riesenrakete zu setzen" (von Braun).

Dann aber konnte dieser Schritt schon mit dem dritten Saturn-V-Start unternommen werden: Das wahrhaft ingeniöse, eigens für das Mondprogramm entwickelte Konzept von raffiniert gestaffeltem, großenteils automatisiertem „Checkout" (Prüfung der Systeme) und das Prinzip der vielfachen „Redundancy" (Verdoppelung oder Verdreifachung fast aller lebenswichtigen Systeme) hatten sich bewährt.

Spätestens hier wurde deutlich, daß Computertechnik und Raumfahrt zusammengehören wie einst Telegraph und Eisenbahn, Fahrstuhl und Wolkenkratzerbau.

Nur mit Hochleistungs-Computern war es möglich, das vielfältig versponnene Adern- und Nervengeflecht im Innern der Raumprojektile mit vernünftigem Zeitaufwand zu testen und betriebsklar zu machen. „Ohne Automatisierung der Prüfvorgänge", erläuterte Henry Paul, Chef der Abteilung Checkout und Programmierung in der Saturn-Montagehalle, „blieben unsere Vögel flügellahm auf der Startrampe hocken."

Bei der Saturn-Mondrakete beispielsweise überwachen von Beginn der Endmontage an mehrere Gruppen von Computern simultan jeden Schritt des Zusammenbaus. Ein spezieller, übergeordneter Rechner überwacht die Reihenfolge und Prioritäten der einzelnen Prüfprogramme und kontrolliert ständig die Vertrauenswürdigkeit des ganzen Systems, seine eigene nicht ausgenommen.

Insgesamt geben 4000 Meßstellen an Rakete und Raumschiff kontinuierlich Nachricht über deren Funktionszustand. Allein die Telemetrie, die elektronische Fernübermittlung von Daten während des Fluges, wäre theoretisch in der Lage, innerhalb von 30 Sekunden den kompletten Inhalt der Bibel zu übermitteln.

Computer, die an jedem Tag eines Apollo-Fluges 80 Milliarden Berechnungen ausführen, bilden das Nervenzentrum jenes weltumspannenden Netzes von Bahnverfolgungsstationen, an dem 4000 Mann in 17 Bodenstationen, auf vier Schiffen und in acht Flugzeugen mitarbeiten (SPIEGEL 23/1969).

Die empfindsamsten Sinnesorgane dieses Nachrichtensystems sind schalenförmige Parabol-Antennen von 64 Meter Durchmesser, wie sie im kalifornischen Goldstone und im australischen Canberra stationiert sind. Ihre hochgradige Sensibilität und ihre Fähigkeit, die wichtigen Signale von kosmischem Störrauschen zu unterscheiden, lassen sich mit einem Vergleich veranschaulichen: Man denke sich ein Auge, das — bei hellem Sonnenschein — das Aufleuchten einer Taschenlampe in 500 Kilometer Entfernung wahrnimmt.

Die Goldstone-Antenne in Kalifornien wird, wenn alles gutgeht, um 7.17 Uhr mitteleuropäischer Zeit am kommenden Montag auch jene Fernseh-Bilder einfangen, wie sie auf Erden (außer in Science-fiction) phantastischer, skurriler und atemraubender nicht vorzustellen sind: Zwei Männer, vermummt in weiße Raumanzüge und goldglitzernde Raumhelme, tappen über bröckliges Geröll, schaufeln Proben davon in kleine Säcke und installieren wissenschaftliche Geräte — auf einem fremden Himmelskörper, drei Raumreisetage von „der guten alten Erde" (Astronaut Borman) entfernt.

Armstrong und Aldrin, photographierend und Souvenirs sammelnd wie Touristen, werden es leichter haben als

SPÄTER START
Bemannte Raumflüge der Amerikaner

MERCURY
Länge: 2,70 Meter
Gewicht: 1,5 Tonnen

GEMINI
Länge: 5,80 Meter
Gewicht: 3,6 Tonnen

APOLLO
Länge: 17,60 Meter
Gewicht: 43 Tonnen
(mit Mondfähre)

Mercury 3: Mai 1961 Shepard (ballistischer Flug)
Mercury 4: Juli 1961 Grissom (ballistischer Flug)
Mercury 6: Februar 1962 Glenn — 3
Mercury 7: Mai 1962 Carpenter — 3
Mercury 8: Oktober 1962 Schirra — 6
Mercury 9: Mai 1963 Cooper — 22

Gemini 3: März 1965 Grissom, Young — 3
Gemini 4: Juni 1965 McDivitt, White — 62 — 21 Minuten
Gemini 5: August 1965 Cooper, Conrad — 120
Gemini 6 und 7: Dezember 1965 Schirra, Stafford Borman, Lovell — 222 — Rendezvous-Manöver
Gemini 8: März 1966 Armstrong, Scott — 7
Gemini 9: Juni 1966 Stafford, Cernan — 44
Gemini 10: Juli 1966 Young, Collins — 43 — 39 Minuten
Gemini 11: September 1966 Conrad, Gordon — 44 — 33 Minuten
Gemini 12: November 1966 Lovell, Aldrin — 59 — 129 Minuten

Apollo 7: Oktober 1968 Schirra, Eisele, Cunningham — 163
Apollo 8: Dezember 1968 Borman, Lovell, Anders — 10 Mondumkreisungen
Apollo 9: März 1969 McDivitt, Scott, Schweickart — 151 — Kopplungsmanöver mit Mondfähre
Apollo 10: Mai 1969 Stafford, Young, Cernan — Kopplungsmanöver mit Mondfähre — 31 Mondumkreisungen

Zahl der Erdumrundungen
Aufenthalt außerhalb des Raumschiffs
Kopplungsmanöver mit Agena-Zielrakete

Gesamtzahl der Astronauten-Flugstunden im All: 4514

DER SPIEGEL

* Roger Chaffee, Edward White, Virgil Grissom in der Apollo-Raumkapsel, die 1967 beim Bodentest ausbrannte.



Verunglückter Kosmonaut Komarow
Im Fallschirm verfangen

Entdecker in früheren Jahrhunderten. Columbus segelte 3000 Meilen auf unbekanntem Kurs, mit ungewissem Ziel; als er zurückkam, wußte er nicht, wo er gewesen war.

Die Konquistadoren des Jahres 1969 haben jeden Quadratmeter ihres lunaren Landeplatzes schon vorher als Bildprojektion im Trainings-Simulator sich einprägen können — mehr als 100 000 Photos von der Mondoberfläche sind während der letzten Jahre von Robotern erdwärts gefunkt oder von den Apollo-8- und Apollo-10-Astronauten aufgenommen worden.

Vier Tage, fünf Stunden und 42 Minuten nach dem Start von der Erde werden Armstrong und Aldrin mit ihrer Mondlandefähre (Rufname: „Adler") — während der dritte Mann im Apollo-Raumschiff („Columbia") weiter um den Mond kreist — zum entscheidenden Manöver ansetzen, das bislang nicht erprobt wurde: Vermittels eines feinstimmig regulierbaren Brems-Gasstrahls senkt sich die „Adler"-Fähre über die letzten 15 Kilometer behutsam auf den Mondboden.

Radargeräte melden ständig die geringer werdende Flughöhe. In der letzten Anflugphase registrieren 1,7 Meter lange Fühler an den Tellertatzen der Landefähre den Kontakt mit dem Mondboden und signalisieren den Moment, in dem das Triebwerk abgeschaltet werden muß.

Nach dem Aufsetzen sollen die beiden Astronauten noch fast zehn Stunden in der verschlossenen Fähre zubringen, ehe sie aussteigen. Zwei Stunden werden sie damit zu tun haben, alle Bordsysteme zu überprüfen. Anschließend sollen sie, nach dem Willen der Nasa-Planer, einen Imbiß nehmen.

„Die Burschen haben eiserne Nerven", kritisierte M. C. Smith, Verpflegungsbeauftragter im Raumfahrtzentrum Houston, diesen Teil des Flugplanes, „aber sie wären keine Menschen, wenn sie in dieser Lage Appetit hätten."

Doch damit nicht genug: Nach dem Imbiß sollen Armstrong und Aldrin, zusammengekauert auf dem engen Boden des Landegefährts, vier Stunden schlafen, notfalls mit Hilfe einiger Seconal-Tabletten. Dann sollen sie noch mal essen (eine Stunde) und sich auf den Ausstieg vorbereiten (zwei Stunden).

Als erster wird Neil Armstrong Mondboden betreten. Ohne sich lange zu besinnen, wird er mit einem langgestielten Säckchen zwei Pfund loses Gesteinsmaterial und Staub einsammeln und in eine Beintasche über dem linken Knie seines Raumanzuges verstauen. Für den Fall, daß die Mission vorzeitig abgebrochen werden müßte, wäre auf diese Weise wenigstens eine Prise des begehrten Mondmaterials mit auf dem Rückweg zur Erde.

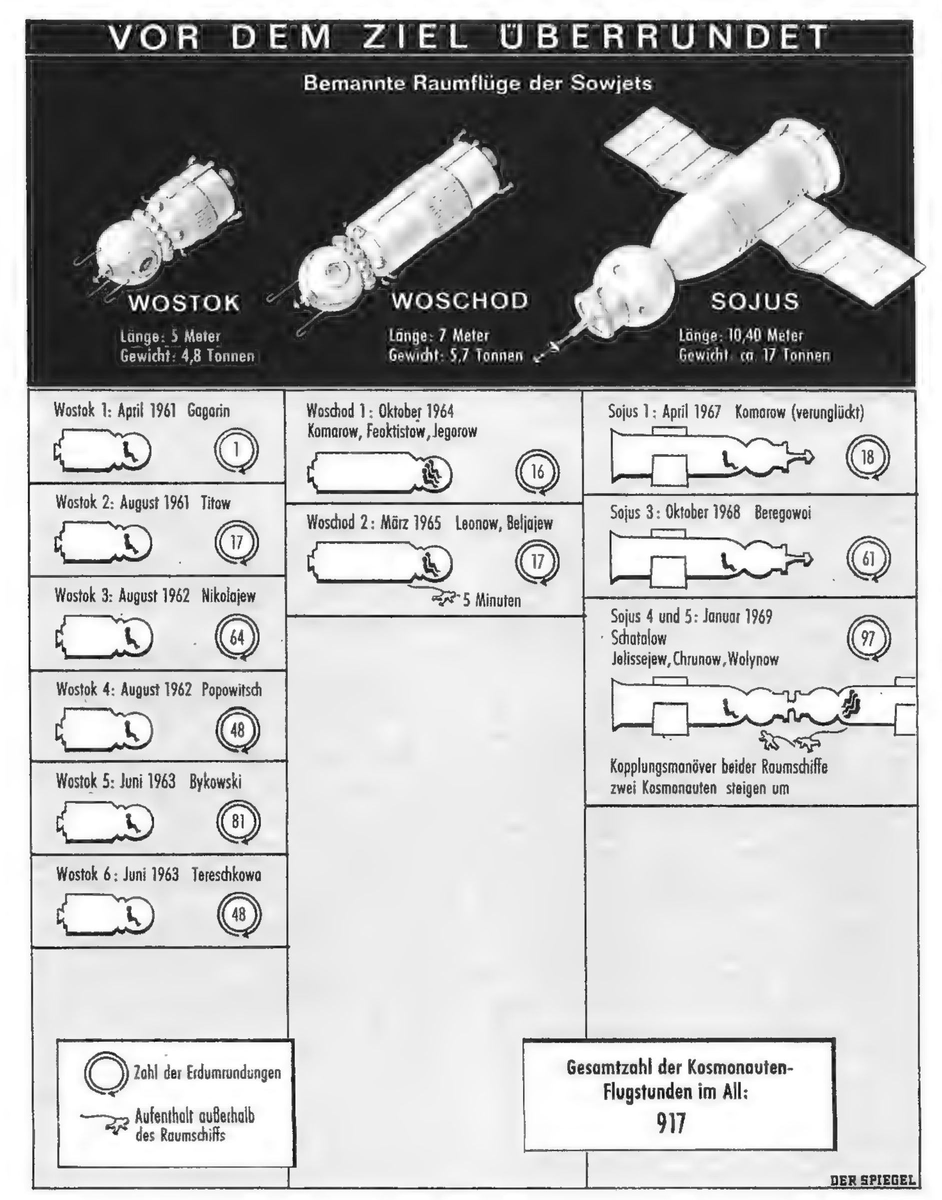
Erst dann kommen nacheinander eine Kamera, Mondfährenpilot Aldrin, eine Fernsehkamera und drei wissenschaftliche Apparaturen zum Vorschein:

▷ ein Segel aus Aluminium-Folie, das wie eine Filmleinwand entrollt wird und während des Aufenthalts der Astronauten die sogenannten Sonnenwinde einfangen soll — auf Erden erhofft man sich von diesem Experiment Aufschluß über die Zusammensetzung der von der Sonne weggeschleuderten Gasströme und damit auch über den Ursprung des Sonnensystems;

▷ ein hochempfindliches Seismometer, das auf dem Mond verbleibt und zwei Jahre lang jede Erschütterung der Mondoberfläche, sei es durch lunare Vulkantätigkeit oder durch Meteoriteneinschlag, messen und zur Erde melden soll;

▷ ein auf der Erde 35 Kilogramm, auf dem Mond (wegen der dort um fünf Sechstel geringeren Schwerkraft) nur sechs Kilogramm schweres Spiegelgerät — es wird von der Erde entsandte Laserstrahlen so exakt reflektieren, daß sich die Entfernung Erde—Mond auf 15 Zentimeter genau wird bestimmen lassen.

Genaugenommen ist die Mondlande-Mission Apollo 11 erst der letzte Schritt im Test- und Trainingsprogramm für Raumschiff und Astronauten. Gleichwohl wird die wissenschaftliche Ausbeute beispiellos sein: Mehr als 100 Forschungsinstitute in Amerika, 20 weitere in acht außeramerikani-



schen Ländern (vier davon in der Bundesrepublik) werden die 27 Kilogramm Lunar-Gestein untersuchen, die bei der ersten Mond-Expedition abfallen sollen (siehe Interview Seite 105).

Weitere neun bemannte Mondflüge sind bis Ende 1972 vorgesehen — Raketen und Raumfahrzeuge dafür sind schon im Bau oder bereits fertig. Und bei jedem Einsatz soll die wissenschaftliche Ausrüstung reichhaltiger, der Aufenthalt auf dem Mond ausgedehnter werden.

Die Astronauten werden das Magnetfeld des Trabanten untersuchen, den Wärmestrom aus dem Mondinnern messen, ein Netz von Mondbebenstationen errichten, Sonnenwinde und kosmische Strahlung beobachten und Granaten aus einem Mörser verschießen, um die elastischen Eigenschaften des Mondgesteins zu bestimmen.

Von 1971 an sollen sie auch Hilfsfahrzeuge mit an Bord haben, Mond-Jeeps, die Ausflüge in die weitere Umgebung des Landeplatzes ermöglichen. Einer dieser skurrilen Mond-Klimmer wird — von der Erde aus ferngesteuert — zu einer einjährigen, tausend Kilometer weiten Robot-Reise über die lunare Kraterlandschaft starten.

Daß Amerikas Raumfahrttechnik im Augenblick ihres größten Triumphes — angesichts der bevorstehenden Mondlandung — zugleich mit Sorge in die Zukunft blicken müsse, ist allenthalben Thema heftiger Debatten in der amerikanischen Öffentlichkeit.

Der gegenwärtige Chef des bemannten US-Raumfahrtprogramms George E. Mueller verwies auf Schätzungen, nach denen die Sowjets rund 50 Prozent mehr Geld für die Raumfahrt aufwenden als die Amerikaner. Und der Schweizer Journalist Gerster ließ sich von seinen Gesprächspartnern in Houston und Washington berichten, das derzeit geplante „Apollo-Anwendungsprogramm“ (AAP) — Bau einer Drei-Mann-Raumstation unter Verwendung einer ausgebrannten Saturn-Stufe — sei eher als „Apollo-Abfallprogramm“ zu bezeichnen: „Krümel von Apollo werden zu einer kleinen Raumstation verbacken“ (Gerster).

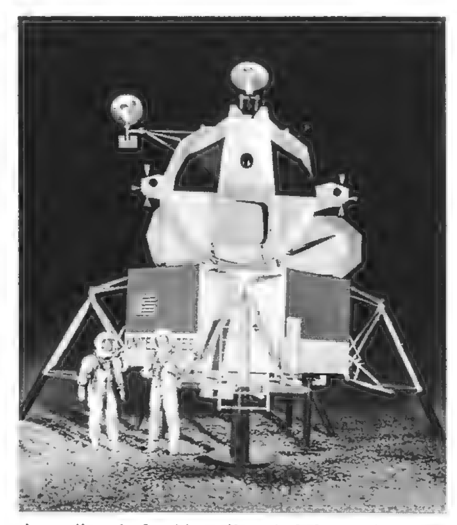
Aber solche Kassandra-Sprüche sind zu einem Gutteil Zweckpessimismus, wie er zur Lockerung der öffentlichen Hand in den Vereinigten Staaten nötig ist. Im fiskalischen Vakuum enden wird allem Anschein nach die amerikanische Raumfahrt nicht.

Zwar ist das US-Raumfahrtbudget von seiner Rekordhöhe im Jahre 1965 (21 Milliarden Mark) auf knapp 16 Milliarden für das kommende Jahr geschrumpft. Zwar hat sich die Zahl der am zivilen Raumfahrt-Business Beteiligten (400 000 waren es 1965) auf weniger als die Hälfte vermindert.

Aber ein Großteil des Milliarden-Etats in den vergangenen Jahren ist für den Aufbau von Bodeneinrichtungen — Testständen, Abschußrampen, Kontrollzentren, Computerausrüstung im Bewußtsein der Öffentlichkeit die — verwendet worden, die als Betriebskapital auch künftig zu Buch schlagen werden.

Ebenso war ein großer Teil des 400 000-Mann-Heeres gleichsam der Stoßtrupp der Investitionsphase. Es scheint, als ob die Raumfahrtplaner zufrieden wären, wenn sie die gegenwärtig beschäftigte Kernmannschaft von rund 200 000 hochqualifizierten Ingenieuren und Technikern beisammenhalten könnten. Das aber ließe sich — so die Schätzungen der Nasa — schon bewerkstelligen, wenn für die Zukunft ein halbes Prozent des amerikanischen Bruttosozialprodukts (das entspräche einem Zwanzigstel des US-Militärbudgets) für Raumfahrt verfügbar bliebe.

Die propagandistische Notwendigkeit, der Nation ein Ziel zu setzen, hat Landung auf dem Mond fast schon als Endpunkt des kosmischen Aufbruchs erscheinen lassen, statt als erstes, bescheidenes Etappenziel. In den Köpfen der Nasa-Planer hingegen haben die Raum-Programme für die siebziger und achtziger Jahre schon recht klare Umrisse gewonnen. Vieles davon ist im Stadium der Reißbrettplanung, manches schon im Bau.



Amerikanische Mondlandefähre (Modell)*
Schlafpause vor dem Aussteigen

Das Grandhotel in der Erdumlaufbahn, das der Hilton-Konzern vorschlug, mag vorerst Utopie bleiben. Ausflüge zu fernen Sonnensystemen oder Galaxien, bei denen die Reisenden nach vielleicht 35jähriger Flugzeit die Erde um 210 Jahre gealtert wiederfänden, werden wohl dem nächsten Jahrtausend vorbehalten bleiben.

(Das mit Einsteins Relativitätstheorie zusammenhängende Problem des unterschiedlichen Alterns auf Erden und an Bord eines Raumschiffes ist freilich auch in der Frühphase der Raumfahrt schon akut: Astronaut Armstrong hat bei seinen Gemini-Flügen in den Jahren 1965/66, wie Nasa-Mathematiker berechneten, insgesamt 13 Mikrosekunden, Astronaut Collins 90 Mikrosekunden, Aldrin gar 120 Mikrosekunden persönliche Lebenszeit gewonnen**.)

Ein bemannter Flug zum Mars ist für 1986 geplant — genauer gesagt: für die Zeit vom 1. Mai 1986 bis 25. Juli 1987. Die Entwicklung des Atom-Antriebs, der dafür gebraucht wird, ist mit ermutigenden Ergebnissen seit zehn Jahren vorangetrieben worden; und bei der letzten Etat-Debatte räumte der US-Kongreß diesem Programm (Projektname: „Nerva“) sogar ein höheres Budget ein, als die Nasa verlangt hatte.

Noch konkretere Pläne haben die Nasa-Manager für die siebziger Jahre (wenn Europas Raumfahrttechniker womöglich noch immer damit beschäftigt sein werden, den Fehler in der dritten, deutschen Stufe ihrer Rakete aufzudecken). Zwei Großprojekte sind bislang in der unbemannten Raumfahrt vorgesehen:

▷ weiche Landung von zwei Instrumentenkapseln auf dem Mars für das Jahr 1973;

▷ eine „Grand Tour“ zur Erkundung der erdfernen Planeten Jupiter, Saturn, Uranus und Neptun in den Jahren nach 1976. Dann nämlich bietet sich die astronomisch seltene Gelegenheit, alle genannten Planeten mit einem einzigen Streifschuß aufzusuchen, nach Art eines flachen Steines, der über das Wasser hüpft. Auf diese Weise ließe sich in neun Jahren ein Spähprogramm bewältigen, das bei ungünstigerer Konstellation mindestens 30 Jahre in Anspruch nähme (die nächste Chance für eine „Grand Tour“ wäre erst wieder im Jahre 2155).

„Think big“ scheint auch in der bemannten Raumfahrt das Motto für die nächstliegenden Vorhaben. Abgesehen von einer kleinen ständigen Wissenschaftler-Station auf dem Mond, sind vorgesehen:

▷ bis 1975 Bau einer erdumkreisenden Raumstation für zwölf Mann Besatzung, die mindestens zehn Jahre lang (mit wechselnder Mannschaft) im All bleiben soll;

▷ in den darauffolgenden Jahren Vergrößerung dieser Station durch Ankoppeln weiterer Bauelemente, so daß schließlich 100 Menschen darin Platz finden.

Entgegen den ursprünglichen Vorstellungen wird die bemannte Raumfahrt relativ wenig militärische Bedeutung haben. Photo- und Funkaufklärung lassen sich durch automatische

* Mit zwei maßstabsgetreuen Puppen zum Größenvergleich.

** In einem rasch bewegten Raumschiff laufen die Uhren (und die Altersprozesse) langsamer als auf Erden. Entfernt sich das Raumschiff jedoch aus dem Schwerefeld eines Himmelskörpers, verrinnt die Zeit schneller. Durch diese Überlagerung von Zeitdehnung und Zeitverkürzung ist es zu erklären, daß bei der bevorstehenden Mondreise die Astronauten zum Zeitpunkt ihrer Rückkehr 300 Mikrosekunden (Millionstelsekunden) mehr gealtert sein werden als die auf der Erde zurückgebliebene Menschheit.

100 GRAMM MOND NACH MAINZ

SPIEGEL-Interview mit Professor Heinrich Wänke vom Max-Planck-Institut für Chemie in Mainz

SPIEGEL: Herr Professor Wänke, Ihre Abteilung für Kosmochemie soll bei der Auswertung der kostbaren Apollo-Fracht mithelfen. Wieviel Gramm Mond werden Sie bekommen?

WÄNKE: Für sechs der Forschungsprojekte, für die zwei Teams hier in Mainz von der Nasa ausgewählt wurden, genügen Materialmengen von einigen Gramm.

SPIEGEL: Aber Sie erwarten auch größere Proben?

WÄNKE: Für unsere siebente Untersuchung — Messung von Radioisotopen, die durch die kosmische Strahlung erzeugt werden — brauchen wir eine Menge von 30 bis 100 Gramm. Dieses Material werden wir, wenn nicht von der ersten, dann von der zweiten Mond-Landung bekommen.

SPIEGEL: Was werden Sie zunächst untersuchen?

WÄNKE: Unser Arbeitsgebiet ist die Kosmochemie, das der zweiten Mainzer Abteilung unter Professor Hintenberger die Massenspektroskopie. Ganz ähnlich wie bei den Meteoriten interessiert uns die chemische Zusammensetzung des Mondgesteins, der Anteil der mineralbildenden Hauptelemente, aber auch der kosmochemisch interessanten Spurenelemente. Aus solchen Quantitätsbestimmungen hoffen wir die Bedingungen ableiten zu können. unter denen sich dieses Oberflächenmaterial gebildet hat. Außerdem können wir vielleicht feststellen, wieviel fremdes, extralunares Material sich auf dem Mond befindet.

SPIEGEL: Sie haben auch Analysen radioaktiver Elemente angekündigt.

WÄNKE: Das ist die zweite Gruppe von Experimenten — Altersbestimmungen der Mondmaterie; wir messen die Konzentration bestimmter radioaktiver Spurenelemente sowie die ihrer Zerfallsprodukte. Daraus können wir ablesen, vor wieviel Jahrmilliarden das Material entstanden ist.

SPIEGEL: ...zu Stein erstarrt ist.

WÄNKE: Ganz recht, wir bestimmen den Zeitpunkt, an dem das Gesteinsmaterial zum letztenmal heiß gewesen ist. Bei einem gewissen Grad der Abkühlung werden die Edelgase, die vorher aus dem Material herausdiffundieren konnten, festgehalten. Daneben untersuchen wir den Anteil radioaktiver Elemente, die Reaktionsprodukte der kosmischen Strahlung sind.

SPIEGEL: Also Veränderungen, wie sie auch in Meteoriten gefunden werden?

WÄNKE: Ja, aus den Reaktionsprodukten dieser Strahlung erhalten wir Aufschluß über die Dicke der Sand- beziehungsweise Staubschicht und die Umwälzung dieser Schicht durch Partikeleinschläge. Umgekehrt kann man dabei auch etwas über die kosmische Strahlung selbst erfahren — unser Interesse richtet sich besonders auf den sogenannten Sonnenwind, der auf den Mond ungehindert auftrifft, weil ihn weder eine Atmosphäre noch ein Magnetfeld abschirmt. Allerdings beträgt die Einschlagtiefe dieser Teilchenstrahlung nur Bruchteile eines tausendstel Millimeters.

SPIEGEL: Wie muß man sich das vorstellen: Ein Mondsandkorn, das längere Zeit ungestört geruht hat, ist nur auf der einen Seite vom Sonnenwind beschossen — etwa so?



Mondgestein-Forscher **Wänke**
Suche nach dem Sonnenwind

WÄNKE: Ganz recht. Aber wir vermuten, daß nur wenige Teilchen so einseitig bestrahlt sind, daß also die Umwälzrate groß ist.

SPIEGEL: Wie kann man bei einem Staubkorn feststellen, ob es bestrahlt wurde oder nicht?

WÄNKE: Wir bringen die Körner — unter Luftabschluß — in ein Lösungsmittel und lösen Schicht für Schicht ab. Die dabei freigesetzten Edelgase und anderen eingeschossenen Elemente, die für den Sonnenwind typisch sind, können so gemessen werden.

SPIEGEL: So bleibt am Ende von dem Material praktisch nichts übrig.

WÄNKE: Ja, es wird vollständig zerstört. Deshalb untersuchen wir das Material zunächst mit anderen Methoden. Wir beschießen es beispielsweise mit schnellen Neutronen und können dann mit Hilfe der Gammaspektroskopie die Konzentration der chemischen Hauptelemente bestimmen. Nach einer zweiten, längeren Bestrahlung in einem Atomreaktor kann man auch noch die Spurenelemente analysieren. Erst danach wird die Probe aufgelöst.

SPIEGEL: Lassen sich mit solchen Mini-Proben, wie sie Ihnen zur Verfügung stehen, Rückschlüsse auf die Geschichte des Mondes oder gar des Sonnensystems ziehen?

WÄNKE: Es wäre vorerst kein besonderer Vorteil, größere Proben zu untersuchen. Wir haben in Museen und auch hier in meinen Schränken möglicherweise längst Brocken von Mondgestein — Meteoriten, die mutmaßlich aus der Oberfläche des Mondes durch Einschläge anderer Körper herausgeschleudert wurden und später auf die Erde stürzten. Durch Vergleich mit dem Apollo-Material können wir vielleicht feststellen, ob bestimmte Meteoriten tatsächlich vom Mond stammen.

SPIEGEL: Nun gibt es etwa den Gelehrtenstreit darüber, ob der Mond ein durch und durch kalter Himmelskörper war und ist, oder ob sein Inneres noch aus glutflüssigem Magma besteht. Werden Sie darüber etwas sagen können?

WÄNKE: Unser Fernziel ist natürlich, beispielsweise die Entstehung des Mondes zu enträtseln oder auch nur die Streitfrage über die Mondkrater zu klären — ob sie Einschläge von Meteoriten oder alte Vulkane sind.

SPIEGEL: Was ist derzeit noch Ihre Meinung?

WÄNKE: Es muß sehr viele Einschlagkrater geben. Daneben kann es auch Vulkankrater geben. Aber bedenken Sie: Wir haben hier in Deutschland, zwischen Schwäbischer und Fränkischer Alb, das Nördlinger Ries, einen großen Krater. Nach Ansicht vieler Wissenschaftler ist das ein Einschlagkrater, aber auch ein vulkanischer Ursprung wird weiterhin diskutiert. Nördlingen ist eine nette kleine Stadt mit guten Gasthöfen; man kann sich dort bequem aufhalten und beliebig lange studieren — der Mond ist schwer zu erreichen; dort Untersuchungen anzustellen, ist ungleich schwieriger. Ich bin also sehr skeptisch, ob man die weitreichenden Fragen schon so bald wird lösen können.

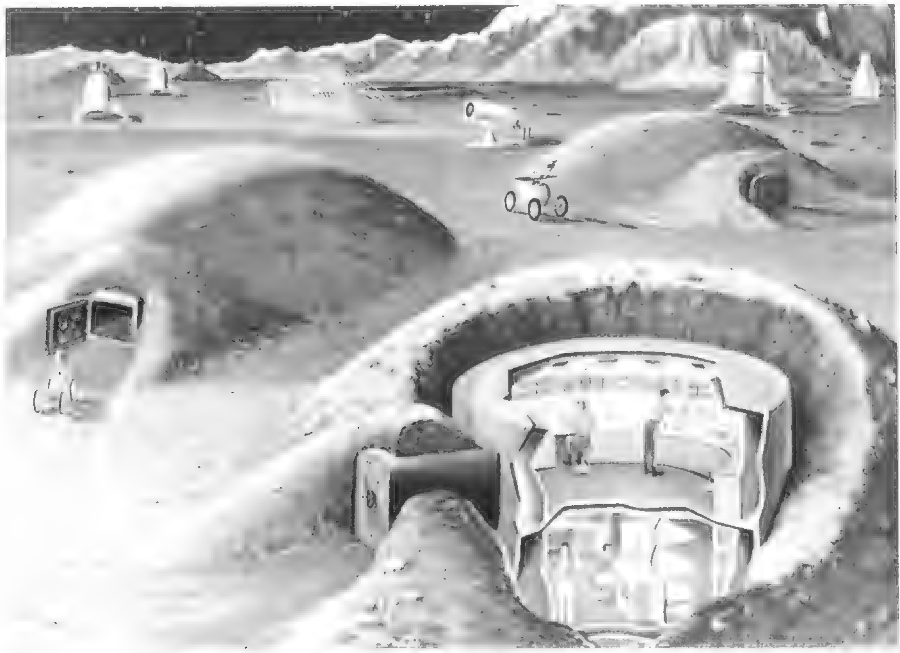
SPIEGEL: Die Proben von der Apollo-11-Mission werden Sie Anfang September bekommen. Wann, meinen Sie, können Sie erste Befunde vorlegen?

WÄNKE: Drei Monate später wollen alle Forscher, die Proben von der ersten Landung erhalten, in Houston zu einer großen Konferenz zusammentreffen. Meine Arbeitsgruppe wird aber etliche Jahre mit der Mondmaterie beschäftigt sein, vor allem mit Material von späteren Flügen — man kann nicht auf dem Mond an irgendeiner Stelle mit der Schaufel in den Boden stechen und dann alles über das Sonnensystem wissen wollen.

Satelliten weniger aufwendig und mit größtem Nutzen zuwege bringen. Und Raumschiffe oder gar Mondstationen als Abschußrampen für Atombomben sind deswegen nicht sinnvoll, weil die Warnzeiten auf Erden ungleich länger wären als bei U-Boot- oder Interkontinentalraketen.

Andererseits dürfte der ökonomische Nutzen, der sich mit ziviler Raumfahrt wird erzielen lassen, nach aller bisherigen Erfahrung so beträchtlich sein, daß er den Milliarden-Aufwand mehr als aufwiegt.

Durchschnittlich an jedem 5. Tag startete 1968 in den Vereinigten Staaten eine Rakete in den Weltraum. 4000 Objekte — Satelliten, Sonden und Raumschiffe — haben Amerikaner und Sowjets in den vergangenen zwölf Jahren ins All geschossen; 1700 davon sind noch auf ihren Raum-Bahnen.



Bemannte Mondstation (Entwurf): Erstes Ziel auf dem Weg ins Universum

Längst sind Postämter am Himmel, sind Fernmelde- und Fernsehsatelliten zur Routine und gewinnbringend geworden (Miet-Einnahmen der amerikanischen Comsat-Organisation 1968: 120 Millionen Mark). Das aber ist nur ein Anfang:

▷ 800 Millionen Dollar jährlich könnten allein Landwirtschaft und Bauwirtschaft in den Vereinigten Staaten sparen, wenn — wie von den Wettersatelliten zu erhoffen ist — eine verläßliche Wetterprognose für zwei bis drei Tage möglich wird (so eine Schätzung der amerikanischen Akademie der Wissenschaften).

▷ Eine Steigerung der US-Landwirtschaftserträge um 300 Prozent wäre erreichbar, wenn durch exakte Satellitenbeobachtung der Erde die richtigen Zeitpunkte für Aussaat und Ernte sowie Menge und Art der zu verwendenden Düngemittel zur Erde gemeldet würden (so eine Berechnung der amerikanischen Firma Bendix Aerospace).

▷ Vorläufig unberechenbar sind die Gewinne, die Satelliten oder bemannte Raumstationen erbringen würden, wenn sie irdische Bodenschätze aufspüren, Waldbrände und Schädlingsbefall von Kulturen rechtzeitig melden, Eisberg- und Unwetterwarnung perfektionieren würden.

Die weidlich zitierte Teflon-Bratpfanne muß nicht länger herhalten, wenn es nachzuweisen gilt, welchen Nutzen die Raumfahrttechnik beiläufig abgeworfen hat. 2750 Entwicklungen und Patente aus dem Raumfahrtprogramm hat die Nasa der Industrie zur Auswertung überlassen.

Nicht zu bemessen ist der Wert des Raumfahrtprogramms als „Speerspitze des technischen Fortschritts" (Nasa-Slogan), als Stimulans für Wissenschaft und Ingenieurskunst außerhalb des Mondunternehmens.

Und einigermaßen müßig erscheint auch die Diskussion, ob das für den Mondschuß aufgewendete Geld nicht besser für Schulen und Universitäten, Krankenhäuser und Altersheime hätte ausgegeben werden sollen. Sicher ist: Für die Sanierung von Negerslums hätte der amerikanische Kongreß keine 24 Milliarden Dollar bewilligt.

Aber noch aus einem anderen Grunde ist anzuzweifeln, was der Physik-Nobelpreisträger Max Born, 86, über Raumfahrttechnik einmal gesagt hat: „Ein Triumph des Verstandes, aber ein tragisches Versagen der Vernunft."

Der amerikanische Philosoph Lewis Mumford, 73, sekundierte ihm kürzlich: Raumfahrt sei „eine kolossale Perversion von Energie, Denkkraft und anderen kostbaren menschlichen Fähigkeiten", sei „der raffinierte Versuch, den Wirklichkeiten dieser Erde zu entkommen".

Auch das genaue Gegenteil könnte sich erweisen. Ob es sich um Ernährungsprobleme oder um Städteplanung, um die Reinhaltung von Luftraum und Gewässern oder um die Erschließung der Weltmeere handeln mag — „fraglos sind viele solcher Aufgaben erst lösbar geworden, seit der Staat die Wissenschaft damit beauftragen kann, innerhalb einer gegebenen Frist die Probleme zu bewältigen, wie sie eine Reise ins All aufgibt" (so der Mathematiker und Wissenschaftsjournalist Thomas von Randow in der „Zeit"). Satelliten etwa, die zur Überwachung von Anbauflächen und zum Aufspüren von Bodenschätzen eingesetzt werden, könnten schon eine erste Hilfe gegen Umweltzerstörung und Mangel auf der Erde sein.

Die Frage, ob Raumfahrt hinter irdische Aufgaben höherer Priorität zurückzutreten habe, scheint in der Tat falsch gestellt. „Unsere Nation ist reich genug", so formulierte der amerikanische Chemie-Nobelpreisträger Harold C. Urey, „daß wir, wenn Raumfahrt und andere Technikvorhaben gegeneinander stünden, uns gewiß beides leisten könnten."

„Eine exzellent funktionierende, wohlorganisierte Maschine zur Lösung von Problemen, gleich welcher Art", so bezeichnete einer der Ingenieure im Raumflugzentrum Huntsville, Alabama, das Institut, in dem er arbeitet.

Fraglich scheint indes, ob Politiker der ausgehenden sechziger Jahre schon willens und fähig sind, sich solchen Instrumentariums zu bedienen — auch wenn es die einzige Antwort auf die Probleme des nachindustriellen Zeitalters wäre.

Drei Wochen vor dem Start zum Mond, als sich Neil Armstrong, Edwin Aldrin und Michael Collins einem letzten Trainingsprogramm unterzogen, entbrannte auf den Korridoren des Kongreßgebäudes in Washington ein Streit.

Zu der Frage, welche ersten Worte Astronaut Armstrong sprechen soll, wenn er seinen Fuß auf den Erdtrabanten setzt, entwickelten das US-Außenministerium („Etwas Internationales, etwa: Der Mond gehört der Menschheit"), das Innenministerium („Etwas Werbewirksames, vielleicht: Sollte man nicht einen Nationalpark auf dem Mond errichten?") und die Kongreß-Fraktionsführer („Etwas richtig Patriotisches") je eigene Vorstellungen.

Die Frage, welche Flagge Armstrong auf dem Mond hissen wird, ist durch Kongreßmehrheit entschieden worden.

Die Bewilligung des Nasa-Budgets für das Haushaltsjahr 1970 wurde geknüpft an die Bedingung, daß Amerikas Mondfahrer nicht „diese Spinnenflagge der Vereinten Nationen" (so der republikanische Kongreßabgeordnete Richard Rondebush) aufpflanzen, sondern das Sternenbanner.



„...denn Stadt-Bahnen sollen auch im Jahre 2000 noch modern und zweckmäßig sein.

Wir haben für die Waggon-Bekleidungen Rostfrei gewählt. Weil wir alle einer Meinung sind: daß Rostfrei sehr gut aussieht und zum Leben einer Großstadt paßt.

Selbstverständlich waren auch Wirtschaftlichkeitsfaktoren ausschlaggebend. Rostfrei-Verkleidungen sind nahezu wartungsfrei, sie halten Schirmstöße, Kofferrempeleien und Fußtritte aus.

„Voilà, diese Schild ist meine ganze Stolz. Hotelgästen dürfen erwarten, daß in unsere Großküche hygienisch zugeht – und aussieht, n'est-ce pas? Muß alles blitzsauber sein und glänzen.

Qui, oui, isch haben misch für Rostfrei entschieden, bei Kochdampfkesseln und Warmbehältern, bei die Spülen, die Küchenmaschinen und das ganze Geschirr. C'est pourqoui Rostfrei ist beständisch gegen Küchensäuren, geschmacksneutral, dauerhaft, leischt pflegbar und spart uns viel Zeit. Das isch nennen wirtschaftlich."



Werden Sie Mitglied der Rostfrei-society.

„That's not the Liberty. That's me. Frankly speaking, I'm a typical „Rostfrei"-fan. And that for several reasons.

After 40 years skyscrapers or multi-story buildings should look just as elegant as on opening. Although often being exposed to the aggressive atmosphere of industry. For buildings fronts we prefer a material being resistant to corrosion and without much need for attendance. With stainless steel „Rostfrei" you are on the safe side.

Rostfrei – das ist Edelstahl durch und durch. Man erkennt es am matten, seidigen Glanz.

(Glanz für's Leben)

„...ach Marc, ist das schön bei Dir!"
„...und schrammensicher und seewasserfest... Das Edelste ist mir gerade gut genug."
„...oh Marc...!"

„Wovon reden die eigentlich?"

„Ach, die schwärmen mal wieder von ihrer Yacht. Weil die Beschläge, die Takelage und der Mast aus seinem ach so geliebten mattseiden glänzenden Rostfrei sind."

Marc S. und G.G. auf ihrer Yacht ca. 2½ Seemeilen südsüdwestlich von St. Tropez.

ANMELDUNG

Ich möchte gern in Ihrem feinen Club Mitglied werden.
Senden Sie mir bitte zunächst Informationsmaterial, und zwar für die Sektion
☐ Verkehr ☐ Lebensmittel ☐ Haushalt.

An die
Informationsstelle
Edelstahl-Rostfrei,
4 Düsseldorf-Oberkassel,
Fritz-Vomfelde-
Platz 7

AUSSTELLUNGEN

ESKALATION

Kresse gesät

Zwölfmal hielt Klaus Rinke, 30, auf seiner Reise am Rhein; zwölfmal füllte er von Düsseldorf bis Straßburg je ein Faß mit Flußwasser. Dann fuhr er die Konserven im VW-Kombi zur Kunsthalle nach Baden-Baden.

Im gleichen Haus siebte derweil der Hamburger Rolf Laute, 29, fünf Tonnen Erde steinfrei, stampfte sie zu reinlichen Beeten und säte Kresse an. In einem Nebenraum mauerte der Kölner Ansgar Nierhoff, 27, einen labyrinthischen Rohbau.

So apart setzten sich junge Künstler für eine ebenso eigenartige Veranstaltung in Szene: für die Baden-Badener Ausstellungsserie „14 mal 14", auch „Eskalation" genannt.

Diese Darbietung, eine Parade noch nicht arrivierter deutscher Künstler, hatte Kunsthallenchef Klaus Gallwitz zuerst im „Documenta"-Jahr 1968 verwirklicht. Er ließ 14 Maler unter 40, die (mit einer Ausnahme) nicht nach Kassel eingeladen waren, jeweils zu zweit für 14 Tage in dem weiträumigen Gebäude wohnen, werken und ausstellen.

Eine zweite Mannschaft von 14 Künstlern tritt diesmal gewissermaßen gestaffelt und gesteigert an: Gallwitz verteilte sie auf drei Ausstellungen, behielt jedoch stets einige Exponate für die folgende Veranstaltung zurück, so daß nun, nach der dritten Vernissage, Arbeiten von allen 14 beisammen sind.

Selbst die Zwischenstufen der „Eskalation" waren zugänglich — Besucher durften beim Auf- und Umbau dabeisein. Sie debattierten mit den Künstlern, verlangten brüsk das Eintrittsgeld zurück oder machten sich nützlich. So ließ Nierhoff eine Klasse Schüler, die an ihrem Wandertag vorbeikam, Steine schleppen und entlohnte sie mit einem Kasten Bier.

Der geprüfte Maurergeselle hat in der Ausstellung, die krause Vielfalt und wendige Intelligenz der nachwachsenden Künstlergenerationen dokumentiert, mit seinem Bau-Werk einen Hauptakzent gesetzt. Der halbhohe Wände-Wirrwarr, mit jenen stählernen Kissen vollgestopft, die Nierhoff im vorigen Jahr den halben „Deutschen Kunstpreis der Jugend" eintrugen, vermittelt ein neues, höchst unbequemes Wohngefühl.

Kunst als Bau zeigt — schon seit der zweiten „Eskalation"-Etappe — auch der Kölner Markus Lüpertz recht überzeugend: Er bewog zwei konkurrierende Ziegelfabriken, ihm je ein halbes Dach im Raum zu errichten. Dazwischen blieb eine Gasse, die der Besucher, über serielle Reihung meditierend, durchschreiten soll; Lüpertzsche Ziegel-Konterfeis hängen, gleichsam als Prototypen des realen Baustoffs, über den Türen.

Zu ähnlich ungewohntem Kunst-Stoff griff der Kresse-Gärtner Laute wohl nur mit halbem Herzen; der Sieger eines Strandburgenwettbewerbs im Nordseebad Duhnen hätte statt Muttererde auch ein anderes Sockel-Material für seine hölzernen Objekte wählen können. Bernd Koberling aus Berlin hingegen trieb Erdkunst und Erdkunde mit konventionellen Mitteln: Auf 21 mit Plastikfolie bezogenen Gemälden („Überspannungen") fixierte er den Lauf des lappländischen Kaitum-Flusses in schummrigem Jugendstil.



„Eskalation"-Künstler **Lüpertz**
Bier am Wandertag

Den gleichen Einfall realisierte Wasser-Schöpfer Rinke weit nüchterner und ganz real — in den zwölf Fässern, den Dokumenten seiner Rheinfahrt, hat er den Strom buchstäblich festgehalten. Dafür ließ er dann Wasser des badischen Rinnsals Oos in transparenten Schläuchen treppauf, treppab durch die Kunsthalle zirkulieren.

Den Fragen nach der Bedeutung seiner Wasser-Spiele begegnet Rinke freundlich — vorerst noch. Doch schon die nahe Zukunft, nimmt er an, wird den Künstler aus der Rolle eines angegafften Kuriosums befreien und den Betrachter aus seiner unverbindlichen Distanz aufschrecken.



„Eskalation"-Künstler **Laute**
Wirrwarr mit Kissen

„In fünf Jahren", so Rinkes Prophezeiung, „wird sich keiner mehr in eine Kunsthalle trauen. Denn dann werden wir mal die Fragen stellen."

MEDIZIN

PORPHYRINURIE

Leiden der Könige

Seit vier Jahrhunderten macht eine Krankheit unerkannt Geschichte. Europäische Monarchen litten unter den seltsamen, manchmal lebensbedrohenden Beschwerden. Manche der königlichen Launen und Schrullen, die Hofschranzen, Diplomaten und Minister zu erdulden hatten, sind auf das Leiden zurückzuführen. Und auch einige Angehörige des derzeit herrschenden britischen Königshauses sind — wenngleich milde — noch davon betroffen.

„Fieber im Gehirn" oder „Delirium" hatten einst die Hofärzte diagnostiziert — ohne die wahren Ursachen zu kennen. Als George III. (1738 bis 1820) sich bei einem welthistorischen Ereignis, dem Abfall Amerikas vom englischen Mutterland, besonders ungeschickt und uneinsichtig zeigte, nannten ihn seine Zeitgenossen einfach halsstarrig.

Nun haben zwei britische Mediziner den unglückseligen George nachträglich entlastet, indem sie postum die richtige Diagnose stellten: Angehörige dreier blutsverwandter Dynastien — darunter der Stuart James I., der Hannoveraner auf dem englischen Thron George III. und sein Sohn Augustus, Herzog von Sussex, sowie Preußens Friedrich II. — waren die prominentesten Opfer einer angeborenen Stoffwechselstörung, der Porphyrinurie.

Das Leiden, so enthüllen in der Juli-Ausgabe des „Scientific American" Dr. Ida Macalpine, ehemals Psychiatrie-Spezialistin am St.-Bartholomäus-Hospital in London, und ihr Sohn Dr. Richard Hunter vom Londoner National Hospital, „hat sich unter den Nachkommen Georges III. bis auf den heutigen Tag vererbt": In Zusammenarbeit mit der britischen Königsfamilie durften die beiden Mediziner das dynastische Auftreten der Porphyrinurie erforschen, die in leichter Form auch Elizabeth II., dem Herzog von Edinburgh und Charles, dem jüngst investierten Prinzen von Wales, zu schaffen macht.

Gelinde Symptome der Erbkrankheit sind etwa die Neigung zu Ausschlägen und eine Überempfindlichkeit der Haut gegen Sonnenlicht. Manchmal aber können sich bei Porphyrinurie-Kranken, vor allem von den mittleren Lebensjahren an, Nerven- und sogar Hirnstörungen ausbilden, die deli-

riumartigen Zuständen, Halluzinationen und Psychosen ähneln.

Ursache der heimtückischen, oft stoßweise sich verschlimmernden Krankheit ist eine mangelhafte Verwertung bestimmter Blutfarbstoffe, der Porphyrine (abgeleitet vom griechischen Wort für Purpur). Wenn im Organismus ein oder mehrere Enzyme fehlen, die normalerweise die komplizierte Umwandlung der Porphyrine steuern, wird der Körper mit den Farbstoffen überschwemmt. Gehäuft werden sie dann (daher der Name der Krankheit) mit dem Urin ausgeschieden, der dunkel wie Portwein aussehen oder sich im Sonnenlicht rot verfärben kann.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung, werden von der seltsamen, erst vor wenigen Jahrzehnten erkannten und beschriebenen Krankheit nur jeweils zwei von 100 000 Menschen befallen. Da diese Stoffwechselstörung aber erblich ist, tritt sie stellenweise



Erbkranker **George III.**
Diagnose nach dem Tod

gehäuft auf; so ist beispielsweise jeder tausendste Lappe davon betroffen.

Als Familienschaden erklären denn auch Dr. Macalpine und Dr. Hunter die ungewöhnlich zahlreichen Fälle von Porphyrinurie in den europäischen Herrscherhäusern. Von Schottlands Königin Maria Stuart, so ermittelten die Londoner Ärzte, leitet sich das Erbübel her. Ihr Sohn, König James, litt an typischen schmerzhaften Koliken, die — wie sein Leibarzt vermerkte — auch die nachmals geköpfte Maria geplagt hatten; sein Urin, berichtet James selbst, habe die Farbe des von ihm bevorzugten südspanischen Alicante-Weins gehabt.

Fünf Generationen später trat das Leiden wieder deutlich auf: bei Friedrich dem Großen, dessen Großvater mit einer Stuart-Nachfahrin verheiratet war. Und in der sechsten Generation nach James hatte Englands König und Hannovers Kurfürst George III. die Porphyrinurie derart, daß sich, so Macalpine und Hunter, „die Beschreibungen vom Erkrankungsverlauf und den einzelnen Krankheitsschüben wie ein Lehrbuchfall lesen".

Die Ärzte seiner Zeit freilich, um 1800, bagatellisierten die körperlichen Symptome wie Leibschneiden (wogegen sie Heilquell-Wasser verordneten), Gliederschwäche, schneller Puls und die Rotfärbung des Urins. Sie beschäftigten sich vielmehr mit den unerklärlichen geistigen Störungen.

„Delirierend den ganzen Tag", notierten sie nach einem Konsilium, „verfolgt von Trugbildern ... spricht mit Toten und abwesenden Personen." Gelegentlich wurde dem unruhigen gekrönten Patienten eine Zwangsjacke angelegt.

Segensreiche Folge des Mißverständnisses, der erlauchte Kranke sei zeitweilig irre, war allerdings, daß in England die Psychiatrie und die Versorgung der tatsächlich Geisteskranken früher als auf dem Kontinent gefördert und verbessert wurden. George III. aber mußte 1811, blind, senil und von abrupt wechselnder Stimmung, die Regentschaft seinem Sohn George IV. überlassen, der wahrscheinlich ebenfalls, wenn auch in geringerem Maße, an Porphyrinurie litt.

Und nach seinem Tode geriet der König, dem seine Ärzte nicht hatten helfen können, vollends in den Ruf, verrückt gewesen zu sein. Gerüchte über einen „Anfall" in seiner Jugend, mutmaßlich eine erste leichte Porphyrinurie-Attacke, sollten erklären, weshalb der britischen Krone nach 18jährigem Diplomaten-Streit und Krieg die amerikanischen Kolonien verlorengingen.

Auch später wurde das Erbleiden nicht enträtselt. Eine Enkelin von George III., Prinzessin Charlotte, starb im Kindbett, angeblich an der Geburt, doch in Wahrheit — wie Macalpine und Hunter feststellten — „offenkundig in einem akuten Stadium der Porphyrinurie". Gewisse Beschwerden, die von Georges' III. Schwester Caroline Matilda, Königin von Dänemark, und zwei weiteren seiner Söhne berichtet werden, deuten die Londoner Forscher ebenfalls als Symptome der Stoffwechselstörung.

Nur in einer genealogischen Linie ist die Porphyrinurie der Monarchen weitervererbt worden: über Königin Victoria. Selber gesund und kinderreich, wurde sie außerdem die Überträgerin eines anderen schweren Erbleidens, der in europäischen Herrscherhäusern häufigen Bluterkrankheit.

Beide Krankheiten können die Ärzte zwar nicht heilen, aber sie können nun die Symptome mildern und die schlimmen Folgen unterdrücken. Bei der Bluterkrankheit helfen in vielen Fällen Konzentrate mit dem gerinnungsfördernden Wirkstoff aus dem Blut von Gesunden.

Die Porphyrinurie-Kranken können sich mit bestimmten Medikamenten und einer Diät schützen; aber sie müssen sich hüten vor Schlaf- und Schmerzmitteln. Und außerdem müssen sie — was James und George und Friedrich nicht wissen konnten — Alkohol meiden.

Torschlußpanik der großen Koalition: Am 26. Juni wurden eilig 12 Gesetze zusammengehauen. Eines davon ist ein k. o. für uns alle: Das „Gesetz über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile".

Durch dieses Gesetz soll der „deutsche Sparer bestmöglich geschützt" werden. Was aber tatsächlich bestmöglich geschützt wurde, sind die inländischen Investmentgesellschaften. Nicht zufällig steht unter „Grundsätzliches" zu diesem Gesetz: „Im Jahre 1968 dagegen konnten die ausländischen Gesellschaften – bei einer Verdreifachung des Gesamtabsatzes auf rd. 950 Mio DM – den Absatz inländischer Aktienfonds mit 890 Mio DM erstmals übertreffen".



Und jetzt also, genau jetzt, muß der Sparer geschützt werden!

Dieses Gesetz ist nicht nur nationale Sparstrumpfpolitik, nicht nur dirigistische Wettbewerbsbeschränkung. Es ist eine unzumutbare Bevormundung des deutschen Anlegers:

Nie haben ausländische Fonds ein Geheimnis daraus gemacht, daß mehr Ertrag mehr Risiko bedeutet. Daß das Risiko bei aggressiven, spekulativen Fonds größer ist als bei behäbigen, konservativen.

Jetzt hält Sie freundlicherweise der Staat von diesem Risiko zurück. Er stempelt Sie zur Investment-Memme. Wir wollen Ihnen an Hand unseres Ascot Fund erklären, was passiert ist:

Ascot ist ein aggressiver Wertpapier Fonds, konzipiert auf schnelles Wachstum. Jeder Kauf oder Verkauf wird binnen 7 Tagen abgewickelt. Jeder Dollar von heute arbeitet schon morgen in New York.

Ascot bedient sich flexibler, leistungsorientierter Anlagetechniken. Beispiel: Leverage, Investitionen mit Hilfe von Fremdkapital. Für Ihre Mark arbeiten zwei. Halt, sagt die Regierung: Fremdmittel nur in besonderen Fällen – und dann maximal nur 10%. Was in der Industrie selbstverständlich ist –

und erst recht bei den Banken — wird den Investmentgesellschaften verboten.

Beispiel: Hedge, Sicherung gegen Kursrisiken. Halt, sagt die Regierung: Keine Geschäfte, die den Verkauf nicht zum Vermögen gehörender Wertpapiere zum Gegenstand haben.

Weiter: Wir dürfen nicht mehr sagen, was wir leisten. Ab November wird der Ascot Fund zwar weiterhin in den Börsenberichten geführt – aber anbieten dürfen wir ihn nicht.

Juni 1969 Regierung -Memme Und zwar so:

Die meisten Auflagen des Gesetzes sind für Ascot selbstverständlich. Jede Fund-Aktie kann jederzeit zurückgegeben werden. Rechtsform, Kapital und Sitz des Ascot Fund, sowie Anschrift seiner Repräsentanten liegen völlig offen. Depotbank ist die Chase Manhattan, eine der größten Banken der Welt. Transferbanken sind nur Chase-Filialen, darunter die Chase Manhattan, Düsseldorf. Anlageberater des Fonds ist Blair & Co., Firmensitz: New York Stock Exchange.

Die gesamte Depotprüfung des Ascot Fund wird laufend von einer der bedeutendsten unabhängigen Buchprüfungsfirmen der Schweiz vorgenommen.

Sich nach allen Beschränkungen des neuen Gesetzes richten – das hieße mit angezogener Bremse fahren. Das wollen wir nicht.

Und erst recht nicht unsere Kunden.

Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes im November werden wir den Ascot Fund in Deutschland anbieten.

So wie er ist.

Ascot Securities GmbH · 68 Mannheim · Kunststraße 07, 18

Vorname ______________ Name ______________

Postleitzahl (   ) ______________

Straße ______________ Telefon ______________

☐ Ich bitte um kostenfreie Übersendung Ihres Angebot-Prospektes.

☐ Ich möchte sofort DM ______________ bei Ihnen anlegen.

☐ Ich bin an einem Sparplan interessiert, mit monatlicher Einzahlung von DM ______________

Unseren Kunden, die bis 31. Oktober 1969 im Ascot Fund investieren, bieten wir — Sparpläne ausgenommen — folgendes Bezugsrecht an: Binnen 12 Monaten kann die gleiche Anzahl von Fund-Aktien zum jeweiligen Tageskurs, jedoch zum halben Spesensatz hinzugekauft werden. Und zwar über die Ascot Securities AG, Mühlebachstraße 43, Zürich, Schweiz.

S 1/1



THE ASCOT FUND LIMITED

Beitz

Berthold Beitz über Otto Heinemann:
„Kronenorden Vierter Klasse"

DER VATER DES PRÄSIDENTEN

Berthold Beitz, 55, der über 14 Jahre lang als Generalbevollmächtigter die Firma Krupp geleitet hat, ist seit 1968 Vorsitzender des Kuratoriums der „Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung".

Ein seltsames Buch ist da herausgekommen. Der neue Bundespräsident hat dem Bonner Journalisten Walter Henkels ein Manuskript überlassen, die Lebenserinnerungen seines Vaters, und Henkels hat daraus ein Buch mit dem Titel „Kronenorden Vierter Klasse" gemacht — es steht den Maßstäben der gehobenen Literatur wohl etwas fern, aber es bietet ein deutliches Porträt der Familie Heinemann und der Firma Krupp.

Otto Heinemann, der Vater des Bundespräsidenten, beschreibt seine achtzig Lebensjahre (1864 bis 1944), wovon er fast einunddreißig bei Krupp in Essen zubrachte. Offenbar waren diese Lebenserinnerungen für den Hausgebrauch gedacht. Aber das Buch hat jetzt, nachdem der Sohn Bundespräsident geworden ist, weit über diesen Rahmen hinaus Interesse zu beanspruchen. Vater Heinemann mag die Welt und sein Leben durch mannigfach gefärbte Gläser betrachten; die Gabe, Kunde von seinem eigenen Ich zu geben, ist offenkundig — wenn es auch manchmal in strohtrockner Sprache geschieht. Wäre der Sohn nicht schon zum Präsidenten gewählt, könnte das Buch als ein Wahlschlager gelten.

Otto Heinemann absolvierte die Volksschule, eine „Zwergschule" im hessischen Eschwege. Was da vor hundert Jahren an Tüchtigkeit in einer Familie plötzlich aufgebrochen ist, dürfte selbst unter den leider meist nur für ihre Tüchtigkeit bewunderungswürdigen Deutschen ein seltener Fall sein. Aber es ist noch mehr: Das Besondere liegt in der für den neuen Präsidenten, und, wie man nun erfährt, für seinen Vater ebenso typischen Mischung von stockkonservativer Bürgerlichkeit mit liberaler Aufsässigkeit.

Als der in unvorstellbarer Armut aufgewachsene Otto Heinemann durch Vermittlung einer benachbarten, gebildeten Familie eine Freistelle an der Realschule in Eschwege bekommen sollte, lehnte er ab: „Ich wollte in der Volksschule bei meinen Kameraden bleiben, ein Ausfluß unbewußten Klassenstandpunktes. Der starke Unterschied in den Schichten der Bevölkerung, zwischen reich und arm, war zu jener Zeit in meiner Vaterstadt besonders kraß, ich empfand ihn schon in diesem Alter."

Was sich Otto Heinemann aus sturem Trotz gegen Ungerechtigkeit an Ausbildung einhandelte, sah folgendermaßen aus: „Da die von mir besuchte Bürgerschule nur sechs Klassen hatte, die Schulzeit aber acht Jahre dauerte, ich auch jedes Jahr in eine höhere Klasse versetzt worden war, mußte ich schließlich drei Jahre die oberste Klasse besuchen. Drei Jahre mußte ich so dasselbe Pensum durchmachen." Man sieht, daß der Bildungsnotstand keine Erfindung der Bundesrepublik ist.

Vater Heinemann war ein „Kruppianer". Dieser einstmals für die Firma heilige Begriff ist mittlerweile nicht mehr ganz so heilig, und der alte Heinemann hätte an seiner Firma in ihrer heutigen — Traditionen mehr überwindenden als konservierenden — Entwicklung vermutlich allerhand auszusetzen gehabt. Dennoch: Kruppianer sind wir beide im Abstand von einem halben Jahrhundert geworden. Otto Heinemann wurde am 26. September 1864, ich am 26. September 1913 geboren. Er war zuerst Assistent, später Leiter des „Büros für Arbeiterangelegenheiten" und der Betriebskrankenkasse, er war bei Krupp der „Arbeitsminister", jedoch nie Mitglied des Direktoriums, sondern ein Kruppscher „Oberbeamter".

OTTO HEINEMANN
Kronenorden Vierter Klasse
Das Leben des Prokuristen Heinemann 1864–1944
ECON

Otto Heinemann: „Kronenorden Vierter Klasse. Das Leben des Prokuristen Heinemann 1864–1944" Econ Verlag Düsseldorf 284 Seiten 20 Mark

Das Buch vermittelt ein minuziös und photographisch genaues Bild seiner Zeit, sehr viel Lokalkolorit, wenn auch viel Subjektives und für den Historiker nicht immer Akzeptables. Otto Heinemann war Zeitgenosse und Augenzeuge vieler Dinge, er war aber nicht ohne den Ehrgeiz, eigene Gesichtspunkte zu haben. „Der Arbeiter" war ihm Objekt der eindringlichsten Analyse seiner Zeit. Heinemann schildert ein Stück Kruppscher Sozialpolitik, die über die Grenzen des damaligen Deutschen Reiches hinaus Geschichte machte. Stolz war er auf die unternehmerischen Leistungen der Firma, aber er war — geformt auf dem Hintergrund der wilhelminischen Zeit — „mit einem politischen Glaubensbekenntnis" zu Krupp gekommen: „Deutsch sein und national sein, mein Vaterland über alles; sozial fühlen, denken und handeln; gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle!" Zu solchen Sprüchen mag heute niemand mehr die Feder ansetzen. Heinemann war ein glühender Verehrer Bismarcks, überaus kritisch gegenüber Wilhelm II.

Seine Kritik an der überlebten und patriarchalischen Einstellung des Kruppschen Direktoriums seiner Zeit gegenüber den Gewerkschaften ist ein Beispiel dafür, wie Verantwortung für ein Unternehmen und kritische Haltung gegenüber seiner Politik im Einklang stehen können. Der im Grunde seines Herzens konservative Heinemann kritisierte nicht nur den „Herr-im-Hause-Standpunkt" der damaligen deutschen Großindustrie, sondern auch deren „fehlendes Vertrauen in die Seele des deutschen Arbeiters".

Eigenwillig und kritisch hielt es Otto Heinemann auch mit der Religion: „Die Übertreibungen im Religionsunterricht der Schule, der Buchstabenglaube mit seinem Lippendienst hatten mit wachsendem Verstand zur Folge, daß ich je länger, je mehr und bei meiner Konfirmation bereits dem Gottesglauben im kirchlichen Sinne innerlich recht zweifelnd gegenüberstand."

Otto Heinemanns Lebensbericht scheint mir eine Mischung von Memoiren und Autobiographie zu sein. Wahrscheinlich hat, wie Walter Henkels in seinem längeren Vorwort sagt, „ein lebhafter Familiensinn" sie veranlaßt, „der zwischen den Generationen so etwas wie eine Brücke des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit schlagen sollte". Nun belegen diese Erinnerungen auch ein wenig die erweisliche Wahrheit, daß Kinder etwas von ihren Eltern mitbekommen — wenn auch der alte Heinemann, der Autor dieses Buches, nicht für den jungen, der junge, der Bundespräsident, nicht für den alten zu zeugen braucht.

Den Sohn Gustav an der Staatsspitze zu sehen, das hätte den Vater keine Sekunde in Erstaunen versetzt, außer vielleicht die Tatsache, daß er der Kandidat der Sozialdemokraten ist. Ich sage es ohne Zögern: Auf solchen Aufstieg, den Gustav Heinemann dann von einem höheren und auch bequemeren Startplatz aus gemacht hat, war schon das Leben des Vaters angelegt gewesen. Vater Heinemann, der Autodidakt, war ein ungewöhnlich tüchtiger Mann. Die Eigenschaft, nicht doppelzüngig zu sein, hat, mindestens, der Sohn Gustav vom Vater geerbt.

FERNSEHEN

MONDLANDUNG

Längst im Kasten

Was die Nasa nicht zeigt, sollen die Deutschen dennoch sehen: die Landung der ersten Menschen auf dem Mond.

Wenn die Mondlandefähre „Adler" am kommenden Sonntag um 21.23 Uhr im lunaren „Meer der Ruhe" aufsetzt, kommt kein Bild zur Erde: Die Kamera ist aus Sicherheitsgründen im Bodenteil der Landefähre verschlossen.

Doch zur gleichen Minute sitzen unweit des Kölner Doms, im WDR-Studio B, der Düsseldorfer Weltraum-Publizist Rudolf Brock und der Kölner Sportstudent Arno von der Weppen in Kosmonauten-Kluft im „Adler"-Cockpit und spielen Himmelsstürmer:

Nach den Konstruktionsplänen der Nasa haben Architekten und Handwerker des Westdeutschen Rundfunks in drei Wochen die Kabine der Mondfähre für 9000 Mark in Originalgröße nachgebaut. „Da stimmt jedes Knöpfchen", rühmt WDR-Weltraum-Redakteur Günter Siefarth die teure Attrappe, in der Brock und von der Weppen an mehr als tausend Schaltern und Hebeln jeden Handgriff der Mondfahrer Armstrong, Aldrin und Collins kopieren werden. ARD-Siefarth: „Genau wie im Original."

Mit der simulierten Mondlandung will die ARD an „einem der entscheidendsten Tage unseres Jahrhunderts" (WDR-Chefredakteur Franz Wördemann) möglichst viele Zuschauer zum Ersten TV-Programm locken.

Doch die Mainzer ZDF-Organisatoren wollen nicht die Zweiten sein; sie bastelten den Kommando-Stand der Apollo-Kapsel nach, dem allerdings die Knöpfe fehlen: Raumfahrt-Reporter Werner Stratenschulte ließ alle Apollo-Armaturen in den USA photographieren und dann als Panoramabild in sein Modell einkleben. ZDF-Stratenschulte: „Alles vollkommen echt."

Und fast vollkommen gleich: Nach Monaten der Vorbereitung zeigen die beiden Sender, sonst stets auf Kontrast bedacht, parallel die große Apollo-Show.

Beide können aus dem Weltraum nur die gleichen, von der Nasa freigegebenen Aufnahmen zeigen: sieben Kurzsendungen mit insgesamt 90 Farb- und 40 Schwarzweiß-Minuten, für deren Übertragung die ARD mindestens 250 000 Mark, das ZDF die Hälfte zahlen muß.

Beide laden, um die Übertragungspausen zu füllen, Raumfahrt-Experten in die Studios, veranstalten Round-table-Diskussionen, sammeln Hörerfragen und beantworten sie im Studio, holen Dichterworte und Politikerstimmen ein, interviewen Passanten auf der Straße, zeigen Raumfahrt-Reminiszenzen aus amerikanischen, sowjetischen und deutschen Archiven, stellen Graphiken und Plastiken auf und strecken die Apollo-11-Manöver so zu aufwendigen Langstrecken-Sendungen:

Die ARD schaltet am Mittwoch dieser Woche um 13.30 Uhr nach Cape Kennedy und bringt dann bis Donnerstag der folgenden Woche ein insgesamt 19stündiges Weltraum-Programm, das ZDF folgt um 13.45 Uhr und bleibt insgesamt 21 Stunden und 20 Minuten auf der Kosmos-Welle.

Dafür hat die ARD im Kölner WDR-Studio B (690 Quadratmeter) vier Farbkameras und vier Farb-Magnetaufzeichnungs-Maschinen installiert, vor denen Studio-Redakteure und Reporter die von einem drei Quadratmeter großen Farbbildschirm („Lunavision") flimmernden Apollo-Bilder kommentieren.

Ernst von Khuon und sieben weitere deutsche Professoren klären den Zuschauer über Sonnenwinde, Kosmochemie, Mondgestein und Weltraum-Schnupfen auf, jeweils 60 Techniker sind im Schichtdienst tätig. Ein Übertragungswagen funkt Bilder aus dem Fernrohr der Bochumer Sternwarte ins ARD-Netz, und zwischendurch klettert ein Reporter im Raumgerät herum. Außer der originalgroßen Landefähre-Kabine hat der WDR auch noch ein (auf ein Drittel verkleinertes) Modell der Gesamt-Fähre bauen lassen.

Da ist ihm das ZDF voraus: Die Mainzer gaben ihre originalgroße Landefähre bei einer ortsansässigen Spezialfirma in Auftrag. Sie wurde letzte Woche mit einem Tieflader vom Rhein ins ZDF-Studio nach Hamburg-Wandsbek transportiert.

Und was den Kölnern ihre „Lunavision", das ist den Mainzern ihre aus Lunar-Orbiter-Photos montierte Mondkarte, acht mal drei Meter groß, die sie im Studio III (1000 Quadratmeter, drei Farbkameras, zwei Magnet-Aufzeichner) aufhängen wollen.

Und damit auch der Anteil der Deutschen beim amerikanischen Apollo-Abenteuer sichtbar wird (Stratenschulte: „Damit fing ja schließlich alles an"), kommen auch deutsche Pioniere und großdeutsche Requisiten ins Bild.

Die ZDF-Leute stellen vor ihrem Wandsbeker Studio eine originale V-2-Rakete auf und schickten Reporter Heinrich Schiemann für „ein Exklusiv-Interview mit Wernher von Braun" (ZDF-Pressedienst) in die USA.

„Zwei Interviews mit Wernher von Braun haben wir längst im Kasten", dämpft ARD-Mann Siefarth den Eifer der Konkurrenten und kündigt zudem noch andere deutsche Stimmen an: Bei Werner Höfers „Westdeutschem Fernsehen" entlieh er eine Dokumentation über deutsche Raumfahrtforschung, in Amerika kaufte er Reportagen vom Wirken Deutscher zum Wohle der Nasa.

Außerdem hält er eine Spezialität aus der UdSSR parat: Der Moskauer ARD-Korrespondent Lothar Loewe kommentiert einen 18minütigen Farbfilm vom derzeitigen Stand der bemannten Raumfahrt in der Sowjet-Union, UdSSR-General Kaminin und der Physiker Blagonrawow erörtern die Möglichkeit einer kosmischen Koproduktion zwischen Russen und Amerikanern.

Nur einmal schalten die beiden bundesdeutschen Fernsehanstalten wirklich auf Kontrast. Die ARD nämlich will im „Weltspiegel", dessen Redakteure dazu in Siefarths Apollo-Studio umziehen müssen, Dichter über die Mondlandung interviewen, das ZDF hingegen schickt den Dichter Günter Graß als Interviewer aus. Graß will Entwicklungshilfeminister Erhard Eppler fragen, ob die Raumfahrt-Milliarden nicht sinnvoller den armen Völkern gespendet werden sollten.

Doch so teuer Mainz und Köln ihre himmlischen Stunden auch verpackt

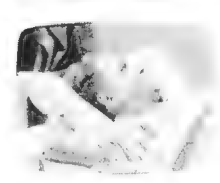
Apollo-Sonderstudio des Westdeutschen Rundfunks*: „Da stimmt jedes Knöpfchen"

* Im Vordergrund rechts: Modell der Mondfähre „Adler".

haben — noch ist ungewiß, was aus dem All und vom Mond wirklich bis ins Heimkino kommt: Vorletzte Woche fiel der für den Bildkontakt nach Europa wichtige Satellit „Intelsat III" aus; die Aufnahmen müssen jetzt mit — freilich geringem — Qualitätsschwund über Japan und den Indischen Ozean ins Eurovisionsnetz gefunkt werden.

Und Astronaut Armstrong prophezeite auf der letzten Pressekonferenz vor dem Start, die Bilder vom Mond würden „auf keinen Fall so scharf" wie frühere Einblicke ins Raumschiff und Ausblicke ins All. Armstrong: „Ich bin da nicht optimistisch."

DIESE WOCHE



Das imaginäre Leben des Straßenkehrers Auguste G. Schauspiel von Armand Gatti. Regie: Eberhard Itzenplitz. WDR. Montag, 14. Juli, 23.00 Uhr.

Bei einem wilden Streik hat ihn die Polizei angeschossen, nun liegt der Straßenkehrer Auguste G., 46, schwerverwundet in einem Pariser Hospital.

Auf dem Sterbebett, im Fiebertraum, wird Auguste G. (Traugott Buhre, Photo) von bizarren Erinnerungsfetzen und chaotischen Halluzinationen heimgesucht. Endlich erlebt er, was das Leben ihm versagte. Noch einmal sieht er sich als Junge zu Opas Füßen, aber gleich darauf als Vater eines erfolgreichen, erwachsenen Sohnes, den er nicht hat. Er erlebt imaginäre Amouren und phantasiert von der Revolution, die es in seinem Leben nicht gab. Nichts hat er erreicht, doch in seinen Visionen bäumt sich Auguste G. zum letztenmal auf. „Man darf nicht glauben", röchelt der Sterbende, „daß ein Straßenkehrer und das, was er zusammenfegt, dasselbe sind."

Diese wirren Phantasien hat der französische Dramatiker Armand Gatti, 45, in seinem 1962 uraufgeführten Stück zu einem sinistren Panoptikum arrangiert — ohne Rücksicht auf die konventionelle Dramaturgie. Denn „Denkgewohnheiten", sagt Gatti, „die sich einmal verfestigt haben, werden nur zu leicht zu einem Sarg."

Der Regisseur Itzenplitz hat diese Maxime für seine TV-Inszenierung übernommen. Ohne milchige Weichzeichner-Tricks und konfuse Überblendungen reiht er die Trug-, Schreckens- und Wahnbilder aneinander. Hautnah führt er die Kamera an schnauzbärtige Gendarmen-Visagen und schwitzende Proletarier-Gesichter, und dabei vermeidet er jeden platten Realismus, obgleich der autobiographische Anlaß des Stückes dazu verführt: Der Vater des Autors, der Straßenkehrer Auguste Gatti, 46, wurde bei einem wilden Streik von Polizisten zusammengeschossen und starb.



Gesellschaftsspiel. Fernsehspiel von Leo Lehman. Regie: Peter Schulze-Rohr. NDR. Dienstag, 15. Juli, 21.00 Uhr.

Weil Astrid (Luitgard Im) und Hajo (Holger Hagen), ein gelangweiltes, erotisch abgebrühtes Ehepaar, nicht wissen, wie sie mit ihren Wochenendgästen, ebenfalls ein verheiratetes Paar, „den Sonntag herumkriegen" sollen, beschließen die „zwei bösen Menschen, die zwei anständigen Menschen zu korrumpieren".

Im Unterhemd und im Pyjama, beim abendlichen Expander-Training, wetten Astrid und Hajo um einen Satz Golfschläger und eine antike Uhr, daß es ihnen gelingen wird, den naiven Zeichenlehrer Martin (Ludwig Thiesen) und seine hausbackene Susanne (Bruni Löbel) zu verführen. Es klappt: Hajo liebkost Susanne auf seinem Segelboot, Astrid lockt Martin mit Mozart-Musik auf die Couch.

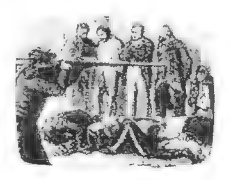
Doch so deprimierend wie der berühmte Briefroman von Choderlos de



Luitgard Im in „Gesellschaftsspiel"

Laclos („Gefährliche Liebschaften", 1782), den der aus Polen stammende englische Dramatiker Leo Lehman, 42 (bisherige Produktion: rund 30 TV-Spiele), für seine intelligente Komödie als Vorlage benutzte, geht das „Gesellschaftsspiel" nicht aus.

In Szenen von hintergründigem Humor, die Regisseur Schulze-Rohr (Photo) fernsehgerecht inszeniert hat, behalten die Verführten die Oberhand. Ungerührt verabschieden sie sich: „Es war nett mit euch." Das empfindet der Zuschauer am Ende des Spiels auch. Denn die Posse, eine Koproduktion zwischen NDR I und WDR III, hat durchaus das Niveau des Dritten Programms.



Die Zeit der Kirschen. Bericht über die Pariser Kommune von Jean Desvilles und Jacques Darribehaude. WDR. Dienstag, 15. Juli, 22.45 Uhr.

Paris brennt. Auf den Boulevards schießen Arbeiter auf Regierungstruppen, in der Rue de la Paix stapeln sich die Toten, auf dem Montmartre

werden Geiseln exekutiert — die Zeit der Kirschen war eine blutige Zeit.

Im Frühjahr 1871, als das Titelchanson („Le temps des cerises“) der Hit von Paris war, rebellierten französische Proletarier gegen die konservative Nationalversammlung und proklamierten die Kommune. Das Parlament in Versailles ließ 130 000 Soldaten in die Metropole einmarschieren und kartätschte die Kommunarden nieder: Am Ende der Revolte mußte die Grande Nation mehr als 40 000 Tote beklagen.

Französische Historiker und TV-Dokumentatoren haben das Blutbad und seine Vorgeschichte mit Akribie und Phantasie wiederbelebt: Sie montierten Kupferstiche, Tuschzeichnungen, Radierungen und zeitgenössische Porträts zu einer historischen Illustrierten und unterlegten ihrem sachlichen, doch engagierten Begleittext Trommelwirbel, Detonationen und Demonstrantengeschrei sowie Ausschnitte aus Mozart-Messen, Musette-Walzern und Cancans.

Bei den Boches in Paris verließ die Autoren der Sinn für geschichtliche Korrektheit: Zu ihren Kupferstichen von preußischen Pickelhauben in den Boulevards singen deutsche Soldaten: „Auf der Heide blüht ein kleines Blümelein.“ Doch der „Erika“-Schlager wurde erst nach dem Ersten Weltkrieg intoniert.



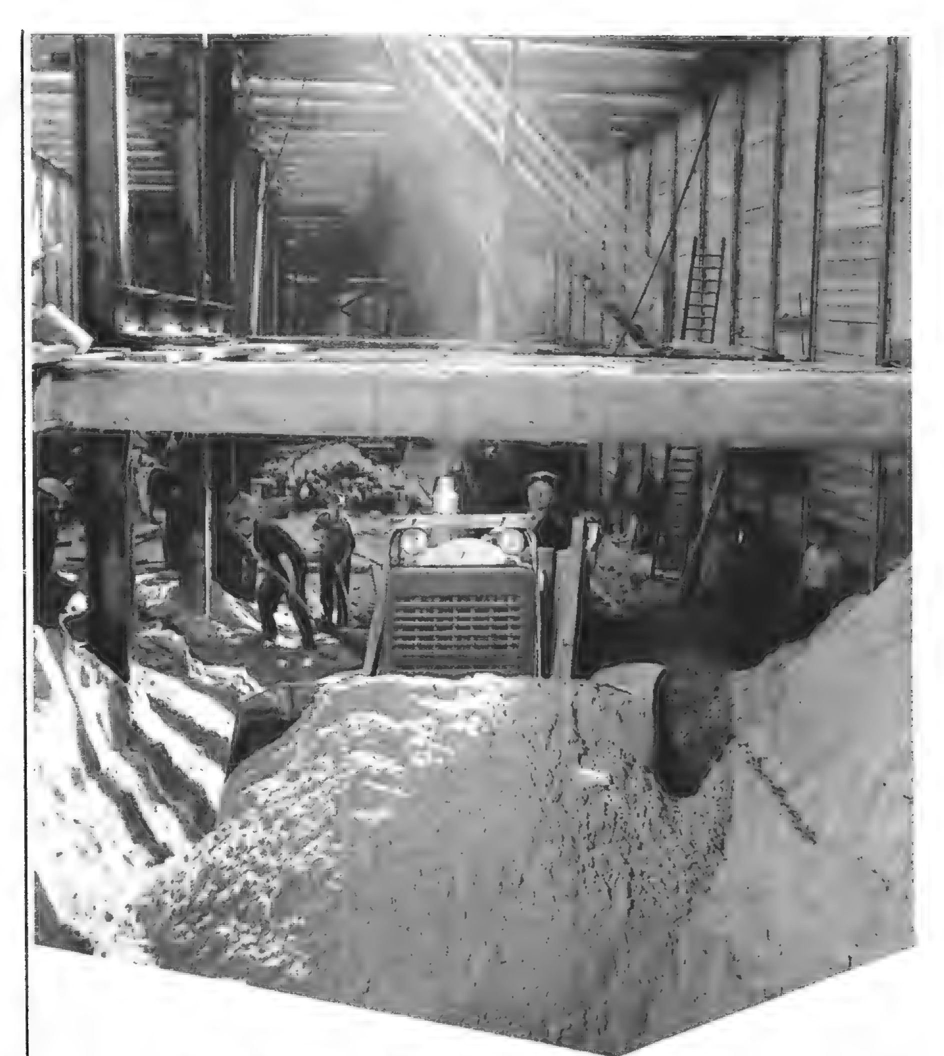
Das Gesicht dahinter: Japanische Fragezeichen. Bericht von Hans Lechleitner. BR (Farbe), Mittwoch, 16. Juli, 20.15 Uhr. **Erkenntnisse eines Wahl-Japaners.** Donnerstag, 17. Juli, 23.00 Uhr.

Unter den Stockschlägen der Priester lernen junge Buddhistenmönche die Kunst des Sich-Fügens; beim Kendo, dem traditionellen Schwertkampf, wollen japanische Offiziersanwärter nicht den Gegner überwinden, sondern sich selbst — der Münchner Redakteur Lechleitner schüttelt zu solchen Informationen nur staunend den Kopf, denn er weiß: „Wer hier auf seine Intelligenz vertraut, hat nichts begriffen.“

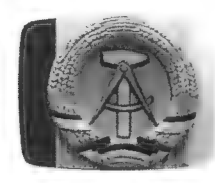
Lechleitner, der fürs Bayerische Fernsehen schon das Seelenleben der Franzosen, Algerier, Polen, Griechen, Briten, Isländer und der italienischen Kommunisten analysierte, hat auf seiner Japanreise die Intelligenz wohl zurückgestellt. Er hat alles begriffen und kann anschaulich vermitteln, daß der einzelne wenig gilt in dieser „ersten großen Massenkultur“: Durchschnittsjapaner kommen bei ihm nur anonym ins Bild; sie wimmeln in Kaufhäusern, drängen sich auf den Straßen und versammeln sich zur Demonstration.

„Die Gesellschaft ist Gott“, meditiert der TV-Feuilletonist und orakelt: „Hier hat das Leben einen anderen Sinn.“ Und diese Nippon-Weisheiten, die er am Mittwoch mit bunten Reise-Impressionen garniert, läßt er sich tags darauf in einem Schwarzweiß-Interview von einem prominenten Japan-Kenner bestätigen.

„Was können wir von Japan lernen?“ fragt Lechleitner den Jesui-



tenpater Josef Roggendorf, der in Tokio Soziologie und Literaturgeschichte lehrt. „Mit anderen zusammenleben", sagt dieser „Wahl-Japaner", „ohne ihnen dauernd auf die Füße zu treten."



Wie wird die DDR regiert? Dokumentation von Werner Molsberger. NDR. Donnerstag, 17. Juli, 21.45 Uhr.

20 Jahre nach Gründung der DDR präsentiert die „Ost-West"-Redaktion des NDR eine 20 Jahre alte Erkenntnis: Jenseits von Elbe und Werra bestimmt die SED die Richtlinien der Politik.

Aus Mitschnitten des Ost-Fernsehens, stereotypen Propaganda-Tiraden und dem Zeugnis eines ehemaligen DDR-Apparatschiks fertigte Autor Molsberger einen Volkshochschul-Bilderbogen über Staatsaufbau und Herrschaftspraktiken des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staats. Sein Fazit ist so recht nach dem Sinn der Kalten Krieger: Von der Feierabend-Brigade bis zur Volkskammer-Tagung, von der Maifeier bis zur Gemeinderatssitzung — die Partei ist immer wachsam und hat immer recht.

Ihrem Führungsprinzip, dem sogenannten Demokratischen Zentralismus, kann sich nach Molsberger kein DDR-Bürger entziehen, und um das recht anschaulich zu machen, behilft er sich mit einer Fiktion: Er verlegt den bayrischen Landkreis Königshofen in den DDR-Nachbarbezirk Suhl und demonstriert: Der Landrat könnte „als Staatsgegner nie Vorsitzender des Rates eines Kreises sein". Der Betriebsrat, zur „Betriebsgewerkschaftsleitung" umgepolt, würde „die sozialen Probleme der Belegschaft nur am Rande behandeln". Und in der Hausgemeinschaft hätten „Einzelinteressen, die nicht den Interessen der Gemeinschaft dienen, kaum Platz".

So häuft dieser Ost-Experte Klischee auf Klischee, und was nicht in sein schlichtes Schema von der SED-Allmacht paßt, läßt er nach bewährter Methode einfach weg: kein Wort über Auseinandersetzungen in der Parteiführung, kein Wort über Genossen, die als Manager in die eigene Tasche wirtschaften, und keins über die relative Autonomie der Kirchen.

Man müsse „die Menschen drüben verstehen", fordert der Autor, aber dann bringt er flugs die Kamera wieder in die gewohnte „West-Ost"-Einstellung und zeigt im Abspann DDR-Grenzpfähle mit Stacheldraht.



Im Schatten der Väter. Filmbericht von Walter Leo und Lothar Janssen. NDR. Sonntag, 20. Juli, 20.15 Uhr.

Sie wuchsen „vaterlos, aber im Schatten übermächtiger Vorbilder" auf; einige haben Selbstmord verübt, manche leiden an Neurosen. Doch die meisten der Söhne und Töchter von Widerstandskämpfern des 20. Juli, die Leo und Janssen interviewt haben, „fanden Zuflucht im vielgeschmähten Establishment".

Als Politiker, Juristen, Kaufleute und Studienräte lebt die Mehrheit der „Kinder des Widerstands" (Untertitel) im Einklang mit der Gesellschaft der Bundesrepublik. Ihre Erinnerung an damals ist so blaß wie die Kinderbilder, die diese Sendung zeigt. Doch trotz der Familienphotos und der Lesung aus den Abschiedsbriefen der Väter wird Leos Dokumentation nie indiskret oder sentimental.

Sie ist hochpolitisch: Denn auch Kinder kommunistischer Widerständler, die sich zur Apo bekennen, werden ausführlich zitiert; sie „fühlen stärker als andere ihre Verantwortung für Mord, auch wenn er in Vietnam geschieht" (Kommentar).

„Das Vermächtnis des Widerstandes" umreißt der Bonner Staatssekretär Klaus von Dohnanyi (Photo), Sohn des ermordeten Juristen Hans von Dohnanyi: Es gilt „zu erkennen, daß niemand genau wissen kann, was gut ist für das Vaterland ... und daß wir Toleranz üben müssen gegenüber denjenigen, die auch heute anderer Meinung sind als wir".

Die offizielle Politik, der auch Dohnanyi dient, scheint diese Toleranz jedoch nicht zu kennen. „Von etwa 40 Straßen mit Namen von Gegnern oder Opfern des Hitler-Regimes" in Hamburg beispielsweise, so Autor Leo, „ist keine nach einem Kommunisten benannt. Sogar von Ehrenlisten für die Opfer wurden Kommunisten gestrichen."

So engherzig ist auch die antifaschistische DDR: Als Leo die dort lebenden Nachkommen von Mitgliedern der Widerstandsorganisation „Rote Kapelle" filmen wollte, verweigerte Ost-Berlin dem NDR-Team die Dreh-Erlaubnis.

WEITERE SENDUNGEN

Panorama. Moderator: Peter Merseburger. NDR. Montag, 14. Juli, 20.15 Uhr. Das Magazin bringt einen Bericht über die Reformbestrebungen holländischer Katholiken, interviewt dazu den Münchner Kardinal Döpfner und fragt: „Ist die Kirchensteuer verfassungswidrig?"

Ein deutscher Bilderbogen. SFB. Montag, 14. Juli, 21.45 Uhr (Farbe). Dokumentation von Werner Rhode über „Aspekte der Kunst im Dritten Reich". Regie: Peter Wehage.

ZDF Magazin. Moderator: Gerhard Löwenthal. ZDF. Mittwoch, 16. Juli, 20.15 Uhr. Geplant sind Berichte über die Wahlkampf-Methoden der Parteien und die Diskussion um die kostenlose Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

Glaube, Liebe, Hoffnung. ZDF, Mittwoch, 16. Juli, 21.10 Uhr (Farbe). Fernsehinszenierung des Horváth-Stückes. Regie: Herbert Fuchs.

Bilanz. Moderator: Wolfgang Schröder. ZDF. Donnerstag, 17. Juli, 21.50 Uhr. Das Wirtschaftsmagazin analysiert die gegenwärtige Konjunktur und berichtet über Ladendiebstähle sowie über Wahlgeschenke der Bundesregierung.

Tod eines Killers. SDR. Samstag, 19. Juli, 22.15 Uhr (Farbe). Amerikanischer Kriminalfilm (1964) nach einer Erzählung von Ernest Hemingway. Regie: Donald Siegel.

Das Verbrechen des Giovanni Episcopo. ZDF. Samstag, 19. Juli, 23.05 Uhr. Italienischer Spielfilm (1947) von Alberto Lattuada. Deutsche Erstaufführung.

Deutsche gegen Hitler. ZDF. Sonntag, 20. Juli, 20.15 Uhr. Dokumentation von F. A. Krummcher.

AUTOMOBILE

VW-KURIERWAGEN

Käfer für Kämpfer

Im Zweiten Weltkrieg rollte er auf der Verliererseite, im Frieden eroberte er die Welt. Jetzt soll er im gleichen Gewand auferstehen, wie er vor 29 Jahren erstmals in Serie gebaut wurde — als Käfer in Uniform:

VW in Wolfsburg entwickelte eine Militär-Version des Volkswagens. Sie heißt „VW-Kurierwagen", soll schon in wenigen Wochen produziert und an die Bundeswehr geliefert werden.

Die Karosserie des noch geheimgehaltenen Fahrzeugs gleicht bis auf ihre etwas kantigere Form jenem robusten VW-Kübelwagen von 1940, der sich allen anderen Kriegsautos überlegen gezeigt hatte. 70 000 Kübelwagen, davon 15 000 Schwimmwagen, bauten die Wolfsburger bis 1945 für Großdeutschlands Wehrmacht. Ihre luftgekühlten Porsche-Motoren hatten Ölkühler, wie sie bis dahin nur teure Sportwagen aufwiesen. Sie lieferten ihre 25 PS in der Wüsten-Hitze von El-Alamein ebenso zuverlässig wie in den Winterschlachten zwischen dem Schwarzen Meer und dem Ladogasee.

Als es in den fünfziger Jahren darum ging, die bundesdeutschen Bürger in Uniform angemessen zu motorisieren, zeigten die inzwischen an Millionen-Auflagen des Zivil-Käfers gewöhnten VW-Manager kein Interesse. Die zu erwartenden Stückzahlen waren ihnen zu gering.

Unter ihrem damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß erkoren die Bonner Militärs 1959 einen Stinker, der nicht schwimmen konnte, zum Jeep der Bundeswehr. Es war der Munga („Mehrzweck-Universal-Geländewagen mit Allradantrieb") der Auto Union. Er wurde bald wegen seiner Zweitaktmotordüfte, speziell bei Kolonnenfahrten, von Soldaten gefürchtet. Außerdem erwies sich der Wagen, von dem die Bundeswehr rund



VW-Kübelwagen (1944)
Wiedergeburt nach 29 Jahren

27 000 Stück übernahm, als recht defektanfällig. Mungas schwache Stellen waren vor allem Getriebe und Kurbelwellenlager.

Sein Nachfolger soll, wie die Bundeswehr vor vier Jahren beschloß, ein von deutschen, italienischen und französischen Firmen entwickelter Einheitstyp werden (SPIEGEL 42/1965). Er hat einen modernen Vielstoffmotor, kann schwimmen und an Fallschirmen abgesetzt werden. Da der Allesfresser jedoch recht teuer wird und erst in Jahren geliefert werden kann, beschloß die Bundeswehr, einen Teil des Munga-Bestands durch einen zweiten, weniger aufwendigen und früher verfügbaren Typ zu ersetzen. Er wurde bei der Munga-Herstellerin Auto Union bestellt.

Dort hörte mittlerweile alles auf Kommandos aus Wolfsburg. VW hatte die Firma übernommen und den Zweitaktmotor sterben lassen. So kam es, daß der neue leichte Gelände-Wagen von VW entwickelt wurde. Die Wolfsburger folgten weitgehend dem kriegserprobten Porsche-Vorbild und verfertigten einen Käfer für Kämpfer.

Auf das in fast zwölf Millionen Exemplaren erprobte Käfer-Chassis setzten die Wolfsburger eine 3,85 Meter lange, offene Ganzstahl-Karosse mit vier Türen, Klappfenstern und Allwetterverdeck. Der 750 Kilogramm schwere Wagen hat einen luftgekühlten 1,5-Liter-Motor von 44 PS im Heck (Höchstgeschwindigkeit: 100 km/h), ein Vierganggetriebe, jedoch keinen Allradantrieb. Er kann nicht schwimmen, ist aber geländegängig und soll nach Angaben eines Bundeswehr-Sprechers den Munga „überall dort ersetzen, wo sein Einsatz wirtschaftlicher erscheint“ — vornehmlich als sogenannter Verbindungswagen.

Sein Bau brachte die VW-Manager freilich schon in Nöte. Ursprünglich sollte der Wagen bei der Auto Union in Ingolstadt gefertigt werden. Dort jedoch wurde inzwischen die gesamte Produktionskapazität für die Herstellung der vielbegehrten Audi-Personenwagen benötigt.

Für das auf große Serien eingerichtete VW-Werk ist der Bau einer Mini-Auflage — die Bundeswehr verlangt einstweilen nur 2000 Gelände-Käfer — wirtschaftlich wenig sinnvoll. Als vor Jahren ein Vertreter der Auto Union den damaligen VW-Chef Heinrich Nordhoff stolz auf einen Ergänzungsauftrag der Bundeswehr über 3000 Munga-Wagen hinwies, hatte Nordhoff nur geantwortet: „Und was machen wir am Nachmittag?“

VW wird die militärische Käfer-Version daher vermutlich dem Karosseriewerk der Osnabrücker Firma Karmann übertragen. Die Wolfsburger haben sich überdies etwas einfallen lassen, um trotz des schmalen Bonner Auftrags eine lohnendere Bau-Auflage zu erzielen: Sie entwikkelten aus dem Bundeswehr-Käfer eine Art Jagdwagen für zivilen Bedarf.

Otto Köhler

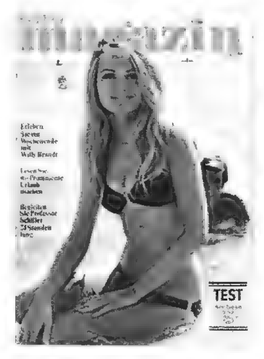
GEPFLEGTER RASEN

Das bunte Heft heißt „Ferienmagazin“, drängt auf der Titelseite „Erleben Sie ein Wochenende mit Willy Brandt“ und kostet 80 Deutsche Pfennige.

„Ferienmagazin“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, seine Leser darüber zu informieren, „wo Prominente Urlaub machen“. Und siehe, es ergab sich, daß die dreizehn Prominenten, die in Wort und Bild vorgestellt werden, ausschließlich SPD-Politiker sind. So Herbert Wehner, der „an dieser Stelle allen, die in diesem Jahr ihre verdienten Ferien machen können“ — freundlich wie er immer ist —, „nur das Allerbeste wünscht“. Oder der SPD-Parlamentarier Hirsch, der im Urlaub — vorbeugend wie bei seinen Haftplänen — „alles filmt, was ihm vor die Kamera kommt“.

„Ferienmagazin“ ist also ein Wahlprospekt. Fraglich ist nur, ob es wirklich von der SPD herausgegeben wird — wie das Impressum behauptet — oder von einer anderen Partei, die ihr ein Leid will.

Die letzte Seite zeigt ein sichtlich unmündiges Baby, im Sande spielend. Was würde Baby tun, wenn ...? Richtig: „Ja, wenn dieses Kind schon wählen könnte, wüßte es, was es wählen würde. SPD natürlich.“



„Ferienmagazin“

Ausführlich informiert „Ferienmagazin“ seine Leser über alles, was ihm an der Wirtschaftskonzeption des Ministers Schiller interessant erscheint. Nämlich: Er ist „wohl in Bonn der einzige Minister, der vier Sekretärinnen braucht, die in Schichten für ihn arbeiten“. Er trägt „flotte Maßanzüge vom Düsseldorfer Herrenschneider Jakob Aretz“. Er befolgt die „alte preußische Kommißregel“, jedes Problem erst einmal zu überschlafen. Er macht „im Kennedy-Stil Ministerprogramme und Gesetzesvorlagen“. Schillers Grundsatzprogramm: „Irgendwann werde ich mir ein Stück Land kaufen und darauf ein Haus setzen. Auch Wald muß dabei sein. Aber vorerst wünsche ich mir eine SPD, die aufs Ganze geht, die sich freischwimmt und in Bonn zu bestimmen hat.“

Soweit das Wirtschaftsprogramm der Partei, die das Freischwimmer-Zeugnis anstrebt. Aber die SPD hat auch noch einen Außenminister, der mehr werden soll. „Ferienmagazin“ jedenfalls ist der Meinung, „daß Willy Brandt ein guter Bundeskanzler wird“, und „Ferienmagazin“ zählt seine Qualifikationen gewissenhaft auf: Er versteht sich beim Picknick auf „Forellengrillen“, er hatte eine „enge Freundschaft“ mit John F. Kennedy, und er hat einen „gepflegten Rasen hinter dem Haus“ — auf dem werden „Gedanken ausgetauscht“. Außerdem befähigt ihn sein „gutes Gedächtnis“: „Das hat er mit dem ermordeten amerikanischen Präsidenten gemein.“

Das alles, und noch viel mehr qualifiziert Willy Brandt. Ausführlich schildert „Ferienmagazin“, wie gut Brandt jetzt schon als Außenminister ist. Er kann „im genau richtigen Augenblick Humor beweisen“. Bei Nato-Tagungen nämlich reißt er Witze, Herren-Witze, die „Ferienmagazin“ komisch findet: „Er erzählte den erstaunten Ministerkollegen die Geschichte von dem amerikanischen Rattenvertilgungs-Experten, der, von Präsident Nixon geschickt, den Russen bei der Bekämpfung einer Rattenplage erfolgreich half. Der Amerikaner hatte — so wußte Brandt der amüsierten Ministerrunde zu berichten — alle Ratten Leningrads mit einer magnetischen Ratte in die Ostsee gelockt. Anderntags hätte Kremlchef Kossygin über die direkte Fernschreibleitung zum Weißen Haus bei Nixon angefragt: Könnt ihr einen magnetischen Chinesen schicken?“

„Ferienmagazin“-Resümee: „Nach dieser Einleitung“ — nämlich der wertvollen Information, daß man die gelben Ratten in der Ostsee ersäufen könnte — „hatte der deutsche Außenminister nicht nur die Lacher, sondern auch die Zuhörer auf seiner Seite.“ Weiß Gott!

Weitere Qualifikationen — immer laut „Ferienmagazin“: Er hat „einen schwarzen Aktenkoffer mit dem Namensschild ‚Minister Brandt‘“, und auf seinem Dienstschreibtisch steht eine Büste des amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln.

Mehr noch! Er ist sogar in der Lage, für „Ferienmagazin“ seine Politik in zwei Sätzen zu formulieren: „Ich will dafür sorgen, daß wir nicht blind in die Zukunft stolpern. Ich will eine neue Politik entwickeln, die unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung hundertprozentig garantiert.“

Wie der Mann, der angeblich Kanzler werden möchte, diese bundesdeutsche Gesellschaftsordnung hundertprozentig garantieren will, verrät das „Ferienmagazin“-Kreuzworträtsel, eins senkrecht: als „Koalitionspartner“.

Neu: Stereo im Auto! Von Philips.

Auch unterwegs das große Klangerlebnis – man wird Sie darum beneiden!





Dieses neue Klangerlebnis fasziniert jeden, und es paßt auch zu Ihnen. Musik nach Wunsch, die Freude macht und munter hält. Sie sind „mittendrin". Die Musik klingt nicht mehr „flach". Sondern wirklich in Stereo. Ein hinreißender Sound.

Woher kommt Ihr Stereo-Programm? Von MusiCassetten! Ein überwältigendes Repertoire aller Schallplatten-Hersteller hält der Händler ständig bereit! Ihre Lieblingsmusik ist dabei! In Stereo – fabelhaft!

Und die Bedienung während der Fahrt? Cassette eingelegt – schwupp, schnapp, und schon geht's ab:
Musik, Musik, Musik . . . in Stereo.
Sie brauchen gar nicht hinzusehen, so leicht ist das.

Akustische Abschirmung und Ablenkung vom Straßenverkehr? Nein, Stereo-Klang ist transparenter und wird unwillkürlich mit geringerer Lautstärke gehört als herkömmlicher Mono-Klang. Sie sind so von den Signalen des Verkehrs nicht so stark abgeschirmt. Außerdem: Stereo im Auto wirkt besonders entspannend und macht Sie fit für alle Verkehrssituationen.

Sie sollten sich's anhören! Philips lädt Sie dazu ein. Fordern Sie mit dem anhängenden Coupon das Anschriftenverzeichnis der Spezial-Händler für Philips Stereo-Musik im Auto. Bestimmt ist einer davon in Ihrer Nähe. Er ist mit allem ausgerüstet. Gern wird er Ihnen die Stereo-Musikanlage vorführen.

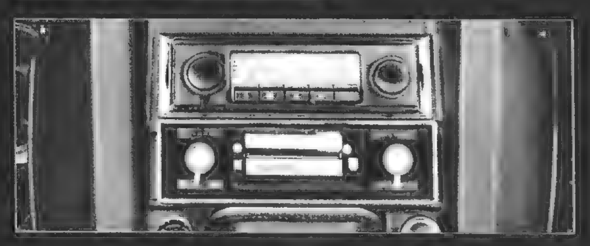
Philips können Sie vertrauen – denn Philips hat Erfahrung! Philips hat das Compact-Cassetten-System entwickelt und schon über 4 Millionen Cassetten-Recorder gebaut, und natürlich stammt auch die erste Autoradio-Cassettenspieler-Kombination von Philips. Und jetzt die Krönung: Stereo im Auto.



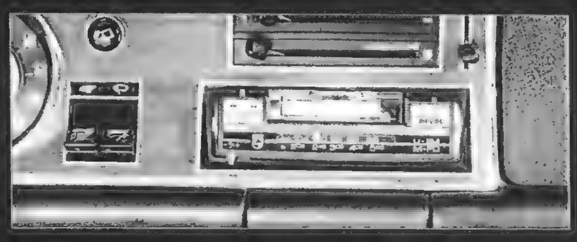
Coupon: Ich interessiere mich für Stereo im Auto. Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich das Händler-Anschriftenverzeichnis und Ihren Katalog.

An Deutsche Philips GmbH,
2 Hamburg 1, Postfach 1093,
Autoradio-Abteilung.

Wählen Sie unter zwei Geräten . . .



AUTO-CASSETTA STEREO – ein Stereo-Abspielgerät für MusiCassetten. Funktioniert unabhängig vom Autoradio in Verbindung mit zwei Lautsprechern.



AUTORADIO CASSETTA STEREO – ein Autoradio (UKW und MW) mit Stereo-Cassettenteil. Programm nach Wunsch: Mono vom Radio, Stereo von MusiCassetten.

. . . nimm doch **PHILIPS**

PTO 9117/2689 7 2

BÜCHER

NEU IN DEUTSCHLAND

Ebenfalls Dialekt

Ernst Kreuder: „Hörensagen". Herder; 336 Seiten; 20 Mark.

Eine Psycho-Pille gegen Machtgier und Profitsucht, die den Sinn für Muse und Muße weckt, ist das Movens im neuen Buch von Ernst Kreuder, 65, der seinen Roman beharrlich als „Un-Roman" tarnt: Er läßt seinen vorgeschobenen Aufschreiber immerfort beteuern, keinen Roman im Sinne zu haben und dazu auch gar nicht imstande zu sein.



Autor **Kreuder**
Bank beraubt

Da die von BRD-Wissenschaftlern ersonnene Droge die industrielle Leistungsgesellschaft ruinieren würde, machen vereinigte Staats- und Wirtschaftsorgane Jagd auf die Formel. Die wird von Ex-Taxifahrer, Bücherleser und Tagträumer Jean aus dem Odenwald nach Lateinamerika verbracht: „Bueno".

Hier trifft er den guten Gangster Luis, einen Landsmann, der den Rhein-Main-Dreieck-Dialekt ebenfalls beherrscht, ebenfalls die dortige Küche zu schätzen weiß und ebenfalls belesen ist: Er plant, eine Sprachreinigungsanstalt nebst Wörtermuseum zu errichten. Zur Finanzierung des Projektes beraubt er eine Bank.

Die verfolgten Kumpane müssen immer wieder die Wohnung wechseln, bis sie, remigriert, im heimischen Ried wenigstens zeitweilig Zuflucht in einem ausgedehnten Spritzenhaus finden: eine neue, schwer auffindbare „Gesellschaft vom Dachboden".

Kreuder hat ja mit vielem so recht, was er, aufgespalten in etliche Münder, redefroh zu bedenken gibt. In den überraschendsten Handlungsaugenblicken kommt aus langen Sprechblasen des Autors sympathische Meinung über Krieg und Abwässer, Spießer und sonstige Zivilisationsübel mal leitartikelnd, mal polemisch, mal schimpfwütig, mal dozierend und mischt sich mit dem „Hörensagen", dem modischen Mutmaßen über das Treiben der Akteure. Hauptredner des Romans ist der Herr Albert Bins, der so heißt, weil er alles aus sich selber („ich bins") schöpft, und der es passend findet, daß in seinem Namen „albern" und „in die Binsen gehen" steckt.

Gegen den Lebensmißbrauch, die Daseinsverödung wird die, ach, reingestaltete Natur gesetzt, nicht gerade Flower power, doch Halm und Holz und Blatt und Baum, und sogar in

BESTSELLER

BELLETRISTIK

1.	**Lenz: Deutschstunde.** Hoffmann und Campe; 26 Mark.	(1)
2.	**Habe: Das Netz.** Walter; 24 Mark.	(2)
3.	**Solschenizyn: Krebsstation II.** Luchterhand; 18 Mark.	(4)
4.	**Durrell: Eine Verwandte namens Rosy.** Rowohlt; 16,80 Mark.	(5)
5.	**Solschenizyn: Krebsstation I.** Luchterhand; 18 Mark.	(6)
6.	**Malpass: Wenn süß das Mondlicht auf den Hügeln schläft.** Rowohlt; 16,80 Mark.	(3)
7.	**Hachfeld: Struwwelpeter neu frisiert.** Rütten & Loening; 9,80 Mark.	(7)
8.	**Sagan: Der Wächter des Herzens.** Ullstein; 12 Mark.	(8)
9.	**de Belleroche: Geständnisse.** Desch; 30 Mark.	(9)
10.	**Portis: Die mutige Mattie.** Rowohlt; 16,80 Mark.	

SACHBÜCHER

1.	**Lundberg: Die Reichen und die Superreichen.** Hoffmann und Campe; 28 Mark.	(1)
2.	**Watson: Die Doppel-Helix.** Rowohlt; 19,80 Mark.	(2)
3.	**Taylor: Die biologische Zeitbombe.** G. B. Fischer; 20 Mark.	(3)
4.	**Djilas: Die unvollkommene Gesellschaft.** Molden; 16,80 Mark.	(5)
5.	**Haber: Der offene Himmel.** DVA; 16,80 Mark.	(4)
6.	**Fuchs: Knaurs Buch vom neuen Lernen.** Droemer; 19,80 Mark.	(6)
7.	**Cleaver: Seele auf Eis.** Hanser; 15 Mark.	(7)
8.	**Kahn-Wiener: Ihr werdet es erleben.** Molden; 25 Mark.	(10)
9.	**Leonhardt: Wer wirft den ersten Stein.** Piper; 24,80 Mark.	(9)
10.	**Mitscherlich** (Herausgeber): **Bis hierher und nicht weiter.** Piper; 14,80 Mark.	

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Institut für Demoskopie Allensbach.

Brasilien heißt das Kennwort noch „Waldkate“. Gefordert aber wird hochgemut die „Verfreundschaftung“ der Menschen, ein angestrengtes Wort für eine nötige Utopie, für die die Hippies und Gefolge schon schlagendere Formeln gefunden haben.

Zugleich Selbstkritik

Wladimir Woinowitsch: „Zwei Freunde“. Hanser; 200 Seiten; 14,80 Mark.

Der zwanzigjährige Waschenin Walerij Sergejewitsch bereitet sich auf die Universitäts-Aufnahmeprüfung vor und nagelt während des Wartejahres in einer Fabrik Kisten zusammen. Einmal setzt er sich zufällig in ein Flugzeug und beschließt nach dem Flug, Pilot zu werden. Sein bester Freund, der heiter-unbeschwerte Charmeur Tolik, prügelt ihn halbtot. Und das alles passiert in der Enge des russischen Provinzdaseins.

Wladimir Woinowitsch, 37, erzählt die eher alltägliche Geschichte einer Jugendfreundschaft in schnoddrigem Tonfall, aufsässig, der Welt der Erwachsenen nicht eben zugetan. Dem im (vergleichsweise dezenten) Twen-Jargon verfaßten Roman, der 1967 in der angesehenen Literaturzeitschrift „Nowy Mir“ abgedruckt wurde und in einer Theaterfassung reüssierte, fehlt demonstrativ alles Aufbauende, Hehre und Großartige — seine maßvolle Kritik an der sowjetischen Gesellschaft äußert er durch Aussparungen.

Als einer der ersten Autoren der russischen Literatur bemüht Woinowitsch keine romantisch-pathetischen Gesten à la Jewtuschenko, keinen folkloristischen Mystizismus à la „rrrussische Seele“ und keine Weltverbesserungs-Philosophie — er bevorzugt das ironische Understatement.

Woinowitschs Werk ist dennoch mehr als ein amüsanter, gut lesbarer Roman über die junge russische Generation — der Leser erfährt das spätestens aus dem etwas hochgestochen formulierten Nachwort von Alexander Kaempfe: „Seine Ideologiekritik ist zugleich Reflexion. Sie sprengt zwar nicht den Rahmen der Belletristik ... sie stellt aber deren Inventar in Frage. Woinowitschs Kritik am Sowjetbewußtsein ist, weil es literarisiert und weil er Literat ist, zugleich eine Selbstkritik der Sowjetliteratur.“



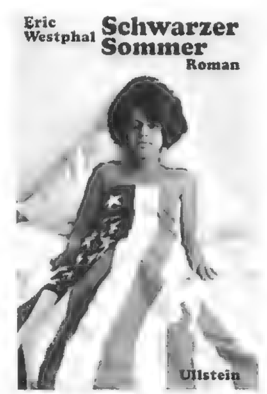
Woinowitsch-Roman
Freund geprügelt

Nur noch Naturtrieb

Eric Westphal: „Schwarzer Sommer“. Ullstein; 212 Seiten; 18 Mark.

Sex und Crime hat der weiße Verfasser auf beide Rassen ungefähr gleich verteilt. Allerdings sind die Weißen im Einzelfall oft so brutal, daß sie zu nur wenig repräsentativen Gruselfiguren dämonisiert erscheinen.

Die Neger aber „waren nicht aufzuhalten. Sie hatten alles vergessen, Pazifismus, Klugheit, Würde. Sie waren nur noch Naturtrieb, Trieb nach Blut, Rache und Vergeltung“.



Westphal-Roman
Würde vergessen

Dieser Satz fällt dem Autor anläßlich einer Negerdemonstration in Atlanta ein, deren blutiger Hergang drei Viertel des Buches füllt. Er zeigt, daß der scheinbar so aufgeschlossen-vorurteilsfreie Franzose Eric Westphal, 40, die Schwarzen auch in der amerikanischen Großstadt afrikanisch zum Blutrausch trommeln hört.

So halbherzig engagiert verwirkt Westphal das „Black power“-Problem zu einem krausen Kolportageroman, der die Ressentiments gegenüber den Negern nicht abbaut, sondern eher bestätigt. Für seine Romanfiguren Ed und Bart zumal sind die Rassenunruhen nur ein sehenswertes Spektakel. Sie versuchen, sich aus allem rauszuhalten. Da ihnen das nicht gelingt, wird der eine von ihnen gelyncht.

Im Ergebnis zementiert das so gut gemeinte Buch treuherzig die alten Vorurteile: Zivilisierte Neger wie der Lehrer Tom sind Ausnahmeneger, fanatisierte Ku-Klux-Klan-Anhänger sind Ausnahmeweiße.

Erneut Exotisches

In deutscher Übersetzung ist jetzt erschienen:

▷ „Tunc“ (Rowohlt; 352 Seiten; 22 Mark), der jüngste Roman des englischen Erzählers („Alexandria Quartet“) Lawrence Durrell, 57, der in diesem „ersten Teil eines Doppeldeckers“ (geplanter Zweitband: „Numquam“) erneut den erotisch-exotischen Glamour des Nahen Ostens beschwört — diesmal vertrackt vermischt mit faustischen, Frankensteinschen und Science-fiction-Elementen (SPIEGEL 32/1968).

VERLAGE

RECHTSSTREIT

Ferkelei im Zitat

Der Autor las einen Comic strip und ärgerte sich sehr. Und nicht nur das: „Als Autor eines seriösen Sachbuches" fühlte er sich zudem „schwer geschädigt", denn in dem „betreffenden Elaborat" wurde er zitiert.

Heinz Kirchhoff, 52, Lehrer der Verkaufstechnik in mehreren großen Firmen und Verfasser der Verkäuferfibel „Leichter, schneller, mehr verkaufen" (Econ-Verlag), fand in der anstößigen Bildergeschichte ganze Sätze aus seinem 500-Seiten-Werk wieder. Besonders verwerflich erscheint ihm, daß er am Schluß des Comic-Buches zwar als Quelle nominiert wird, daß aber dieser Hinweis nicht präzise differenziert. So glaubt Kirchhoff befürchten zu müssen, „Wörter wie ‚Schwanz'... oder ähnliche Ferkeleien... könnten für den Betrachter nach dem Zitatenhinweis aus meinem Buch stammen".

Autor des inkriminierten Comic strips ist der Frankfurter Graphik-Autodidakt Meysenbug (bürgerlich: Karl Alfred Baron von Meysenbug), 27. Titel seines im linken Heinrich-Heine-Verlag erschienenen Bilderbuches: „Super-Mädchen. Das Ende der Verkäuferin Jolly Boom".

Adorno-Adept Meysenbug will darin die kapitalistische Konsum-Ideologie kritisieren und am Beispiel der Jolly Boom die „Funktion des Verkaufens in dieser Gesellschaft" zeigen: Jolly bietet „strahlende Begrüßung" und will die Kunden per „Augenkontakt" „zum Kaufen hinstimmen" — diese und ähnliche Kirchhoff-Formulierungen hat Meysenbug „in satirisch-kritischer Absicht" zitiert.

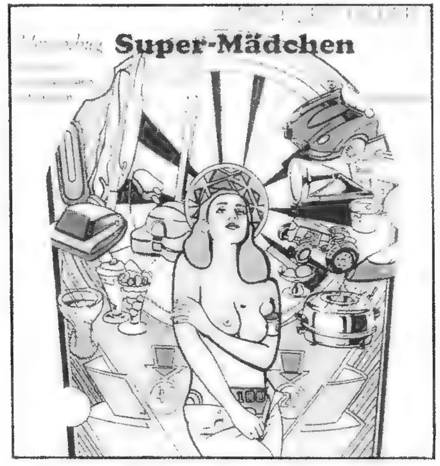
Ironischer Höhepunkt der insgesamt unappetitlichen, aber kaum mißverständlichen Jolly-Boom-Geschichte, in der überdies auch Marcuse und dänische Porno-Hefte zitiert werden: Die Star-Verkäuferin verkauft schließlich sich selbst.

„Wenn dieses ‚Werk' in die Hände von Firmen fällt, für die ich die Verkaufsausbildung mache", so bangte Kirchhoff in einem Brief an seinen Verleger von Wehrenalp, „ist der geschäftsschädigende Eindruck verheerend." Aus dem Klagebrief seines Autors machte der Econ-Verlag eine Klageschrift, die am Donnerstag dieser Woche vor dem Stuttgarter Landgericht verhandelt wird.

Aufgrund von 21 knappen Kirchhoff-Stellen im Meysenbug-Buch soll der Heinrich-Heine-Verlag verurteilt werden, alle Jolly-Boom-Bände zu vernichten und Kirchhoff „wegen des immateriellen Schadens ... in Geld" zu entschädigen.

Kirchhoff möchte dabei auch Urheberrechte in Anspruch nehmen für Redensarten wie „Loben kostet nicht viel" und „Sie haben wundervoll gekauft".

Für beide Verlage wird der Prozeß zu einem „urheberrechtlichen Rechtsstreit von prinzipieller Bedeutung" (Econ-Klage): Die Heine-Männer wollen nachweisen, daß diese Art Zitat „keinen Abdruck, sondern kritische Rezeption" darstellt. Kirchhoff dagegen paßt die ganze Heine-Richtung nicht: „Wenn man liest, die wollen eine ganze Serie in diesem Stil aufbauen", schrieb Kirchhoff an Wehrenalp, „dann wollen wir hoffen, daß wir erfolgreich prozessieren."



Meysenbug-Buch
Comic mit Kritik

MODE

AFRO-LOOK

Schwestern in Soul

„Black is beautiful" — Schwarz ist schön: Ursprünglich war es nur eine von vielen Rassenkampfparolen mit dem Zweck, das Selbstbewußtsein der jungen Schwarzen Amerikas zu stärken. Nun wurde aus der Polit-Parole ein Werbeslogan: Auch Weiße fangen an, Schwarz schön zu finden.



Photomodell **Naomi Sims**
Karriere mit Krause

Nie zuvor hat sich der amerikanische Eitelkeiten-Markt — Werbung, Mode und Kosmetik — so sehr um die krausköpfigen Schönheiten des Landes bemüht. „Plötzlich ist es modern, schwarz zu sein", bemerkte das in Modedingen tonangebende Textilblatt „Women's Wear Daily", und es zitierte eine junge Negerin: „Jedes Mädchen möchte jetzt eine Soul-Schwester sein."

Als einer der ersten schwenkte D. Parke Gibson, 38, ein schwarzer Marketing-Mann aus New York, auf den neuen Trend ein. Er veröffentlichte ein Buch mit dem Titel „Der 30-Milliarden-Dollar-Neger" (so viel geben US-Schwarze jährlich für Konsumgüter aus) und berät seither die weiße Wirtschaft, wie mit Hilfe von Inseraten in Negerpublikationen an einen Teil des Geldes heranzukommen sei.

Einige Firmen versuchen es nach wie vor mit Bleichcremes für die Haut, mit Haarentkrausern oder sanft gewellten Perücken — wohl ohne große Chance. Denn üppige Krausköpfe, bis vor kurzem noch demonstrative Haartracht der schwarzen Protestler, sind nun ins System integriert und zum Modegag geworden. Nicht nur rassebewußte Schwarze (die sich ihr dauerentkraustes Haar jetzt wieder künstlich locken lassen), auch weiße Modefans beiderlei Geschlechts huldigen neuerdings dem „Afro"- oder „Natural Look" mit wolligen Kräuselperücken. „So wie sie stundenlang an der Sonne braten, um ‚Farbe' zu bekommen", spöttelte das Neger-Magazin „Ebony", „legen sie sich jetzt künstlich die edle Krause zu."

Salben und Tinkturen, ursprünglich für schwarze Haut gemixt, sind plötzlich begehrt. Nach einer Reihe nicht sonderlich erfolgreicher Jahre verzeichnet Carmen Murphy, 53, ein dunkelhäutiges Ex-Photomodell, seit kurzem Verkaufserfolge. Mrs. Murphy brachte 1951 die „Carmen Cosmetics", die erste Spezial-Hautpflege für Negerinnen (mit immerhin 36 schwarzbraunen Make-up-Schattierungen), auf den Markt. Der Boom in Schwarz brachte ihr jetzt neue Kundschaft, „50 Prozent davon Weiße".

Vollends auf Schwarz setzt eine kürzlich in New York gegründete Photomodell-Agentur namens „Black Beauty". Die beiden Direktorinnen, Betty Forray und Nancy McDevitt, sind blond und blauäugig, ihre 20 Posiermädchen und -männer ausnahmslos farbig. Top-Agenturen wie Ford, Wagner und Wilhelmina führen schon seit geraumer Zeit Exotisches in ihrem Beauty-Angebot: schwarze Supermodelle wie die katzenartige Donyale Luna oder Naomi Sims, neben denen die langbeinigen Glorias und Veruschkas fast farblos wirken.

„Schwarz ist schön, von Natur aus schön", so annoncierte ein Kosmetik-Fabrikant den neuen Trend („Aber was macht Schwarz noch schöner? Nadinola-Creme!"). Und sogar ein Schmuck-Versandhaus griff schon nach dem zugkräftigen Werbeslogan — zur Steigerung des Absatzes von schwarzen Diamanten.



Christiaan Barnard, 46, von Zeitungen und Bilderblättern in Amerika, Frankreich, Italien und Deutschland zum „Mann des Jahres“ gekürter Herzchirurg, verhinderte die Veröffentlichung seines Photos in einer Kapstädter Lokalzeitung. Als ein Bildreporter den von „Liebesferien“ („Constanze“) mit der südafrikanischen Millionärstochter Barbara Zoellner aus Ischia zurückgekehrten Arzt beim Verlassen des Kapstädter Prominentenlokals „La Perla“ zusammen mit der Engländerin **Janice Brand,** 20, photographierte, herrschte Barnard den Journalisten an: „Das können Sie nicht machen nach allem, was ich für dieses Land getan habe.“ Anschließend rief Barnard, dessen Scheidung von Ehefrau Louwtjie, 45, am 30. Juli rechtskräftig wird, den Nachtdienstredakteur der Zeitung an und verlangte, das Bild nicht zu veröffentlichen. Das Photo erschien in keiner Kapstädter Zeitung.

Kai-Uwe von Hassel, 56, Bundestagspräsident, lobte Montag vergangener Woche auf einer CDU-Wahlversammlung im Kurhaus zu Hamm (Westfalen) Fleiß und Vielseitigkeit der deutschen Parlamentarier: „Wenn die Abgeordneten während der Bundestagsdebatten Zeitungen lesen, so tun sie das nur wegen des unerhörten Arbeitspensums, das sie in Bonn zu bewältigen haben. Ein Parlamentarier ist aus Zeitmangel gezwungen, zwei Dinge auf einmal zu tun: Er muß gleichzeitig dem Redner zuhören und sich durch Lektüre vieler Zeitungen umfassend informieren.“

Beate Klarsfeld, 30, Apo-Aktivistin, wartet auf eine Medaille aus Ost-Berlin. Auf der 20. Jubiläumstagung des kommunistischen Weltfriedensrates in der DDR-Hauptstadt war der Deutsch-Französin, die im November vergangenen Jahres auf dem CDU-Parteitag in West-Berlin Bundeskanzler Kiesinger geohrfeigt hatte, „als Anerkennung für ihre mutige Tat“ die Lambrakis-Medaille zugesprochen worden. Beate Klarsfeld, die von der Auszeichnung erst „durch meinen Mann und aus Zeitungen“ erfahren hatte, fühlt sich durch die Verleihung der nach dem 1963 ermordeten linksextremen griechischen Parlamentsabgeordneten Grigorios Lambrakis benannten Medaille „sehr geehrt“, weiß aber noch nicht, wann, wo und wie der Orden überreicht werden soll. Beate Klarsfeld über die Auszeichnung: „Das zeigt doch, daß eine Ohrfeige inzwischen eine anerkannte und legale Aktion im Kampf gegen den Faschismus ist.“

Walter Emmerich, 38, CDU-Lokalpolitiker in Essen und Geschäftsführer des Düsseldorfer Hauptverbandes der Schuhindustrie, machte „ein bißchen in Opposition“ (Emmerich) gegen seine Partei. Für seinen Schuh-Dienstwagen (Typ: Mercedes 230) ließ sich der Christdemokrat ein politisches Kennzeichen geben: D-DR 100. Emmerich: „Wenn die Bundesregierung die DDR schon nicht anerkennt, so will ich sie doch respektieren.“

Willy Brandt, 55, Vizekanzler, wurde von einer schwedischen Unterhaltungskapelle mit alter deutscher Militärmusik geehrt. Als der SPD-Chef vergangene Woche das Restaurant des Stockholmer „Grand-Hotel“ betrat, unterbrach die Band ihre Dinner-Musik und intonierte den kaiserlichen Marine-Marsch „Stolz weht die Flagge Schwarz-Weiß-Rot“. Daraus schloß der Außenminister: „Die wissen, daß ich aus Lübeck komme, und meinen, das sei ein Seemannslied. Ist es ja auch.“

Hans Giese, 49, Hamburger Sexual-Professor, ließ sich durch eine „eigens dafür eingesetzte“ Kommission seiner Fakultät von dem Vorwurf reinigen, er sei ein „Kolle II“ oder „Grzimek der Sexologie“ (SPIEGEL 47/1968). Dieser Vorwurf „besteht in der Tat zu Unrecht“, erklärte der Forscher — gelegentlicher Mitarbeiter bei Zeitschriften, Herausgeber einer sexualkundlichen Fachbuchreihe sowie Berater bei den Aufklärungsfilmen „Du“ und „Das Wunder der Liebe“ — in einem Interview mit der Zeitschrift „Der Medizinstudent“. Über sein Verhältnis zur Presse meinte der Professor, man müsse „dabei allerdings ähnlich wie beim Umgang mit Prostituierten oder Zuhältern eine gewisse Vorsicht walten lassen“. Auf die Frage „Wie viele große und kleine Giese gibt es noch auf der Welt?“ reihte sich der Vorsichtige unter die Großen: „Führende Sexualforscher etwa zehn, junge etwa 50.“



Horst Mahler, 33, Apo-Anwalt, lieferte der West-Berliner Polizei Fahnen-Flüchtlinge aus. **Rudolf Maschewski,** 19 (2. v. l.), und **Heinz Zirk,** 22 (3. v. l.), waren von der Bundesrepublik in die „Kommune I“ von Rainer Langhans in Berlin-Moabit, Stephanstraße 60, übergesiedelt und wollten sich nun auf dem nahe der „Kommunefabrik“ gelegenen Polizeirevier 26/27 ins Melderegister eintragen. Nachdem Mahler die Meldeprozedur in einer Pressekonferenz angekündigt hatte, zogen Maschewski und Zirk Gefreiten- und Leutnantsuniformen über, die sie beim Kostümverleih „Neue Theaterkunst GmbH.“ geborgt hatten. Auf der Wache lag gegen Zirk erwartungsgemäß ein Haftbefehl aus Würzburg (Aktenzeichen 3 js 1903/68) vor. Maschewski wurde von der Kripo ersatzweise wegen unerlaubten Uniformtragens vorläufig festgenommen. In Berlin, wo nach alliiertem Besatzungsrecht das Wehrpflichtgesetz der Bundesrepublik nicht gilt, haben die Deserteure nun eine neue Anschrift: Untersuchungshaftanstalt Moabit.

REGISTER

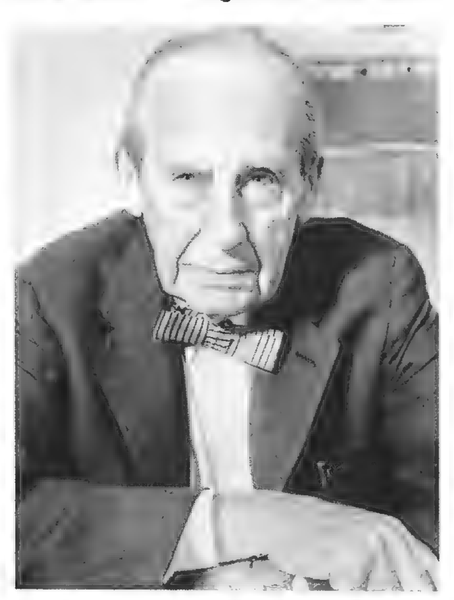
BERUFLICHES

HORST GRABERT, 41, Chef der Berliner Senatskanzlei, wurde auf Vorschlag von Berlins Regierendem Bürgermeister Schütz gegen die Stimmen der CDU vom Abgeordnetenhaus zum neuen Senator für Bundesangelegenheiten gewählt. Der zeitweilige Berliner Unterhändler für Passierscheinfragen tritt damit die Nachfolge von Dietrich Spangenberg an, der Staatssekretär Bundespräsident Heinemanns und neuer Chef des Bundespräsidialamts wurde. Vor zwei Jahren hatte der damalige Senatsdirektor Grabert als Nachfolger Spangenbergs die Leitung der Berliner Senatskanzlei übernommen.

GESTORBEN

WILHELM BACKHAUS, 85. Im März, bei seiner letzten Geburtstagsfeier, witzelte er: „Ich bin nun wieder dort angelangt, wo ich angefangen habe. Als ich mit zwölf Jahren zum erstenmal öffentlich auftrat, sagten die Leute: ‚Wie ungewöhnlich für sein Alter.' Heute sagen sie dasselbe." Ungewöhnlich in der Tat — denn bis zu seinem letzten Konzert am 28. Juni in der Ossiacher Stiftskirche, das er abbrechen mußte, hat er nie jenes peinliche Bild des alten Künstlers geboten, der die früheren Erfolge zu beschwören sucht. Auch mit 85 noch besaß er die technische Unfehlbarkeit, die von der Jury des „Anton-Rubinstein-Preises" gerühmt wurde, als er 1905 diesen einst begehrtesten aller Klavierpreise gegen die Konkurrenz Béla Bartóks gewann. Damals schon, als die Liszt-Schüler und hemmungslos romantisierenden Beethoven-Spieler Rubinstein und d'Albert den Ton angaben, war der vom Dirigenten Arthur Nikisch geförderte Leipziger Backhaus schon ein disziplinierter Außenseiter, der, jeder genialischen Willkür abhold, um Objektivität bemüht war. Und dies vor allem als Beethoven- und Brahms-Spezialist. Lange bevor sich auch in der Musik eine neue Sachlichkeit durchsetzte, spielte Backhaus, der nahezu 5000 Konzerte absolvierte, Brahms und Beethoven ohne das sogenannte Titanentum, ohne Pomp und falsche Feierlichkeit. Doch eine Marotte hatte dieser so kühle, jedem Auftrittsgehabe feindliche Künstler: In seinem Gepäck führte er stets einen vierbeinigen Klavierstuhl mit.

WALTER GROPIUS, 86. „Ideen sterben, sobald sie Kompromisse werden", manifestierte er im Jahre 1919, nachdem er zum Direktor des „Staatlichen Bauhauses" (zunächst in Weimar, später in Dessau) berufen worden war. 50 Jahre später — mit seinem Ableben — war seine letzte große Idee gestorben, weil er einen Kompromiß eingegangen war: Der „Mann, der die Architektur des Jahrhunderts nachhaltiger beeinflußt hat als irgendein anderer Architekt" (so die Kritikerin Anna Teut), hatte in einem Generalplan für den West-Berliner Bezirk Britz-Buckow-Rudow Wohn-Zentren für 50 000 Menschen entworfen, aber nicht ihre Realisierung erzwingen können: Die „Gemeinnützige Heimstätten AG Berlin" ließ die von Gropius geplanten „Sonnenhöfe" durch zahlreiche andere Architekten zu landläufigen Schlafstellen zerkrümeln. Gropius hat sein langes Leben lang gekämpft gegen Grundstücksspekulation und für eine großzügige Sanierung, gegen staatliche Bevormundung und für die Aufhebung aller Beamten-Privilegien. Er hat entworfen: Sofakissen und Wohnsilos, Tassen und Tapeten, Stühle und einen Stromlinien-Look. Und er war Vorbild und Lehrer — schon 1911 mit seinen vollverglasten Fagus-Werken in Alfeld an der Leine, dann 1926 mit dem kubischen „Bauhaus" in Dessau, schließlich 1929 mit seinen zukunftsweisenden Wohnungen in Berlin-Siemensstadt. Doch die Nazis mochten ihn sowenig wie etwa Mies, May und Mendelsohn. So wurde auch Gropius aus Deutschland vertrieben, und so geschah das neue Bauen — eigentlich eine euro-



päische Erscheinung — nun in den USA: Gropius lehrte an der Harvard-Universität. Er gründete das Team „The Architects Collaborative", in dem Honorare und Gewinne unter allen Partnern gleichmäßig verteilt wurden. Gropius baute Gewaltiges — wie die 52 Stockwerke des „Pan American World Airways Building" über der Grand Central Station in New York (mit einem Landeplatz für Hubschrauber). Und er baute auch eher Komisches — wie die neue Fabrik des oberfränkischen Porzellan-Herstellers Philip Rosenthal (mit einem Gehege für Flamingos). Gropius war ein Gegner von Denkmälern — lebenslang hat er ihre Beseitigung und Verhinderung gefordert. Welch traurige Ironie, daß ausgerechnet jener Stadtteil, der nun kaum noch etwas von seinem Entwurf erkennen läßt, im Volksmund seinen Namen trägt: Die Berliner nennen Britz-Buckow-Rudow (so die offizielle Bezeichnung) nur noch „Gropius-Stadt".

Am 20. Juli

gedenken wir des Tages, an dem vor 25 Jahren Graf Stauffenberg und seine Freunde zum letzten Mal den verzweifelten Versuch unternahmen, als Deutsche die Herrschaft Hitlers in Deutschland zu brechen. Ihre Tat war nicht vergeblich, sie setzte ein weithin sichtbares und heute noch erkennbares Zeichen für die Existenz eines anderen Deutschland als jenes, dem Hitler seinen Namen gab, sie legitimiert unser geistiges und politisches Dasein heute.

Die deutsche Opposition jener verschiedenen politischen Gruppen, die unter Stauffenberg zusammenfanden, und die „Weiße Rose" sind Teile eines umfassenderen Widerstandes gegen ein verbrecherisches Regime im eigenen Lande. Zu dessen Gegnern gehörte ein jeder, der seinem Gewissen gehorchend und oft sehr vereinzelt im Inland oder in der Emigration die nationalsozialistische Ideologie bekämpfte, sich weigerte das Recht zu beugen und den Verfolgten des unmenschlichen Systems Hilfe bot. Die meisten von ihnen ließen ihr Leben, viele blieben unbekannt. Ihnen gilt unser Gedenken am Jahrestag des 20. Juli 1944. Aber auch der Millionen Menschen aller Nationen, die dem nationalsozialistischen Terror zum Opfer gefallen sind, gedenken wir in Ehrfurcht.

Doch dieses Gedenken muß mehr sein, als eine Erinnerung an ein historisches Datum. Es muß, heute und immer, erfüllt sein vom Willen, jenen Irrwegen vorzubeugen, die einst eine unselige Zeit möglich machten. Elementare Menschlichkeit, Überzeugungstreue und rechtsstaatliches Denken sind die Tragpfeiler dieser Gesinnung. Unser Glaube an ihre Verwirklichung ist der Glaube an unsere demokratische Staatsordnung und an ein nach innen und außen befriedetes

Europa

AKTIONSGEMEINSCHAFT 20. JULI 1944

Hermann J. Abs, Frankfurt
Prof. Dr. Theodor W. Adorno, Frankfurt
Dr. Stefan Andres, Rom
Wolf Graf von Baudissin, Hamburg
Intendant Dr. Bausch, Stuttgart
Innenminister Ernst Benda, Bonn
Prof. Dr. Waldemar Besson, Konstanz
Pfarrer D. Eberhard Bethge, Rengsdorf
MdB Dr. Kurt Birrenbach, Bonn
Intendant Klaus von Bismarck, Köln
Erik Blumenfeld, Hamburg
Heinrich Böll, Köln
Außenminister Willy Brandt, Bonn
Wolfgang Brockhaus, Stuttgart
Oberbürgermeister Prof. Dr. Brundert, Frankfurt
Axel v. d. Bussche, Genf
D. Dr. Paul Collmer, Stuttgart
Prof. Dr. Werner Conze, Heidelberg
Dr. H. G. van Dam, Düsseldorf
Prof. Harold C. Deutsch, USA
Landesbischof D. Hermann Dietzfelbinger, München
Dr. Julius Kardinal Döpfner, München
Staatssekretär Dr. Klaus von Dohnanyi, Bonn
Prof. Dr. phil. h. c. Josef Eberle, Stuttgart
Prof. Dr. K. D. Erdmann, Kiel
Hasso von Etzdorf, Eichtling
Prof. D. Martin Fischer DD., Berlin
Burghard Freudenfeld, München
Prof. Dr. Ludwig v. Friedeburg, Frankfurt
Elisabeth Gärtner-Strünck, Bad Homburg
Dr. h. c. Friedrich Georgi, Berlin
Albrecht Goes, Stuttgart
D. Helmut Gollwitzer, Berlin
Günter Grass, Berlin
Propst D. Dr. H. Grüber, Berlin
Carl Guesmer, Marburg
Staatssekretär Freiherr zu Guttenberg, Bonn
Peter Härtling, Walldorf
Dr. Hildegard Hamm-Brücher, München
Prof. D. Dr. Günther Harder, Berlin
Klaus Harpprecht, Frankfurt
Dr. Hans Heigert, München
Staatssekretär von Herwarth, Bonn
Prof. Dr. H.-A. Jacobsen, Bonn
Bundesminister Hans Katzer, Bonn
Forstmeister Wilhelm von Kleist, Lehnersberg
Oberbürgermeister Dr. Klett, Stuttgart
Waldemar von Knoeringen, München
Prof. Dr. H. Krausnick, München
Ministerpräsident Kühn, Düsseldorf
Frau Gertrud Lampe, Frankfurt
Dekan Georg Lanzenstiel, München
Dr. med. Hans Graf von Lehndorff, Bad Godesberg
Prof. Dr. Dr. G. Leibholz, Karlsruhe
Bundesminister a. D. Ernst Lemmer, Berlin
Ferdinand Prinz v. d. Leyen, Schloß Waal
Landesbischof D. Dr. Lilje, Hannover
Wolfgang Lohmüller, München
Michael Maass, Berlin
MdB Ernst Majonica, Bonn
Prof. Golo Mann, CH – Kilchberg
Prof. Dr. Messerschmid, Tutzing
Dr. Elmar Michel, Kornwestheim
Dr. Gebhard Müller, Präsident des Bundesverfassungsgerichts Karlsruhe
Gotthold Müller, München
Gertrud Neubaur (geb. Beck), Oberstdorf
Prof. Dr. Paul Noack, München
Ulrich Perels, Karlsruhe
Oberbürgermeister Dr. h. c. Pfizer, Ulm
Prof. Dr. Pfleiderer, Stuttgart – Heidelberg
Prof. Dr. Georg Picht, Heidelberg
Prof. D. Harry Pross, Berlin
Staatssekretär a. D. Dr. H. Pünder, Köln
Prof. Dr. Karl Rahner, Münster
Prof. Dr. Ludwig Raiser, Tübingen
Dr. Roland Reichwein, Berlin
Prof. Dr. Otto B. Roegele, Bensberg
Generalmajor Schaeder, Mainz
Bischof D. Kurt Scharf, Berlin
Sepp Schelz, Berlin
Staatssekretär a. D. A. H. van Scherpenberg, Hohenpeißenberg
Bundesminister Prof. Dr. Carlo Schmid, Bonn
Oberbürgermeister a. D. Robert Scholl, München
Christoph Graf von Schwerin, München
Prof. Dr. Julius Speer, Bad Godesberg
Alexander Stahlberg, Berlin
Prof. Dr. Ernst Steinbach, Tübingen
Vizepräsident Dr. H. Troeger, Frankfurt
Vorsitzender des DGB Heinz O. Vetter, Düsseldorf
Oberbürgermeister Dr. H. J. Vogel, München
Hans Walz, Stuttgart
Günther Wasmuth, Tübingen
Dr. Bodo von Wedel, CH – Samedan
Maria von Wedemeyer-Weller, USA
Bundesminister Herbert Wehner, Bonn
Prof. Dr. Wilhelm Weischedel, Berlin
Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker, Bonn
Bundesminister a. D. Dr. Hans Wilhelmi, Frankfurt
Prof. Dr. E. Woermann, Göttingen
Prof. D. Dr. E. Wolf, Göttingen
Dr. Albert Wucher, Rom
Carl Zuckmayer, CH – Saas-Fee
Prof. Dr. Konrad Zweigert, Hamburg

HOHLSPIEGEL

Die „Saarbrücker Zeitung" meldete ihren Lesern: „Bei dem Versuch, die Demonstranten am Dienstagabend aus der Bahnhofstraße abzudrängen, setzte die saarländische Polizei für kurze Zeit einen Wasserwerfer ein. Mit seiner Hilfe gelang es, die Demonstranten vorübergehend aufzulösen, doch sickerten die Demonstranten aus den Nebenstraßen wieder in den Rücken der Polizei, so daß diese wieder auf ihre Ausgangspunkte zurückkehren mußte."

▽

Graf Thun

sucht für seinen kath. Neffen (Diplomat), sep. Zimmer od. App., Nähe Alte Pinakothek. Ang. erb. unt. Z 187729 an SZ

Aus der Münchner „Süddeutschen Zeitung".

▽

Im jugoslawischen Dubrovnik mahnt das Reisebüro „Atlas Tours" Reiseleiter, die Ausflüge nach Albanien organisieren, „die Teilnehmer darauf aufmerksam zu machen, daß die Einreise nach Albanien für Damen in Mini-Kleidung und Herren mit Bart, Schnurrbart und langen Haaren und in kurzen Hosen verboten ist".

▽

Von den Bielefelder „Eilers-Werken" übersandtes Prospekt-Material für die Bestellung von Werbekalendern beantwortete der Hamburger Armaturen-Hersteller Fritz Barthel mit dem Hinweis: „Ich werde nie Kalender bei Ihnen bestellen, bei denen Sie eigenmächtig und auf die Anordnung des früheren Postministers Stücklen den Wochentag mit ‚Samstag' bezeichnen. Wir in Norddeutschland kennen nur Sonnabend, abgekürzt Sbd. Wenn Sie Samstag schreiben, dann können Sie auch gleich Sabbat angeben. Wir sind Norddeutsche und haben als Protestanten noch die Mehrheit in Norddeutschland."

▽

Aristokratin sucht Schachspieler (Akademiker), Telefon 5 23 23.

Aus dem „Freiburger Wochenbericht".

▽

Leserbrief von Dr. Karl Glunk aus Salem (Baden) an das „Konradsblatt", die Wochenzeitung des Erzbistums Freiburg: „Leserbriefe über theologische Grundsatzfragen ... sollten nur noch veröffentlicht werden, wenn der Schreiber nachweisen kann, daß er vor und nach dem Schreiben den Schmerzhaften Rosenkranz gebetet hat."

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2 Hamburg 11, Brandstwiete 19 / Ost-West-Straße, Tel. 3 00 71, Telex 2 162 477
Telegr. Spiegelverlag, Postscheck Hamburg 71 37

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION
Johannes K. Engel, Günter Gaus

GESCHÄFTSFÜHRENDE REDAKTEURE
Leo Brawand, Manfred W. Hentschel, Dr. Dieter Wild, Georg Wolff

LEITENDE REDAKTEURE
Rolf Becker (Literatur), Werner Harenberg (Kulturpolitik), Heinz Höhne (Serie), Dr. Alexander von Hoffmann (Bonn), Siegfried Kogelfranz, Heinz Lohfeldt und Fritjof Meyer (Ausland), Klaus Kröger (Wirtschaft), Hagen Graf Lambsdorff (Militärpolitik), Rolf S. Müller und Jürgen Petermann (Wissenschaft und Technik), Felix Schmidt (Kultur), Hans Joachim Schöps, Dr. Wolfgang Malanowski und Hermann Zolling (Innenpolitik und Zeitgeschichte), Dr. Heinz Pohle (Schlußredaktion), Hans-Joachim Schmoll (Illustration), Eberhard Wachsmuth (Graphische Gestaltung)

REDAKTION
Deutschland: Jochen Bölsche, Heidi Dürr, Ernst Elitz, Hermann L. Gremliza, Heinz Höfl, Axel Jeschke, Dietrich Lachmund, Walter Schulz, Hans-Wolfgang Sternsdorff; Militär: Carl-Gideon von Claer, Horst G. Tolmein; Ausland: Lutz Bindernagel, Peter O. Ebel, Jutta Fischbeck, Wolfgang Gust, Peter Hays, Dr. Wolfgang Kaden, Johannes Matthiesen, Dr. Bernhard Müller-Hülsebusch, Hans-Georg Nachtweh, Karl Robert Pfeffer, Klaus Reinhardt, Johannes Graf von Saurma-Jeltsch, Wolfgang Stockklausner; Wirtschaft: Werner Detsch, Dieter P. Grimm, Hellmut Hartmann, Joachim Korthals, Karl Heinrich Rüßmann; Kultur: Dieter Brumm, Horst-Dieter Ebert, Manfred Eichel, Klaus Franke, Dr. Helmut Gumnior, Dr. Jürgen Hohmeyer, Karl-Heinz Krüger, Albrecht Kunkel, Dr. Hayo Matthiesen, Alfred Nemeczek, Gunar Ortlepp, Jörgen Pötschke, Dr. Rudolf Ringguth, Peter-Paul Roese, Siegfried Schmidt-Joos, Mareike Spiess-Hohnholz, Klaus Umbach, Monica Vogelgsang; Serie: Günter Löbering, Dr. Gerd Rockel; Sport: Walter Gloede, Hans-Joachim Nesslinger; Automobile: Rudolf Glismann; Panorama, Personalien, Briefe: Ariane Barth, Dr. Karl Poerschke, Gisela Schröder-Ernst, Dietrich Strasser; Bild und Graphik: Volker Fensky, Günther Gatermann, Manfred Igogeit, Ingeborg Molle, Jürgen Wulf; Schlußredaktion: Peter Jordan, Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Horst Engel, Wilfried Herz, Bernd Heyen, Rolf Jochum, Herbert Kanthack, Josef A. Klessinger, Hartwig Pepper, Wolfgang Polzin, Dieter Schaake, Wilhelm Schöttker, Claus Schüler, Wolfgang Söltner

SPIEGEL-REPORTER
Ernst Hess, Gerhard Mauz, Dr. Fritz Rumler, Hermann Schreiber

REDAKTIONSVERTRETUNGEN INLAND
Berlin: Karlheinz Vater, Sophie von Behr, 1 Berlin 30, Kurfürstenstraße 72/74, Tel. 13 13 70/79, Telex 1 84 704 · Bonn: Erich Böhme, Ernst Goyke, Otto Diepholz, Alfred Freudenhammer, Werner Funk, Horst Knape, Peter Koch, Manfred Kohnke, Alexander E. Lang, Hans Schmelz, Hans-Gerhard Stephani, Ralph-Dieter Wienrich, 53 Bonn, Dahlmannstraße 20, Tel. 22 40 31, Telex 8 86 630 · Düsseldorf: Ferdinand Simoneit, Günter Rau, Hans-Otto Eglau, Wolfram Baentsch, 4 Düsseldorf 1, Kreuzstraße 20–22, Tel. 36 30 66/67/68, Telex 8 587 118 · Frankfurt a. M.: Peter Thelen, Dr. Gisela Oehlert, Horst Stübling, Wolfgang Bayer, 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Tel. 72 55 59, Telex 4 13 009 · Wiesbaden: Hans Hermann Mans, 62 Wiesbaden, Postfach 2880, Tel. 52 02 56 · Hannover: Wolfgang Becker, Gerd Kröncke, 3 Hannover, Kurt-Schumacher-Straße 26–28, Tel. 2 69 39, Telex 9 22 320 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, 75 Karlsruhe 1, Amalienstraße 25, Tel. 2 06 06, Telex 07 825 471 · Kiel: Heinz Kohl, 23 Kiel, Niemannsweg 18, Tel. 5 12 66/67, Telex 299 859 · Mainz: Peter Adam, 65 Mainz, Große Langgasse 16, Tel. 2 61 61, Telex 4 187 507 · München: Otto von Loewenstern, Erich Milchgiesser, 8 München 15, Schwanthalerstraße 2–6, Tel. 59 47 24, Telex 5 22 501 · Stuttgart: Alexander Veil, 7 Stuttgart, Kriegsbergstraße 11 (Iduna-Hochhaus), Tel. 29 58 65/66, Telex 722 673

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Leoforos Wassileos Konstantinou 46, Tel. 72 96 37 · Belgrad: Hans Peter Rullmann, Ulica Ivo Lola Ribar 6/5, Belgrad, Tel. 33 19 71 · Brüssel: Rienk H. Kamer, 8–10, Pastorijstraat, Brüssel, Sint Pieters Leeuw, Tel. 77 22 27, Telex 22 207 · London: Dr. H. G. Alexander, 56, North End House, London W 14, Tel. 603 02 93 · New York: Kurt J. Bachrach-Baker, 315 Lexington Avenue, New York, N. Y. 100 16, Tel. MUrray Hill 9-7400 · Paris: Rolf Steinberg, 17, Avenue Matignon, Paris 8e, Tel. 256-12-11, Telex 65 086 · Rom: Dr. Günther Zacharias, Via Riccardo Zandonai 9/11, 00194 Roma, Tel. 32 02 11 · Tel Aviv: Henri Zoller, Tel. 86 66 61, POB 336 Bat. Yam. · Washington: Helmut Sorge, National Press Building, 14th and F Street, N.W., Washington DC 20 004, Tel. 347-5222, Telex 89-2616 · Wien: Dr. Inge Cyrus, Telekygasse 13, A-1190 Wien, Tel. 36 15 92 · Zürich: Ludwig A. Minelli, CH-8127 Forch-Zürich, Hans-Roelli-Straße 1508, Tel. 95 04 54, Telex 54 833

Verlagsleitung: Rolf Poppe
Büro des Herausgebers: Walter Busse
SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO.
VERLAGSDIREKTOR
Hans Detlev Becker

RÜCKSPIEGEL

Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 42/1968 AFFÄREN-*KLENK* über die Gemäldesammlung des Mainzer Toilettenpapier-Fabrikanten Hans Klenk. Der Industrielle, ein Kunde des Stuttgarter Gemäldehändlers Friedrich Kohn, hatte seine Bilder — teils unter den Namen berühmter alter Meister — in der Mainzer Universität ausgestellt. Er überwarf sich dabei mit dem Mainzer Kunstgeschichtsprofessor Richard Hamann-Maclean, der die Zuschreibungen anfangs durch ein diplomatisches Katalogvorwort gedeckt und später öffentlich angezweifelt hatte.

△ Am Mittwoch letzter Woche ließ Klenk im Frankfurter Airport-Hotel vor Journalisten zwei Gutachter über die Sammlung aussagen: den Niederländer Frans Hannema, dem 1961 von einem Amsterdamer Gericht wegen wissentlich falscher Expertisen Berufsverbot erteilt worden war, sowie Dr. Kurt Riedler, gegen den gegenwärtig die Züricher Bezirksanwaltschaft in einer Kunstschwindel-Affäre ermittelt. Vor der Pressekonferenz verteilte Professor Hamann einen mittlerweile von ihm verfaßten Nachtrag zum Katalog der Sammlung Klenk, in dem er bereits die neuen Gutachten kommentierte. Klenks Frankfurter Nothelfer bekräftigten — meist unisono — zum Teil die alten Katalogangaben und ersetzten sie zum Teil durch überraschende Zuschreibungen an andere Meister. So soll die offenkundige Kopie einer Correggio-Madonna — laut Materialuntersuchung des Münchner Doerner-Instituts „frühestens im 18. Jahrhundert entstanden" — nun nicht mehr von dem Italiener Pietro da Cortona (1596 bis 1669) stammen, sondern von seinem 100 Jahre jüngeren Landsmann Tiepolo (dazu Hamann: „Indiskutabel"); eine andere Muttergottes wurde statt Joos van Cleve nun Jan Gossaert zuerkannt (Hamann: „Nicht ernst zu nehmen"); und eine Heilige mit Palmzweig, früher als Werk des spanischen Meisters von Sigena deklariert, soll der Tiroler Spätgotiker Michael Pacher gemalt haben (Hamann: „Auf den ersten Blick absurd").

... in Nr. 21/1969 FERNSEHEN über ein vom Südfunk Stuttgart ausgestrahltes Dokumentarspiel „Zeitgeschichte vor Gericht: Im Auftrag der Schwarzen Front". Dem Bericht zufolge hätte Dr. Otto Strasser über den hingerichteten jüdischen Schwarze-Front-Mitarbeiter Helmut Hirsch gesagt: „Auf einen Juden mehr oder weniger kommt es nicht an."

△ In dem Dokumentarspiel wird eine Szene durch den Sprecher des Films mit den Worten erläutert: „Im (Hirsch-)Prozeß wurde sogar bekundet, (der Strasser-Mitarbeiter) Grunow habe erklärt: ‚Auf einen Juden mehr oder weniger kommt es nicht an.'" Dr. Strasser hat die Äußerung mithin nicht getan.

Martini-Gletscher.

Feuriges Eis.

Man nehme klares Eis. Das Feuer des Martini. Und einen Schuß Phantasie. Dann machen Sie eine Gletscherwanderung, bei der Ihnen nicht kalt wird.

Die Führung übernehmen drei Martinis: Martini Bianco mit Frische. Martini Rosso mit Schwung. Und Martini Extra Dry mit Ausdauer.

Wenn Sie sich diesen dreien anvertrauen, bleiben Sie bei jeder Party frisch. Egal wie lange die Gletscherwanderung auch dauert.





DER
DUFT
DER
GROSSEN
Peter
Stuyvesant
FILTER 21
1592 1672
RICH CHOICE TOBACCOS
KING SIZE
Peter
Stuyvesant
FILTER 20
1592 1672
RICH CHOICE TOBACCOS
NIKOTINARM IM RAUCH
Superlong
King Size
85 mm
Superlong
100 mm
nikotinarm
im Rauch